REKONSTRUIERTE TEXTAUSGABE

analyse & kritik

Nr. 335 · 21.10.1991

Diese Ausgabe ist kein Scan des gedruckten Heftes. Sie rekonstruiert die Ausgabe aus den born-digital HTML-Dateien der CD-ROM akArchiv.5. Titel, Rubriken, Autorinnen- und Autorenangaben sowie Volltexte wurden aus der gesicherten CD-Quelle übernommen.

Umfang: 47 HTML-Quelldateien. Die ursprünglichen Dateinamen und CD-Quellpfade werden bei jedem Eintrag ausgewiesen. Vorhandene oder künftig aufgefundene Faksimile-Scans bleiben eigenständige Primärdigitalisate.

Quelle: akArchiv.5, lokale verifizierte CD-Sicherung · Fassung 9. August 2026

Inhalt

1. Saarlouis - ein Stück Volksgemeinschaft
2. Saufen, saufen, fressen, fressen - Hoyerswerda schon vergessen. Der Nationalfeiertag angesichts der rassistischen Welle
3. Rassistische Gewalt in Deutschland. Völkisch bis zum Anschlag
4. Wer sind die Brandstifter? Rassismus im Schatten der Parlamentsdebatte
5. Organisierte Rassisten. Ein kurzer Überblick
6. Bremen: Vom Wahlkampf zum Brandsatz
7. Koalition und SPD einig: Kurzer Prozeß mit Flüchtlingen
8. Dokumentation: Entschließungsantrag der Gruppe Bündnis 90/Die Grünen zur vereinbarten Debatte Asylpolitik und Ausländersituation
9. Vizewachtmeister ... Zur grünen Asylpolitik - Ulla Jelpke
10. Antifaschistischer Ratschlag vom 1. bis 3. November in Dresden
11. Thesen zur Ausländer- und Flüchtlingspolitik - Ulla Jelpke und Dieter Liehmann
12. "Ungewöhnliche, riskante Mittel der Politik". Interview mit Dirk Schneider
13. Kommentar: "Die Eiterbeule ist geplatzt." Eine Stasi-Connection wird gesamtdeutsch bewältigt
14. Sechs Fragen an Dirk Schneider
15. Dokumentation: PDS muß Stellung zum StasiVorwurf beziehen. Interview mit Harald Wolf
16. Einflußagent in Aktion. Dirk Schneider und der Besuch der Grünen bei Honecker 1983
17. Anmerkungen über eine DDR-typische Tätigkeit
18. George Bush und die Atomwaffen nach dem Ende des Kalten Krieges
19. Naher Osten: Friedenskonferenz unter dem Sternenbanner
20. El Salvador: Erste Verhandlungsergebnisse. Das Abkommen von New York
21. Namibia: Das erste Jahr - Johny Lenaerts
22. - Kaliningrad - - sowjetischer Militärsperrzone zum deutschen Verwaltungsgebiet
23. Vorsicht "Lebensschützer"! Die Macht der organisierten Abtreibungsgegner
24. Dokumentation: Alice Schwarzer in EMMA. Wird der § 218 verschärft? ... und tragen ausgerechnet Linke dazu bei?
25. Keine Verschärfung des § 218 ... und was können Linke dafür tun? Offener Brief von Ulla Jelpke an Alice Schwarzer
26. PDS und Öffentlichkeit
27. Richtungsentscheidung in der PDS
28. Der Fall Bernd Henn und die G10
29. Eine traurige Gesellschaft
30. Öffentliche Kommunikation gefordert Celler Gefangene im befristeten Hungerstreik
31. Drei Jahre Knast für Holger Deilke. Legende "RAF in der Hafenstraße" soll erhalten bleiben
32. Überlegungen nach dem Scheitern des "realen Sozialismus " - Heinrich Eckhoff, Willi K. Goltermann, Knut Mellenthin,Andreas Skrypietz
33. Die achte Anstrengung: Den Imperialismus begreifen (Rezension von G. Fülberth, Sieben Anstrengungen) - Christian Schmidt
34. Demokratie und Sozialismus - ein Widerspruch? (zu "Keinen Schritt vorwärts ...", AK 334)
35. Nochmals: Lenin und das Selbstbestimmungsrecht. Anmerkungen zu: "Keinen Schritt vorwärts, drei Schritte zurück" in AK 334
36. Staat, Volk und Nation. Anmerkungen zur AKDebatte um "nat. Selbstbestimmungsrecht"
37. Linker Antisemitismus. Chronologie und Dokutation einer Wiesbadener Kontroverse
38. Die Stunde der Trotzkisten. Ein Abriß der Geschichte und des aktuellen Agierens dieses Teils der Linken
39. Zum Begriff "Zivilgesellschaft"

40. Die Rote Kapelle (Teil 1) Kundschafter im Auftrag der Roten Armee
41. Faschismus als ästhetisches Problem. Zum Film "Architektur des Unterganges" - Hartmut Konopka
42. Was Gramsci noch nicht wissen konnte
43. Genug der Arroganz. - Betr.: Eine Gesellschaft im Umbruch (AK 334)
44. Ralf und Knud
45. Aufgeblättert - Broschürenvorstellungen
46. "Auf sehr hohem Niveau stabilisiert" 100-Tage-Bilanz der Grünen
47. "Der Spiegel" als Anwalt des kleinen Mannes

1. Saarlouis - ein Stück Volksgemeinschaft

Rubrik: Antirassismus, Antinationalismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak335/27.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:335:27

Der Pressesprecher im saarländischen Innenministerium - Bernd Rauls (SPD) - interpretiert den Anschlag in Saarlouis als "tragischen Zufall, der das Saarland in die Schlagzeilen rückt". Es könne keine Rede davon sein, daß das Saarland eine Hochburg des Rechtsextremismus sei. Als Verantwortliche für die rassistischen Übergriffe macht er unzufriedene Jugendliche aus. "Eine politische, also rechtsradikale Ideologie sei bei diesen Jugendlichen wohl nicht zu vermuten, so Rauls." (Saarbrücker Zeitung vom 9.10.91).

Am 19. September - an dem übrigens auch Oskar Lafontaine seinen "12 Punkte- Plan zur Lösung der Asyl-Problematik" in einem Interview mit der BILD-Zeitung vorstellte - wurden im Nordwesten des Saarlands, im Landkreis Saarlouis, zwei Brandanschläge auf Flüchtlingswohnheime verübt: in Saarwellingen und in Saarlouis-Fraulautern. Während in Saarwellingen "nur" erheblicher Sachschaden entstand, starb in Fraulautern ein Mensch in den Flammen: der 27jährige Ghanaer Samuel Kofi Yeboah. Zwei Nigerianer, die nur durch einen Sprung aus dem Fenster ihr Leben retten konnten, wurden schwer verletzt.

Zu dem Zeitpunkt des Attentats waren 19 Personen in dem Haus in der Saarlouiserstraße untergebracht. Der Brandanschlag war offenbar professionell vorbereitet: Bevor das Feuer gelegt wurde, war Benzin unter dem hölzernen Treppenabsatz des Gebäudes verschüttet worden. Für die drei Afrikaner im obersten Stockwerk gab es keinen Fluchtweg mehr. Während Samuel Yeboah in den Flammen umkam, gelang es den beiden Nigerianern, mit leichten Brandverletzungen aus dem Fenster zu springen, wobei sie sich Brüche und Prellungen zuzogen.

Dieses Ereignis markiert sicher einen Höhepunkt in der Eskalation eines augenscheinlich hemmungslosen rassistischen Gewaltpotentials, stellt aber an sich weder eine Ausnahme noch einen Zufall dar. Die neofaschistische Szene im Saarland ist besonders im südlichen Landesteil relativ stark entwickelt (1). Schon im letzten Jahr haben mehrere Anschläge stattgefunden, die den Satz von der Täterschaft einiger "frustrierter Jugendlicher" ins Reich der Legenden und Chimären verweisen: So konnte 1990 ein Bombenanschlag auf das Büro der Linken Liste/PDS in Saarbrücken in letzter Minute verhindert werden. Bei einer Veranstaltung des Friedensforums Saarlouis ("Den Nationalismus überwinden") detonierte dann eine Bombe, die glücklicherweise nur Beleuchtung und Elektroanlagen beschädigte. Angriffe auf AusländerInnen, derzeit reichsweit "Volkssport" im neuen Deutschland, waren und sind auch im Saarland an der Tagesordnung:

- Am 30. September überfallen gegen 22 Uhr etwa 10 vermummte Personen im Saarbrücker Stadtteil Jägersfreude ein AsylbewerberInnen- und Flüchtlingswohnheim und verwüsten mit Knüppeln und Eisenstangen eine Wohnung.

- In der Nacht vom 28. auf den 29. September werden in Völklingen die Reifen von Autos zerstochen, die sämtlich AusländerInnen gehören.

- Am Sonntag, den 6. Oktober, werden in der Saarbrücker Innenstadt zwei Kameruner von einer Gruppe Skins mit einem Messer bedroht. Sie wollen in einen Linienbus flüchten, der an der Haltestelle wartet, doch der Busfahrer läßt die Tür verschlossen.

- Am Abend des 9. Oktober versammeln sich in Ottweiler etwa 60 Skins in der Nähe eines AusländerInnenwohnheims. Zu einem Übergriff kommt es allerdings nicht - möglicherweise wegen ausnahmsweise relativ schneller Polizeipräsenz.

- Am selben Tag wird ein Wohnheim in Saarbrücken-Altenkessel überfallen, wobei Sachschaden entsteht.

Dies waren nicht die einzigen, nicht die ersten und voraussichtlich nicht die letzten Übergriffe auf AusländerInnen im Saarland. Was bei solchen Nachrichten schon gar nicht mehr beachtet wird, das ist der alltägliche Rassismus, die Mischung aus Schikanen und Anmache, die AusländerInnen das Leben zur Hölle macht.

Die BewohnerInnen des Hauses in Saarlouis, die inzwischen in einer anderen Unterkunft leben, haben bald nach dem Anschlag Vorwürfe an Polizei und Behörden gerichtet, die bisher nicht beachtet wurden. Die Polizei sei sehr spät eingetroffen, habe zuerst nichts unternommen und erst als zu erkennen war, daß hier offenbar

Lebensgefahr besteht, die Feuerwehr alarmiert. Die Sicherheitsvorkehrungen in dem Haus seien zudem unzureichend gewesen: So hätten sie die Vordertür nicht einmal abschließen können. In dem neuen Haus gibt es keine Rolläden, nicht ausreichend Feuerlöscher und nicht einmal ein Telefon ...

Am Samstag nach dem Anschlag organisierten autonome Gruppen, Antifas, 3. Welt- und Friedensgruppen in Saarlouis einen Trauer- und Protestmarsch, an dem sich mehrere hundert Menschen beteiligten. Die Reaktionen der Bevölkerung reichten von vereinzelter Zustimmung über Desinteresse und stillschweigende Ablehnung bis hin zu offener Aggressivität ("Woher wißt ihr denn, daß das Deutsche waren?"). Von den Parteien war nichts zu hören, bis auf DIE GRÜNEN, deren Vertreter das grüne Projekt Einwanderungsgesetz als anti-rassistisches Programm verkaufen wollte, aber erfreulicherweise daran gehindert wurde.

Der Saarlouiser Oberbürgermeister Richard Nospers (SPD) zeigte sich in einem Interview für den "Offenen Kanal" zutiefst betroffen. Ein solcher Anschlag würde dem Bild widersprechen, das die Stadt Saarlouis in der Öffentlichkeit von sich zeichne. Zahlreiche Städtepartnerschaften würden zeigen, daß Saarlouis sich im Umgang mit ausländischen Mitbürgern der Toleranz verpflichtet fühle. Soviel zum Thema sozialdemokratische Betroffenheit ....

Angesprochen auf die Vorwürfe der AsylbewerberInnen reagiert er aggressiv: Er würde sich nicht als Instrument gebrauchen lassen, um Vorurteile gegen unsere Polizei zu kolportieren. Außerdem: Wegen eines Anschlags könnten nicht überall Telefone installiert werden, wo Asylbewerber untergebracht sind. Rechtsextremismus sei in der Stadt kein besorgniserregendes Phänomen: frustrierte Jugendliche, usw.

Daß die Republikaner in Saarlouis bei den Landtagswahlen 1990 12% der Stimmen erhielten, daß deren Landesvorsitzender, der Arzt und ehemalige Präsident des 1. FC Saarbrücken, Uwe Strassel, in Saarlouis lebt: alles kein Thema mehr. Warum auch, kandidierte doch das ehemalige Mitglied der SPD-Stadtratsfraktion Rüdiger Wolf bei den Kommunalwahlen 1989 auf der Liste der REP's. Nach den Wahlen erklärte der, er habe Inhalte und Ziele des REP-Programmes nicht gekannt und verließ die Partei wieder, um dann im Stadtrat als Fraktionsloser mit der SPD zu stimmen.

Hier soll nun keine neue Variante der Sozialfaschismustheorie aufgetischt werden. Vielmehr geht es darum, wie sich die deutsche Sozialdemokratie angesichts eines wachsenden Rechtsextremismus und einer zunehmenden Pogromstimmung in der Bevölkerung verhält. Und hier drängen sich in der Tat historische Traditionslinien auf: Das Verharmlosen, Beschwichtigen, Verschweigen und Verdrängen hat in der Geschichte dieser Partei eine ebenso lange Geschichte, wie die Repression gegen links.

Das Verhalten der sog. demokratischen Parteien angesichts der Angriffe macht deutlich, daß die Entwicklung anti-nationaler und anti-rassistischer Politik in diesem Land immer weniger mit Bündnispartnern aus dem Parteienspektrum rechnen kann. In der Asyldebatte der letzten Monate, die jetzt offenbar zur Erstellung bundesweiter Abschreckungskataloge für AsylbewerberInnen führt (Sammellager/ Naturalien statt Sozialhilfe/Verkürzung der Verfahren/schnelle Abschiebungen), wurden wiedereinmal die Opfer zu Tätern gemacht. Ein paar windelweiche Erklärungen gegen Gewalt, aber in der Substanz: Die Angriffe zeigen, daß der Asylmißbrauch jetzt endlich gestoppt werden muß. Der Angriff als weiteres Argument gegen die Opfer.

Auch das hat in diesem Land Tradition.

Anmerkungen

1) Vgl. "Rechtsextremismus im Saarland." Hrsg. vom ID-Institut im IISG Amsterdam, Amsterdam 1990

Peter Walter arbeitet für die Aktion 3. Welt e.V. u.a. im Arbeitsschwerpunkt Rassismus des Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO) und war auch mal Mitglied in der SPD

2. Saufen, saufen, fressen, fressen - Hoyerswerda schon vergessen. Der Nationalfeiertag angesichts der rassistischen Welle

Rubrik: Westdeutsche Linke allgemein; Antirassismus, Antinationalismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak335/54.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:335:54

Am 3.10., dem 1. Jahrestag der Wiedervereinigung, demonstrierten in Berlin ca. 10.000 und in Hamburg gut 6.000 Menschen. Es wäre allerdings weit gefehlt, zu glauben, daß diese vielen Menschen etwa gegen die Wiedervereinigung auf die Straße gegangen seien. Die Mobilisierungserfolge sind eindeutig auf die rassistische Anschlags- und Begeisterungswelle in den Wochen davor zurückzuführen. Angesichts dessen sind die erreichten Zahlen erfreulich. Allerdings bleibt die Frage, warum die Menschen erst Hoyerswerda, Saarlouis und andere Vorgänge brauchten, um gegen dieses Deutschland zu protestieren? Aber zunächst werfen wir mal einen Blick auf die diesjährigen zentralen Feierlichkeiten in Hamburg.

Die ganze Nationalfeier war, nicht dumm, von vornherein so geplant, daß es nicht nur besinnungslosen Nationalismus geben sollte. Kritisches und Besinnliches sollten ihren Platz finden, das Motto war "Feiern ohne Grenzen". Daß dies nun gar nichts mit irgendeiner Art von Internationalismus zu tun hatte, sondern sich offensichtlich auf die nicht mehr existierende DDR-Grenze bezog (vielleicht aber auch auf die Promillegrenze, gegen Ende des Festes dürften sich diese Motivationen zunehmend vermischt haben), war schon daran zu erkennen, daß es außer einigen schlaffen Europafahnen nur deutsche Hoheitszeichen aller Couleur gab.

So richtig deutsch

Deutsche Fahne hier, Sachsen-Wappen da, dazu gab es deutsches Sangesgut, reichlich Trachtengruppen und ähnlich gruselige Kulturdarbietungen aus allen Teilen des Reiches. Auch die Freßbuden waren durch die Bank echt deutsch (diese äußerst langweilige Freßmeile war denn auch ein Hauptpunkt der Kritik am nächsten Tag; ein bißchen Döner und Giros hätte es denn doch sein dürfen, von wegen "Feiern ohne Grenzen"). Dies alles konnten wirklich nur Deutsche ertragen.

Aber auch die sogenannten Kritischen wurden bedient. Auf der zentralen Bühne vor dem Rathaus gab sich eine illustre Riege der Kulturprominenz von Flimm bis sonstwem ein Stelldichein. Biermann ließ seine Töne im Schauspielhaus ab. Er besonders hatte am Tag vorher deutlich gemacht, daß er so richtig zu diesem Fest der Deutschen paßt. In einem Interview mit der "Hamburger Morgenpost" hatte er klar betont, daß alle diejenigen, die sich nicht darüber freuen, daß es endlich wieder ein Vaterland (wörtlich!) gibt, kein Recht hätten, über die Folgen der Wiedervereinigung rumzunörgeln. Jawoll, solche kritischen Geister braucht das neue Deutschland. Das soll erst mal vom einfachen und nicht ganz so einfachen Volk reichen.

Von Betroffenen und Besoffenen

Begonnen hatte das Ganze am frühen Morgen damit, daß die zweite Garnitur der Polit-Promis einen Kranz an der KZ-Gedenkstätte Neuengamme abgab (von wegen der Besinnlichkeit). Anschließend ging's zum Beten mit Kohl und Konsorten in die Petrikirche, dann rüber zum Börsensaal zur offiziellen Feierstunde. Und hier gab es angesichts der Pogromstimmung in deutschen Landen und der wirtschaftlichen Schwierigkeiten in den neuen Ostprovinzen des Reiches von Voscherau eher zurückhaltende Worte sowie salbungsvolle Auslassungen von Rita Süssmuth, von wegen, daß Deutschland ausländerfreundlich war, ist und bleiben soll und deshalb dreimal "Pfui!" für diese widerlichen Wirrglatzen. Da konnte selbst Kohl ein Klatschen nicht unterdrücken, was ihn selbstverständlich nicht daran hinderte, am nächsten Tag zusammen mit Waigel wiederum die Änderung des Asylparagraphen zu fordern und dem Volk zu versichern, daß er ihre Sorgen und Nöte (von wegen der Überfremdung) sehr, sehr ernst nehme. Anschließend mischten sich der oberste Salbader der Republik, Weizsäcker, und Voscherau für eine Weile unters gemeine Volk. Das war's von oben.

Unten wurde dann noch von Hunderttausenden bis in die Nacht gefressen und gesoffen, nur zeitweilig von einer Horde von VaterlandsverräterInnen gestört, die in die Bannmeile eingedrungen waren (siehe Kasten). Wenn mensch dem Radio Hamburg-Reporter glauben darf, war dies das bei weitem spannendste Ereignis auf einem ansonsten seiner Meinung nach eher öden Fest. Was er aber unter Spannung angesichts dieses Nationalfeiertags versteht, hat er leider nicht verraten. Vielleicht ein Fackelzug? Oder ein Spießrutenlaufen von

jugoslawischen Roma? Zugegebenermaßen, das Ganze wirkte noch etwas hölzern, aber es werden noch viele Nationalfeiertage kommen und somit die Möglichkeit, daß die Programme spannender werden.

Gegen das Feiern - aber wie?

Schon vor dem Sommer hatte sich ein Bündnis zusammengefunden, das sich vorgenommen hatte, gegen die Feierlichkeiten dieses Tages den Protest zu organisieren. Allerdings interessierte vor der rassistischen Welle der letzten Wochen dieser Nationalfeiertag kaum jemanden, vom Widerstand gegen den deutschen Nationalismus in allen seinen Ausprägungen ganz zu schweigen. Vor Hoyerswerda wäre es in Hamburg eine Winzdemo geworden, und das wissen die InitiatorInnen auch. Und dies wäre nicht ihre Schuld gewesen, denn daß fast alle Linken die Wiedervereinigung abgehakt haben und höchstens gelegentlich über die Folgen stöhnen, ist ihnen nicht anzulasten. Aber daß in diesem Bündnis nicht von Anfang an konsequent gegen die Wiedervereinigung und gegen jede Form von deutschem Nationalismus Stellung bezogen wurde, dies ist zu kritisieren. Das deutsche Agieren im Jugoslawien-Konflikt und die pogromartigen Ereignisse der letzten Wochen zeigen, wie richtig eine konsequente Haltung bezüglich der Ablehnung der Wiedervereinigung war und ist. Dies ist im Aufruf des Bündnisses unterblieben (näheres dazu ak 334). (1)

Vom Rechtsstaat und "guten Deutschen"

Angesichts der rassistischen Ereignisse war mensch sich im Bündnis einig, daß sich die 3.10.-Demo zentral mit diesen beschäftigt. Das zentrale Motto eines kleinen Forderungskataloges hieß "Bleiberecht ist Menschenrecht". Nicht mittragen wollte die Vertreterin der GAL, Sabine Koch-Boehlich, die Forderung nach "Bleiberecht für alle". Sie meinte, persönlich wäre sie auch dafür, aber es gebe keine gesellschaftlich relevanten Organisationen, mit denen mit dieser Parole ins Gespräch zu kommen sei. Das mag wohl stimmen, aber was sagt uns das, daß es in Deutschland kaum noch jemanden gibt, der diese bestenfalls humanistische Forderung vertritt? Konsequenterweise wurde diese Forderung (mensch ahnt es schon) in der TAZ dann auch als linksradikal denunziert. Die im 3.10.-Bündnis abgeblitzte GAL ging danach so richtig in die gesellschaftliche Breite und organisierte eine Kundgebung am 2.10. zusammen mit FDP, ÖTV und anderen ausgewiesenen "antirassistischen Gruppen". 30 Verbände standen letztlich unter einem Aufruf, der an Deutlichkeit über die Stoßrichtung des Agierens ihrer Verfasser nichts zu wünschen übrig ließ. Unter anderem wurde dort gefordert, daß auch in der Ex-DDR endlich der Rechtsstaat eingeführt werden müsse, damit auch dort die Flüchtlinge nicht mehr an Leib und Leben gefährdet sind. (2) Daß nur 300 RechtsstaatskämpferInnen kamen, ist allerdings nur bedingt dem Aufruf vorzuwerfen, in der Ecke ist einfach wenig zu holen.

Diese selbsternannten AusländerfreundInnen laufen seit Wochen auf allen Bündnissen und Terminen auf, um sich der entstehenden Bewegung anzudienen, wobei sie selbstverständlich krampfhaft bemüht sind, davon abzulenken, welchen Anteil an der momentanen rassistischen Welle das Agieren der GRÜNEN in dem sogenannten Asylstreit hatte.

Ein kleines Fazit

Unter dem Aspekt des Protestes gegen die momentane rassistische Welle ist die Demo durchaus erfolgreich gewesen. Allerdings hat auch in diesem Bündnis, welches sich nach der Demo als ein antirassistisches Aktionsbündnis versteht, bisher kaum eine Debatte um die Einschätzung der Ereignisse der letzten Wochen stattgefunden. Dies kollidiert hier wie auf vielen anderen Treffen mit den rein aktionistisch orientierten Kräften. Momentan zu handeln ist wichtig, aber es muß schon geklärt werden, auf welcher Grundlage und wofür. Ansonsten könnte es passieren, daß die Skinrandale vorbei ist und die ImmigrantInnen und Flüchtlinge stehen dem alltäglichen, ständig stattfindenden Rassismus wieder allein gegenüber. Oder es setzen sich die Retter der "guten Deutschen" durch, denn um der zunehmenden Fremdenfeindlichkeit (widerliches Wort!) in Deutschland Ost und West zu begegnen und dem Bild vom "bösen Deutschen" angemessen zu begegnen, (2) wollen die GRÜNEN eine bundesweite Demo am 9.11. in Berlin organisieren. Da ist es heraus, um was es diesen Quotenreglern geht. Aber daß sie das Bild der Deutschen ausgerechnet am Jahrestag der Reichspogromnacht aufmöbeln wollen, ist schon ausgesprochen dreist.

In diesem Sinne muß sich zeigen, ob die Demo von Hamburg mehr war als ein Protest gegen den Neonaziterror. Meine Zweifel melde ich schon mal an.

Was den Nationalfeiertag betrifft, denke ich, daß bei aller Skurrilität der Feier aus unserer Sicht der zutiefst nationalistische Charakter dieser Feier nicht übersehen werden darf. Nur weil dieser Nationalismus zur Zeit nicht lärmend daher kommt, ist er nicht ungefährlich, im Gegenteil. Auch diese Art der Feier ist ein Mosaiksteinchen auf dem Weg zur nationalen Selbstfindung. Da der staatliche Nationalismus zumindest momentan auf die eher dumpfen Varianten verzichtet, glauben nicht wenige aus dem Rest der Linken in diesem Land, daß der deutsche Nationalismus nicht so schlimm ist. Aber seine Taten sprechen eine eindeutige Sprache. Und außerdem: Wieviel zu spät ist es denn schon, wenn wir über so eine Nationalfeierei erst mal feststellen müssen, daß sie verdammte Ähnlichkeit mit den widerlichsten Massenaufmärschen der deutschen Geschichte hat?

bs

Anmerkungen:

(1) ak 334, S.25, "Feiern ohne Grenzen", "Gegen den Minimalkonsens"

(2) Originalton Sabine Koch-Boehlich: "Wer, wenn nicht wir, soll denen da drüben denn Demokratie beibringen?"

(3) Aus einem Begleitschreiben der GRÜNEN zu ihrem Aufrufentwurf. In dem kommt die Reichspogromnacht genau einmal in einem Klammersatz vor. Der ganze Aufrufentwurf ist ein Beispiel für "linke" Geschichtsentsorgung.

Störenfriede

Nachdem geklärt war, daß die VorbereiterInnen der 3.10.-Demo eine Demoroute raus aus der Innenstadt und weg von den nationalen Feierlichkeiten akzeptiert hatten, überlegten einige Gruppen, wie und wo sinnvollerweise das Volksfest gestört werden könne. Ausgehend von der offensichtlichen Überlegung, daß eben dieses deutsche Volk verantwortlich und aktiv an der rassistischen Hetze beteiligt ist und demzufolge nicht rechts liegengelassen ungestört sein Volksempfinden abfeiern sollte, ausgehend davon, daß die Verantwortlichen nicht nur in den Staatsämtern und Behörden sitzen und die Deutschen, die angeblich gegen ihren Willen aufgehetzte Opfer sind, die Täter sind, gingen wir ans Werk.

Nach dem Abschluß der Zwischenkundgebung in der Innenstadt sickerten wir in kleinen Grüppchen in das Volksfest ein, hielten eine Rede inmitten des Gewühles ab und gingen kräftig Parolen rufend durch die volle Innenstadt direkt auf den Rathausmarkt. "Abschiebung ist Folter, Abschiebung ist Mord, Bleiberecht für alle jetzt sofort!" - "Stop dem deutschen Mob!" Überraschung, Pöbeleien, genervtes Sich-gestört-fühlen beim Familienfest, vereinzelte zaghafte Zustimmung begleiteten uns. Als wir den ersten Rundgang beendet hatten, waren wir auf 300 angewachsen und trafen auf weitere 500 Menschen, die nach dem Ende der offiziellen Demo zu uns stießen. "Saufen, saufen, fressen, fressen - Hoyerswerda schon vergessen ?!" schallte es den Würstchen verdrückenden FestteilnehmerInnen entgegen.

Laut und unüberhörbar demonstrierten wir nochmals durch die Innenstadt, was diesmal zu einem entschiedeneren Eingreifen der Bullen führte. Sie waren entschlossen, uns aus der Stadt rauszudrängen und nach unserem zweiten Überraschungsauftritt auf dem Rathausmarkt als Störenfriede aus dem Fest zu vertreiben. Nach dem geschlossenen Rückzug kam es am Schluß zu vereinzelten Auseinandersetzungen mit den Bullen, wobei acht Leute festgenommen wurden. Die Schlagzeilen von BILD und Morgenpost am nächsten Tag sprachen von "Krawallen bei der Nationalfeier".

Trotz vieler Bedenken und Unwägbarkeiten bei der Planung und Durchführung wurde diese Aktion vom größten Teil der Beteiligten als gelungen eingeschätzt.

3. Rassistische Gewalt in Deutschland. Völkisch bis zum Anschlag

Rubrik: Antirassismus, Antinationalismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak335/53.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:335:53

"Deutschland ist ein ausländerfreundliches Land und wird es auch bleiben." (Helmut Kohl am 3. Oktober) Nicht nur die Meldungen über rassistische Anschläge, über Tote und Verletzte in jeder Ecke dieser Republik, die Bilder des Pöbels in Hoyerswerda - auch Sätze wie dieser (oder Fotos von Weizsäcker mit Flüchtlingskindern) sind es, die in diesen Tagen Haß- und Gewaltphantasien gegen deutsches Pack erzeugen. Schaut mensch die Zeitungen nur der letzten vier, fünf Wochen durch (auch solche, die sich als "links" verstehen), dann fällt es schwer, einen analysierenden Blick auf die gesellschaftlichen Zustände zu gewinnen. Trotzdem ist er notwendig, um als radikale Linke nicht entweder ins Fahrwasser sozialdemokratischer oder grüner Befriedungsversuche zu geraten oder aber sich in atemlosem Aktionismus innerhalb kürzester Zeit zu erschöpfen.

Als am 18.9.91 Faschisten in Hoyerswerda beginnen, noch in der Stadt lebende vietnamesische und mosambikanische Arbeiter zu terrorisieren, ist das der Deutschen Presseagentur gerade mal 15 Zeilen à 40 Zeichen wert, nicht anders ADN. In taz und ND war diese Meldung nachzulesen, besondere Aufmerksamkeit erregte sie nicht: ein "Vorfall" unter vielen. Am gleichen Tag läßt der bayerische Sozialminister anläßlich mehrerer Typhuserkrankungen in einem Münchner AsylbewerberInnenwohnheim verlauten, daß Flüchtlinge zwar einen Rechtsanspruch auf ein Asylverfahren in der BRD hätten, nicht aber auf Unterbringung.(1) Schäuble stellt im Rahmen der seit Wochen geführten Asylrechtsdebatte einen neuen Gesetzentwurf vor, worin die Länder festgelegt werden sollen, deren Bewohner in der BRD einen Anspruch auf ein Verfahren haben sollen. (2) Der Hamburger Bezirk Mitte lehnt es ab, weitere AsylbewerberInnen aufzunehmen.

Eine Woche später ist der Name "Hoyerswerda" nicht nur ein weiteres Symbol für militanten Rassismus. Er steht dafür, daß zum ersten Mal in der Geschichte der BRD Faschisten unter den Augen der Öffentlichkeit in einer Reihe mit "normalen" Bürgerinnen und Bürgern standen, über mehrere Tage gemeinsam Wohnheime von Flüchtlingen und ArbeitsimmigrantInnen angriffen - und "Erfolg" hatten: Hoyerswerda ist seit Anfang Oktober "ausländerfrei", da die staatlichen Organe sich nicht in der Lage sahen, anders als durch Abtransport für den Schutz der Menschen zu sorgen. Eine Bundestagsdebatte findet statt, doch der Versuch, diesen ungekannten Exzess mit "einem Stück Scham" (Schäuble) zuzudecken, kann nicht gelingen: Nacht für Nacht werden seitdem Flüchtlingswohnheime angegriffen, meistens mit Brandsätzen, werden Nicht-Deutsch aussehende Menschen überfallen. Die Zahl solcher Gewalttaten geht in die Hunderte.(3) Für radikale Linke drängt sich in dieser Situation nicht nur die Notwendigkeit von Gegenwehr auf, sondern vor allem die Frage, ob wir es mit einer neuen gesellschaftlichen Qualität zu tun haben. Einige der Faktoren, die bei einer Beantwortung dienlich sein könnten, sollen im folgenden betrachtet werden. (4)

In den Tagen "nach Hoyerswerda" (in Ansätzen aber auch schon nach dem Brandanschlag auf ein Wohnheim in Saarlouis) mußte es aufmerksamen BeobachterInnen so scheinen, als sei die BRD mit etwas völlig Neuem konfrontiert: rassistische Gewalt, getragen von organisierten Faschisten, unterstützt nicht nur von lose in die "Szene" eingebundenen Skins, sondern sogar von sogenannten "normalen" Bürgerinnen und Bürgern.(5) Scharenweise wurden tatsächliche oder vermeintliche Experten in die Redaktionsbüros geladen, um das "neue" Phänomen zu deuten. Regelmäßig unterschlagen wurden dabei Vorfälle wie dieser: Am 1. Mai 1990 kam es in Hoyerswerda (!) zu schweren rassistischen Ausschreitungen. Nachdem vier Deutsche einen mosambikanischen Arbeiter schwer verletzt hatten, begannen sich die Bewohner des nahegelegenen Wohnheims zu wehren. Es kam zu einer Prügelei zwischen 30 Arbeitern und 100 Deutschen. Die Mosambikaner mußten sich zurückziehen, ihr Wohnheim wurde schwer beschädigt. 1500 Schaulustige verfolgten die Angriffe der Deutschen zumeist wohlwollend. (6) Oder dieser: Im August 91 wurden zum wiederholten Mal seit mehreren Jahren in Northeim (Niedersachsen) türkische Jugendliche von Deutschen angegriffen und verletzt.(7) Dazu liefert das BKA wenigstens in Andeutungen Hintergrundmaterial: Knappe 70 Anschläge mit rechtsextremistischem Hintergrund gegen AusländerInnen habe es im ersten Halbjahr 90 gegeben, davon allein 20 in NRW. Einen genauen Überblick wird mensch sich nicht verschaffen können. Nicht nur, weil die Dunkelziffer vermutlich recht hoch ist oder die Polizei zwischen "politisch motiviert" und "einfach ausländerfeindlich" unterscheidet (8), sondern vor allem deswegen, weil das Interesse der Medien allgemein

äußerst gering ist. (9) Hoyerswerda und Saarlouis standen also keineswegs ohne Vorbilder da. (10) Pöbeleien, Überfälle auf einzelne Menschen und Angriffe auf Wohnungen/ Unterkünfte von ImmigrantInnen, AsylbewerberInnen und Flüchtlingen sind Alltag in Deutschland. Darüberhinaus haben faschistische Gruppen, sowohl militante als auch die Wahlparteien, seit der Wiedervereinigung durchaus politischen Auftrieb. Vor allem für die militanten Nazis läßt sich dies besonders gut an einigen Aktionen ablesen, deren Teilnehmerzahl, Durchführung, sowie die Kommentierung durch staatlich Verantwortliche nicht anders als "Erfolge" bezeichnet werden können; sei es der "Rudolf-Hess- Gedenkmarsch" in Wunsiedel 1990 bzw. Bayreuth 1991, die Beerdigung von Rainer Sonntag in Dresden, aber auch die Medienaufmerksamkeit für das besetzte Haus in der Berliner Weitlingstraße oder die ungehinderten Propagandareisen von Kühnen und anderen prominenten Faschisten in der Ex-DDR. Doch abgesehen von zunehmenden Überfällen und wachsender faschistischer Organisierung: Das politische Klima in der deutschen Gesellschaft hat sich in zwei zentralen Fragen deutlich nach rechts verändert.

Es wird deutsch ...

Immer wieder ist - gerade auch im ak - beschrieben worden, daß der Anschluß der DDR an die BRD nach dem Fall der Mauer im November 89 eine ganz wesentliche Auswirkung auf die nunmehr gesamtdeutsche Gesellschaft hatte: die rasante Herausbildung eines neuen nationalen Konsenses. Schon an der Wiedervereinigung selbst war dieser Prozeß der Formierung zu beobachten: Sie wurde ohne nennenswerte Fundamentalopposition vollzogen. Der Hinweis, daß von einem neuen Großdeutschland große Gefahren ausgehen würden, wurde in der Linken weitgehend ignoriert und als Schwarzmalerei bezeichnet. Insbesondere die Prognose, der Nationalismus werde erheblich zunehmen, wird heute noch als überzogen abgelehnt. Vor allem die Fixierung auf die "dumpfen" Formen des Nationalismus (Fähnchenschwingen, Nationalhymne gröhlen etc.pp.) als Indikatoren verstellt dabei ganz offensichtlich auch manchen immer noch eher kritischen Geistern den Blick.

Die hier in Rede stehende Frage des Rassismus und seiner Bedeutung für die BRD-Gesellschaft aber verweist auf die Notwendigkeit einer sorgfältigen Beschäftigung mit der Entwicklung des deutschen Nationalismus. Dabei ist zunächst festzustellen, daß die bürgerliche Nationenbildung immer auch die Formierung eines Staatsvolkes mit sich brachte. Ein Prozeß, in dessen Verlauf dem jeweiligen Volk bestimmte quasi naturgegebene Wesenseigenschaften unterstellt werden, die in Abgrenzung zu den "Eigenschaften" anderer Völker bestimmt werden. Die so beschriebene schicksalhafte Zusammengehörigkeit ist ein wesentlicher Baustein zur Herstellung des nationalen Konsens. In Deutschland (11) haben sich diese Entwicklungen mit einem stets hervorgehobenen Rückgriff auf "dem deutschen Volk" innewohnende Besonderheiten abgespielt. "Der Deutsche" oder auch "die deutsche Rasse" sei nicht nur etwas einmaliges, sondern auch anderen Völkern und Rassen weit überlegen (woraus auch ein besonderer Auftrag der Deutschen in der Welt abgeleitet wurde). Zudem war und ist "Deutschtum" im Gegensatz zu den Nationalismen anderer Staaten nicht an ein bestimmtes Territorium gebunden. ("Deutschland ist, wo Deutsche wohnen!") Und noch ein Aspekt nationaler, ideologischer Kontinuität sei hier erwähnt: Dieses Volksgefühl wähnte sich immer schon von anderen "Rassen" bedroht und propagierte demgegenüber eine völkische Gemeinschaft, die es zu schützen gelte (und zwar vorzugsweise durch Angriff ...). Aus diesen Versatzstücken hat sich hierzulande ein Konsens gebildet, den man nicht anders als massenhaft rassistisch und völkisch bezeichnen kann. Obwohl also dieses Volkstumdenken und die damit einhergehenden deutschen Überlegenheitsgefühle alles andere als angeborene Merkmale sind, die Leute ungefragt ein Leben lang mit sich herumschleppen müssen, gehören sie zum eisernen Bestand des Massenbewußtseins in diesem Land. (12) Da dieses Deutschland nach zwei verlorenen Aggressionskriegen im ständigen Gefühl lebt, von allen anderen benachteiligt und übervorteilt zu werden, wird immer wieder alles daran gesetzt, Tabus und Beschränkungen (vermeintliche und tatsächliche) zu brechen und abzustreifen. Der Hang immer dann, wenn an die eigene blutige Geschichte erinnert wird, jene, die da erinnern entweder in verstockter Weise auf die Untaten Dritter hinzuweisen, oder die Rede von der Vergangenheit zu führen, die endlich einmal vorbei sein müsse, wirft ein weiteres Schlaglicht auf die ideologische Verfaßtheit dieser Gesellschaft. Innenpolitisch stellt sich dieser Umgang mit der eigenen Geschichte als eine schon seit Jahren währende Entwicklung dar. Vorgänge wie Bitburg und die ständigen Bemühungen, die Vergangenheit, wenn sie sich schon nicht ganz totschweigen läßt in einer Weise umzuinterpretieren, daß noch das scheußlichste Verbrechen wie ein bedauerlicher historischer Unfall erscheint, sind Beiträge zur Konstruktion eines von unnötigem Ballast befreiten, eben positiven

Nationalgefühls. Der Vergleich mit der Wiedererlangung der vollen Souveränität nach dem Anschluß und die fast sofortige Nutzung dieses Spielraums zu außenpolitischen Sonderwegen drängt sich unwillkürlich auf. (13)

... in Kaltland

Die hier angerissenen Elemente deutschen Nationalismus, aus denen deutlich wird, daß sich seine Entwicklung nicht an der Menge geschwenkter Deutschlandfähnchen festmachen läßt, lassen sich in der, dieses Jahr zum xten Mal geführten, "Asyldebatte" wiederfinden, genauso auch wie in der Diskussion der Angriffe auf Nichtdeutsche. Diese beiden Umstände machen den zweiten Aspekt der Rechtsentwicklung aus und tragen dazu bei, die Frage nach der "neuen Qualität" zu beantworten. Die "Asyldebatte", deren diesjährige Neuauflage bruchlos da anknüpft, wo sie letztes Jahr nach dem Vorstoß Lafontaines zur Grundgesetzänderung aufgehört hat, braucht hier nur kurz charakterisiert werden. (14) Wieder war es ein hoher SPD-Funktionär (der Bremer Bürgermeister Wedemeyer), der mit seinem Asylstopp die zentrale Frage stellte, wieviele Nichtdeutsche dieses Land verträgt. Das Echo aus dem Süden der Republik war eindeutig: Die CSU jubelte über diesen Vorstoß. Und daß die Bundes-GRÜNEN in dieser Zeit nichts Besseres zu tun hatten, als ihr Parteiprogramm nach jahrelangen, kontrovers geführten Diskussionen zugunsten einer Einwanderungsquotierung zu verändern, konnte in der Öffentlichkeit nur als eindeutiges Signal verstanden werden: Es gibt ein Ausländerproblem. Kommentar der FAZ: "Sogar die Grünen, insgesamt fundamentaler denn realitätsnah, haben eingestanden, daß der Zustrom der Eindämmung bedarf. Ihr Festhalten am Asylrecht ist Parole, ihr Beschluß, daß ein Einwanderungsgesetz notwendig sei, hingegen eine unübersehbare Marke dafür, wie hoch selbst in den Reihen der staatsfernsten Partei die Sorge gestiegen ist über die Zuwandererzahlen und deren öffentlichen Widerhall." (15) Die Deichgrafenmetaphorik hatte sich als Realitätsbeschreibung endgültig durchgesetzt. Und mehr noch: wenn selbst aus den Reihen derjenigen, die in den letzten Jahren einer der wesentlichen Bestandteile institutioneller Opposition gegen die herrschende "Ausländerpolitik" kein Widerstand mehr zu erwarten war, dann konnte das als deutliches Zeichen für das Ausbleiben jeglichen Widerstands verstanden werden. In der folgenden Zeit wurden denn alle schon bekannten Bilder wieder benutzt: Flut, Schwemme, Damm ... Die Tatsache, daß es z.B. in Jugoslawien, Rumänien, Albanien, auch der Sowjetunion (um vom europäischen Kontinent zu sprechen) Menschen gibt, die erwägen, sich vor der Not in reiche Länder zu flüchten, wurde begierig aufgegriffen. Millionen, so wurde suggeriert, warten auf das Startzeichen; Menschen aller Hungerregionen der Welt - bald im deutschen Wohnzimmer, um der kleinen Tochter Heroin zu verkaufen. Das Bild der Bedrohung und Verseuchung des deutschen Volkskörpers nahm Gestalt an. Die Abwehrhaltung wurde eingenommen: eine Spiegel-Umfrage belegt den Trend eindeutig. (16) Nicht nur, daß 21% der Ostbürger und 38% der Wessis Verständnis haben für rechtsradikale Tendenzen, die - so in der Fragestellung - durch das Ausländerproblem aufgekommen sind. CSU/CDU/FDP/SPD/ GRÜNE liegen mit ihren Diskussionen um die endgültige Abschaffung des Asylrechts auch sonst voll im Geist der Zeit: 81% für das Zurückschicken schon an der Grenze, wenn keine Aussicht auf Asyl besteht, 67% generell gegen Asyl für Polen und Rumänen (und dafür, Juden aus der SU nicht großzügiger (!) zu behandeln als andere Ausländer), 60% für Quoten, 76% für eine Änderung des GG zur Verhinderung des Mißbrauchs durch politische Flüchtlinge sowie 69% für eine generelle Asylbeschränkung durch GG-Änderung.

Hinter diesen dürren Zahlen verbirgt sich genau die Stimmung,die an unzähligen Orten in der BRD wenige Tage später zur Tat schritt oder die Taten doch zumindest beifällig begutachtete. Vor diesem Hintergrund spielte sich dann die Debatte um "ausländerfeindliche Gewalt" ab und dementsprechend war sie auch. Vorherrschendes Argument: der Nichtdeutschen sind zuviel und dem Deutschen macht das Probleme, dafür galt es, um Verständnis zu werben. "Den Ärger darüber, daß es die Politiker nicht schaffen, dem Asylmißbrauch einen Riegel vorzuschieben, lassen die Bürger nun an den Fremden aus." (17) Dem mehr bürgerlich-betulichen Aufruf zur Gewalt folgt eine zwar intellektueller formulierte, gleichzeitig aber völlig unmißverständliche Hetze aus dem Bundesinnenministerium, veröffentlicht wiederum im Spiegel. (18) Der "Chefdenker für Ausländerpolitik", Eckart Schiffer, äußert sich unter Berufung auf "breiteste Bevölkerungsschichten" zum "kollektiven Menschenrecht auf Heimat im Sinne einer Erhaltung vertrauter Umwelt" wie folgt: "Die Bürger würden es nicht hinnehmen, wenn sie ihre ureigene, am nächsten liegende Lebens- und Erfahrungssphäre durch Überfremdung gefährdet glauben." Bleibt ihm nur noch festzustellen, daß "Überfremdungsängste ... den Einheimischen in eine Verteidigungsstellung drängen." Diesen Aufsatz, vor ein paar Jahren in einer Zeitschrift wie z.B. "Nation Europa" veröffentlicht, hätten AntifaschistInnen geradezu

als Paradebeispiel nicht nur für neurechte Argumentationslinien, sondern auch zurecht als Aufruf zu Pogromen bezeichnet. Das bleibt auch weiterhin richtig, doch der Autor repräsentiert mittlerweile den mainstream.

Die Täter: haben sie etwas mißverstanden?

Die tatsächliche Ausführung rassistischer Gewalt wird vor diesem Hintergrund zu einem Akt von Verteidigung. Aus den Tätern werden Opfer, eine argumentative Operation, die schon zur Entlastung ganzer Scharen faschistischer Mörder in der BRD getaugt hat. Trotzdem fällt auf, daß in dem Moment, als drei Skins in Hünxe gestehen, ein Wohnheim angezündet zu haben, wobei zwei kleine Kinder fast verbrannt wären, die "Schande" (BILD) groß ist. Vom Rechtsstaat, der in Gefahr sei, wird geredet, eine Repressionsanstrengung wie zu RAF-Zeiten wird gefordert. Doch natürlich ist dies alles Unsinn. Wir wissen zu genau, daß er gekonnt hätte, wenn er gewollt hätte, der Staat (selbst wenn manche Linksradikale in ihrer Hilflosigkeit sicher davon träumen, daß die Knüppel mal massiv die Faschisten treffen). Möglicherweise wird es auch demnächst zu einigen harten Urteilen gegen Skins kommen, aber im Kern werden sie unangetastet bleiben. Schließlich haben sie die täglich ausgegebenen Parolen von "Bedrohung" und "Überschwemmung" nur etwas zu wörtlich genommen. An der Ausländer-Raus-Haltung ändert das gleichwohl nichts. Faschistische Organisierungsbemühungen werden dadurch weiter gestärkt. Daran ändern auch die derzeitigen Aufrufe, die BürgerInnen möchten doch bitte die Wohnheime schützen, da die Polizei zu schwach sei, wenig. Denn es paßt über kurz oder lang einfach nicht zusammen, wenn weiterhin ungebrochen von der "Überfremdung" der BRD durch "Scheinasylanten" gesprochen wird und gleichzeitig die angeblich Gefährdeten jene Fremdlinge schützen sollen. Wer sich, sei es nur auf dieser Ebene und egal aus welchen Motiven, gegen den gesellschaftlichen Konsens wenigstens mittelfristig stellen will, wird ein dickes Fell brauchen - mindestens.

Die liberale Öffentlichkeit - verschwunden.

Nach den Ereignissen in Hoyerswerda sowie den darauffolgenden Anschlägen in der gesamten Republik hat es eine geraume Zeit gedauert, bis sich erster Protest öffentlich zeigte. Beschränkte er sich am 21. September in Hoyerswerda (also noch während der Angriffe auf die Wohnheime) auf den Versuch eines Bündnisses aus Berliner autonomen Antifas und aufrechten Menschen aus dem grünen und Bürgerrechtsspektrum, die Angegriffenen vor dem Mob zu schützen, gab es schon bald danach Planungen für größere Aktionen sowohl in Hoyerswerda als auch dezentral. (19) Von einer relevanten Opposition kann trotz mancher Initiativen vor Ort nicht gesprochen werden. Wenn selbst eine gar nicht linksradikale, sondern zutiefst humanistische Forderung nach "Bleiberecht" Demobündnisse auseinanderhaut (von "Offenen Grenzen" ganz zu schweigen), dann kann das nicht am Sektierertum der Linken liegen. Eine liberale Öffentlichkeit, die noch vor wenigen Jahren zum Beispiel gegen das neue AusländerInnengesetz protestiert hatte, existiert faktisch nicht mehr. Selbst herrschaftsimmanente Kritiken wie die Stimmen Geißlers und Funkes, die ja durchaus nichts gegen Einwanderungsquoten haben oder gar den Rassismus auch nur benennen würden, und denen mensch trotzdem zugute halten muß, daß sie sich nicht in die Pogromstimmung einreihen, sind marginal. (20) Selbst noch die widerliche Geste des Bundespräsidenten, ein "Negerkind" zu umarmen und zu demonstrieren, "daß das ja schließlich auch Menschen sind", stößt in den Reihen der CDU auf scharfe Kritik.

Neue Qualität?

Die Frage nach der neuen Qualität gesellschaftlicher Rechtsentwicklung scheint nach alledem beantwortet. Vorwegschickend, allerdings keineswegs einschränkend, möchte ich betonen, daß wir bei der Beantwortung sehr genau sein müssen in einer Situation, in der die Linke dieses Landes vor dem Verschwinden steht. Antirassistische Politik ist kein "Feld" neben beliebigen anderen. Durch die Bedeutung, die rassistische Ideologie (und Praxis) sowohl im Rahmen staatlicher Politik als auch im Massenbewußtsein hat, bekommt die Gegenwehr, die über den durchaus sinnvollen und notwendigen Schutz von Flüchtlingen hinausgeht und sich mit den rassistischen Zuständen zentral beschäftigt (fast schon automatisch) einen fundamental antistaatlichen Charakter. Gleichzeitig sind "Angriffe" auf rassistische Erscheinungen auch Bemühungen gegen die weitere nationale Formierung. (21) Wenn es in dieser Gesellschaft allerdings Konsens ist, daß "allzuviele Ausländer" ihren Bestand gefährden können, wenn es weiterhin Konsens ist, daß Deutschsein nicht ausgehend von den BewohnerInnen eines bestimmten Staatsterritoriums definiert wird, sondern deutsch ist, wer deutsches Blut in den Adern hat (und demzufolge Deutschland überall dort, wo deutsches Blut ist) und wenn auch noch (um das Maß vollzumachen) die "Lehren aus der Geschichte" darin bestehen, daß "wir" jetzt endlich wieder frei, ohne Beschränkunken, souverän - also Sieger - sind, dann ist von dieser Gesellschaft noch einiges zuerwarten.

Darauf vorbereitet zu sein, heißt sich gerade nicht in Katastrophenstimmung zu reden, sondern vielmehr die Wichtigkeit antirassistischer Politik zu betonen und dies in die verschiedenen Bemühungen einfließen zu lassen.

Trotz aller dieser Vorbemerkungen (oder gerade auch deswegen) bin ich der Ansicht, daß wir zur Zeit einen Umschlag von Quantität in Qualität erleben. Nicht allein die Zahl der Angriffe macht ihn aus (oder die Tatsache, wie eindeutig sie in vielen Fällen von Tötungsabsichten begleitet sind), auch nicht die rassistische Volksfront in Hoyerswerda an sich oder die Ballung völkisch-nationaler Reden, die gleichzeitig die Täter zu Opfern machen und sie zu neuen Taten aufhetzen. Die neue Qualität entsteht aus der Gleichzeitigkeit dieser Faktoren und aus der Abwesenheit einer (über radikale Linke hinaus) relevanten gesellschaftlichen Opposition. Diese wäre nicht allein an ihrer Zahl zu messen, sondern wahrscheinlich viel eher an so etwas wie "gesellschaftlichem Klima". Genau das aber wird in der BRD geprägt von einer Volksgemeinschaft, die nicht nur keine (oder doch kaum noch) Tabus mehr kennt, sondern sich wieder und ungebrochen auf ihre Traditionen besinnt. Der oft gehörte Einwand, auch (z.B.) in Frankreich oder Großbritannien trete Opposition immer mit dem Verweis aufs Gemeinwohl und für das Beste der Nation an, trifft nur zum Teil: Dort, wo Formierungstendenzen den hiesigen Entwicklungen ähneln (z.B. in der Frage des metropolitanen Chauvinismus, im Ressentiment gegen die Gesellschaften/die Massen im Trikont bzw. sogar schon den Peripherien Europas) müssen wir sie aufmerksam in unsere Analysen einbeziehen. Der Einwand trifft dann nicht, wenn es darum geht, genau die Unterschiede zwischen den einzelnen Gesellschaften herauszuarbeiten. Womit ich wieder bei der neuen Qualität bin. So sehr es mir wichtig erscheint, gerade das fast Unmerkliche, Prozeßhafte gesellschaftlicher Entwicklungen zu beachten, so deutlich scheint mir trotzdem der Einschnitt zu sein, den wir derzeit erleben. Eine Charakterisierung habe ich oben versucht. Eine dringende Aufgabe wird es sein, diesen Einschnitt noch viel genauer, als es zur Zeit möglich ist, zu bestimmen. Wir sollten uns jedoch davor hüten, die genaue Uhrzeit bestimmen zu wollen und Prognosen abzugeben. Zu sehr besteht die Gefahr, daß sie zur Beruhigung taugen. Wozu dieses Land noch fähig ist, weiß niemand...

kla.

Anmerkungen:

1) taz, 19.9.

2) Hamburger Abendblatt (HA), 19.9.

3) Am 17.10. ist in der taz (nach einer Meldung von afp) zu lesen, daß zur Zeit (laut Bundesjustizministerium) 432 Ermittlungsverfahren im Zusammenhang mit rassistischen Anschlägen auf Flüchtlinge eingeleitet worden sind. In diesem Zusammenhang teilt das BKA mit, daß zwei Drittel der Straftaten in den alten Bundesländern verübt wurden.

4) Einschränkung: natürlich kann es nicht darum gehen, jetzt in einem Anlauf umfassend zu untersuchen, wie sich Rassismus in der BRD auf den verschiedensten Ebenen entwickelt und ausgedrückt hat. Einige Anregungen zur Diskussion seien hiermit gegeben.

5) Daß gerade in Letzterem eine besondere Bedeutung liegt, wird weiter unten erörtert.

6) Zitiert nach: Bernd Siegler, "Auferstanden aus Ruinen ... Rechtsextremismus in der DDR", Berlin 1991

7) Zitiert nach einer Presserklärung der PDS-Bundestags-Fraktion vom 27.9.91

8) Nachzulesen in einer Erklärung des BKA, taz 17.10.; s. Anmerkung (3)

9) Nach einer zugegebenermaßen eher kursorischen Betrachtung entsteht der Eindruck, daß sich in überregionalen Zeitungen die sowieso wenigen Berichte und Meldungen stark auf die Ex- DDR konzentrieren, im Gegensatz zur tatsächlichen Verteilung der Angriffe auf die Bundesländer. Dies trifft auch auf die taz zu.

10) Zur "neuen Qualität", nicht nur in Bezug auf die "Bürgerbeteiligung", die Angriffe in Hoyerswerda s.u.

11) Und darauf kommt es mir hier an. Diese Bemerkung soll andere "Völker" und "Nationen" nicht besser machen, als sie sind und soll auch anderswo herrschenden Nationalismus/Rassismus keineswegs verharmlosen. Der jedoch oft an dieser Stelle gebrachte "Ja, aber die anderen..." - Vergleich dient in aller Regel der Verharmlosung der deutschen Zustände.

12) Daß dem auch der "proletarische Internationalismus" unterschiedlicher Spielarten wenig entgegenzusetzen hat(te), ließe sich nachweisen.

13) Vgl. ak 334 "Neues Deutschland - Alte Ziele"

14) Vgl. auch ak 333 "Ausländer raus"; in diesem ak die Berichte über CDU/SPD, GRÜNE, sowie über Bremen und Saarlouis

15) FAZ, 16.9.

16) Spiegel 38/91 vom 16.9., also noch etliche Tage vor den pogromartigen Angriffen von Hoyerswerda und dem Anschlag in Saarlouis (!)

17) HA, 23.9.

18) Spiegel 40/91, 30.9.

19) In Hamburg z.B. beeinflußten diese Überlegungen die Protestaktionen am 3. Oktober. Siehe den Bericht in diesem ak.

20) Es ist in diesem Zusammenhang anzumerken, daß es für Linke natürlich notwendig wäre, sich gerade auch mit diesen Argumentationen kritisch auseinanderzusetzen. Sie bieten aus unserer Sicht nichts Begrüßenswertes und vertreten einen sozusagen rationalen Rassismus, der als solcher von uns zu bekämpfen wäre. Daß sie Nicht-Deutschen aber nicht nach dem Leben trachten, wie es derzeit die Hauptströmung herrschender Politik in Kauf nimmt, macht einen Unterschied. Gleichzeitig sind sie real ziemlich einflußlos. Vgl. zur Kritik an Geißler, ak 322.

21) An welchen Stellen dieser Umschlag sichtbar wird, hängt nach meiner Einschätzung nicht unbedingt von den Protestierenden ab. Ob z.B. die Be- oder Verhinderung von Flüchtlingsabschiebungen aus den alten in die neuen Bundesländer gerade noch hingenommen und als weitgehend "humanistisch" geduldet wird, entscheiden politische Opportunitäten.

4. Wer sind die Brandstifter? Rassismus im Schatten der Parlamentsdebatte

Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Antirassismus, Antinationalismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak335/42.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:335:42

In den Parteien und Parlamenten wird über die Änderung des Asylrechtes gestritten. Mit markigen Worten wird ein Asylantenstrom, der uns überfluten würde, herbeigeredet. "Das Boot ist voll", sagen die einen; "Viele Ausländer schüren Fremdenfeindlichkeit" sagen andere. Damit werden die Opfer des Rassismus für ihre Situation selber verantwortlich gemacht. Kein Gedanke wird daran verschwendet, wie dünn die Decke ist, mit der der Rassismus in diesem Land zugedeckt war. Die Meldungen über Anschläge auf Ausländer und ihre Wohnheime sind nicht mehr zu zählen. Täglich werden Ausländer tätlich angegriffen und beschimpft. Nicht nur in den Neuen Bundesländern. Diejenigen, die das Asylrecht ändern wollen, als Brandstifter zu bezeichnen, liegt auf der Hand. Wer die aktiven Täter sind, läßt sich noch nicht klar eingrenzen, wenn es denn überhaupt eingrenzbar ist.

Das Entsetzen, das plötzlich laut wird über so viel Gewaltbereitschaft, über die große Anzahl der (meist) jugendlichen Täter, die losziehen und unter rechtsradikalen Parolen Angriffe auf Ausländer durchführen, bei denen sie auch erklärtermaßen Tote in Kauf nehmen, erscheint heuchlerisch. Spätestens seit 1983 ist in allen Studien über das politische Weltbild von Jugendlichen übereinstimmend herausgekommen, daß mindestens 15% ein geschlossenes rechtes Weltbild haben. Trotzdem wurden und werden zum Beispiel alle Hinweise und Erfahrungen von SozialarbeiterInnen, daß sich unter Skinheads und anderen Jugendbanden rechtsradikales Gedankengut und Gewaltbereitschaft sprunghaft ausbreiten, als Panikmache abgetan. Auch die VS-Berichte der letzten Jahre stellen einen Zusammenhang zwischen Neonazis und Skinheads nicht her.

Die bisher veröffentlichten Zahlen und Berichte lassen quantitativ und qualitativ den Schwerpunkt der Angriffe dieses Jahres in den Neuen Bundesländern erkennen. In den letzten Wochen häufen sich aber auch die tätlichen Angriffe auf Ausländer und Ausländerwohnheime in den Alten Bundesländern. In den Alten Bundesländer mit dem so hochgelobten Rechtsweg präsentiert sich der Rassismus in der weißen Weste des Biedermanns. Bürgerinitiativen von aufgebrachten Bürgern, die mit Eingaben und Klagen gegen geplante Ausländerwohnheime vorgehen, sind kein Einzelfall. Freie Flächen für Containersiedlungen sind oft nur am Stadtrand in der Nähe der besseren Gegenden zu finden. Aber wo kämen wir denn hin, wenn die Hundewiese Asylantenunterkünften weichen müßte. Und nicht zu vergessen die Minderung der Wohnqualität. Hamburg z.B. hat für solche Probleme die Wohncontainerschiffe auf der Elbe - als Touristenattraktion fast so hoch im Kurs wie die Hafenstraße.

Eine genaue zahlenmäßige Übersicht ist nicht möglich, da viele Überfälle gar nicht in der Presse erscheinen. Offizielle Statistiken haben es an sich, daß sie die Situation beschönigen. So werden z.B. Überfälle auf Ausländer "im Straßenverkehr" nicht zwangsläufig unter Rassismus, sondern als gefährliche Eingriffe in den Straßenverkehr geführt. Auseinandersetzungen zwischen deutschen Jugendlichen und Türken werden in der Regel als Bandenkriege abgetan, ohne Berücksichtigung der Motivation.

Sprunghafter Anstieg

"Der Spiegel" (1) bringt folgende Zahlen von Gewalttaten gegen Ausländer mit wahrscheinlich rechtsextremistischer Motivation in der Zeit von Januar bis September 1991: Angriffe auf Personen 72; Brandanschläge 99; sonstige Straftaten 369. Während es im Januar drei Angriffe auf Personen, drei Brandanschläge und 16 sonstige Straftaten gab, waren es im September 18 Angriffe auf Personen, 52 Brandanschläge und 106 sonstige Straftaten. Die tatsächlichen Zahlen insbesondere der Angriffe auf Personen dürften noch viel höher liegen. Die täglichen Angriffe werden, wenn überhaupt, oft nur in der lokalen Presse gemeldet. Eine große Zahl wird überhaupt nicht bekannt.

Eine Zuordnung der Überfälle zu Mitgliedern von Neonazigruppen oder Parteien ist nur in einigen Fällen durch die Polizei gemacht worden. Daß in fast allen Fällen, in denen Wohnheime angegriffen wurden, rechtsradikale Parolen und Hakenkreuze an die Wände geschmiert wurden, spricht für eine Beteiligung mindestens einzelner Mitglieder oder Sympathisanten.

Während die Presse meldete, daß bei dem Überfall in Zittau auf die Kinder aus Tschernobyl und ihre Betreuer der örtliche Chef der Republikaner Rene Druschke die Horde angeführt hat (2), läßt Schönhuber vermelden, daß nach seiner Mitgliederliste Druschke kein Rep-Mitglied sei (3).

Zu einem Überfall auf zwei Ausländerwohnheime in Zittau bekennen sich Rechtsradikale (4); welcher Gruppierung, ist der Presse nicht zu entnehmen.

In Hünxe wurde ein Brandanschlag auf ein Wohnheim verübt, bei dem ein achtjähriges Mädchen lebensgefährliche Brandverletzungen erlitt und andere Bewohner schwer verletzt wurden. Die Täter von Hünxe sind, wie Recherchen von "Stern"-Reportern ergaben, schon vorher für die "Freiheitlich Deutsche Arbeiterpartei" (FAP) tätig gewesen.

Auch wenn aus der Presse der Zusammenhang zu organisierten Neonazis nicht hervorgeht, alles unter dem "unpolitischen" Begriff Skinheads abgehandelt wird, gibt es zumindest in den oben aufgeführten Fällen einen Zusammenhang. Trotzdem sieht der Generalbundesanwalt keine Möglichkeit, Ermittlungsverfahren einzuleiten. Sendungen, in denen Jugendliche über ihre Gewalttaten berichten und Pläne für nächste Überfälle kundtun, hat er nicht gesehen. Bekannt ist ihm nur, daß mal hier und mal da möglicherweise mehrere junge Leute in der Kneipe zusammengesessen haben und sich dann spontan überlegt haben, ein Ausländerwohnheim zu überfallen. Vermutlich stört ein ernsthaftes Vorgehen gegen die Gewalttäter die Politiker in ihrer Asyldebatte.

Rechtes Potential

Die Einschätzungen, wie hoch das gewaltbereite Potential ist und welche Mitgliederzahlen die Neonazi-Organisationen und Parteien haben, liegen weit auseinander.

Der für politische Straftaten zuständige Göttinger Staatsanwalts schätzt die Zahl der gewaltbereiten Neonazis in Südniedersachsen auf 30 bis 60. Die Zahl der Sympathisanten allerdings sei ungleich höher. In einem Jahr seien 105 Ermittlungsverfahren gegen junge Rechte geführt worden. (5) Kurze Zeit später wird vom Leiter des Staatsschutz-Kommissariats die Zahl der Skins für Göttingen mit 80 angegeben, davon sollen 15 Rechtsextremisten sein. (6)

Die Ausländerbeauftragte aus Dresden gibt die Zahl der Rechtsradikalen für Dresden mit 500 an. (7)

Jugendforscher rechnen in den neuen Bundesländern mit einem rechten Potential von etwa 50.000 Jugendlichen, von denen nach Polizeiangaben mittlerweile 1.500 als Gewalttäter registriert sind. (8)

Der Leiter der Abteilung Staatsschutz im Kriminalamt Berlin spricht von 2.000 Rechtsextremisten in den neuen Bundesländern und schätzt dort das gesamte rechtsextremistisch orientierte Gewaltpotential auf 10.000 bis 15.000 Personen. (9)

Der (Ex-)Innenminister von Sachsen sieht einen harten Kern von 300 bis 400 Neonazis in seinem Bundesland. Die Mitgliederzahlen der NPD schätzt er auf 250, die der DVU auf 100. (10)

Viel läßt sich aus den bisher genannten Zahlen nicht schließen. Sie stellen ab auf eine Minderheit von organisierten Rechtsextremen, die jetzt in Erscheinung getreten ist. Nicht erfaßt ist das variantenreiche Spektrum all derer, die teilnehmen. Teilnehmen durch Unterlassung ihrer Dienstpflichten wie der Bundesanwalt. Teilnehmen durch Mißbrauch ihrer journalistischen Möglichkeiten. Teilnehmen als Stichwortgeber in den Parlamenten und Parteien. Teilnehmen, indem sie sich dem tumben "Ausländer raus" anschließen und die Ignoranz zur deutschen Tugend erklären.

Die Debatte um die Veränderung des Asylrechtes macht die Asylsuchenden zu Freiwild, zu bequemen Sündenböcke für alle Schwierigkeiten. Die Zahlen über die organisierten Neonazigruppen, auch wenn man weiß, daß sie geschönt sind, gewinnen erst auf diesem Hintergrund ihre Brisanz. Uns sind die Möglichkeiten des Repressionsapparates der BRD ausreichend bekannt, sie sind groß genug, um den Angriffen auf Ausländer ein Ende machen.

Die Gefährlichkeit der momentanen Situation entsteht durch die Bereitschaft so vieler nicht der Neonazi- oder Skinheadszene angehörende Menschen, sich an den Angriffen zu beteiligen oder mindestens Beifall zu klatschen wie in Hoyerswerda. Die schnelle Bereitschaft dieser Menschen, den Sündenbock Ausländer für die

eigene schlechte oder labile Situation verantwortlich zu machen, schafft das Klima, in dem organisierte Rechtsradikale offen zur Hatz gegen Ausländer aufrufen können.

ga.

Anmerkungen:

(1) vom 14.10.91

(2) FAZ 16.5.91

(3) FAZ 18.5.91

(4) Welt 30.8.91

(5) FR vom 9.1.91

(6) FR 23.5.91

(7) Spiegel 15.4.91

(8) Tagesanzeiger 6.6.91

(9) FR 126.91

(10) FR 21.6.91

"Ausländer sind Gäste, nicht Bürger, und von daher auch nicht Mitbürger."

Alfred Dregger, CDU/CSU-Fraktionschef im Bundestag

"Große Flüchtlingsströme aus dem Osten können der europäischen Kultur ein Ende setzen. Sie können für Europa gefährlicher werden als die Rote Armee in der Zeit des Kalten Krieges."

Steffen Reiche, Vorsitzender der SPD Brandenburg

"Eine Gruppe, die gar keine Ausländerfeindlichkeit mehr hätte, also sich gar nicht mehr absetzen würde, gegenüber Ausländern und Fremden, die hätte auch kein eigenes Gruppenbewußtsein mehr, keine eigene Kultur."

Prof. Robert Hepp, Soziologe an der Universität Osnabrück

"So können die Deutschen zum dritten Mal in diesem Jahrhundert das ihrige dazu tun, Europa zu ruinieren, dieses Mal durch ihre modische Wahnidee, hier das Sozialamt und das Krankenhaus für die ganze Welt zu errichten."

Prof. Klaus Hornung, CDU, Politikwissenschaftler, Uni Stuttgart-Hohenheim

"Viele Asylanten kommen aus Kultur- und Zivilisations- kreisen, die uns völlig fremd sind. Die haben auch ein anderes Verhältnis zum Eigentum, als es die meisten der deutschen Eltern ihren Kindern beibringen."

Horst Niggemeier, SPD-MdB und Bürgermeister von Datteln, Nordrhein-Westfalen

"Vergleiche mit einem Heuschreckenschwarm, der überall, wo er durchzieht, eine Wüste hinterläßt, sind keinesfalls übertrieben. Die Lösung kann daher nur lauten: konsequente Abschirmung Europas vor der Zuwanderung aus den Entwicklungsländern."

Manfred Ritter, CSU, Landesanwalt am Verwaltungsgericht Ansbach

5. Organisierte Rassisten. Ein kurzer Überblick

Rubrik: Rechtsradikale, Neonazis; Antirassismus, Antinationalismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak335/41.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:335:41

Nicht erst in den letzten Wochen haben organisierte Neonazis den Rassismus propagiert, AusländerInnen überfallen, Parolen geschmiert. Seit Jahren ist die Parole "Deutschland den Deutschen - Ausländer raus!" in dieser oder ähnlicher Form zentraler Bestandteil neofaschistischer Politik. So ist es kein Zufall, daß die Täter von Hünxe Plakate der FAP geklebt haben und Hakenkreuz-Altäre in ihren Buden aufgestellt hatten - also voll in neonazistischen Zusammenhängen verankert waren. Es wäre fatal, wenn angesichts der Masse der Anschläge die Verantwortung der organisierten neofaschistischer Kräfte aus dem Blick geriete. Deshalb hier eine kurze Übersicht über die wichtigsten Gruppierungen der rechten Szene.

NPD - Nationaldemokratische Partei Deutschlands

Gegründet 1964 war sie jahrelang die zentrale politische Kraft des organisierten Neofaschismus. Parlamentarische Repräsentanz konnte sie allerdings nur in den Wahlen Ende der 60er/Anfang der 70er Jahre in den alten Bundesländern erlangen; im Bundestag war sie nie vertreten. Seit 1972 versank sie auf Wahlebene immer weiter in die Bedeutungslosigkeit, bildete aber für alle neu entstandenen Nazi-Gruppen den organisierenden Nährboden und bevorzugtes Rekrutierungsfeld. Immer wieder entstanden aus den radikalsten Kadern neue offen nazistische Gruppen. Die NPD selbst wurde in den letzten Jahren zwischen Republikanern einerseits und offen nazistischen Gruppen andererseits zunehmend zerrieben. Selbst das strategische Bündnis mit der Deutschen Volksunion für den Bremer Wahlkampf 1987 (Erster DVU-Erfolg als DVU - Liste D) bewahrte die NPD nicht vor dem weiteren Zerfall. In den letzten Jahren gab es nur noch kommissarische Vorstände, bis in diesem Jahr der langjährige Aktivist und Lehrer Günter Deckert Parteivorsitzender wurde. Andere ehemalige Spitzenfunktionäre wie der Kriminalbeamte Jürgen Schützinger und der Rechtsanwalt Martin Mußgnug sowie weitere Repräsentanten der alten NPD haben diese mittlerweile verlassen zugunsten eines neuen Versuchs der Zusammenfassung des rechten Lagers.

Deutsche Liga für Volk und Heimat

Am 3. Oktober gründeten ehemalige prominente Mitglieder der NPD gemeinsam mit Abtrünnigen Schönhuberfeinden aus den Republikanern in Villingen die Deutsche Liga für Volk und Heimat, die Monate zuvor als Deutsche Allianz einen glatten Fehlstart ohne Resonanz verursacht hatte. Der Geschäftsführer Franz Glasauer kommt von den Republikanern, ebenso wie Harald Neubauer (ehemals REP-Vorstand und noch früher DVU-Freys Adlatus in dessen Presse"imperium") und Erich Fuchs, ehemaliger REP-Landeschef von Hessen. Von der NPD gehören der Kriminalbeamte Jürgen Schützinger (NPD-Vorsitzender Baden-Württemberg) und Martin Mußgnung (Anwalt und jahrelanger NPD-Bundesvorsitzender) zu den bekannteren Figuren dieses neuen Vereins. Ursprünglich hatte die Gründung in Stuttgart-Bad Cannstatt stattfinden sollen, war aber angesichts einer antifaschistischen Mobilisierung in Stuttgart erst verboten worden; als am Vorabend des 3.10. dann die Nazis doch die gerichtliche Erlaubnis durchgesetzt hatten, zogen sie es dann doch vor, im ruhigen Villingen zu tagen.

DVU - Deutsche Volksunion

Heute größte Organisation des klassischen Neofaschismus um den Herausgeber der Nationalzeitung Gerhard Frey. Die DVU trat jahrelang nicht als Partei in Erscheinung, sondern betrieb auf der Ebene von Nazi-Kampagnen wie "Freiheit für Rudolf Heß" oder "Generalamnestie" die Organisierung von Gesinnungsgenossen. Erst 1987 machte die DVU einen parlamentarischen Anlauf, nachdem sie mit der NPD in der DVU - Liste D eine gemeinsame Plattform für Landtagswahlen gefunden hatte. Begünstigt durch das besondere Wahlrecht in Bremen/Bremerhaven erzielte sie nach einem schon damals schwerpunktmäßig rassistisch geführten Wahlkampf nicht nur den Einzug in das Rathaus von Bremerhaven, sondern dadurch auch in die Bremer Bürgerschaft.

Die damalige Kandidatur erfolgte eindeutig als Antwort auf die spektakulären Anfangserfolge der Republikaner in Bayern und Westberlin, der die traditionelle Rechte zum Handeln veranlaßte, wollte sie nicht ihren Platz im parlamentarischen Gefüge kampflos preisgeben. Mittlerweile hat die DVU Landesverbände in den neuen Bundesländern gegründet.

Über Freys Presse"imperium" werden auch die Abzeichen der rechten Skinszene vertrieben: "Ich bin stolz ein Deutscher zu sein" sowie die Reichskriegsflagge.

FAP - Freiheitliche Arbeiterpartei

1979 von Martin Pape als eine eher skurrile als relevante Nazipartei gegründet, erhielt die FAP politische Bedeutung durch ihre Unterwanderung und Übernahme durch die offenen Neonazis um Michael Kühnen. Diese hatten nach dem Verbot der ANS/NA (Aktionsfront Nationaler Sozialisten) in der FAP als nach dem Parteiengesetz angeblich "legaler Partei" eine neue Heimat gesucht. Bald waren alle Posten (lediglich Pape wurde als Aushängeschild ungeschoren gelassen) durch diese Neonazis besetzt, ganze Landesverbände (NRW unter Mosler) aus ANS/NA-Mitgliedern neu aufgebaut, beteiligte sich die FAP zum Erhalt ihres Parteistatus und zur Verbreitung neofaschistischer Propaganda an Wahlen. Während der zweiten Haftstrafe Kühnens allerdings spaltete sich die FAP an der sogenannte "Homosexuellen-Frage". Jürgen Mosler als militant schwulenfeindlicher Chef insbesondere des NRW-Teils der FAP und Michael Kühnen als Vertreter der "Schwulenfraktion" standen sich nach Kühnens Haftentlassung Anfang 1988 offen feindselig gegenüber; der anfangs kleinere Kühnen-Flügel entfaltete unter dem zunehmend kränkeren Kühnen (er starb Anfang 1991 an Aids) und insbesondere Christian Worch und Thomas Brehl zielgerichtete Aktivitäten in Richtung DDR, und erst 1990 kam es zu einer Art Waffenstillstand zwischen den beiden FAP-Flügeln.

Um die FAP herum haben diese Nazis ein ganzes Gespinst von Schein-, Neben- und Pseudoorganisationen aufgebaut, wie Deutsche Frauen Front, Hilfsgemeinschaft für Nationale politische Gefangene und deren Angehörige (HNG), Freie Betriebszellenorganisation (FBO), die Bürgerinitiative Deutsche Arbeiterpartei usw., als deren Aktivisten sich immer wieder der gleiche Kern der Neonazis herausstellt. Und solange dieser Kern von einigen Dutzend Neonazis nicht als kriminelle Bande aus dem Verkehr gezogen wird, werden immer neue "Aktionen", "Parteien", "Fronten" usw. usf. wuchern.

Nationale Sammlung

Nur wenige Monate aktive, dann verbotene Organisation des Kühnen-Flügels der FAP. Ging nach dem hessischen Wahlkampf 1989 reibungslos in der Deutschen Alternative auf.

Deutsche Alternative

Zentrale Organisation des Kühnen-Flügels der FAP. Gegründet am 5.5.89 als Nachfolgeorganisation der Nationalen Sammlung. Gleich nach Grenzöffnung wurde ein "Arbeitsplan Ost" erstellt, eine Sektion Ost (16.3.90 in Cottbus gegründet) führte am 7.7.90 mit 120 Personen (darunter viel West-Prominenz) ihren ersten Landesparteitag durch.

Nationale Alternative

Berliner Name der Nazis, die sich um die Deutsche Alternative gruppieren. Bekannt geworden durch die besetzten Häuser in der Berliner Weitlingstraße 122. Sind dem Kühnen-Flügel der FAP zuzurechnen.

Nationale Liste

Im Hamburger Raum propagierte Gruppierung um Christian Worch, langjähriger Kühnen-Kumpan; kommt aus dem Kühnen-FLügel der FAP und arbeitet heute mit der Nationalen Alternative in der ehemaligen DDR zusammen. Worch war eine der prominentesten Figuren in den Nazi-Häusern in Berliner Weitlingstraße 122.

Wiking-Jugend

Eine der ältesten neofaschistischen Jugendorganisationen der BRD. Seit einigen Jahren eng verbunden mit den offenen Nazis der FAP, was sich in Vorstandsverflechtungen (FAP-Chef Mosler ist im Ältestenrat der WJ, Nazi-Anwalt Rieger stellt sein Grundstück für die Wikingjugend zur Verfügung, WJ und FAP bilden die Volkstreue Außerparlamentarische Opposition, deren Chef WJ-Mitglied und FAP-Bundesvorstandsmitglied ist) und gemeinsamen Lagern und Aufmärschen ausdrückt.

NF - Nationalistische Front

Gegründet 1984 von ehemaligen Aktivisten der NPD und deren Jugendorganisation Junge Nationaldemokraten um Meinolf Schönborn, sowie von ehemaligen Mitgliedern der 1982 verbotenen

Naziorganisation Volkssozialistische Bewegung Deutschlands/Partei der Arbeit gegründet. Das Zentrum der NF liegt in Bielefeld, wo sie ein Schulungszentrum unterhält. Sie hat in der FAP-Auseinandersetzung zwischen den Flügeln Mosler und Kühnen sachlich Kühnen unterstützt, praktisch deren Stillhalteabkommen durchgesetzt. Mit ihrem "befreiungsnationalistischen" Ansatz bemüht sich die NF auch um eine theoretische "Begründung" anstatt nur platt den historischen Nazismus nachzuahmen. Das Schulungszentrum in Bielefeld ist Schauplatz erstaunlicher innerrechter Veranstaltungen, deren Referenten von Vertretern der Republikaner bis zum Thule-Seminar reichen.

Republikaner

Gegründet von ehemaligen rechten CSU-Abgeordneten, erzielten die REPs Mitte der 80er Jahre in Westberlin und Bayern spektakuläre Wahlerfolge, die allerdings die 5%-Hürde nicht überwanden. Auf kommunaler Ebene aber haben die Republikaner - wenn sie denn kandidieren - einigermaßen Erfolg: So zuletzt bei den niedersächsischen Kommunalwahlen, wo sie nahezu ohne Wahlkampf überall dort, wo sie antraten, Erfolg: Insgesamt sind sie hier in fünf Kreistagen, sieben Stadträten (auch Hannover) und einem Gemeinderat mit insgesamt 20 Funktionsträgern vertreten. Hauptwahlaussage war ein Plakat gegen "Scheinasylanten".

Geführt von dem SS-Mann und ehemaligen Journalisten im Bayrischen Rundfunk, Franz Schönhuber ("Ich war dabei" ist der Titel seines Waffen-SS-Bekenner- buches) versuchen die REPs die Gratwanderung zwischen CDU/CSU auf der einen Seite und den offenen Nazis auf der anderen Seite. Entsprechend dieser Orientierung, "staatstragend rechtsaußen" zu sein, konnten die REPs erhebliche Teile ihrer Mitgliedschaft u.a. unter Polizisten und ähnlichen Berufsgruppen rekrutieren. Doch diese Gratwanderung halten die REPs immer weniger aus. Immer wieder wird bekannt, daß wesentliche Teile des REP-Kaders aus offenen Nazis bestehen. Speziell im Wahlkampf zu den Landtagswahlen in der ehemaligen DDR, in dem die Republikaner ohne rechte Importkonkurrenz von NPD oder FAP teilnahmen, trat der offen rechtsradikale Charakter in Form von brutalsten Schlägertruppen gegen Andersdenkende deutlich in Erscheinung. Innerparteiliche Kritiker werden aus der Partei geschmissen, gegen Schönhuber versuchten Teile der Partei einen Putsch (mit Harald Neubauer an der Spitze) etc. Mittlerweile scheinen die REPS gegenüber der Konkurrenz der DVU chancenlos zu sein, zumal Teile der Funktionäre sich in der Deutschen Liga für Volk und Heimat eine neue politische Heimat gesucht haben.

Um die Kasse der REPs scheint es auch nicht zum besten zu stehen: Die erhofften 11,6 Millionen Wahlkampfkostenerstattung für die Bundestagswahl 1990 werden erst einmal nicht ausgezahlt, da dieser Betrag (der den REPs aufgrund der Stimmen zustünde) die aufgebrachten Eigenmittel für Wahlkampfwerbung nicht übersteigen dürfe.

E.S., Hamburg

Literaturempfehlungen:

Georg Christians: "Die Reihen fest geschlossen". Die FAP - Zur Anatomie und Umfeld einer militant neofaschistischen Partei in den 80er Jahren; Verlag Arbeit & Gesellschaft GmbH, 1990, ISBN 3-89419-007-8.

Reimund Hethey und Peter Kratz (Hg): In bester Gesellschaft, Antifa-Recherche zwischen Konservatismus und Neofaschismus; Verlag Die Werkstatt, 1991, ISBN 3-923478-49-1

Hajo Funke: "Republikaner" Rassismus, Judenfeindschaft, nationaler Größenwahn. Aktion Sühnezeichen/Friedensdiente, 1989, ISBN 3-89246- 015-9

Richard Stöss: Die "Republikaner", Woher sie kommen, Was sie wollen, Wer sie wählt, Was zu tun ist, bund-verlag, 1990, ISBN 3-7553-2183-8

Hans-Jürgen Schulz (Hrsg): Sie sind wieder da! Faschismus und Reaktion in Europa, isp-Verlag, 1990, ISBN 3-88332-169-9

AK Neue Rechte (Hrsg.): Thule Seminar - Spinne im Netz der neuen Rechten, 1990, Bezug über: AK "Neue Rechte" c/o Umweltzentrum, Elfbuchenstr. 18, 3500 Kassel (7,80 DM beilegen - nur gegen Vorauskasse)

Männer fürs Grobe - der schlagende Arm der rechten Bewegung - FAP, NF, WJ, Hooligans, Arbeitskreis Neofaschismus, PLK 050259 D, 8500 Nürnberg

ATZE, Antifaschistische Zeitung Kiel; periodisch erscheinende, nicht nur auf Kiel beschränkte Zeitschrift, ATZE, Schweffelstraße 6, 2300 Kiel 1; Preis DM 2.- (kann im Abo bezogen werden)

Antifaschistisches Infoblatt, Kontaktadresse L. Meyer, Gneisenaustraße 2a, 1000 Berlin 61, Ein Abo (5 Nummern) kostet DM 25.- (incl. Porto)

bernd siegler, "Auferstanden aus Ruinen ... Rechtsextremismus in der DDR", Berlin 1991

6. Bremen: Vom Wahlkampf zum Brandsatz

Rubrik: Wahlen; Ausländer- und Asylpolitik; Antirassismus, Antinationalismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak335/11.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:335:11

Wer in den Wochen vor dem 28. September nach Bremen kam, wurde von der Allgegenwart rechtsradikaler Wahlwerbung geradezu erdrückt. Unermüdlich ersetzten Helfer(Innen?) von REP und DVU die abgerissenen Plakate, die zudem von umherschweifenden Skinheads geschützt wurden.

Doch der Wahlerfolg der DVU ist weniger ihrem riesigen Materialeinsatz geschuldet - sie konnte bei der Mobilisierung des latenten Rassismus auf die intensive und gründliche Vorarbeit von SPD-Landesregierung und CDU-Opposition zurückgreifen.

Zweifellos spielten auch bundesweite Ereignisse für den Wahlerfolg der Rechtsradikalen eine Rolle, wie die Debatte über die endgültige Zerschlagung des Asylrechts sowie das Pogrom von Hoyerswerda, das die fremdenfeindliche Stimmung weiter angeheizt hat.

Wir beschränken uns jedoch im folgenden auf die Darstellung von Wahlkampf und Politik gegen AsylbewerberInnen in Bremen, um Nicht-Bremer LeserInnen die lokale Vorgeschichte zu vermitteln.

Hartnäckig hält sich der Mythos, Bremen habe eine "liberale" Asylpolitik - ein Bild, das auch einem flüchtigen Blick auf die Realität nicht standhält.

Vielmehr bildet das scheinbar konzeptlose Vorgehen der Behörden einen hervorragenden Resonanzboden für die dröhnende rassistische Stimmungsmache.

So blieb in der Öffentlichkeit beispielsweise weitgehend unbeachtet, daß der Senat dafür verantwortlich ist, daß in Bremen nach dem Inkrafttreten des neuen AusländerInnengesetzes beinahe 2000 De-facto-Flüchtlinge aus Kriegsgebieten die Abschiebung droht. Noch bevor am 1.1.91 die Zuständigkeit für die Aufenthaltsrechte von Flüchtlingen an den Bundesinnenminister überging, hob der Bremer Senat im November 1990 den Abschiebeschutz für als De-facto-Flüchtlinge geduldete KurdInnen aus Türkisch-Kurdistan auf. Und dies, obwohl der zweite Golfkrieg erkennbar bevorstand. Erst mit Beginn des Krieges wurde die Massenabschiebung von etwa 250 Menschen in die Türkei bis zum 1.10.1991 ausgesetzt.

Mit dieser Maßnahme wollte der Bremer Innensenator Sakuth offenbar einer CDU-Wahlkampfkampagne gegen "die kurdischen Drogendealer" zuvorkommen und vorbeugend Härte demonstrieren. Die wenigsten der betroffenen KurdInnen hatten irgend etwas mit Drogenhandel zu tun.

Darüber hinaus weigerte sich der Bremer Senat standhaft, für die De-facto-Flüchtlinge vor dem Inkrafttreten des neuen Bundesgesetzes eine weitgehende "Altfallregelung" zu schaffen, die diesen Menschen auch nach Inkrafttreten des neuen Gesetzes einen Schutz gegen Abschiebungen geboten hätte, wie es z.B. in Niedersachsen geschehen ist. Damit war klar, daß die meisten der bis zum 30.6.1991 befristeten Duldungen nicht verlängert würden, da diese Verlängerungen jetzt von der Zustimmung des Bundesinnenministers abhängen.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt werden - von der Öffentlichkeit weitgehend unbeachtet - bereits im großen Umfang Ausreiseaufforderungen verschickt, kommen die Flüchtlinge ihnen nicht nach, droht die Abschiebung.

Im Gegensatz zum Schicksal der von Abschiebung bedrohten Flüchtlinge steht die Unterbringung von AsylbewerberInnen im Rampenlicht der öffentlichen Aufmerksamkeit:

Seit der drastischen Verschärfung der Wohnungsnot wird die Wohnraumbeschaffung für Flüchtlinge durch die Sozialbehörden zum permanenten Krisenmanagement.

Die jeweils angemieteten Häuser wurden bislang als hoffnungslos überbelegte Gemeinschaftsunterkünfte eingerichtet, für die die VermieterInnen horrende Mieten kassieren (legal, da "pensionsartige Unterbringung"). Schon die räumliche Situation alleine macht ein menschenwürdiges Leben nahezu unmöglich, Konflikte mit NachbarInnen sind vorprogrammiert.

Bei jedem von der Sozialbehörde neu angemieteten Haus inszenierte das zuständige Stadtteilparlament (Beirat) erst einmal eine zünftige Debatte, forderte vom Senat Rücksicht auf die "betroffenen" AnwohnerInnen,

die sich derart eingeladen meist auch zu Wort meldeten. Der Senat machte Zugeständnisse bezüglich Zahl und Zusammensetzung der unterzubringenden Flüchtlinge, und die Presse berichtete ausführlich.

Über diesen Mechanismus wurde jede geplante Unterkunft zum Politikum gemacht, und die Ankommenden wurden schon durch die Form dieser Auseinandersetzungen noch vor ihrem Erscheinen zu Monstern und potentiellen VerbrecherInnen stilisiert.

Da diese Form der Unterbringung vor allem wegen der entstehenden Kosten auf heftige öffentliche Kritik stieß, sollen Flüchtlinge zukünftig in neu zu errichtenden Einfachbauten untergebracht werden - ob damit aber auch die Kampagnen über die von ihnen ausgehenden "Bedrohungen" ein Ende haben, darf stark bezweifelt werden.

Im November 1990 wurden erstmals AsylbewerberInnen in einem Luftschutzbunker untergebracht, was damals nur als kurzfristige und einmalige Notmaßnahme eingeführt wurde, entwickelte sich rasch zur Dauer-Krisenlösung: Im Juli 1991 waren bereits vier Bunker bewohnt. Außerdem wurden auch mehrere Zeltplätze eingerichtet. Beide Maßnahmen sind inzwischen zwar wieder aufgehoben worden, stehen aber beim nächsten Engpaß als inzwischen normale Unterbringungsformen zur Verfügung.

Daß es sich um eine Abschreckungsmaßnahme handele, ist von den Behörden stets abgestritten worden. Tatsache ist jedoch, daß im Winter 1989/90 für auswandernde DDR-BürgerInnen immer noch eine andere Möglichkeit gefunden wurde.

Der Wahlkampf beginnt also im Frühjahr 1991 auf gut präpariertem Terrain.

In der Öffentlichkeit ist der Begriff "Unterkunft von AsylbewerberInnen" zum Synonym für Dreck, Belästigungen aller Art, Kleinkriminalität und Drogenhandel geworden. Alle PolitikerInnen, die sich zum Thema äußern, bemühen sich, die "Sorgen und Nöte der betroffenen BürgerInnen" ernst zu nehmen - Widerspruch gegen die pauschale Vorverurteilung findet nicht statt.

Aber war da nicht mal eine politische Kraft, die irgendwie anders ist als die anderen ...? Am 6.8.1990 machte der grüne Bürgermeister des angeblichen Alternativ-Stadtteils Ostertor/Steintor Dietrich ("Hucky") Heck in einem Interview mit der Bremer "taz" seinem Ärger über Sinti & Roma Luft, die sich seiner Meinung nach zu ausgiebig auf die NS-Verfolgung beriefen und sich "bei uns" nicht integrieren ließen. Erstaunlich ist dabei weniger, daß ein grüner Lokal-Promi in rassistische Klischees verfällt, als vielmehr, daß er kaum Widerspruch aus den eigenen Reihen erntete.

Hucky Heck erklärte übrigens später, er habe nur ein Tabu brechen wollen, um die selbstgerechten Linken zu zwingen, sich mit den Problemen auseinanderzusetzen, die AusländerInnen verursachen würden. Dafür darf man also auch schon mal Rassismus propagieren.

Die heiße Phase des Wahlkampfes

Ab Anfang Juni greift die Bremer CDU den Senat mit dem Vorwurf an, Bremen habe im Vergleich zu anderen gleichgroßen Städten einen "Asylantenüberhang" von 2000 Personen und müßte deshalb jährlich 20 Millionen DM mehr ausgeben. Über Wochen geben die Anzeigenblätter "Weser-Report" und "Bremer Anzeiger", aber auch die führende Tageszeitung "Weser Kurier" dieser Kampagne breiten Raum. Auch wird immer wieder argumentiert, niemand in Bremen sei ausländerfeindlich, aber die "Asylanten" würden erhebliche soziale Probleme in den "betroffenen" Stadtteilen aufwerfen. Ihre Wahlplakate mit der Forderung "Asylmißbrauch beenden" fügten sich harmonisch zwischen die neben ihnen hängenden DVU-Parolen "Scheinasylanten ausweisen" und den REP-Slogan "Das Boot ist voll".

Am 27.6.91 organisiert eine BürgerInneninitiative im vorwiegend von Menschen mit gut gefüllter Brieftasche bewohnten Stadtteil Schwachhausen eine Demonstration "Gegen Drogenhandel, Vergewaltigung, Messerstecherei" vor einer Flüchtlingsunterkunft in Schwachhausen. Ein Sprecher fordert "Scheinasylanten raus aus der BRD" und die Schließung der Unterkunft. Ein Mitglied der Republikaner trat am selben Abend im Bremer Regionalfernsehen für die Initiative auf und machte Stimmung gegen ZuwanderInnen.

Die Flüchtlingsunterkunft, die Ziel der Demonstration war, wurde in der Nacht auf den 3.10.91 mit Brandflaschen angegriffen und durch die Löscharbeiten unbewohnbar gemacht. Der Kommentar eines Sprechers von Radio Bremen, daß sich die TäterInnen kein lohnenderes Ziel hätten aussuchen können, hat -

ob gewollt oder nicht - deutlich einen den Anschlag rechtfertigenden Charakter. Mit diesem Anschlag wurde endgültig die Illusion zerstört, "hier in Bremen" werde "so etwas" nicht geschehen - der Mythos von der Bremer Liberalität hatte sich auch bei vielen Linken wie ein Schleier vor die Realität geschoben. Seit diesem Tag hat es allein in Bremen mindestens sechs Brandanschläge auf Wohnungen und Gaststätten von ZuwandererInnen gegeben.

Die Anfang Juli völlig auf die "Bedrohung" durch die "Asylantenflut" (womit vor allem Menschen aus Osteuropa, insbesondere aus Polen, Rumänien und Jugoslawien - und hier wieder vor allem Roma - gemeint sind) fixierte Öffentlichkeit ignoriert konsequent jedes Ereignis, das nicht ins Bild paßt, wie etwa eine gut besuchte Demo gegen die Abschiebung der De-facto-Flüchtlinge am 1.7.91.

Als es am 10.9. dann nach einer Demonstration gegen eine Wahlkampfveranstaltung der REP mit Franz Schönhuber für die Polizei "Knüppel frei" hieß, fand auch das wenig Beachtung, obwohl der Polizeieinsatz ungewöhnlich dreist und brutal war: Nachdem die DemonstrantInnen trotz des großen Polizeiaufgebotes die REP-Veranstaltung relativ erfolgreich von den potentiellen BesucherInnen abgeschirmt hatten und sich die Situation bereits wieder entspannte, startete die Polizei mit Wasserwerfern und Schlagstöcken einen unangekündigten Angriff auf die DemonstrantInnen - angeblich, um ihrerseits Angriffe abzuwehren. Dabei preschten Polizeifahrzeuge auf der Jagd nach ihren "Zielpersonen" rücksichtslos durch die Menge, wobei mehrere DemonstrantInnen fast überfahren wurden.

Wedemeier legt den 5. Gang ein

In dieser Atmosphäre inszenierte der Bremer Bürgermeister Klaus Wedemeier das Medienereignis des Bremer Wahlkampfes.

In einer bundesweit Aufsehen erregenden Pressekonferenz kündigte er am 15.7. Maßnahmen an, um Bremen als angebliches Ziel für Asylsuchende zu entwerten.

Für die Behauptung vom bevorzugten Ziel Bremen führte er als Beleg folgende Zahlen an:

Im Juni wären in Bremen 656 Asylanträge (gegenüber 271 im März) gestellt worden, in München nur 300, Stuttgart 120 und Frankfurt 85.

Wedemeier forderte nun insbesondere die Aufhebung der Pflicht zur Erstunterbringung von AsylbewerberInnen für die Hansestädte. Er kündigte an, daß neuankommende Flüchtlinge ohne Zuweisung für Bremen aus Abschreckungsgründen zukünftig in Sammellagern untergebracht würden, obwohl dies teurer als die bisherige Unterbringungsform sei. Auch werde die Sozialbehörde kein Bargeld mehr auszahlen. Außerdem kündigte er verschärfte Repressionen gegen die "halborganisierte Kriminalität" der Roma an.

Weiterhin sollen alle PolInnen und RumänInnen von den Behörden abgewiesen werden, da es in ihren Heimatländern keine Verfolgung mehr gäbe. Insgesamt sollen die Bremer Behörden höchstens 300 Asylanträge pro Monat annehmen - der Rest könne es woanders probieren. Diese beiden Maßnahmen waren eindeutig illegal, was Wedemeier auch selbst zugab. Auch die Streichung der Bargeldleistungen war illegal und mußte wenige Tage später rückgängig gemacht werden.

Auch zum Punktesammeln im Wahlkampf kamen diese Aktivitäten gerade richtig.

Die zu diesem Zeitpunkt gerade begonnene Anti-Asyl-Debatte auf Bundesebene erhielt so durch die Bremer SPD-Regierung kräftigen Rückenwind.

In den folgenden Wochen präzisierte Wedemeier seine Vorstellungen noch mehrfach, um im Gespräch zu bleiben. Er versichert, daß seine "harte Linie" die Zustimmung von "Funktionsträgern" in Partei und Verwaltung habe. Insbesondere forderte er

- die Verschärfung der Asylrechtsverfahren

- die Abweisung von polnischen und rumänischen BürgerInnen an der Staatsgrenze

- die Abschaffung der gesetzlich vorgeschriebenen Bargeldleistungen von 30% der Sozialhilfe

- eine rechtlich abgesicherte Unterscheidung zwischen Asylsuchenden und "Wirtschaftsflüchtlingen"

- die Abschiebung von Asylsuchenden auch nach einfachen Straftaten (bisher nach schweren Delikten).

Außerdem wurde damit begonnen, einen Teil der AsylbewerberInnen nach Brandenburg "zu verschuben" - egal, ob die Betroffenen damit einverstanden sind oder nicht. Oder, ob sie in Bremen Verwandte oder Freunde haben.

In einer von der CDU beantragten Sondersitzung der Bürgerschaft am 23.8.91 schob Wedemeier noch ein paar konkrete Vorschläge nach.

So sollten die örtlichen AusländerInnenbehörden Teile der Kompetenzen des Zirndorfer Bundesamtes übernehmen, da diese besser "offensichtlich unbegründete Asylanträge" aussieben könnten. So könne der aufwendige Verwaltungsweg von oft mehr als sechs Monaten auf wenige Tage verkürzt werden. Die Kommunen könnten also schon "ca. 70%" der Flüchtlinge aussortieren und abschieben - das Bundesamt hätte nur noch 30% der Asylanträge zu bearbeiten. Die Kommunen würden so Millionenbeträge sparen, und eine Grundgesetzänderung würde überflüssig. Für die als Armutsflüchtlinge identifizierten Menschen schlug Wedemeier ein Einwanderungsgesetz vor, das den Zuzug über Quoten regelt. Diese Flüchtlinge würden also nicht länger ein Grundrecht wahrnehmen, sondern entsprechend den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes die Erlaubnis zur Einwanderung erhalten. Oder eben nicht.

Die FDP stellte fest, daß der Senat mit diesen Maßnahmen auf ihre Linie eingeschwenkt sei. Bedauerlich sei nur die lange Zeit bis zu dieser Wende. Beifall gab es auch aus Bayern: Stoiber begrüßte den Kurswechsel der SPD.

Interessant sind die Reaktionen in der führenden Tageszeitung "Weser Kurier" (17.7.91), in der einige von der Tageszeitung befragte BürgerInnen sich zu Wedemeiers Politik äußerten. Der fast durchgängige Tenor: "Wurde auch endlich Zeit" und "Hoffentlich macht der jetzt auch Ernst". Außerdem wurde die Befürchtung geäußert, alles sei "nur eine Wahlkampftaktik". Der Kommentator des "Weser Kurier" wertete Wedemeiers "Aktionismus" als "Beruhigungspillen" für die "verunsicherte Bevölkerung".

Nachdem die ZuwandererInnen also erfolgreich als "Problem" etabliert werden konnten, wollten die WählerInnen nun auch wirklich "Lösungen" sehen, von denen sie ziemlich gut wußten, daß ihnen die etablierten Parteien diese so radikal trotz all ihrer rassistischen Politik nicht bieten konnten. So kündigte sich der Wahlerfolg der DVU in diesem Stimmungsbild bereits an. Darüber hinaus ist es offensichtlich, daß zahlreiche WählerInnen von SPD und CDU aus den verschiedensten Gründen ihren Parteien die Treue gehalten haben, obwohl sie die Haltung der DVU-WählerInnen letztlich teilten.

So trat z.B. der SPD-Stadtkreis West mit der Forderung an die Öffentlichkeit, "die Flut von Asylanten und Übersiedlern einzudämmen" und "kein Asyl für Roma und Sinti" zu gewähren. Begründet wurden diese Forderungen mit sprunghaft gestiegener Kriminalität. Und: "Überall Fäkalien und Müll". (taz v. 12.8.91)

Wie sehr die Stimmung umgekippt ist, zeigt auch, daß sich selbst in einem Rundbrief der VVN (1) die Forderung wiederfindet, Menschen aus der UdSSR, Polen und Rumänien dürften keine Asylanträge mehr stellen, da dort demokratische Verhältnisse herrschten und die Bevölkerung weitere Armutsflüchtlinge nicht mehr vertrage. Wedemeiers Vorstoß wird hier ausdrücklich unterstützt - natürlich nur, um "pauschale Ausländerfeindlichkeit" zu verhindern.

Nach der Wahl: SPD-Selbstkritik mit Schlagseite

Ein Kapitel für sich ist die Selbstkritik der SPD nach der Niederlage. Daß Wedemeier der CDU die Verantwortung für den DVU-Wahlerfolg zuschiebt und eigene Mitschuld ausschließt, überrascht wohl niemanden. Überhaupt war nur eine Minderheit der SPD-Mitgliedschaft bereit, den Kurs der Parteiführung in der Auseinandersetzung um die Behandlung der Flüchtlinge zu kritisieren: "Unsere Politik ... hat ... bei vielen auch Dämme brechen lassen, die die Flut der aggressiven Hatz und Ablehnung gegenüber eben diesen Flüchtlingen erst so offen zu Tage treten ließ" meinte etwa der Hafensenator Kunick auf einem Unterbezirksparteitag am 9.10.91 (taz v. 10.10.91)

Viel häufiger aber waren Stellungnahmen wie die des stellvertretenden Landesvorsitzenden Horst Isola, der feststellte, daß der Versuch, das "politische Verhalten nach rechts" zu verändern, von den WählerInnen nicht honoriert wird. "Sie wählen dann das rechte Original", meinte er und ließ damit offen, ob rassistischer

Populismus o.k. wäre, wenn er der SPD Stimmen bringen würde (taz v. 8.10.91). Direkt nach der Wahl äußerte er sich über die SPD-Aktivitäten gegen den Rechtsradikalismus jedenfalls zweideutig: "Das, was wir gemacht haben, hat offenbar nicht ausgereicht". Die Bremer Ausländerbeauftragte Dagmar Lill entschloß sich in Sachen Selbstkritik für die Nullösung und holzte lieber gegen die CDU, mit der die SPD keine große Koalition eingehen könne, weil sie mit ihrer Rhetorik den "Völkerhaß nur etwas freundlicher formuliert" habe. Am 5.10.91 marschierte sie dann in aller Betroffenheit an der Spitze eines Schweigemarsches gegen den Fremdenhaß. Vertreten sind in der SPD auch Stimmen, die sich der Kritik der CDU an der SPD anschließen, daß nämlich die Haltung der Partei "unklar" geblieben sei. Dem schloß sich letztlich auch Klaus Wedemeier an, der auf dem SPD-Landesparteitag am 12.10.91 zu den Ursachen der Wahlniederlage erklärte, er habe seine Partei ein Jahr zu spät zu einer Diskussion über "das Thema Asyl" gezwungen.

Antirassismus: Die GRÜNEN melden sich endgültig ab

Einen Totalausfall haben sich die Bremer GRÜNEN in dieser Zeit geleistet:

Nachdem sie bereits im März 91 die SPD-GRÜNEN-Koalition als Wahlziel bestimmt hatten, waren sie sehr darauf bedacht, medienwirksame Pannen aller Art zu vermeiden. Sie bemühten sich redlich, die Bremer SPD als korrupt zu entlarven und ihre SpitzenpolitikerInnen dämlich aussehen zu lassen - was ihnen gut gelang, aber auch keine besonders schwierige Aufgabe war. Ihr Plakatwahlkampf war auf Originalität und Witz angelegt - Inhalte waren entbehrlich. Auf den SPD-Slogan "Lieber Klaus" konterten sie mit "Lieber nicht", obwohl sie Wedemeier doch als KoalitionspartnerInnen seinen Bürgermeisterstuhl erhalten wollten. In der Schlußphase des Wahlkampfes versuchten sie - in enger Kooperation mit der Bremer "taz" - erfolgreich, dem CDU-Spitzenkandidaten und Sparkassenchef Ulrich Nölle eine Verwicklung in den "Bremer Filz" nachzuweisen und sein Saubermann-Image zu demolieren.

So haben sie auf jedes Agieren ihrer politischen GegnerInnen schnell geantwortet und deren Schwächen genutzt. Ihre Stellungnahmen fanden auch in sämtlichen wesentlichen Medien Beachtung. Mit einem Wort: Es lief für sie so gut, wie es nur laufen konnte.

An einem irgendwie verunglückten Wahlkampf, innerer Schwäche oder mangelnder öffentlicher Beachtung kann es also nicht gelegen haben, daß sie sich als immerhin drittgrößte Bremer Partei zu "dem Wahlkampfthema schlechthin" nicht geäußert haben.

Es gab von ihnen keine Kritik am rassistischen SPD-Wahlkampf, obwohl sie ihre anvisierten KoalitionspartnerInnen sonst nicht geschont haben (2). Die noch vor wenigen Jahren erhobene Forderung nach der "Freien Flüchtlingsstadt Bremen" verschwand spur- und kommentarlos in der Versenkung. Offenbar teilten sie die Einschätzung ihrer Verbündeten aus der Bremer "taz"-Redaktion, für die das wichtigste Wahlkampfthema der Streit um die Einführung von Busspuren war, wie Klaus Wolschner in einer Beschreibung der Bremer Situation drei Tage vor der Wahl für die Bundes-"taz" schrieb.

An dem Nichtverhalten gegenüber der Anti-Asyl-Kampagne änderte sich auch nach der Wahl nichts: Nach pflichtgemäßen öffentlichen Betroffenheitsbekundungen über das Ergebnis der DVU, bei denen die Mitverantwortung der SPD am Fremdenhaß wenigstens erwähnt wurde, erklärten sich die GRÜNEN zu WahlsiegerInnen und billigten sich das Recht zu, sich freuen zu dürfen. Auf der grünen Wahlfete verhallten die Aufrufe zu einer spontanen Demo fast ungehört - die meisten schauten nur kurz genervt von ihrem Einweggeschirr auf.

Zwar galten die Bremer GRÜNEN schon lange als besonders hartgesottene Realo-Clique und in Sachen Asyl und ZuwandererInnen als völlig unbedarft. Doch daß sie immer noch nicht erklärt haben, derartige rassistische Kampagnen dürfte es in einer Koalition mit grüner Beteiligung nicht geben, läßt Böses ahnen: Offenbar hat für die Bremer GRÜNEN die Stabilität der langersehnten Regierungsbeteiligung ganz entschieden Vorrang vor der Solidarität mit Flüchtlingen.

Stimmen für die GRÜNEN waren also in Bremen keine Stimmen gegen den Rassismus.

Jutta & Winfried, Bremen, 12.10.91

PS.: Am 16.10. erklärte der Bremer GRÜNEN-Sprecher Ralf Fücks, die GRÜNEN würden in Bremen keine Sammellager zulassen. Am selben Tag war der Presse zu entnehmen, daß die niedersächsische

Landesregierung trotz der anfänglichen Weigerung der mitregierenden GRÜNEN die Einrichtung von Sammellagern beschlossen hat.

Als Quellen dienten neben diversen Gesprächen und zahlreichen Ausgaben verschiedener Bremer Tageszeitungen vor allem mehrere Ausgaben der linken Stadtzeitung "bremer kassiber - stadtzeitung für politik, alltag, revolution", aus denen wir teilweise abgeschrieben haben.

Anmerkungen:

1) "Der Bremer Antifaschist" des Südkreises des Bremer Landesverbandes

2) Der grüne Abgeordnete Paul Tiefenbach wird im "Weser Kurier" mit der Äußerung wiedergegeben, die SPD betreibe einen Wahlkampf auf Kosten der Flüchtlinge. Später fand er nach Angaben derselben Zeitung jedoch einen modifizierten Vorschlag von Wedemeier "interessant und bedenkenswert". Daher können wir seine erste Äußerung nicht als Protest werten.

7. Koalition und SPD einig: Kurzer Prozeß mit Flüchtlingen

Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Antirassismus, Antinationalismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak335/24.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:335:24

Am 10. Oktober, der zweiten Verhandlungsrunde zwischen den Parteien der Regierungskoalition und der SPD unter Ausschluß von PDS und Bündnis '90/Grünen, einigte sich die Große Koalition der Deutschen auf Maßnahmen zur effektiveren Erfassung, Internierung und Ausweisung von Flüchtlingen.

Die vereinbarten "Zielvorstellungen" sollen nunmehr in Gesetzesform gegossen und spätestens zum 1.1.1993 in Kraft treten. Während Björn Engholm die weitere Verschärfung des Asylrechts als "Durchbruch" feierte, blieb Innenminister Schäuble skeptisch. Die Christparteien bestehen weiterhin auf einer Änderung des Grundrechts auf Asyl (Artikel 16, 2), da die vereinbarten Maßnahmen zur Asylverfahrensbeschleunigung nicht ausreichend seien.

Unmittelbar nach dem Asylkompromiß legte Schäuble einen Entwurf für eine Grundgesetzänderung vor, der das Asylrecht gegenüber den EG-Bestimmungen kompatibel machen soll und eine sofortige Abschiebung derjenigen Flüchtlinge vorsieht, die aus zuvor definierten Nichtverfolgerstaaten kommen.

Damit wird deutlich, daß der Parteienwettstreit der letzten Wochen über die effektivsten Maßnahmen zur Ausweisung und Zuzugsbeschränkung von Flüchtlingen einzig und allein dem Ziel dient, den Artikel 16 Absatz 2 zu exekutieren. Im Unterschied zu den Christparteien räumt die SPD diesem in der Praxis längst ausgehöhlten Grundrecht noch eine letzte Gnadenfrist ein...

Vorreiter SPD...

Die hohen Asylbewerberzahlen dieses Jahres ließen die Deutschen enger zusammenrücken. Biedermänner und Brandstifter sind sich in ihren Zielen völlig einig: wir lassen zu viele Ausländer rein und schieben zu wenige wieder ab. Während die Brandstifter allerorten mit Anschlägen und pogromartigen Überfällen die Flüchtlinge gewaltsam entfernen wollen, bestehen die Biedermänner auf ihrem staatlichen Gewaltmonopol und auf "rechtsstaatlichen" Mitteln. Beide Seiten unterscheiden sich also nur hinsichtlich ihrer Methoden. Während die christdemokratischen Biedermänner zum wiederholten Male eine Asyl-Grundgesetzänderung anmahnten, signalisierte die Sozialdemokratie ihre Gesprächsbereitschaft über Änderungen der Asylbestimmungen unterhalb des Asyl-Grundrechts. Mehr noch: auch über eine Grundgesetz-Änderung ließ die SPD mit sich reden.

Vorreiter der Großen Koalition zur Wahrung des deutschen Volkstums waren u.a. der Bremer Bürgermeister Wedemeyer, der das Asylrecht mißbrauchte und sich weigerte, die für Bremen vorgesehenen Asylsuchenden nach dem Länderverteilungsschlüssel aufzunehmen: das Bremer Boot sei voll. Oskar Lafontaine wollte zwar nicht das Asyl-Grundrecht, wohl aber den Artikel 19 Abs. 4 (Rechtswegegarantie) ändern, um die Klagemöglichkeiten der Asylbewerber drastisch einzuschränken. Prompt erhielt Lafontaine Lob von CSU-Innenminister Stoiber.

Was dabei aus sozialdemokratischer Sicht für die Deutschen auf dem Spiel steht, brachte der SPD-Landesvorsitzende von Brandenburg, Steffen Reiche, auf den Punkt. Er fürchtet, daß die Flüchtlingsströme aus dem Osten "der europäischen Kultur ein Ende setzen" könnten. Die Flüchtlinge aus dem Osten "können für Europa gefährlicher werden als die Rote Armee in den Zeiten des Kalten Krieges" (Berliner Morgenpost, 6.9.91). Daher plädierte Reiche für sofortige Abschiebungen an der Grenze.

Die sozialdemokratischen Stammtisch-Debatten wurden alsbald von den Christparteien honoriert. Am 27.9.91 waren diese Deutschen zum ersten Male ganz unter sich, um der "Ausländer raus"-Parole mehr Nachdruck zu verleihen. Gemäß der sozialdemokratischen Einsicht, daß von links keine Wählerstimmen mehr zu holen sind, wurde nach dem Schulterschluß in Sachen deutsche Einheit nun auch dem sogenannten Ausländerproblem gemeinsam zu Leibe gerückt.

Die "Zielvorstellungen": 1. Internierungslager für Flüchtlinge

Der Maßnahmenkatalog vom 10. Oktober, auf den sich die Große Koalition der Deutschen verständigte, sieht im Kern eine weitere Asylverfahrensbeschleunigung vor. Voraussetzung dafür ist der Plan, die Asylsuchenden in zentralen Sammellagern, vornehm "Gemeinschaftsunterkünfte" genannt, unterzubringen. Jeweils 500 bis 700 Asylantragsteller sollen in ca. 100 bundeseigenen Kasernen und sonstigen Liegenschaften des Bundes auf die Bundesländer verteilt werden. Mit Hilfe einer computergestützten Erfassung wird für eine flexible Verteilung gesorgt werden.

2. Verfahrensbeschleunigung

Über die Berechtigung der Asylanträge soll danach binnen sechs Wochen entschieden werden. Auf zwei Wochen wird dabei das erste Verwaltungsverfahren befristet, in dem das zuständige Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge in Zirndorf in seinen Außenstellen über die vorliegenden Anträge entscheidet. 500 zusätzliche Beamte sollen die Entscheidungen des Bundesamtes beschleunigen helfen, außerdem findet eine weitere Zuständigkeitsverlagerung von den Ländern auf den Bund statt. Demzufolge soll auch eine Änderung des Grundgesetzartikels 87 geprüft werden, denn eine weitere Zentralisierung der Asylverfahren auf den Bund würde dem geltenden föderativen Prinzip widersprechen.

Handelt es sich um "offensichtlich unbegründete" Asylanträge, gegen die bereits jetzt nach § 80 Abs. 5 Verwaltungsgerichtsordnung keine Beschwerde mehr möglich ist, wird sofort abgeschoben. Bei einfachem negativem Bescheid besteht seitens des Asylbewerbers die Möglichkeit, Rechtsmittel einzulegen. Er muß dabei eine Frist von nur einer Woche einhalten. Danach sollen Einzelrichter, die in die Nähe der Sammellager verteilt werden, binnen weiterer 14 Tage das endgültige Urteil fällen.

Eine zweite Klagemöglichkeit auf der Verwaltungsgerichtsebene fällt damit fort; immerhin erhielten noch 25% der Flüchtlinge in der zweiten Instanz ihre Anerkennung. Es bleibt nur noch ein Ausweg: ein Revisionsverfahren beim Bundesverwaltungsgericht, der allerhöchsten Instanz. Diese auch auszuschließen, würde eine weitere Grundrechtsänderung (Artikel 19, 4) erfordern, die von Lafontaine bis zur CSU ins Gespräch gebracht wurde.

Die sechste Woche bleibt der Abschiebung, im Beamtendeutsch: "Aufenthaltsbeendigung", vorbehalten. Alle Flüchtlinge, über deren Verbleib nicht binnen dieser sechs Wochen entschieden worden ist, werden dann wie bisher auf die Länder und Kommunen verteilt. Björn Engholm verspricht sich von dieser weiteren Beschleunigung der Asylverfahren sehr viel, während die CDU/CSU demgegenüber skeptisch bleibt.

Wahrscheinlich haben sie nach den bisherigen Erfahrungen Recht, denn seit 1982, der Verabschiedung des damaligen Asylverfahrensgesetzes durch die Regierung Schmidt und seit 1990, der weiteren Verschärfung des Asylverfahrensgesetzes im Rahmen der Verabschiedung des neuen Ausländergesetzes, sind alle diesbezüglichen Versuche unterhalb einer Grundgesetzänderung fehlgeschlagen.

Allein mit einem erheblich höheren verwaltungsmäßigem Kraftakt und Sammellagern, so die Kritik der Konservativen, kann der hohen Anzahl an Asylbewerbern nicht begegnet werden. Offensichtlich hat die CDU/CSU den SPD-Vorschlägen allein deshalb zugestimmt, um ihr noch eine Gnadenfrist einzuräumen und den praktischen Nachweis zu führen, daß die SPD um eine Grundgesetzänderung nicht herumkommen wird.

Für die Betroffenen ergeben sich aus der Beschleunigung der Asylverfahren folgende Konsequenzen. Erstens soll im Rahmen der Erstanhörung schneller entschieden werden, was die ohnehin niedrige Anerkennungsquote noch weiter drücken dürfte. Zweitens handelt es sich bei den einzelrichterlichen Entscheidungen um Schnellgerichtsverfahren, bei denen eine sorgfältige und umfassende Prüfung der Asylanträge nicht möglich ist. Drittens können sich die betroffenen Flüchtlinge angesichts der Verfahrenskürze nur sehr unzureichend auf die juristischen Auseinandersetzungen vorbereiten, und ihre Rechtsmittelbeschwerden werden zusätzlich eingeschränkt.

Auf der anderen Seite kommt an den Beschleunigungsvereinbarungen Kritik von rechts; sie seien in der Praxis nur schwer umzusetzen, eine Verkürzung der Asylverfahren auf sechs Wochen "unrealistisch" (Stoiber). Zur Realisierung der Vereinbarungen wäre ein enormer Verwaltungs- und zusätzlicher Personalaufwand nötig, der nicht zu bewerkstelligen sei. Die Verwaltungsmühlen mahlten wesentlich langsamer gegenüber einer sehr hohen Anzahl Zufluchtsuchender. Ohne eine Grundrechtsänderung, die Flüchtlinge von vornherein von der

Asylantragstellung ausschließt und eine sofortige Zurückweisung ermöglicht, sei dem Problem nicht beizukommen.

3. Die weiteren "Zielvorstellungen"

Die übrigen sogenannten "flankierenden Maßnahmen" zur Abschreckung und Abschiebung von Ausländern haben es ebenfalls in sich und gehen zum Teil weit über die Änderungen zur Asylverfahrensbeschleunigung hinaus:

- die "erkennungsdienstliche Behandlung von Asylbewerbern" und der Ausbau des automatisierten Fingerabdrucksystems AFIS sollen perfektioniert werden; zuständig bleibt das BKA.

- den Schlepperorganisationen sollen höhere Strafen von fünf statt der bisherigen zwei Jahre angedroht werden.

- die engere Zusammenarbeit der Ausländerbehörden und Sozialämter soll dazu dienen, die Flüchtlinge noch besser zu erfassen.

- Asylbewerber sollen nunmehr bundeseinheitlich nur noch "Sachleistungen" und keine Sozialhilfe mehr erhalten. Damit erkennt die SPD die bestehenden Regelungen insbesondere Baden-Württembergs und Bayerns an.

- die SPD stimmte ebenfalls einer zugunsten des Bunds eingeschränkten Zuständigkeit der örtlichen Behörden zu. Dies ist insofern gravierend, als manche örtlichen Gerichtsentscheidungen in einigen SPD-regierten Bundesländern bisher Asylbewerbern zum Vorteil gereichten. Diese noch bestehenden etwas liberaleren Lücken wären dann mit Hilfe der SPD gestopft.

- mit der anvisierten "zurückhaltenden Praxis bei der Visaerteilung bei Ausländern aus den Hauptherkunftsländern und gegebenenfalls Erweiterung der visapflichtigen Länder" sollen bereits auf präventivem Wege die Zugangsmöglichkeiten zu deutschen Landen weiter erschwert werden. Dies ist bereits geltende Praxis gegenüber den osteuropäischen Ländern und der Sowjetunion.

- man wolle "prüfen", ob es nicht doch noch Möglichkeiten der Zurückweisung von Flüchtlingen bereits an den Grenzen gebe. Das würde die Abschaffung des Asyl-Grundrechts erforderlich machen. Hier zeigt sich, daß die SPD über alles mit sich reden läßt.

- die SPD will auch darüber sprechen, inwieweit Asylbewerber, die bereits in Drittstaaten vor Verfolgung und Abschiebung sicher sind, von vornherein abgewiesen werden können. Auch das würde die Abschaffung des Asylrechts bedeuten: Das individuelle Recht, einen Asylantrag zu stellen, wäre aufgehoben.

Schäuble hakt nach

In den "Zielvorstellungen" tauchten die Forderungen einzelner SPD-Politiker (Lafontaine u.a.) nach Länderlisten nicht auf. In diesen Listen sollten staatlicherseits alle sogenannten Nichtverfolgerstaaten aufgeführt sein, um Flüchtlinge aus diesen Ländern unverzüglich wieder abschieben zu können.

Tatsächlich machen Länderlisten bei Bestehen des Artikels 16 keinen Sinn, da derzeit in jedem konkreten Einzelfall entschieden werden muß. Folgerichtig sieht der Schäuble-Entwurf einer Grundgesetzänderung auch vor, dieses Grundrecht zu beseitigen, um Flüchtlinge aus Nichtverfolgerstaaten bereits an der Grenze wieder zurückweisen zu können.

Von einer Länderlisten-Regelung wäre nicht nur das Asyl-Grundrecht tangiert, sondern auch die von der BRD ratifizierte Genfer Flüchtlingskonvention aus dem Jahre 1951, wonach Flüchtlinge, die der Verfolgung ausgesetzt sind, nicht abgeschoben werden dürfen ("non-refoulement").

Nach dem Schäuble-Entwurf soll auch der Artikel 24 des Grundgesetzes ergänzt werden. Das bundesdeutsche Asylrecht dürfe einem EG-"harmonisierten" Verfahren nicht entgegenstehen. Nach der Übereinkunft von Dublin vom Juni letzten Jahres hatten sich die EG-Staaten bereits auf das "Ein-Land-Prinzip" nach bestimmten Kriterien verständigt. Danach ist nur dasjenige Land für den Asylantrag und das gesamte Verfahren zuständig, in dem ein Flüchtling zuerst Zuflucht gesucht hat.

Das bundesdeutsche Grundgesetz steht dem entgegen, da nach geltendem Recht ein in Frankreich abgewiesener Asylbewerber durchaus noch einen weiteren Asylantrag in der BRD stellen kann. In der CSU/CDU wird daher immer auf die Gefahr eines "Asylreservelandes" BRD verwiesen.

In einigen EG-Ländern, vor allem in den südlichen Ländern und Frankreich, wird bereits eine Länderlisten-Regelung, etwa gegenüber den anliegenden Maghreb-Staaten, praktiziert. Flüchtlinge aus diesen Ländern können unverzüglich abgeschoben werden. EG-"harmonisierte" Länderlisten, die derzeit verhandelt werden, sollen die juristische Unterfütterung jener "Festung Europa" bilden, die Flüchtlinge sowohl aus der Dritten Welt als auch aus Osteuropa wirksam vom metropolitanen Westeuropa fernhält.

Vielleicht nicht die Tage, aber die Monate des Artikels 16 Absatz 2 sind gezählt. Die derzeitigen Debatten der Biedermänner dienen zu ihrer Vorbereitung. So sehr viele Menschen sich zusammengefunden haben, um bedrohte Flüchtlingsunterkünfte vor den Rassisten zu schützen, so unzureichend sind diese Aktivitäten. Denn wer schützt die Flüchtlinge vor jenen Brandstiftern in den Parteivorständen und Parlamenten?

D./Westberlin

8. Dokumentation: Entschließungsantrag der Gruppe Bündnis 90/Die Grünen zur vereinbarten Debatte Asylpolitik und Ausländersituation

Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Grüne (und Vorläufer) · CD-Datei: daten/aksuche/ak335/32.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:335:32

Der Bundestag möge beschließen:

I.

1. Flüchtlings- und Einwanderungspolitik müssen sachlich unterschiedlich behandelt werden. Um die laufende Vermischung verschiedener Problemkreise zu beenden, fordert der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auf, unverzüglich ein Flüchtlings- und ein Einwanderungsgesetz vorzulegen.

2. Ein Flüchtlingsgesetz soll folgende Grundsätze verwirklichen:

2.1. Das Grundrecht auf Asyl muß akzeptiert und darf nicht weiter in Frage gestellt werden. Das Grundrecht auf Asyl ist ein Menschenrecht und damit der Disposition der Bundesregierung entzogen.

2.2. Das Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge muß wieder als Anerkennungsgrund in ein Flüchtlingsgesetz aufgenommen, seine Einhaltung und Respektierung verwirklicht werden.

2.3. Es verwirklicht ein Bleiberecht für Flüchtlinge, die nicht in ihr Land zurückkehren können.

2.4. Das Gesetz über Maßnahmen für im Rahmen humanitärer Hilfsaktionen aufgenommene Flüchtlinge wird in das Flüchtlingsgesetz integriert. Flüchtlingen, die wegen Hunger- oder Umweltkatastrophen fliehen, die Bürgerkriegsregionen verlassen oder aus anderen schwerwiegenden Gründen ihr Land verlassen, muß humanitäre Hilfe gewährt werden.

2.5. Die Durchführung des Anerkennungsverfahrens als Flüchtling ist innerhalb von sechs Monaten abzuschließen.

3. Die Konzeption eines Einwanderungsgesetzes muß von folgenden Grundsätzen ausgehen:

3.1. Gewährung eines Niederlassungsrechts für nichtdeutsche Personen, die sich seit fünf Jahren dauerhaft in der Bundesrepublik aufhalten;

3.2. Einbürgerung auf Antrag nach fünfjährigem Aufenthalt in der Bundesrepublik; obligatorisch für die im Bundesgebiet geborene zweite Generation.

3.3. Aufhebung der Sichtvermerkspflicht und Einrichtung von Einwanderungsbüros bei den Auslandsvertretungen. Der Antrag auf die Einwanderungsbewilligung wird im Herkunftsland gestellt. Einwanderungsgründe und deren Bewertung werden durch Gesetz geregelt.

3.4. Eine Bundesbeauftragte oder ein Bundesbeauftragter für Einwanderung, Flucht und multikulturelle Angelegenheiten wird als Hilfsorgan des Parlaments mit gesetzlich umschriebenen Kompetenzen bestellt.

3.5. Eine Einwanderungskommission, die sich aus VertreterInnen und Vertretern von Menschenrechts- und Bürgerrechtsorganisationen, den Kirchen, Einwanderer- und Flüchtlingsorganisationen, den Wohlfahrtsverbänden, Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden und dem UNHCR zusammensetzt, berät laufend über die Situation der Einwanderinnen und Einwanderer und Flüchtlinge.

3.6. Der Deutsche Bundestag entscheidet jährlich durch Gesetz über die Aufnahme von Einwanderinnen und Einwanderern.

II.

Der Deutsche Bundestag lehnt die Beschlüsse des Parteiengesprächs von CDU/CSU/FDP und SPD ab; ein rechtsstaatliches Verfahren für Flüchtlinge, die in der Bundesrepublik Asyl beantragen, wird mit diesen Beschlüssen in Frage gestellt.

Der Deutsche Bundestag lehnt die Einführung einer generellen erkennungsdienstlichen Behandlung von Flüchtlingen strikt ab. Flüchtlinge, die in der Bundesrepublik den Antrag auf Anerkennung als Asylberechtigte stellen, dürfen nicht generell als potentielle Straftäter und -täterinnen und in den Zusammenhang mit Schlepperorganisationen gebracht werden.

III.

Begründung: Die bisherige "Asyldebatte" erschwert nur die Lebensbedingungen aller Ausländerinnen und Ausländer und aller, die als solche erscheinen, in der Bundesrepublik. Sie hat keinerlei Einfluß auf die großen Wanderungen, die heute weltweit Menschen aus vielerlei Gründen zur Flucht aus ihrem Herkunftsland bewegen. Viele von ihnen versuchen, in Westeuropa neue Lebensbedingungen zu verwirklichen, um Tod, Folter, Hunger oder ökologischen Katastrophen zu entge- hen.

Bundesregierung und Bundestag tragen durch die bisherige Behandlung der Probleme zu Fremdenfeindlichkeit bei. Daran ändern gutgemeinte feierliche Erklärungen solange nichts, als am Stil und Inhalt der Behandlung der tatsächlichen Probleme nichts geändert wird und die Logik des Parteienkampfes sie weiter verschärft.

Die tatsächlichen Probleme sind:

- Es gibt nicht nur keinen Staat, der nicht immer wieder individuelle Asylgründe schafft, sondern viele Staaten verletzen immer noch systematisch die Menschenrechte und Bürgerrechte ihrer Einwohnerinnen und Einwohner, führen Krieg gegen die eigene Bevölkerung oder ganze Teile davon;

- das Wohlstandgefälle nach Osten und Süden verstärkt sich, statt abzuflachen;

- die Bundesrepublik versteht sich immer noch nicht als Staat der "Deutschen im Sinne des Grundgesetzes" und der in der Bundesrepublik Lebenden und Geborenen, sondern als Staat der Deutschen nach Aussehen, Herkommen und Blut. Alle "Ausländerprobleme" werden insoweit ethnisch und tendenziell als Rassenprobleme verstanden, was wiederum verhindert, daß Asyl- oder Einwanderungsfragen unter den in der Bundesrepublik Lebenden vorurteilsfrei und demokratisch, ohne ethnische und rassistische Beiklänge diskutiert und entscheiden werden können. Die aktuelle "Asyldebatte" ist insoweit Ausdruck einer seit langem ungelösten Bürgerrechtsfrage: Die hier seit Jahren und Jahrzehnten lebenden Ausländerinnen und Ausländer besitzen nicht die Bürgerrechte; sie haben insbesondere keinen Anspruch auf Einbürgerung. Das Wahlrecht wird ihnen nach wie vor verwehrt.

- Die deutschen Parteien sind an der gegenwärtigen Situation und auch an den Angriffen auf Fremde mitschuldig und werden es bleiben, solange sie Nationalismus schüren, statt "Verfassungspatriotismus" (im Sinne von Sternberger, Habermas und anderen) zu fördern und zu pflegen.

- Ihr Versäumnis wirkt um so verheerender, als im komplizierten Vereinigungsprozeß zweier verschiedener deutscher Gesellschaften das Deutschtum als einzig Gemeinsames übrig bleibt, gefeiert wird und als ethnisches tertium comparationis gilt.

- Dem rassistischen und fremdenfeindlichen Treiben, das in den neuen Bundesländern begonnen und dem jetzt in Westdeutschland mit ähnlichen Aktionen gleichgezogen wird, kann nicht durch eine Einschränkung des Asylrechts, sondern nur durch eine Ausweitung der Bürgerrechte für Ausländerinnen und Ausländer am ehesten Einhalt geboten wer- den.

Aus einem Interview mit Konrad Weiß, MdB, Bündnis 90/Die Grünen

Spiegel: Nehmen wir einmal an, die Bundesrepublik hätte eine Jahresquote von 1000 Flüchtlingen aus einem Krisengebiet Afrikas, aber es wollen Zehntausende von dort kommen. Da käme es doch der Teilnahme an einer Lotterie gleich, sich für die Quote zu bewerben. Also werden die Flüchtlinge wieder Asylanträge stellen.

Weiß: Wir haben vorgesehen, daß sich Asylbewerber, die unter Angabe falscher Asylgründe nach Deutschland kommen, nach der Abschiebung für einige Zeit nicht mehr erneut um eine Einwanderung bemühen können. Solche Regelungen muß man hier finden.

Spiegel: Dann bleibt den Bewerbern wirklich nur die Lotterie?

Weiß: Natürlich ist es für den einzelnen, der vor der Tür stehenbleibt oder noch ein Jahr länger warten muß, eine bittere Sache, auch ungerecht. Aber um des sozialen Friedens willen, auch um der Akzeptanz der Einwanderinnen und Einwanderer willen, müssen wir uns zu dieser Quotenregelung bekennen.

(aus Spiegel 38/1991)

9. Vizewachtmeister ... Zur grünen Asylpolitik

Zur grünen Asylpolitik - von Ulla Jelpke

Autor: Ulla Jelpke · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Grüne (und Vorläufer) · CD-Datei: daten/aksuche/ak335/33.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:335:33

"Zwanzig Mal das Wort Rassismus, aber keine Lösungen" - auf diese Kurzform bringt der grüne Realpolitiker Ozan Ceyhun seine Kritik an den "letzten Linken" bei den Grünen und der PDS (Kommune 9/91). Und nach bewährter - seit etwa 1870 währender - realpolitischer Tradition wird der eigene Rückzug als Schritt nach vorn verkauft: "Ein Schritt weiter: Einwanderungsgesetz." Vergessen sind die Auseinandersetzungen um das Bleiberecht; vergessen sind die grünen Gesetzentwürfe, die Hearings, die Kampagnen zum Niederlassungsrecht, das die völkische Staatsbürgerdefinition und das bisherige Ausländerrecht ablösen sollte. Genauso vergessen sind die Aufrufe einer freien Flüchtlingsstadt Bremen und die Niederlagen in Sachen AusländerInnenwahlrecht.

Alles weg, obwohl es doch nur einige Jährchen, manches nur Monate her ist. Unbefangen wird statt dessen ein neuer Entwurf gestartet; es wird ein Einwanderungsgesetz propagiert, ergänzt durch ein Anti-Diskriminierungsgesetz, als sei beides die einzig richtig offensive Antwort auf die sich anbahnende Normalität einer multikulturellen Großmacht Deutschland: Quotierte Zuwanderung, rechtsstaatlich eingeschränkte Minderheitenrechte, ab und zu mal ein Pogrom, die Wacht an Oder und Neiße und die politisch-ökonomische Umgestaltung des Ostens mittels Kapital und deutschen Minderheiten. Mit viel Geschrei gegen die "lösungsunfähigen" Linken wird ein realer Rechtsruck als außerordentlich pfiffiger Vormarsch verkauft.

Vor allem zwei Grundannahmen sind es, auf die sich der hier nur beispielhaft zitierte Ozan Ceyhun und die grüne Mehrheit stützen, wenn sie ihre Ansprüche auf die Rolle der Vizewachtmeister an den Grenzen - oder wie die "taz" schlagzeilt: Türsteher - anmelden:

- Das Einwanderungsgesetz sei eine realistische, weil machbare Lösung für die Probleme, die die Deutschen mit den AusländerInnen haben.

- Die gegenwärtige Asyl- und Einwanderungsdebatte und die darauf folgende Praxis würden sie an den Vorgaben der Grünen und den teilweise ja ehrenwerten Motiven der Gesetzesprotagonisten orientieren. Das Einwanderungsgesetz "muß sich deutlich abgrenzen von allen Versuchen, Flüchtlinge oder Asylsuchende nach der Genfer Konvention zu quotieren. Das Einwanderungsgesetz kann im Gegenteil wirklich Entlastung für das Asylrecht bedeuten, wenn die vielen Menschen, die sich ohne Aussicht auf Erfolg (...) auf das Asylrecht berufen und es damit in Mißkredit bringen, eine zeitlich vorhersehbare reale Einwanderungsperspektive geboten bekämen. Die gesellschaftliche Akzeptanz dieser dann ja gewollten EinwanderInnen kann höher liegen als heute" (O.C. in Kommune 9/91).

Wie tief muß hier die Propaganda der "Scheinasylanten" als eigentliches Problem sitzen und wie groß muß die Illusion sein, die sogenannte Entlastung des Asylrechts auf dem Papier würde den grassierenden Rassismus auch nur um den Bruchteil eines Steinwurfs reduzieren.

Bezweifelt bzw. bekämpft werden an Stamm- und Bürokratentischen hierzulande doch gerade auch die Grundsätze der Genfer Flüchtlingskonvention. Und die sind auch nicht der Weisheit letzter Schluß, wenn mensch sich die gegenwärtige Weltflüchtlingsbewegung vor Augen führt. Bezweifelt wird doch das Recht der Hungernden herzukommen, bezweifelt wird das Recht, einem Krieg durch Flucht entkommen zu wollen, bezweifelt wird das Recht, besser leben zu wollen, es sei denn, es wird in einem ordentlichen Warnstreik nach DGB-Vorbild vertre- ten ...

Die Aktivisten der Pogromhetze in Hoyerswerda und Saarlouis und, und ... haben sich nicht über das "belastete Asylrecht" aufgeregt; sie wollten "ausländerfrei" leben. Nullquote sozusagen. Auch für ihre politischen und bürokratischen Stichwortgeber, die auf diese Entwicklung mit Quoten, Länderlisten, Beschleunigungsverfahren und Sammellagern reagieren, ist das "belastete Asylrecht" nur Vorwand. Die europaweiten Vereinbarungen zur einheitlichen Abschottung der Grenzen machen das deutlich.

Das hier propagierte Einwanderungsgesetz ist weder eine Lösung für die Bekämpfung des Rassismus in der Bevölkerung, noch ist es eine Lösung für die Probleme der Flüchtlingsbewegung. Überspitzt gesagt, ist es eine Lösung für die Herrschenden beim Umgang mit der Opposition in Sachen Asyl- und Einwanderungsrecht. Sie - die Herrschenden - haben eine grüne Mehrheit gewonnen für das Recht, ja geradezu die Pflicht, im Interesse der hier lebenden Deutschen und "AusländerInnen" die Neuankömmlinge zu quotieren, ihre Motive zu definieren und zu bewerten, ihre Zahl nach völlig beliebigen, aber immer im Kern nationalistischen Kriterien wie "Sozialverträglichkeit" und "Akzeptanz" der hier schon lebenden Menschen zu bestimmen.

Wer ernsthaft behauptet, das sei eine Lösung für das "AusländerInnenproblem" und sei es auch nur in einem Teilbereich, eine Art Mosaikstein der Lösung, der will von den wirklichen Ursachen der Flüchtlings- und/oder Menschenwanderungsbewegung schweigen. Derartige Lösungen haben mit den wirklichen Problemen nichts mehr zu tun, sie sind another brick in the wall der Festung Europa. Mehr noch: Hirsch (FDP) hat in der Bundestagsdebatte zu dem Pogrom in Hoyerswerda erklärt: "Pogrome beginnen im Kopf". (Vermutlich ist hier ganz bewußt nicht modisch "Bauch" gesagt worden.) Pogrome beginnen im Kopf ...

Trotz Kenntnis der elementaren Ursachen des Welthungers, der Situation im Osten und des "eigentlich" berechtigten Bedürfnisses aller Menschen, besser oder überhaupt leben zu wollen, machen sich die Grünen (und andere Linke, das sei der Ehrlichkeit halber hier gesagt) an ein Einwanderungsgesetz.

Mit kühlem Kopf arbeiten sie an Lösungen, deren wesentlicher Ausgangspunkt die Ruhe- und Sicherheitsbedürfnisse der eigenen Gesellschaft sind. Oder anders ausgedrückt: die unbedingte Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Zustands der Welt - arm/reich; Osten/Westen; Norden/Süden; Überfluß/Mangel - ist absolute Voraussetzung für die behauptete Effektivität ihres Lösungsvorschlages. Bundesgrenzschutz und Militär an den Grenzen, auf Flughäfen und Bahnstationen im In- und Ausland, gigantischer Ausbau des Daten- und Polizeiapparates in Europa sind Mittel dazu; Pogrome sind ein anderes.

Wer quotieren will zugunsten "sozialverträglicher Zuwanderung" (Konrad Weiß im Spiegel 38/91), muß das mitbedenken. Und der muß dazu sagen, woher er heute die Macht nehmen will, um den weiteren Einsatz dieser Mittel zu verhindern. Wir müssen die Analysen von Hunger- und Vertreibungsdruck schon erst einmal selbst ernst nehmen, bevor wir uns auf die Lösungswege der Herrschenden festlegen lassen. Wir müssen aufhören, uns gerade in Asyl- und Menschenrechtsfragen der Definitionsmacht der Herrschenden zu unterwerfen, indem wir willkürliche Unterscheidungen von politischen und "Wirtschaftsflüchtlingen", von berechtigten Zufluchtsbegehren und vorgeschobenen, selbst rechtfertigen.

Unsere Forderung ist nach wie vor: Offene Grenzen. Denn sie deutet die Richtung an, in der Lösungen gesucht werden müssen. Offene Grenzen können eine Lösung sein, wenn endlich gegen staatlich verordneten und in Gesetze und Ausführungsbestimmungen gegossenen Realismus und den spontanen und auf der Straße organisierten Rassismus und Faschismus vorgegangen wird. Das Schlagwort von den offenen Grenzen deutet an, daß Lösungen gesucht werden müssen, die die Ursachen von Elend und Vertreibungsdruck, Hunger und politischer Verfolgung nicht aus den Augen verlieren und sie zum Ausgangspunkt unserer Überlegungen zu machen. Das bedeutet also vor allem:

- Änderung der Entwicklungshilfe und -politik,

- Kampf gegen Rassismus und Neofaschismus,

- Schaffung von Lebensbedingungen für Flüchtlinge und ImmigrantInnen, die sie nicht in gewollten Gegensatz zur hier schon lebenden Bevölkerung bringen.

Das ist natürlich nicht einfach zu haben. Einfach zu haben, wie die grüne Mehrheit hofft, ist aber auch nicht ein humanes Einwanderungsgesetz, sondern nur die Scheinlösung eines grünen Flankenschutzes für unmenschliche Quotierung und den damit vorprogrammierten weiteren Abbau des Asylrechts.

10. Antifaschistischer Ratschlag vom 1. bis 3. November in Dresden

Rubrik: Aktionen / Veranstaltungen; Antifaschistischer Kampf · CD-Datei: daten/aksuche/ak335/ratsch.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:335:ratsch

"Die Morde an ausländischen Menschen ... und die Pogrome in Hoyerswerda als Beginn einer noch brutaleren Welle von Anschlägen und Übergriffen gegen Flüchtlingsheime ... zeigen ..., daß sich die Faschisten in einer offensiven Kampagne in der ganzen BRD befinden, ... und daß wir dem bislang wenig entgegenzusetzen wußten", heißt es im Aufruf zum Antifaschistischen Ratschlag in Dresden. Beschlossen wurde diese Konferenz auf dem dritten Vorbereitungstreffen am 12. Oktober 91 in Berlin von antifaschistischen Initiativen, Gruppen und Organisationen. "Alle Menschen, die dem zunehmenden faschistischen Terror nicht tatenlos zusehen wollen", sind aufgerufen, sich darüber zu beraten, "wie die rassistischen Übergriffe zurückgedrängt und verhindert werden können ... Wir sind uns bewußt"

, heißt es weiter, "daß es unterschiedliche Auffassungen darüber gibt, was Grundlagen für Faschismus sind, was ihn hervorbringt und fördert und wie dem zu begegnen ist ... Deshalb wollen wir eine Bestandsaufnahme versuchen, um das solidarische Handeln vieler Menschen an allen Orten zu ermöglichen."

Freitag ab 19.00 Uhr: In der Pädagogischen Hochschule Dresden findet der Ratschlag statt. Nach der Begrüßung der TeilnehmerInnen durch eine Vertreterin der Dresdner Vorbereitungsgruppe soll über die aktuelle Situation berichtet werden, aber auch über Erfahrungen mit Gegenwehr. Parallel sollen in Seminarräumen Dokumentarfilme zum Thema gezeigt werden.

Samstag um 10.00: Zunächst Plenum mit Beiträgen zu folgenden Themen: Fakten zu Neofaschismus und Rassismus, v.a. in den FNL, Schwerpunkte und Rekrutierungsfelder der Neofaschisten sowie Einschätzung der rassistischen Entwicklung durch Betroffene.

Von 11.30 - 13.00 Uhr und von 14.00 - 18.00 Uhr

sind über ein Dutzend Arbeitsgruppen und Workshops angesetzt, in denen beispielsweise folgende Themen vertieft werden sollen: Entstehung des Neofaschismus in der ehemaligen DDR; REP out - Bundesregierung in. Verhältnis von Antifaschismus und Staat; Grundlagen und Ursachen für Rassismus; Persönliches Empfinden oder staatlich geförderte Volksmeinung? Antifaschistischer Selbstschutz und/oder "

Sicherheitspartnerschaft" mit der Polizei? Antikapitalistischer, humanistischer oder christlicher Antifaschismus? Gemeinsamkeiten, Unterschiede, Perspektiven; Verhältnis von Antifa und ImmigrantInnen; Sozialarbeit gegen Neofaschismus? "

Neue Rechte": Vordenker für modernisierten Faschismus?

Den Abschluß des Tages bilden Diskussionen und ein Kulturprogramm zu Neofaschismus, Rassismus und Asylrecht, und zwar um 19.00 Uhr im Theater der Jungen Generation.

Sonntag von 10.00 bis 13.00 Uhr: Im Abschlußplenum (Ort wird noch bekanntgegeben) werden Strategieansätze gegen Rassismus und Neofaschismus erörtert: "Wie ist gemeinsames Handeln möglich?"

Anmeldung und Koordinierung: c/o Demokratie Jetzt, Friedrichstr. 57, O-8010 Dresden. Tel.: (03751) 434286/434179. Fax: 4327586 (ab 20.00 Uhr, Stichw.: Ratschlag). Bitte unbedingt anmelden und Anzahl der Übernachtungen angeben. Für Kinderversorgung ist Sa. und So. gesorgt.

Koordinierung Berlin: Haus der Demokratie c/o Vereinigte Linke, Friedrichstr. 165. Tel.: 2291792 (Vorwahl örtl. erfragen). Fax: 2071612 (Stichw.: VL-Antifa). Das Tel. ist Mo. und Do. von 17.00 bis 19.00 Uhr besetzt.

Ort: Pädagogische Hochschule, Wigardstr. 4, O-8060 Dresden.

11. Thesen zur Ausländer- und Flüchtlingspolitik

Von Ulla Jelpke und Dieter Liehmann

Autor: Ulla Jelpke und Dieter Liehmann · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Antirassismus, Antinationalismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak335/30.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:335:30

Die folgenden Thesen sind Auszug eines umfangreichen Papiers, das im Juli 1991 entstanden ist. Die Thesen I bis IV beschäftigen sich mit den Ursachen der Flüchtlingsbewegungen, den Reaktionen der Industriestaaten, mit der Flüchtlingspolitik der EG, der BRD und der DDR sowie mit den Ursachen von Rassismus und Ausländerfeindlichkeit. Der vollständige Text ist als Broschüre (mit Dokumentenanhang) über die PDS/Linke Liste im Bundestag, Bonn-Center, 5300 Bonn 1 zu beziehen.

V. Anforderungen an eine linke Ausländer- und Flüchtlingspolitik

V.I. Internationale Anforderungen

Die bestehenden internationalen Übereinkünfte über Flüchtlinge, insbesondere das Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge vom 28.7.1951 (Genfer Flüchtlingskonvention), das ergänzende Protokoll über die Rechtsstellung der Flüchtlinge vom 31.1.1967 und die Satzung für das Amt des UNHCR vom 14.12.1950 werden den veränderten globalen Bedingungen nicht mehr gerecht.

Die Genfer Flüchtlingskonvention wurde in den Hochzeiten des Kalten Krieges verabschiedet und definierte die Verfolgung ausschließlich als politische, religiöse oder rassische Verfolgung von Menschen durch staatliche Organe. Dabei zielte die Konvention vornehmlich auf Flüchtlinge aus den realsozialistischen Staaten ab.

Heute ist dringend eine Neudefinition und Erweiterung des Verfolgungsbegriffs notwendig, denn die Anerkennung eines bestimmten Verfolgungstatbestands seitens der Aufnahmestaaten ist die Voraussetzung der Gewährung von Asyl. Anknüpfend an die OAU-Konvention (1969) und der Erklärung der Cartagena-Staaten (1984) sollte die Verfolgung folgende Bereiche erfassen: 1. Die bisherige Verfolgung eines Menschen oder einer bestimmten Gruppe aufgrund seiner religiösen und politischen Anschauungen und ethnischen Zugehörigkeit durch staatliche Organe; 2. der Tatbestand der geschlechtsspezifischen Verfolgung von Frauen; 3. die Anerkennung von sog. "Armuts"- oder "Wirtschaftsflüchtlingen", die aus sozialer und materieller Not zur Flucht gezwungen sind; 4. die Anerkennung von sog. "Umweltflüchtlingen", deren angestammte Heimat durch ökologischen Raubbau und Naturkatastrophen zerstört wurde; 5. die Anerkennung aller heimatlosen Menschen wie der Sinti und Roma oder der Palästinenser; 6. die Anerkennung nicht nur der individuellen, sondern kollektiven Verfolgungen von ethnischen Minderheiten (z.B. der Kurden) und im Falle von Kriegen und Bürgerkriegen. Das wird durch den Status der sog. Kontingentflüchtlinge zum Teil schon praktiziert, sollte aber zur internationalen, völkerrechtlich verbindlichen Norm erklärt werden.

Das in der Genfer Flüchtlingskonvention richtige Prinzip der Nichtabschiebung von Menschen in ihre Herkunftsländer, wenn ihnen dort Gefahr für Leib und Leben droht (Non-Refoulement) ist auf den Grundsatz zu erweitern, daß niemand gegen seinen/ihren Willen abgeschoben werden darf.

Für die jeweiligen Aufnahmeländer sind soziale und materielle Schutzstandards für Flüchtlinge und ein gesicherter Aufenthalt festzuschreiben; Flüchtende müssen das Recht besitzen, in dem entsprechenden Aufnahmeland auch tatsächlich aufgenommen zu werden.

Da sich die Hauptaufnahmeländer nicht in den reichen Industriestaaten befinden, sondern in bestimmten Ländern der Dritten Welt, sind die zu bereitstellenden finanziellen Mittel und Hilfsgüter im Rahmen des UNHCR erheblich aufzustocken, um im Falle von Massenflucht (z.B. der irakischen Kurden in den Iran und die Türkei) möglichst rasch und umfassend helfen zu können.

V.II. Anforderungen in der Bundesrepublik Deutschland

1. Das Recht auf Zuflucht (Asyl) ist ein universelles, überstaatliches Menschenrecht, denn das Recht auf Asyl ist das Recht auf Leben. In diesem Sinne hat dieses Menschenrecht im Grundgesetz dieses Landes im Artikel 16 Absatz 2 - "Politisch Verfolgte genießen Asyl..." - als ein bewußtes Bekenntnis zur historischen

Verantwortung und als Absage an jede Form von rassischer und nationalistischer Verfolgung konkrete Gestalt angenommen.

Die PDS wird, zusammen mit Flüchtlingsinitiativen und kirchlichen Verbänden, energisch eine Grundgesetzänderung aus der historischen Verantwortung, einem demokratischen Selbstverständnis und der Achtung der Menschenrechte - auch im Gewande einer EG-weiten "Harmonisierung" - ablehnen.

Darüber hinaus ist das Grundrecht auf Asyl durch das neue Ausländergesetz, das Asylverfahrensgesetz, staatlichen Ausländerverordnungen, Beschlüssen der Innenministerkonferenz und Entscheidungen der Gerichte schon fast bis zur Unkenntlichkeit ausgehöhlt worden. Die PDS tritt demgegenüber ein für die Abschaffung aller gesetzlichen Bestimmungen, die die Zufluchtsuchenden daran hindert, dieses Grundrecht überhaupt wahrzunehmen; notwendig ist nicht die seit Jahren erfolgte Einengung des Verfolgungsbegriffs, sondern deren Erweiterung (siehe Punkt V.I.); die PDS setzt sich ein für die Aufhebung aller Diskriminierungen von Flüchtlingen (Aufhebung des Arbeitsverbots von Asylbewerbern, menschenwürdige Unterbringung, Auszahlung der Sozialhilfe nach dem BSHG ohne Einschränkungen, Freizügigkeit wie für alle Bürger).

2. Das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge in Zirndorf ist in seiner bisherigen Form aufzulösen, die Kriterien der Verfolgung öffentlich zu machen. Nach dem Vorbild anderer westeuropäischer Staaten sollte eine demokratisch legitimierte Instanz unter Mitwirkung der Ausländerbehörden, Flüchtlingsorganisationen, amnesty international, den Wohlfahrtsverbänden und den Kirchen über die Asylanerkennung entscheiden. Im Falle der Ablehnung eines Asylantrags hat die betreffende Person das Recht zur Klage gemäß Artikel 19 Absatz 4 Grundgesetz.

3. Die PDS wird in Anlehnung an die neue französische Gesetzgebung ein Antidiskriminierungsgesetz im Deutschen Bundestag einbringen, das rassische und geschlechtsspezifische Diskriminierungen sanktioniert.

4. Das neue Ausländergesetz ist abzulehnen, weil es erstens nach wie vor völkisch-nationalistisch geprägt ist und zweitens die Zufluchtsmöglichkeiten weiter einschränkt. Die weitere Ausdifferenzierung von Flüchtlingen in verschiedene Aufenthaltstitel schafft nicht mehr "Rechtssicherheit", wie behauptet, sondern führt vielmehr zu weiteren Verunsicherungen. Es ist auch abzulehnen, weil es massiv das föderale Prinzip untergräbt und dem Bundesinnenministerium in vielen entscheidenden Fällen eine viel zu große Macht- und Weisungsbefugnis erteilt.

5. Die nach wie vor bestehende Unterteilung in anerkannte und bloß "geduldete" Flüchtlinge und die Aushebelung der Genfer Flüchtlingskonvention, indem auch die sog. De-facto-Flüchtlinge dem üblichen Asylverfahren unterworfen und damit das "Non-Refoulement" unterlaufen werden soll, ist aufzuheben. Notwendig ist statt dessen eine einheitliche Regelung für alle Flüchtlinge, denen ein Bleiberecht bei Aufhebung aller diskriminierenden Beschränkungen einzuräumen ist.

6. Familienmitgliedern wie Frauen, Jugendlichen und Kindern ist ein unbefristetes, eigenständiges Aufenthalts-und Bleiberecht zu gewähren. Kinder und Jugendliche dürfen auch als allein Einreisende nach den geltenden internationalen Abkommen nicht zurückgewiesen werden.

7. ArbeitsimmigrantInnen, deren Familienmitglieder und nachfolgende, hier aufgewachsene Generationen, die von der Bundesregierung vor 1973 bewußt angeworben wurden, sollten generell, so weit sie dies wünschen, den "stärksten" Aufenthaltstitel der Aufenthaltsberechtigung erhalten. Ein Familiennachzug ist uneingeschränkt zu gewähren.

8. Eine Zwangsassimilierung durch die Erlangung der deutschen Staatsbürgerschaft (Einbürgerung) lehnt die PDS ebenso ab wie die nur in Ausnahmefällen geduldete Möglichkeit der Annahme einer doppelten Staatsbürgerschaft. Einbürgerungen sollten nicht erst nach zehn Jahren rechtmäßigen Aufenthalts in diesem Land, sondern wesentlich früher und ohne bürokratische Hürden erfolgen können (in Frankreich ist die Einbürgerung bereits nach fünf Jahren möglich). Die doppelte Staatsbürgerschaft sollte liberaler gehandhabt werden. So ist es nur noch zynisch, wenn etwa sehr lange Zeit bei uns lebende Asylberechtigte in ihrem Herkunftsland um die Entlassung aus ihrer Staatsbürgerschaft nachsuchen müssen.

9. Alle Bestimmungen "völkischer" Art wie der Artikel 116 Absatz 2 und deren Folgegesetze, insbesondere die Vertriebenengesetzgebung, sind unverzüglich aufzuheben. Erstens widerspricht der Artikel 116 Absatz 2 den "2-Plus-4"-Vereinbarungen, da in diesem Grundgesetzartikel nach wie vor von den Grenzen aus dem Jahre

1937 ausgegangen wird; zweitens wirft das Festhalten an einer "deutschen Volkszugehörigkeit" erhebliche Probleme in den Ländern auf, wo solche "Volksdeutschen" von ihrer Abstammung her leben (Polen), und drittens schließlich ist es einfach anmaßend, gegenüber ausländischen Menschen, ob sie oder ihre Vorfahren nun deutsches Blut besaßen oder nicht, per Grundgesetz als "Volksdeutsche" zu definieren. Die PDS steht mit dieser Position nicht allein. Auch der saarländische Ministerpräsident hat sich diesbezüglich für eine Streichung dieses Artikels aus dem Grundgesetz ausgesprochen.

10. Bezüglich der außerparlamentarischen Arbeit und Aktivitäten bestehen eine ganze Reihe von Möglichkeiten; angefangen von gemeinsamen Veranstaltungen sowohl mit ImmigrantInnen als auch mit Flüchtlingen; kulturelle/politische Veranstaltungen mit Flüchtlingen über die Situation in ihren Heimatländern; Organisierung von Demonstrationen vor den Sammelunterkünften im Falle neonazistischer Übergriffe; das Verstecken von Flüchtlingen, die vor Abschiebung bedroht sind usw.

VI. Zur Problematik des Begriffs einer "multikulturellen Gesellschaft"

Von Heiner Geißler bis zu den Grünen macht eine Formel die Runde, die sich explizit gegen die Fremdenfeindlichkeit richten soll: die gesellschaftliche Perspektive einer "multikulturellen Gesellschaft". Das Hauptproblem dabei ist, daß jede politische Richtung, die diesen Kampfbegriff gegen den Rassismus meint verwenden zu müssen, etwas anderes darunter versteht.

Da sind erstens die Sozialdemokraten und der größte Teil der Grünen, die unter einer multikulturellen Gesellschaft ein tolerantes Nebeneinander von Einheimischen und Nichtdeutschen verstehen. Dieses Verständnis speist sich aus dem vorhandenen Bewußtsein aufgeklärter Mittelschichten in diesem Lande, die das Problem pädagogisieren, romantisch verklären und zu einem im wesentlichen kulturellen Problem verkürzen wollen. Noch so gut gemeinte gemeinsame Kulturveranstaltungen und Feste mit Ausländern gehen gezielt an einem wichtigen Punkt vorbei: den sozialen und materiellen Konflikten, die allzu häufig ausgeblendet werden. Hinzu kommt ein pädagogisches Verständnis, letztlich eine ethnische, zum Teil auch rassistische Argumentation, wenn etwa die "multikulturelle Gesellschaft" als eine "Bereicherung" des eigenen Lebens angesehen wird. Wer "bereichert" sich da gegenüber wem?

Zweitens gibt es die "multikulturelle Gesellschaft" in der Betrachtungsweise eines modernen Yuppie; deren Verhältnis zur "multikulturellen Gesellschaft" kann größtenteils als zynisch bezeichnet werden, denn für ihn geht es darum, daß selbstverständlich auch Ausländer am feucht-fröhlichen Konsum und der individuellen Karriere ohne Ausgrenzung teilhaben sollen. Jeder, auch der Türke von nebenan, ist seines Glückes Schmied.

Drittens begründen die modernen Konservativen wie Heiner Geißler oder die Stories in der "Wirtschaftswoche" (Titelslogan im Februar 1989: "Ausländer rein") ihre "multikulturelle Gesellschaft" a) mit der demographischen Situation und der kollektiven "Vergreisung" der Deutschen, b) mit den Erfordernissen der Internationalisierung der Waren- und Kapitalmärkte. Die "volkswirtschaftliche Gesamtrechnung kennt nur Inländer", schreibt eine der Industrie sehr wohlgesonnene Zeitung wie die "Wirtschaftswoche". Die konservative Variante ist also bestrebt, aus demographischen und "internationalistischen" Gründen (des Kapitals) die "multikulturelle Gesellschaft" ihres Zuschnitts in der Bevölkerung akzeptierbarer zu machen, weil der dumpf-deutsche Stammtisch-Mief sich zum Teil auch gegen die Modernisierung und Internationalisierung richtet (vergl. Radtke 1990).

Letztendlich reproduzieren alle diese Formen die Kategorien von "Rasse" und "Ethnie", dienen der Differenzbeschreibung und den Unterscheidungsmerkmalen in kultureller Hinsicht. Genau darauf gründen aber die Begriffe wie "Rasse" und "Ethnie" und überhöhen sie im ideologischen Sinne. Sie sind konstitutiv für Gesellschaften, in denen eben Menschen mit unterschiedlichen Kulturen leben.

So positiv, so tolerant und weltoffen sich die Vorstellungen über eine "multikulturelle Gesellschaft" auch anhören und in diesem Kontext einen Fortschritt insofern darstellen, weil sie gegen den Stammtisch-Rassismus Front machen, so hilflos ist dieses Modewort im Kampf gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit; viel wichtiger wäre eine Zielstellung, die die politische und soziale Gleichheit auf der Basis der Differenz in den Mittelpunkt rückt. Dann würden die kulturellen Unterschiede eine weitaus geringere Rolle im öffentlichen Diskurs spielen, die die ethnische Differenzierung ja erst hervorbringt.

VII. Warum gibt es keine Alternative zu einer offenen Gesellschaft mit offenen Grenzen?

Auf der Seite der Linken, den Grünen und den Sozialdemokraten wird seit längerem ein Streit über die Konzeption der "Offenen Grenzen" und einer "gestalterischen" Einwanderungspolitik mit einer staatlich fixierten Quotierung über die Anzahl jährlicher Einwanderungen geführt.

Die beiden wichtigsten Einwände gegen die "Offenen Grenzen" lauten immer wieder, daß die nationale "Zumutbarkeit" und "Belastbarkeit" beachtet werden müsse. Die BefürworterInnen dieser Konzeption wollen die Einwanderung an bestimmte Voraussetzungen binden: an eine entsprechend zu schaffende Infrastruktur (Wohnungen, Arbeitsplätze), um damit sogleich die "Zumutbarkeitsgrenze" der Aufnahme von Einwanderern in der deutschen Bevölkerung zu erhöhen. Vorbilder für solche Konzeptionen sind die Einwanderungspolitiken in den USA und Kanada.

Unterstellt oder stillschweigend vorausgesetzt wird dabei ferner, daß Millionen von Menschen auf dieser Welt nichts sehnlicher wünschen, als bei uns zu leben. Spätestens seit der EG-Mitgliedschaft Griechenlands oder Portugals ist diese Annahme schon empirisch widerlegt.

Wer eine quotierte Einwanderung befürwortet, muß folgende Konsequenzen bedenken: 1. Es wird der latente Rassismus nur erneut reproduziert, denn es sind die Deutschen und eine deutsche Regierung, die darüber bestimmen soll, wer kommen darf und wer nicht; 2. ein globales Problem wird auf eine nationalbornierte Sichtweise zurechtgestutzt; 3. eine objektive Grenze der "Zumutbarkeit" und "Belastbarkeit" gibt es nicht. Es ist eine Illusion und eine völlige Hilflosigkeit im antirassistischen Engagement, wenn mensch meint, bei einer quotierten Einwanderung wäre die Akzeptanz in der deutschen Gesellschaft höher. Überfälle auf Flüchtlingsheime, eine Propaganda gegen "zu viele Ausländer" gibt es auch in den Staaten, die noch weitaus weniger Flüchtlinge aufnehmen und Einwanderungen in sehr geringem Ausmaß zulassen (Finnland, Schweden). Eine "Belastbarkeitsgrenze" ist ebenso wenig objektivierbar. Die Bundesrepublik Deutschland hat 1989 und 1990 über 2 Millionen Aus- und Übersiedler aufnehmen und integrieren können, während gleichzeitig über 100.000 Asylantragsteller ein Geschrei angestimmt wurde ("Das Boot ist voll"); 4. wer jährliche Quoten festschreiben will, muß nicht nur sagen müssen, wer und wieviele kommen dürfen, sondern wer alles nicht kommen darf. Ein konstruiertes Beispiel: Die Bundesregierung legt eine Einwanderungsquote von 50.000 Menschen fest, je 50% von ihnen kommen aus Polen und aus der Sowjetunion. Was geschieht dann mit Menschen aus Rumänien oder der CSFR oder sonstwo her?; 5. eine quotierte Einwanderung läßt die derzeitigen politischen Machtverhältnisse außer acht. Eine konservative Regierung wird aus rein nationalistischen Gründen die "Zumutbarkeits"- und "Belastbarkeitsgrenzen" relativ niedrig ansetzen.

Die Forderung nach einer Politik der "Offenen Grenzen" geht von folgenden Überlegungen aus: Herrschende Politik ist, Einwanderer und Flüchtlinge nur an den Kriterien des nationalen Arbeitsmarktes und unter Wahrung des "deutschen Volkstums" - so der ehemalige Innenminister Zimmermann - zu messen. Eine linke Einwanderer- und Flüchtlingspolitik muß mit dieser Politik brechen, denn:

- Die Frage der Menschenrechte ist nicht nach politischen, wirtschaftlichen und nationalistischen Opportunitäten zu differenzieren - das Menschenrecht ist ein universelles Grundrecht und nicht relativierbar.

- Es kann nicht darum gehen, bei den politischen, ökonomischen und sozialen Rechten nach Abstammung, nationaler Herkunft und Staatsangehörigkeit zu unterscheiden, sondern sich für die soziale, politische, rechtliche und wirtschaftliche Gleichheit und Emanzipation aller Menschen einzusetzen. Daraus leitet sich auch die ersatzlose Streichung des Ausländergesetzes ebenso ab wie die Forderung nach einem allgemeinen Wahlrecht.

- Gerade dieses Land muß sich zur politischen und moralischen Verantwortung der Industriestaaten am Elend in der Dritten Welt bekennen und für die "Folgekosten" - und das sind u.a. die Flüchtlinge - aufkommen. Sie kosten uns im übrigen nur einen winzigen Bruchteil dessen, was die Industriestaaten bislang schon an der Dritten Welt "verdient" und erst recht, was sie dort bereits alles zerstört und vernichtet haben.

Literatur:

- Alternative Liste, Berlin: "Alternative Flüchtlingspolitik", Dokumentation vom Flüchtlingskongreß am 25./26.9.1986 in Berlin(West)

- Die Grünen im Bundestag, "Für eine Politik der Offenen Grenzen", Drucksache 11/3249 vom 2.11.1989 (Bonn)

- Memmi, Albert, "Rassismus", Frankfurt/Main 1987

- Radtke, Frank Olaf, "Multikulturalismus - vier Formen der Ethnisierung", in: "Frankfurter Rundschau", 19.6.1990

- Schwarzrock, Götz, "Nicht die weltweite Barbarei ausblenden", in: "die tageszeitung", 7.11.1988

12. "Ungewöhnliche, riskante Mittel der Politik". Interview mit Dirk Schneider

Rubrik: Stasi-Debatte; Grüne (und Vorläufer); PDS · CD-Datei: daten/aksuche/ak335/50.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:335:50

ak: Du hast vor einigen Tagen eine Presseerklärung abgegeben, in der von Gesprächen mit nicht näher bezeichneten DDR-Offiziellen die Rede ist, die du während Deiner Zeit als Grüner Bundestagsabgeordneter und danach geführt hast. Inzwischen wird von einer Stasi-Connection gesprochen, von regelmäßiger Zuarbeit und so weiter. Was ist wirklich dran?

Dirk: Richtig ist, daß ich in meiner Erklärung gesagt habe, daß ich über einen längeren Zeitraum - und das werde ich nicht genauer spezifizieren - mit Vertretern der DDR Gespräche geführt habe. Ich muß hinzufügen, daß ich diese Vertreter der DDR nicht in die Ecke stecken kann, in die sie heute gesteckt werden, wo von MfS und Ähnlichem geredet wird. Meine Gesprächspartner haben sich selbst als dem Ministerrat der DDR gegenüber Verantwortliche vorgestellt. Heute wird mir vorgeworfen, ich sei ein Top-Spion, ein Einflußagent gewesen, was nichts anderes bedeutet, als daß ich, auf Geheiß oder Anweisung der bösen östlichen Seite hin, die Deutschlandpolitik der AL in eine falsche Richtung gedrängt hätte. Diese Vorwürfe entbehren jeglicher Grundlage. Ich habe in der AL und bei den Grünen immer eine authentische Politik gemacht, die mit Freunden und Freundinnen abgesprochen war, auf unseren politischen Einschätzungen der Lage fußte und dann von mir gegenüber diesen Gesprächspartnern nur interpretiert wurde, weil sie vieles nicht verstanden und auch nicht verstehen konnten. Sie fanden das, was wir da gemacht haben, zum großen Teil ganz kurios und gar nicht in ihrem Sinne.

Die meisten AL- und Grünen-Materialien waren frei zugänglich. Hätten sich die DDR-Stellen, mit denen Du gesprochen hast, nicht das, was sie wissen wollten, anderweitig besorgen können?.

Bei unseren Gesprächen lagen Delegiertenrat-Infos und diverse Papiere, die in der öffentlichen Diskussion der AL und der Grünen eine Rolle spielten, immer vor. Aber viele Papiere warfen eine ganze Menge Fragen auf, weil es von außen doch immer recht schwer war zu verstehen, worum sich die AL bemühte.

Es ging also um deutschlandpolitische Fragen?

Ja, hauptsächlich, aber auch wie sich die AL in weltpolitischen Fragen verortete, z.B. Abrüstung und Frieden.

Aus welchen Motiven heraus führtest Du diese Gespräche?

Die Motive waren die gleichen, die die damaligen deutschlandpolitischen Vorstellungen eines Teiles der AL bzw. der Grünen geprägt hatten. Wir waren dafür, daß sich die beiden deutschen Staaten gleichberechtigt in einen Dialog begeben sollten, weil nur auf diese Weise Vorteile für die Menschen auf beiden Seiten herauszuholen gewesen wären. Während die BRD eine konfrontative Politik betrieb, die auf Überwindung und Zerschlagung der DDR aus war, strampelte sich die DDR - und sie war immer in der Defensive - als der schwächere und ärmere Teil ab. Das war auch ein Grund, weshalb sie sich mit diesem übergroßen Sicherheitsapperat ausstattete, nämlich um Gefährdungen ihrer sozialistischen Errungenschaften zu begegnen. Um auf allen Ebenen die Chance zu nutzen, unsere Politik des Dialogs voranzutreiben, waren diese Kontakte für mich eine Hoffnung. Ich habe immer dafür plädiert, daß die AL Kontakte mit der DDR aufnimmt, weil es nach meiner Ansicht keine andere Möglichkeit gab, als die Form der Verständigung zu suchen. Und das war selbst dann notwendig, wenn man sich gegensätzliche Meinungen an den Kopf warf. Zur Verdeutlichung: Die konfrontative Politik drohte ständig in einen endgültigen Vernichtungsschlag umzukippen. Die Hochrüstung, die ungeheure Anhäufung von Massenvernichtungswaffen - damals war die Pershing-Debatte aktuell - stellte eine direkte Bedrohung dar, die einen Gegenschlag der Sowjetunion provozieren konnte. Das hatte eine Dimension, die ungewöhnliche, riskante Mittel der Politik nicht ganz abwegig erscheinen ließ.

Heißt das, daß Du die Gespräche mit diesen DDR-Vertretern als Vorgriff auf anzustrebende offizielle Kontakte zwischen AL bzw. Bundesgrünen und der DDR verstanden hast?

Für mich ist das alles eine Einheit. Was ich deutschlandpolitisch innerhalb von AL und Grünen vertreten habe, lief auf die gleiche politische Linie hinaus, die ich gegenüber der DDR-Regierung immer wieder betont habe,

wenn die Möglichkeit dazu gegeben war: Eine Politik des Dialogs und des Miteinanders wirklich tragfähig zu machen.

Während Deine Mitstreiter und Mitstreiterinnen sich abmühten, daß Gespräche mit der DDR aufgenommen werden, hast Du bereits Gespräche geführt.

Ich betone: Da wurde nichts geplant, was ich eventuell in der AL tun sollte. Vieles von dem, was wir gemacht haben, wie die 20 Thesen zu Berlin, oder die Art, wie wir Politik betrieben, haben meinen Gesprächspartnern gar nicht gefallen. Das führte immer wieder zu Widersprüchen. Sie wollten wahrscheinlich jemanden haben, der in aller Ruhe und Freundlichkeit dort sitzt und über lange Zeiträume von einer höheren Position aus möglichst intensiv was rüberbringt. Also nicht einen wie mich, der wegen seiner Politik ständig damit rechnen mußte, seine Position zu verlieren oder aufgrund der Regeln der AL Mandate niederlegen zu müssen.

Du hast zu der Zeit, als Du AL- bzw. Grüne Politik gemacht hast, eine ziemlich dezidierte Position zur Deutschland-Politik vertreten und insbesondere die Zweistaatlichkeit als Selbstverständlichkeit betont. Diese Position war in der Partei keineswegs Konsens. Schon 1983/84 sind die bösen Worte umgegangen, Du seist quasi die ständige Vertretung der DDR in der Bundestagsfraktion der Grünen gewesen. Deine Gegner von früher sehen sich jetzt hundertprozentig bestätigt. Ist damit Dein ganzes Engagement von damals gleich mitbegraben worden?

Diese Gefahr ist riesengroß und man könnte das so resümieren. Das ist ein großes Problem, gegen das man nur schwer argumentieren kann. Daß mich die Gegner meiner deutschlandpolitischen Linie als ständigen Vertreter der DDR in den Grünen bezeichnet haben, lag daran, daß ich damals schon ganz offen eine Politik vertreten habe, die die DDR um der Sache willen zu einer gleichberechtigten Gesprächspartnerin machen wollte. Allein die Forderung, die DDR als gleichberechtigt anzusehen, stieß bei denjenigen, die eine Überwindungspolitik im Kopf hatten, auf schroffe Ablehnung. Sie sahen die DDR nie als gleichberechtigt an, sondern als einen Staat, der schlecht war, der die Menschenrechte nicht gewährte, der in seiner Grundstruktur nicht legitim war, den sie totalitär scholten. Für die Politik gegenüber der DDR galten in der Vorstellung dieses Teils der Grünen und Alternativen alle Regeln einer gesitteten Politik, wie sie die Grünen ja kreieren wollten, nicht mehr. Grüne Politik sollte dem Anspruch nach so ablaufen, daß offen zu argumentieren sei, mit allen alles besprochen werden sollte und so weiter. Sie meinten das, was sie für die Auseinandersetzung mit dem Kapitalismus und den Gegnern in der bürgerlichen Gesellschaft für notwendig erachteten, gegenüber dem östlichen Staatensystem total streichen zu können. Dort wurden klandestine Politikformen bevorzugt, die selbst innerhalb der Grünen jegliche Offenheit vermissen ließen und dementsprechend konspirativ geplant wurden. Von der Alexanderplatz-Aktion von Kelly und Bastian 1983 erfuhr ich auch erst später und kommentierte sie dann dementsprechend. Kurze Zeit später konnte ich am Beispiel dieser Demonstration nach dem offiziellen Gespräch von anderen und mir bei Honecker miterleben, wie konspirative Grüne Politik betrieben wurde. Im Gespräch war eine Art Manifestation gegen die Hochrüstung, von Kirchenkreisen aus der DDR mit etwa 20-30 Teilnehmern angesetzt, die zwischen der sowjetischen und der amerikanischen Botschaft stattfinden sollte. Das ganze bewegte sich - sorgfältig ausbalanciert - im Rahmen dessen, was damals in der DDR möglich war. Von einem kleinem Teil der Grünen wurde diese Aktion zu einer riesigen Demonstration aufgeputscht, die sie öffentlich auf der Pressekonferenz nach dem Gespräch mit Honecker verkündeten, woraufhin dann 4 Tage später, an dem Tag, an dem die Demonstration stattfinden sollte, aus allen Teilen der DDR Leute anreisten, die zu dieser ersten angeblich zugelassenen Friedensdemonstration wollten. Sie wurden aus den Zügen herausgeholt, und es wurden offensichtlich nicht nur Dutzende sondern Hunderte stundenlang festgehalten und dabei auch persönlich schwer gefährdet. Gefährdet durch eine abenteuerliche klandestine, von wenigen innerhalb der Grünen vorangetriebene Aktion, die in den Grünen überhaupt nicht abgesprochen war. Das war die Kehrseite der Medaille. In der AL kamen schon sehr zeitig Tendenzen auf, daß man direkt in den östlichen Staaten, aber auf klandestinem Wege, Einfluß nehmen sollte. Ich habe damals die Frage gestellt, ob sie denn auch einen Bürgerkrieg in Kauf nehmen würden, und habe damals von einem Teil der AL eine positive Antwort erhalten.

Wie war dein Verhältnis zur DDR-Opposition?

Ich habe dafür plädiert, daß die Opposition innerhalb der DDR einen Versuch macht, die DDR in ihrem Sinne zu reformieren und nicht das Gegenteil, was ich abgelehnt habe, nämlich vom Westen Hilfe zu holen und sozusagen über einen Polit-Export von außen die eigenen Vorstellungen vorangebracht zu bekommen. Ich

habe etliche Beispiele dieser Politik von außen erlebt, die ich ablehne. Diese Art, wie Politik in die DDR hineingetragen wurde, halte ich nach wie vor für absolut sinnlos, weil eine Oppositionspolitik nur dann sinnvoll sein kann, wenn sie auf den eigenen Bedingungen fußt und durch die eigenen Einschätzungen und mit den eigenen Mitteln vorangebracht wird. In den harten Diskussionen, die ich mit Bärbel Bohley, Reinhard Schult und anderen bei gelegentlichen Treffen mit der Menschenrechts- und Friedensbewegung der DDR hatte, ging es immer um diesen Punkt. Ich möchte zu dieser Interpretation, die Bohley jetzt gibt, noch einmal ausdrücklich sage: Ich habe bei den Gesprächen mit ihr und anderen niemals Ruhe im Lande gepredigt.

In einem gewissen Interessenkonflikt, das sieht man an der Haltung von Bärbel Bohley, mußt Du damals wohl doch gestanden sein. Die DDR-Friedensbewegung stand schließlich im Widerspruch zu Deiner Konzeption von Zweistaatlichkeit. Sie haben doch mit ihrem "Schwerter-zu-Pflugscharen-Konzept" und ihrer Unterstützung der Grünen im Sinne der Herrschenden hier die Frage, wer rüstet hier wen tot, geradezu verkleistert.

Ich kann nur sagen, daß ich im Widerspruch lag mit Bärbel Bohley und anderen, weil ich den Eindruck hatte, daß sie glaubten, der Westen mit seiner politischen und gesellschaftlichen Struktur sei das bessere System und wir müßten ihnen behilflich sein, das zu sich rüberzuziehen. Deshalb konnten sie nicht verstehen, wenn ich zu ihnen gesagt habe: Zweistaatlichkeit, DDR-Anerkennung und gleichberechtigter Dialog. Sie wollten auf ihre Weise und sicherlich mit anderen Mitteln, als Kohl das schließlich tat, den Druck des großen, wirtschaftlich und politisch starken Westdeutschlands für sich ausnützen.

Hast Du DDR-Oppositionelle ausspioniert?

Ich glaube, daß sie kein sehr großes Vertrauen in mich setzten. Dementsprechend habe ich auch nie etwas über geplante Aktionen gehört. Ich bin dort auch nicht hingegangen, weil mich etwa die Stasi dorthin geschickt hätte, sondern Frau Bohley hat diesen verrückten Schneider in ihre berühmte Küche eingeladen, weil sie mit ihm diskutieren wollte. Das waren sehr spannende und anregende Diskussionen, mit mehreren Leuten. Bei meinen Gesprächen habe ich auch über diese Diskussionen geredet und meinen Eindruck davon dargestellt. Nur konnte ich dort nichts anderes mitteilen, als das, was Bärbel Bohley damals überall gesagt hat, z.B. in Seminaren bei Pfarrer Eppelmann. Ich nehme an, daß die DDR das, was sie über die DDR-Opposition wußte, auf solchen Treffen erfahren hat, denn da waren immer Leute wie Schnur und Böhme anwesend.

Du und auch etliche andere habt Euch sehr stark auf die DDR als Staat bezogen. Hattet Ihr nicht, wie so viele Linke, die Hoffnung, daß sich da von staatlicher Seite Änderungen herbeiführen lassen? Man hat doch in der DDR trotz allem den sozialistischen Staat gesehen, der reformierbar ist.

Ja, das sehe ich im wesentlichen auch so. Ich meine nur, daß das nicht nur das Setzen auf ein Pferd war. Es gab bei den Grünen durchaus legitime und richtige Begründungen dafür, daß die Loyalität Staaten gegenüber nicht überbetont werden und die Politik von unten her kommen solle. Allein auf die DDR als Staat zu setzen wäre wahrscheinlich zu einseitig gewesen.

Wenn Du aus dem Großdeutschland des Jahres 1991 in Deine grüne Vergangenheit zurückschaust, sieht es so aus, als sei es nicht so weit hergewesen mit dem "anderen" Politikansatz der Grünen und Alternativen. Du sprachst von Zeiten atomarer Bedrohung und der Notwendigkeit verantwortlicher vernünftiger Oppositionspolitik. Die Vernunft, die Du gefordert hast, für die Du eingestanden bist und die sich darin geäußert hat, daß Du die DDR- Regierung als legitime Partnerin in der Friedenspolitik angesehen hast, weil eben die Staaten des Warschauer Pakt objektiv eine Friedenslinie gefahren haben, hat sich nicht durchgesetzt bei den Grünen. Das Gros der Partei betrieb lediglich eine leicht abweichende Variante der herrschenden Obstruktionspolitik gegen die DDR.

Die Grünen und die AL waren von ihrer Zusammensetzung her vorwiegend im gebildeten Kleinbürgertum angesiedelt. Von daher war immer schon die Bereitschaft zum Anti-Kommunismus in der Grünen Partei vorhanden. Aber ich glaube, daß wir durch unsere zähe Art zu diskutieren vieles davon haben zurückdrängen können. Der andere Weg orientierte sich direkt am Vorgehen von SPD, FDP und CDU, wie die Texte von Schenk ganz deutlich zeigen. Dieselbe Wellenlänge, bis in die Wortwahl, die mit Texten der ganz rechten Seite übereinstimmte. Wir haben es trotzdem geschafft, einfach weil die Vernunft auf unserer Seite zu sein schien und ja wirklich auch war. Unsere Position wurde schließlich in der AL weitgehend mehrheitsfähig. Jetzt sind die Dämme gebrochen. Wenn man sich die Reaktionen der AL auf mein persönliches Tun ansieht, dann muß man sagen, daß sich die AL nach dieser Seite hin völlig verändert hat. Heute ist das, was Künast sagt, von dem,

was Landowski sagt, nur noch graduell zu unterscheiden. Sie vollziehen die Rituale der Anpassung und der Vorverurteilung, die in dieser Gesellschaft üblich sind.

Der Fall Schneider, wie er sich für die AL jetzt darstellt, eröffnet eine publicity-wirksame Möglichkeit, ein Stück eigener Geschichte zu entsorgen. Welche Folgen siehst Du für die AL?

Mit dieser Liquidierung der eigenen Geschichte wird die AL vermutlich ihre endgültige Bedeutungslosigkeit einleiten. So eine Partei ist dann doch kaum mehr nötig, weil es solche Parteien schon gibt. Von daher ist der Triumph von denjenigen, die sagen, seht, wir haben es immer schon gewußt, Schneider und seine Gang haben uns das, was wir immer schon wollten, zerstört, endlich können wir das durchsetzen, genauso borniert wie der Triumphalimus der bundesrepublikanischen Gesellschaft, die die DDR liquidiert. Das wird für die AL ganz bittere Folgen haben, und für die BRD mit der Liquidierung der DDR auch.

Und doch gibt es den Teil der AL noch, der gegen diese konfrontative Linie gegenüber der DDR war. Sind die, die gegen eine Linie der konspirativen Politik angetreten waren und die öffentliche Auseinandersetzung wollten, jetzt nicht zurecht verunsichert und enttäuscht, wenn sie hören, daß wegen Deiner Kontakte angeblich Einreiseverbote verhängt wurden ?

Bei einer so schweren politischen Auseinandersetzung um gesellschaftliche Linien von solchem Belang erwarte ich von den Leuten, daß sie ein bißchen mitdenken und sich auf eine ehrliche Weise erinnern, was gelaufen ist, statt sich jetzt von den Demagogen, die die Forderung nach Zweistaatlichkeit schon immer bekämpft haben und mich jetzt mit Dreck beschmeißen, dermaßen ins Bockshorn jagen zu lassen. Weil ich diese Kontakte hatte, wird auf einmal alles andere unglaubwürdig. Der Vertrauensbruch wuchert sozusagen in die Logik hinein und plötzlich meinen sie, mit offenen Ohren diesen Demagogen nachlaufen zu können. Ich habe im persönlichen Bereich bei Freunden von mir schon gemerkt, was das für Verheerungen anrichtet. Ich bin nicht für die Fehler verantwortlich, die Leute jetzt machen, weil sie mit meiner Biographie und den Dingen, die ich gemacht habe, nicht fertig werden.

Du hast in der "Deutschland-Frage" eine klare und unmißverständliche Haltung eingenommen. Wie beurteilst Du die Haltung derjenigen, die diese Haltung teilten und jetzt, mit dieser Zusatzinformation ausgestattet, in Frage stellen, was sie mit Dir vertraten?

Für mich ist das die reine Heuchelei, die da zum Ausdruck kommt, aber sie hat gefährliche Nebenwirkungen. Die Leute, die jetzt sagen, daß alles von mir und ein paar anderen übel war und wir in der AL einflußmäßig gewühlt hätten, merken nicht, daß sie die Möglichkeit einer Kritik an dem, was sie selbst gemacht haben, gleich mit über Bord werfen. Sie brauchen ihre Mißerfolge, die auf einem falschen Denkansatz oder falschen Handlungsformen beruhten, nicht mehr reflektieren, weil sie einen Sündenbock haben, auf dem sie rumtrampeln können. Heuchelei ist es auch deshalb, weil für die damals noch linke AL ein wesentlicher Ausgangspunkt allen politischen Denkens war, daß sie von Geheimdiensten jedweder Couleur beobachtet und möglicherweise infiltriert wird. Die Vorsitzende der Fraktion, Künast, weiß besser als sonst jemand, wieviel und mit welcher Wirksamkeit vom Verfassungsschutz in der AL von der Gründung bis heute gewirkt wurde, weil sie mit in der rot-grünen Regierung gesessen hat. Die Vorwurfsebene Einflußagent stammt aus dem Interpretationsmuster der Verfassungsschutzagenten und wird jetzt auf mich übertragen. Die Formen des Bespitzelns nach innen werden von Leuten aus der Bürgerrechtsbewegung auch auf mich übertragen. Die beiden Negativformen Verfassungsschutz, der Einflußagenten in die AL setzt, und die Stasi-Bespitzelung innerhalb der DDR, wo der Vertrauensbruch durch das Ausspionieren der persönlichen Sphäre durch angebliche Freunde bewerkstelligt wurde, treffen sich jetzt vollkommen blind in meiner Person. Das geht an der Wirklichkeit total vorbei.

Wichtig wäre es aber, den Vorwürfen zu begegnen, Du habest auch Leute aus den Grünen und der AL geschädigt.

Über das, was in den Zeitungen, vor allem in der taz, zusammengebastelt wird, kann ich nur lachen. Ich weiß, was ich gemacht habe, und ich weiß, was ich gewußt habe. Was mir dort angelastet wird, höre ich jetzt zum erstenmal. Alles soll ich ausspioniert und dann darüber berichtet haben. Sogar Flugblattaktionen von Robin Wood und was weiß ich soll ich verhindert haben. Was die Einreiseverbote für Grüne Funktionäre angeht, für die man mich mitverantwortlich macht, so habe ich sie auch gegenüber meinen Gesprächspartnern in der DDR immer verurteilt. Sie sind deshalb verhängt worden, weil die DDR vermutlich alle ALler, die rüber kamen,

beobachtet hat, wo sie hingegangen sind, mit wem sie sich getroffen haben und was für Aktionen sie dann angezettelt haben.

Du bist als Abgeordneter, der für die PDS im Abgeordnetenhaus gesessen ist, zurückgetreten, und zwar nach einer Fraktionssitzung, in der sich die anwesenden Abgeordneten mit knapper Mehrheit für Deinen Rücktritt ausgesprochen haben. Wie ist das gelaufen?

Ich fand das ziemlich deprimierend, wie dort diskutiert wurde. Ich brauchte ein gutes Argument, um zurückzutreten, und hatte damit Schwierigkeiten. Wenn ich vor der AL dazu eine Entscheidung hätte treffen müssen, dann hätte ich keine Schwierigkeiten gehabt. Denn meine Kontakte in die DDR hätten den Bruch der Prinzipien der AL bedeutet, mit dem Verfassungsschutz und ähnlichen Organisationen nichts zu tun haben zu wollen, weil die AL eine offene Politik betreibt. Aber darum ging es bei der PDS nicht. Es geht doch darum, daß die Mehrheitsströmung der bundesdeutschen Gesellschaft alles in der DDR platt macht und die STASI als die Einfallspforte benutzt, um die DDR grundsätzlich als ein verbrecherisches Regime abzuqualifizieren. Der Auseinandersetzung um dieses Thema ist mit einem Rücktritt aus der Fraktion, so war der Ausgangspunkt meiner Argumentation in der Fraktionssitzung, überhaupt nicht gedient, sondern es wäre ein Eingeständnis, wonach jede Person, die bei der Stasi war, zurücktreten müßte. Damit beugt man sich dem gesellschaftlichen Konsens, der voraussetzt, daß jeder, der etwas mit dem Staatsapparat der DDR zu tun hatte, ausgegrenzt werden muß und schon gar nicht in ein frei gewähltes Parlament gehört. Um gegen diese Vorverurteilungen angehen zu können, ist ein Rücktritt absolut defensiv und ein Eingeständnis von Schuld. Es ist aber auch ein Hinweis darauf, daß man es mit dem Satz "wir stehen für unsere ganze Geschichte ein, wir tragen auch die Übel mit uns rum, indem wir uns den Dingen stellen und versuchen sie aufzuarbeiten" gar nicht ehrlich meint. Die PDS versucht sich rauszuwinden, indem sie der Gesellschaft Opfer vorzuwerfen versucht. Sie glaubt, sie könne sich dadurch Reputierlichkeit einhandeln, daß sie sich einen bundesdeutschen Schlips umbindet. Ich sehe da zutiefst opportunistische Züge, die ich ähnlich hart verurteile wie die Haltung der AL.

Das für meinen Rücktritt ausschlaggebende Argument lautete schlicht: Wir sitzen neben der AL. Um sich bei der AL lieb Kind zu machen, wurden deren Argumente gegen mich angeführt. Woraufhin ich nur sagen konnte: Ihr habt keinen härteren Gegner als die AL, weil ihr ja im selben Teich fischt und die AL eher Landowski an den Hals springt, als euch irgendwann einmal wirklich zu verteidigen.

Das Gespräch führten br., nico und jw. von der GruppeK/Westberlin

13. Kommentar: "Die Eiterbeule ist geplatzt." Eine Stasi-Connection wird gesamtdeutsch bewältigt

Rubrik: Stasi-Debatte · CD-Datei: daten/aksuche/ak335/52.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:335:52

Es muß schon ein Deutschnationaler der glaubwürdigsten Art daherkommen, um ein bißchen Licht in die Affäre Schneider zu bringen. Wolfgang Schenk, Wortführer der berüchtigten Deutschland-AG der Alternativen Liste Berlin, einem Sammelbecken für Nationalrevolutionäre und andere Wiedervereiniger, von denen nicht wenige wie Schenk selbst aus der KPD/AO zur AL gestoßen waren, rechnet in der taz vom 10.10. nicht nur mit seinem Widersacher Schneider ab. Er stellt klar, was alle längst gewußt hatten: Schneider war ein "Agent", der sich nie die Mühe gemacht hatte, seine Agententätigkeit zu verbergen. Im Gegenteil, er "handelte bei der AL und bei den Grünen ganz öffentlich als kalter Krieger im Interesse der realsozialistischen Parteidiktatur". "Kein AL-Mitglied und kein AL-Wähler" stellt Schenk richtig fest, "kann behaupten, er habe ja nicht gewußt, für welche Ziele diese Nachlaßverwalter des Stalinismus eingetreten seien." (Der obligatorische Stalinismus-Vorwurf sei dem ehemaligen Mitglied einer Sekte, die Stalin, Mao und das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen aufs glücklichste zu vereinigen wußte, geschenkt). D.h. im Klartext: Einen wie Schneider, der auf so poetische Einfälle gekommen ist, wie am Brandenburger Tor einen See anzulegen, um diese Gegend als Stadtrand Westberlins sinnfällig zu machen, muß noch der drögeste Ökologe und die prinzipienfesteste Verkehrsberuhigerin richtig verstanden haben: So einer will die Wiedervereinigung nicht. Mit der "Suche nach einer demokratischen Lösung der deutschen Frage" (Schenk) wie in vaterländischen Kreisen von der AL-Deutschland-AG bis zur NPD das Ziel, die DDR zu zerschlagen, rechtsstaatlich beschrieben wurde, hatten Schneider und seine politischen MitstreiterInnen und Freunde nichts im Sinn. Die Zweistaatlichkeit war ihnen stets wichtiger als die "blockübergreifende Zusammenarbeit von unten" (Schenk), die AL und Grüne immer schon im Programm führten. Bleibt also die Frage, warum "Leute wie Schneider bei den Grünen und insbesondere in der AL-Berlin einen Resonanzboden vorfanden, der es ihnen erlaubte, unverhüllt für ihre undemokratischen Ziele einzutreten und auch noch wichtige Parteifunktionen zu besetzen" (Schenk). Wolfgang Schenk liefert einen Erklärungsansatz, der seine eigene These, es sei schließlich allen alles bekannt gewesen, was die Schneiders da gedreht haben, scheinbar Lügen straft. "Sicher - die passive AL-Mehrheit teilte diese Positionen nicht. Aber innerparteilich verschoben sich unter dem Einfluß einer indoktrinären Dauerberieselung immer stärker die Gewichte in die von Schneider gewünschte Richtung." Die Parteimitglieder und Wählerinnen erscheinen so, wie Politiker sie sich immer schon gewünscht haben, als einfältige Schafherde, doof aber deutsch. Sie kannten das Übel, waren irgendwie auch dagegen, aber als stumpfe Masse konnten sie sich nicht artikulieren. Hatten doch stalinistische Funktionäre durch indoktrinäre Dauerberieselung die guten Leute eingelullt. Für Altvordere wie Schenk war die "gewünschte Richtung" immer schon die deutsche, für das Gros der Partei erst seit der Wiedervereinigung. Die falsche Mehrheitsströmung, jene also, die verloren hat, kann nicht aus Überzeugung, sondern nur durch Betrug zustande gekommen sein, wenn man die Wählerinnen und Mitglieder der AL nicht pauschal dem Vorwurf des Stalinismus aussetzen will. Deshalb müssen finstere Mächte herhalten, Drahtzieher und Einflußagenten, die in verschwörerischer Weise die guten Leute ihres freien, d.h. deutschen Willens beraubt haben. "Dirk Schneider hat die DDR-Politik der Grünen maßgeblich beeinflußt. Jetzt erklären sich mir auch einige verquere deutschlandpolitische Positionen der Partei" erklärt die grüne Frauenministerin Niedersachsens Waltraud Schoppe (taz, 11.10.).

Grüne und AL betreiben das Geschäft mit der Verschwörung eher defensiv und instrumentalisieren den Fall Schneider für ein glaubwürdiges coming-out als verläßliche Vaterlandspartei. Ihre östlichen Bündnispartner vom Neuen Forum haben die STASI-Paranoia längst zum politischen Zentrum ihres Bürgerladens erhoben und betreiben Menschenjagd und Rufmordkampagnen mit jener Leidenschaft und Gründlichkeit, die deutsche Bürgerbewegte immer schon auszeichnete, wenn sich die Sucht nach dem gereinigten Volkskörper mit der eigenen Perspektivlosigkeit paart. Das politische Credo der Bürgerbewegten kann man knapp, auf folgende Formel bringen: Wir sind das Volk, das sich vom STASI-Bazillus säubert und im Prozeß der Säuberung in zwanghafter Faszination von Fäulnis, Schmutz und Gestank angezogen bleibt, um dann, von Schuldkomplexen gebeutelt, umso wilder die Ausmerzung des Krankheitsherdes zu fordern. Bärbel Bohley und Ralf Hirsch haben im Berlin-Teil der taz vom 10.10. vorexerziert, daß politische Hygiene wieder besinnungslos betrieben werden darf unter fürsorglicher Berücksichtigung aller Elemente des deutschen Massenwahns.

"Auch der Westen hat seine - Eiterbeulen. Eine ist geplatzt," heben die beiden Spät-Pubertierenden an, die dem anderen die reine Haut neiden und ihn erst als dazugehörig betrachten, wenn er genauso verpickelt ist wie sie selber. Eingemeindet werden die Grünen und Alternativen in die Volksgemeinschaft der STASI-Befallenen, deren Avantgarde, die sogenannten "sanften Revolutionäre" der Bürgerbewegungen binnen kurzem sich als das entpuppten, was sie sind: ein deutsches Hygiene-Kommando, Abteilung Ost:

"Die Durchsetzung der DDR-Opposition mit STASI ist uns heute zum Teil bekannt, auch die Parteien des Westens müssen jetzt ihre Vergangenheit neu schreiben." Schneider hat nicht nur bewirkt, so heißt es, "daß die Grünen insgesamt und besonders die AL nie eine klare Stellung zur DDR-Opposition bezogen haben." Schlimmer noch, er hat auch "die ständigen Querelen innerhalb der Partei mit provoziert." Der bolschewistische Drahtzieher und Querulant wurde den guten deutschen Revolutionären (Ost) auf den Hals gehetzt: "draußen stand die STASI und schickte uns ihren Abgesandten des Deutschen Bundestags in die Küche." - als hätten sie nicht selber Wert darauf gelegt, den störrischen Dirk Schneider von ihrem blockübergreifenden Kurs zu überzeugen, den Kelly, Schenk und Horacek längst teilten. Da Bohley und Hirsch zu Schneider selbst nichts anderes zu sagen wissen, als was sie immer schon gesagt haben - nämlich, daß sie seine Position nicht teilen - greifen sie dankbar den eher unerheblichen Fakt auf, daß die oberste STASI-Schnüffel-Kommission, die Gauck-Behörde, Schneiders Kontakte zur STASI nicht entdeckt hat, um ihr Lieblingsthema anzustimmen, die Forderung nach Aufhebung der letzten rechtsstaatlichen Grundsätze zugunsten der hemmungslosen Menschenjagd. "Kein Ehrenrat, keine Sonderkommission reichen aus, um das Kapitel STASI aufzuarbeiten. Nur die Einsicht eines jeden in seine Akten, wo Opfer und Täter klar zu erkennen sind, kann Licht in dieses dunkle Kapitel deutscher Geschichte bringen. Hoffentlich zwingt der Fall Schneider die noch uneinsichtigen Politiker zu einer neuen Bewertung der Problematik und läßt sie ein STASI-Abwehrgesetz (!) verabschieden, das zur wahren Geschichtsaufarbeitung beiträgt." Nein, nicht einmal die längst installierte halblegale Sonderjustiz der Gaucks und anderen reicht den loyalen Aktivbürgern aus, obwohl die Urteile dieser "Justiz" (gegen die kein Widerspruch denkbar ist), die sich in Entlassungen und der Verstoßung einzelner aus jeder bürgerlichen Wohlanständigkeit niederschlagen, auch den Racheinstinkten besonders herzloser Leute genügen müßten. Gewünscht ist die staatliche Installierung der Denunziation, eine Praxis, in der die Bürgerbewegungen seit der Publizierung von Namenslisten von Mitarbeitern des Ministeriums für Staatssicherheit in "taz" und "die andere" besonderen Eifer an den Tag legen. Die Qualität dieses Lichts, daß da in ein "dunkles Kapitel deutscher Geschichte" hineinleuchten soll, damit "Opfer und Täter klar zu erkennen sind" läßt Schlimmstes befürchten; zumal wenn die Täter als "Eiterbeulen" tituliert werden.

Bleiben jene Linken, die den Kurs der Zweistaatlichkeit mitgetragen haben und aus unterschiedlichen Gründen die richtige Politik gegen ihren falschen Repräsentanten verteidigen. Der Vorstandssprecher der Grünen Ludger Vollmer bescheinigt Schneider "konzeptionell eine realistische Deutschlandpolitik betrieben" zu haben (taz, 11. 10.), um kryptisch hinzuzufügen: "Wenn er versucht hat, das praktisch zu boykottieren, hat er damit keinen Erfolg gehabt." Ehemalige MitstreiterInnen verweigern die Unterstützung einer Solidaritätsadresse für Schneider mit der Begründung, er habe die gemeinsame politische Linie in Mißkredit gebracht und sie persönlich hintergangen. Als hätte der Abschied von der deutschen Zweistaatlichkeit nicht sofort nach dem November 1989 eingesetzt und spätestens mit der grün/alternativen Wahlniederlage im Dezember 1990 seinen Abschluß gefunden und zwar unter ausdrücklichen Schuldzuweisungen an die Adresse jener, die sich immer schon einer "realistischen Deutschlandpolitik, frei von Scheuklappen" verweigert hätten. Wo der schwere Vertrauensbruch liegen soll, wenn einer das, was er immer und überall vertreten hat, heimlich auch noch Mitarbeitern eines östlichen Geheimdienstes erklärt, bleibt ebenfalls im Dunklen.

Dirk Schneiders Schuld ist unauffindbar. Die von ihm mitgetragene Deutschlandpolitik war von dem, was BRD-Linke vor dem Zusammenbruch der DDR aufzubieten hatten, mit das vernünftigste. Seine "informellen" Kontakte zur DDR haben weder der Sache noch irgendwelchen Leuten geschadet (davon sollte auch unter deutschen Linken solange ausgegangen werden, bis das Gegenteil erwiesen ist). Doch der Makel des Verrats wird an ihm haften bleiben. Je hilfloser die Versuche, ihm persönliche Schuld nachzuweisen, ausfallen, desto monströser wird die Verurteilung, die auf Argumente zunehmend pfeift. Der Fall Schneider, so scheint es, beschert der in der "deutschen Frage" zerstrittenen Linken endlich die Wiedervereinigung im gemeinsamen Wahn, nicht Herr der eigenen Entscheidung zu sein, sondern hilfloser Spielball geheimnisvoller Kräfte. Die einigende Verschwörungsformel des vierten Reichs hört auf den Namen STASI.

jw/westberlin, Gruppe K

14. Sechs Fragen an Dirk Schneider

Rubrik: Stasi-Debatte · CD-Datei: daten/aksuche/ak335/51.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:335:51

Viele Fragen sind offen geblieben in dem Interview mit Dirk Schneider. Weil Dirk einer strafrechtlichen Beurteilung seiner Tätigkeit ins Auge sehen muß, ist es verständlich, daß er sich zu manchen Dingen nicht äußert. Dirks Fall ist ein Beispiel dafür, daß es im Sinne einer gründlichen Aufarbeitung und Analyse der Funktionen des MfS unabdingbar ist, daß wir uns gegen die strafrechtliche Verfolgung von Menschen wegen Kontaktes mit den Sicherheitsorganen der DDR wenden. Dennoch stellen sich einige Fragen, die jenseits der strafrechtlichen Komponente zu klären wären:

1. Zu unterscheiden bei Dirks Tätigkeit ist der Vorwurf des "Einflußagenten" einerseits und die Information über Personen andererseits. Im ersten Fall entsorgen AL und Grüne mit der These "Einflußagent" ihre Geschichte und schreiben sie um - die uralte These, die Linke in der BRD sei von Moskau gesteuert, wird heute von diesen Leuten gegen die seinerzeit von Linken vertretene Position der Zweistaatlichkeit benutzt. Im zweiten Fall stellt es sich so, daß Dirk nach eigenen Aussagen z.B. über Gespräche mit Bärbel Bohley als Vertreterin der DDR-Opposition, die ganz konkreten Repressionen ausgesetzt war, dem dafür verantwortlichen Staat berichtet hat. Dabei spielt es nur eine geringe Rolle, ob Bärbel Bohley in diesen Gesprächen dasselbe gesagt hat wie in der Öffentlichkeit. Jemand, der die westliche Diskussion über Formen der Datenerhebung und Bespitzelung durch Überwachungsorgane kennt, kann sich da nicht rausreden. Hier hat es sich tatsächlich um einen politischen und persönlichen Vertrauensbruch gehandelt. Warum stellt sich Dirk nicht diesem Widerspruch?

2. Mit dem Verweis, Schnur und Böhme wären bei den Gesprächen mit DDR-Oppositionellen anwesend gewesen, weist Dirk für sich den Vorwurf einer InformantInnentätigkeit zurück, denn da hätten ja noch genug andere gesessen. Gibt es gute und schlechte InformantInnen?

3. Dirk verurteilt das "klandestine" Agieren mancher Grüner bei den Kontakten und Aktionen mit der DDR-Opposition, wobei er nicht erwähnt, daß diese wegen des "Kontaktverbots" durch die DDR-Staatsorgane gar nicht offen möglich waren. Warum fällt ihm dabei nicht auf, daß er in seinen Kontakten mit DDR-Organen ebenso "klandestin" agiert hat?

4. Dirk sagt, in der AL hätte er selbstverständlich sein Mandat zurückgegeben, weil es einen Konsens für Offenheit und gegen Geheimdienste gegeben hätte. Nun hat es genau über diese Fragen auch in der PDS eine lange Debatte gegeben, z.B. einen Parteitagsbeschluß, daß ehemalige MfS-Informanten über ihre Tätigkeit berichten sollten (oder wenn dies mit strafrechtlichen Konsequenzen verbunden ist, ohne Gründe zurückzutreten). Ebenso hat sich die PDS für die Auflösung aller Geheimdienste ausgesprochen. Warum sollen also für die PDS andere Maßstäbe gelten?

5. Ein etwas kritischeres Verhältnis zur DDR-Gesellschaft traut mensch jemandem, der wie Dirk in der DDR aufgewachsen ist und dort zum Strauß- und Adenauer-Fan wurde, schon zu. Wie hat eine von ihm so verklärend beschriebene Gesellschaft dann ein solches Jugend-Bewußtsein hervorgebracht und müßte mensch nicht auch die Kritik an der DDR-Opposition etwas differenzierter handhaben?

6. Bei allen Mistkübeln, die jetzt über Dirk ungerechterweise ausgekippt werden und auch in Kenntnis der strafrechtlichen Verfolgung vermisse ich doch ein selbstkritisches Wort. Gegen die Mandatsrückgabe führt er u.a. an, das sei defensiv und ein Eingeständnis von Schuld. Ist nicht umgekehrt das Eingestehen von Schuld zwar noch lange kein Grund für die Rückgabe des Mandats, sondern vielleicht eher dafür, es glaubwürdig weiter auszuüben?

Claudia Gohde

15. Dokumentation: PDS muß Stellung zum StasiVorwurf beziehen. Interview mit Harald Wolf

Rubrik: Stasi-Debatte; PDS-Debatte, linke · CD-Datei: daten/aksuche/ak335/46.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:335:46

Interview mit Harald Wolf aus taz v. 15.10.91

taz: Sie haben mit Dirk Schneider lange Jahre politisch eng zusammengearbeitet und redeten bislang dennoch so, als wäre er eine völlig fremde Person. Welche Gefühle bewegen Sie nach der Enttarnung Dirk Schneiders?

Harald Wolf:Das ist schwer zu beantworten und nicht innerhalb einer Woche zu verarbeiten. Rückwirkend stellen sich viele Fragen, was Realität gewesen ist, ob bestimmte Ereignisse, Diskussionen, Gespräche und Auseinandersetzungen nicht einen ganz anderen Hintergrund hatten. Die Zusammenarbeit mit Geheimdiensten ist ein Vertrauensbruch. Gleichzeitig habe ich zehn Jahre einer politischen und persönlichen Bekanntschaft, die nicht einfach weg ist. Dies miteinander in Einklang zu bringen ist ein ganz schwieriger persönlicher Prozeß für mich.

Ist mit Schneiders Entlarvung auch Ihre eigene Politik in der AL diskreditiert?

Nein. Ich habe meine eigenen politischen Überzeugungen vertreten, und die waren in einer ganzen Reihe von Punkten nicht identisch mit Dirk Schneider. Wir stimmten überein in der Frage der Zweistaatlichkeit, aber hatten Differenzen in der Frage der Kontakte mit der SED-Führung und der DDR-Opposition.

Ich habe den Eindruck, daß sich in der AL einige einen Bärendienst erweisen. Da wird - wie bei Bernd Köppl - die Deutschlandpolitik der AL zu einer Konspiration der Stasi erklärt. Das aber geht völlig am Problem vorbei. Die politischen Positionen von Schneider sind von ihm in der politischen Auseinandersetzung immer offen vertreten worden. Die AL war immer autonom genug, ihre eigenen politischen Entscheidungen zu treffen. Für diese Entscheidungen muß die AL schon selbst die Verantwortung übernehmen und nicht jetzt als Einflußnahme von außen umdefinieren.

Was Köppl formuliert, ist also eine Verdrehung der Geschichte?

Ich sehe eine große Gefahr, daß jetzt die notwendige politische Aufarbeitung verbunden wird mit alten fraktionellen Interessen der AL. Durch diese Angelegenheit werden alle Strömungen in der AL betroffen. Deswegen muß man es gemeinsam aufarbeiten. Die Probleme einer MfS-Einflußnahme liegen bei der Frage, welche Informationen über Kontakte mit Oppositionellen weitergegeben wurden oder welche politischen Debatten zu welchem Zeitpunkt stattgefunden haben und ob da eine Einflußnahme existiert hat. Dazu gehört nicht die Debatte über die Zweistaatlichkeit, nicht die Debatte über das Verhältnis und Kontakte zur Opposition und der DDR-Führung. Das stand wirklich der politischen Auseinandersetzung und Mehrheitsbildung in der AL offen.

In der PDS-Fraktion gab es eine magere 6-zu-5-Mehrheit für die Abgabe des Mandats von Dirk Schneider. Heute trifft sich die Fraktion erneut. Was muß dabei passieren?

Dieses Abstimmungsergebnis halte ich für politisch schlimm - zumal es nur eine relative Mehrheit war: denn es gab auch drei Enthaltungen. Das zeigt, daß die abstrakte Einsicht, was Stasi- und andere geheimdienstliche Tätigkeit bedeutet, im konkreten Fall von vielen Leuten nicht durchgehalten wird. Jetzt muß geklärt werden, wie ein solches Ergebnis zustande kommen konnte. Die PDS muß außerdem der AL alle Unterstützung geben, beispielsweise über das Archiv des Zentralkomitees der SED alle Informationen zu Verfügung stellen, die sich auf die AL beziehen.

Wie lange bleiben Sie noch in der Fraktion?

Einer Mehrheit gegen die Mandatsabgabe wären Konsequenzen gefolgt. Ansonsten werden die Ergebnisse des kommenden Landesparteitags und des Bundesparteitags Anlaß für eine Gesamtbilanz sein.

Interview: Gerd Nowakowski

16. Einflußagent in Aktion. Dirk Schneider und der Besuch der Grünen bei Honecker 1983

Rubrik: Stasi-Debatte; Grüne (und Vorläufer) · CD-Datei: daten/aksuche/ak335/10.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:335:10

Der Wirkung des Wortes "Stasi-Spitzel" gewiß, verzichtet die "taz" in ihrer Tagesthema-Seite "Zum Fall des ‚Einflußagenten' Dirk Schneider" (10.10.) weitgehend auf konkrete "Tatnachweise". Die Aneinanderreihung starker Politikerworte über den "Einflußagenten" (Renate Künast), "Moskaus Mann bei den Grünen" (Joschka Fischer) wird in dem als "Gastkommentar" bezeichneten Gegeifer von Wolfgang Schenk fortgesetzt. Stasi-Opfer Schenk - "Er war nach jahrelangen Auseinandersetzungen mit Dirk Schneider wegen dessen Ignoranz gegenüber der DDR-Opposition 1988 aus der AL ausgetreten" - nutzt die Gelegenheit zur Abrechnung mit seinem Peiniger. Schneider sei ein "kalter Krieger im Interesse der realsozialistischen Parteidiktatur", der "im Sinne seiner Auftraggeber ‚Einfluß genommen'" habe. Der Vorwurf, Dirk Schneider habe "der Stasi Zugriffsmöglichkeiten" auf DDR-Oppositionelle geliefert, bleibt merkwürdig unkonkret. Direkt falsch ist die Darstellung eines "Dieter Rulff, Berlin" von Schneiders Bewertung des Grünen-Besuchs bei Honecker im November 1983. Um eine anschließende Demonstration unter Leitung westgrüner Prominenz hatte es in der Bundestagsfraktion Streit gegeben. So "mußte sich (Petra) Kelly heftige Vorwürfe Schneiders anhören, sei doch ihre Aktion den guten Beziehungen zur DDR abträglich gewesen". Ein Griff ins AK-Archiv hilft, diesen Vorgang, den die "taz" offenbar als exemplarisch für das schändliche Treiben des "Einflußagenten" betrachtet, ins Gedächtnis zu rufen. Der gegen Dirk Schneider erhobene Vorwurf, DDR-Oppositionelle ans Messer geliefert zu haben, trifft in dieser Affäre, wie wir sehen werden, ganz andere Leute.

Was ist im Herbst 1983 geschehen?

Nach dem weitgehend ergebnislosen Besuch einer grünen Delegation in Moskau "ging es gleich weiter in die Stadt mit dem einprägsamen Vornamen Berlin und dem extravaganten Nachnamen Hauptstadt der DDR. Eine Demonstration grüner Prominenter auf dem Alexanderplatz vor ein paar Monaten hatte dem Weg direkt zu Honecker gebahnt. Laut inoffiziellem Kommunique soll ein ‚Austausch der Positionen' (‚taz') stattgefunden haben. Diese Darstellung erscheint aber wenig glaubwürdig, denn nachher hatten alle noch genau dieselben Positionen wie vorher. Vielleicht hat wenigstens ein Austausch der Trikots stattgefunden? Feststeht auf jeden Fall, daß ein Austausch von Petra Kellys T-Shirt stattfand: Dem Staatsvorsitzenden signalisierte sie ihre Forderung ‚Schwerter zu Pflugscharen' zu machen. Honecker setzte sein Peinlichkeitsgesicht auf, das wir noch aus der Zeit kennen, als Helmut Schmidt den Staatsratsvorsitzenden vor laufenden Kameras und Mikros mit Scherzen in Verlegenheit zu bringen pflegte. Vermutlich mit demselben Gesichtsausdruck unterschrieb Honecker zwei Punkte eines idiotischen ‚Persönlichen Friedensvertrags' - Verzicht auf Gewaltanwendung zwischen Honecker und der grünen Delegation!! -, nahm eine kleine ‚Schwerter zu Pflugscharen'-Statue entgegen (‚taz': ‚höflich lächelnd') und reagierte schließlich auf das grüne Ansinnen einer in Ost und West zu übertragenden Fernsehdiskussion mit einem zu nichts verpflichtenden Gebrabbel, das die grünen Gäste prompt als Zustimmung werteten und triumphierend in die Welt hinaustrompeteten.

Positiv war immerhin zu verbuchen, daß der Staatsratsvorsitzende zu Ehren seiner Gäste eine politische Gefangene freigab - ein uralter und schöner diplomatischer Brauch - und für einen weiteren Gefangenen eine ‚Überprüfung' versprach. Außerdem nahm er eine Liste mit den Namen von 30 Inhaftierten - angeblich alle der ‚unabhängigen Friedensbewegung' zugehörig - entgegen. Soweit gar nicht schlecht. Aber ein Teil der grünen Prominenz war - vermutlich wieder einmal aufgrund einer maßlosen Selbstüberschätzung - nun der Meinung, das Erreichte noch offensiv ausbauen zu müssen ... und zu können. Auf einer Pressekonferenz wurde bekanntgegeben, daß Grüne und Mitglieder der ‚unabhängigen Friedensbewegung' der DDR am 4. November in Ostberlin eine Petition bei den Botschaften der Sowjetunion und der USA übergeben wollten. Diese Petitionsübergabe sollte nach dem Willen einiger führender Grüner (an erster Stelle Bundesgeschäftsführer Lukas Beckmann) in eine öffentliche Demonstration verwandelt werden. Das hätte die Funktion gehabt, das in der DDR faktisch bestehende totale Demonstrationsverbot (abgesehen natürlich von Paraden unter staatlicher Regie) spektakulär zu durchbrechen. (...) Die DDR reagierte berechenbar. Auf Details kann hier verzichtet werden. Viele Leute, die sich im Vertrauen auf die Schutzfunktion der Grünen zur Demo eingefunden hatten, wurden festgenommen; außerdem gab es zahlreiche vorbeugende Festnahmen und Hausarrest-Verfügungen.

Von den vier angereisten grünen Prominenten wurden zwei gar nicht erst nach Ostberlin hineingelassen und zwei wenig später zurückgeschickt."

So weit die Vorgeschichte, nachzulesen in "Grüne Ostpolitik", Beilage zu AK 241 vom 19.12.1983, Autor: Kt. Eine Seite weiter findet sich unter "Dokumente" ein Schreiben von Dirk Schneider an die Mitglieder der grünen Bundestagsfraktion: "Chronologie der gescheiterten Aktion am 4.11. in Ostberlin". Schneiders Bewertung des Gesprächs mit Honecker weicht von den Gehässigkeiten des Ak ab: "Das Gespräch Honecker/GRÜNE dauert 2 3/4 Stunden. Die Atmosphäre ist konzentriert, ernst und verantwortungsvoll. Die Positionen beider Seiten werden authentisch und glaubhaft vorgebracht. Honecker bemüht sich sichtlich, den GRÜNEN entgegenzukommen. Er unterzeichnet zwei Bestimmungen des ‚Persönlichen Friedensvertrages', verspricht die Freilassung von Katrin Eigenfeld, die Überprüfung des Falles Rochau und bezeichnet das Treffen als einen Anfang. Die Ankündigung der Freitagsaktion nimmt er mit Lockerheit zur Kenntnis. (...)

In den Medien der DDR wird der Besuch der GRÜNEN als Spitzenereignis behandelt. Die Aktuelle Kamera berichtet sechs Minuten lang. Es soll einige Bewegung besonders unter DDR-Jugendlichen gegeben haben, weil auch das Emblem ‚Schwerter zu Pflugscharen' nachhaltig gezeigt wurde."

Schneiders Kommentar zur Aktion vom 4.11.83 liegt dann wieder ganz auf K(G)B-Linie: "Am Freitag, dem 4. Nov., zeigt die DDR-Führung, daß sie eine Mobilisierung ihrer Bürger zu Kundgebungen via Westfernsehen als Einmischung in ihre Angelegenheiten betrachtet, und sie reagiert mit bekannter Härte. In der ganzen DDR kommt es zu vermutlich Hunderten von Festnahmen, nachdem offensichtlich bei vielen Menschen die Erwartung geweckt worden war, daß sie zusammen mit den GRÜNEN an den Botschaften demonstrieren dürften. In Ostberlin sollen die Polizeireviere überfüllt gewesen sein. Lukas und Gaby Potthast werden an der Grenze abgewiesen. Waltraud Schoppe und Milan Horacek kommen durch die Kontrolle. Sie müssen sich bittere Vorwürfe von verantwortlichen Kirchenleuten anhören über die unverantwortliche Forcierung der Aktion durch die GRÜNEN, die Absprachen mit den Initiatoren nicht eingehalten hätten. Waltraud und Milan müssen erleben, daß sie von den Kirchenoberen zur Grenze zurückgeschickt werden, um dort von der Stasi als ‚unerwünschte Personen' abgeschoben zu werden."

Der letzte Absatz von Dirk Schneiders Papier behandelt "Schlußfolgerungen und Grundsätze für Aktionen in der DDR": "Die DDR ist ein deutscher Staat, aber nicht Teil der Bundesrepublik. Sie hat ein völlig anderes Gesellschaftssystem als die BRD, andere Gesetze und ein hochgradiges Sicherheitsbedürfnis. Die DDR fürchtet westliche ‚Infiltration' in Hinblick auf die Beeinflussung ihrer Bürger. Jede Information, jeder Besuch wird argwöhnisch überwacht, damit nur kein Keim gelegt wird, der einen gesellschaftlichen Erdrutsch wie in Polen auslösen könnte.

Für die Beteiligung an Aktionen sollte gelten, daß diese von Gruppen in der DDR geplant sein sollten in einer Form, die die DDR-Bürger für machbar und verantwortbar halten. (...) Jedes Hineintragen von Aktionen von außen in die DDR (aus als ‚brüderliche Hilfe') halte ich für falsch. (...)

Das Beste, was wir für die Menschen in der DDR tun können, ist ein nachdrückliches Zurückdrängen reaktionärer Politik auf unserer Seite der Grenze. Wenn wir in der Bundesrepublik eine fortschrittliche Politik voranbringen, dann schafft das auch Raum und Chancen für Bewegungen in der DDR."

Unterstützung fand Schneider bei seiner Fraktionskollegin Antje Vollmer, die sich in einem Schreiben "An alle Fraktionsmitglieder" (ebenfalls dokumentiert in der AK-Beilage) gegen Einmischung in die DDR-Friedensbewegung aussprach: "Die Freitags-Aktion hat einen guten Teil des politischen Ansehens, das die Grünen gewonnen hatten, zerstört. (...) ... hatte die Aktion vom 4. November aus meiner Sicht Züge eines politischen Roulettespiels, wo man vielleicht gewinnen, wahrscheinlich aber verlieren würde. Nur, das Risiko trugen nicht wir!"

Kann im einen Fall (Vollmer) verantwortungsvolle Deeskalationspolitik sein, was im anderen (Schneider) schmutzige Auftragsarbeit für die "realsozialistische Parteidiktatur" genannt wird? Auch die deutschlandpolitischen Scharfmacher der Grünen, deren "politisches Roulettespiel" in der DDR zu Massenverhaftungen führte, könnten sehr unterschiedliche Motive für ihr Handeln haben. Der über das Wirken der ersten grünen Bundestagsfraktion so gut informierte informelle Mitarbeiter ("IM") des MfS ist noch nicht enttarnt - auch wenn die "taz" suggeriert, es könne sich nur um Dirk Schneider gehandelt haben.

Js.

17. Anmerkungen über eine DDR-typische Tätigkeit

Rubrik: Stasi-Debatte; PDS-Debatte, linke · CD-Datei: daten/aksuche/ak335/29.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:335:29

Mit dem "Fall Jutta Braband" hat das Grübeln und Streiten um die "MfS-Problematik" eine neue Dimension und Spannung bekommen. Hier war jemand erst "Täterin", bevor sie zum "Opfer" wurde. Über die auf der PDS-Liste in den Bundestag gelangte unabhängige DDR-Linke Jutta Braband wußte man bisher, daß sie schon seit den siebziger Jahren in der Opposition aktiv war. 1979-80 war sie deswegen neun Monate lang im Gefängnis. Zweifellos hat sie auch viele andere Beschwernisse und Nachteile in Kauf genommen, mit denen man in der DDR jede Art von Opposition klein und leise zu halten versuchte.

Nun hat sie uns mit dem verspäteten Geständnis überrascht, daß sie ungefähr im Zeitraum 1969/70 bis 1974/75 Inoffizielle Mitarbeiterin (IM) der Stasi war, bevor sie sich oppositionell engagierte. Die Übergänge waren anscheinend ein bißchen fließend und undefinierbar. Daß sie durch ihre Mitteilungen an das MfS auch FreundInnen aus der Opposition gefährdet hat, will Jutta nicht mit absoluter Sicherheit ausschließen. Aber es scheint sich, wenn man ihr Bekenntnis liest - dokumentiert im letzten AK -, der gnädige Mantel der Amnesie über jene sündhafte Episode zu breiten. Daß sie jemals eine Verpflichtungserklärung unterschrieben oder Geld vom MfS erhalten hat, verneint Jutta nur mit dem Vorbehalt "meines Wissens". Auch den Zeitraum ihrer IM-Tätigkeit kann oder will sie nicht aufs Jahr genau eingrenzen. Was für Informationen sie weitergegeben hat, erfahren wir aus ihrem Geständnis nur äußerst vage und allgemein. Daß wir gerade auf diese Dinge besonders neugierig sind, weiß Jutta selbstverständlich. Aber leider: alle interessanten Details hat sie erfolgreich verdrängt. Dafür ist ihr der Deckname von einem der für sie zuständigen "IM-führenden Mitarbeiter" noch in Erinnerung: Engelhardt nannte er sich. So genau wollten wir es nun wiederum gar nicht wissen.

He. hat im letzten AK versucht, allseitig und fair zum "Fall Jutta Braband" Stellung zu nehmen, hat sich dabei aber m.E. in der auch von ihm konstatierten "Kompliziertheit und Widersprüchlichkeit" der Sache verfangen. Einerseits hebt he. die Notwendigkeit einer differenzierten Betrachtung der Motivation sowie des Charakters und des Ausmaßes der Zusammenarbeit mit dem MfS hervor. Andererseits ist sein politisch-moralisches Urteil aber doch sehr streng: Juttas Verfehlung sei zwar "erklärbar, aber eben nicht absolutierbar". Auch Juttas Motiv, "Verteidigung eines vermeintlichen Sozialismus", rechtfertige "keine Absolution". Den Aspekt der Läuterung der Sünderin durch tätige Reue, auf den Gregor Gysi sein Plädoyer für Jutta ausschließlich abstellt - ebenfalls im letzten AK nachzulesen -, hat he. anscheinend nicht gebührend mit in Betracht gezogen.

Ein objektiv vermeidbarer Fehler?

Mitarbeit beim MfS war, schreibt he., auf jeden Fall "ein Fehler, und zwar ein (objektiv) vermeidbarer Fehler". Denn: "Wer als MitarbeiterIn der Stasi gearbeitet hat, hat nicht nur abstrakt zur Aufrechterhaltung des Systems beigetragen, sondern selbstverständlich auch zur Niederhaltung oppositioneller Gedanken, Strömungen und unangepaßten Denkens". Und: "Die Begründung, man habe nur die Verteidigung des Sozialismus im Auge gehabt, muß sich gefallen lassen, daß die Erkenntnis, daß es sich nicht um Sozialismus gehandelt hat, sehr spät kommt (während andere wegen genau dieser Erkenntnis und ihrem daraus resultierenden Handeln schon im Knast saßen oder gesellschaftlich ausgegrenzt wurden)."

Das scheint mir nun doch, entgegen der von he. an anderer Stelle verdeutlichten Absicht zur Differenzierung, sehr ins Kategorische abgeglitten zu sein. Die zentrale Frage, über die zu sprechen wäre, scheint mir zu sein: War es per se und generell ein Fehler, zur "Aufrechterhaltung des Systems" der DDR freiwillig und bewußt beizutragen? Falls es so gewesen wäre, sollte dennoch damit Schluß gemacht werden, auf die IM und anderen Mitarbeiter des MfS als HauptsünderInnen mit angespitztem Finger zu deuten. Den qualitativ gleichen "Fehler" hätten dann nämlich alle DDR-Menschen begangen, die eine staatliche Funktion hatten, die bei der NVA waren, die mehr als nur nominell Mitglied der SED waren, die als KünstlerInnen oder SportlerInnen das "internationale Ansehen der DDR" mehrten, die Kaderfunktionen in der Produktion hatten, oder die sich einfach nur bemühten, ihre Arbeit gut zu machen.

Mir scheint, daß Juttas Lebenslauf, als Ganzes genommen, manchen "anständigen" PDSler beschämen müßte, der bis zuletzt an irgendeiner leitenden Stelle für seinen Staat tätig war und der nun (ungewollt) in die Rolle des Richters über eine Frau gerät, die unter den negativen Aspekten des DDR-Systems sicher weit mehr und vermutlich länger gelitten hat als er selbst. Wenn PDSler zum "Fall Braband" lieber schweigen und hoffen,

daß möglichst bald niemand mehr darüber spricht, ist das in der gegebenen Situation nachvollziehbar, denn die Möglichkeiten der PDS, am Punkt MfS "in die Offensive zu gehen", sind etwa gleich Null.

Ein Problem der gesamten DDR-Gesellschaft

Selbstverständlich ist das eigentlich kein spezifisches PDS-Problem, sondern betrifft viel breitere Kreise der alten DDR-Gesellschaft. Der Beitrag der IM Jutta Braband für die "allseitige Stärkung" der DDR war naturgemäß viel geringer als der, den ein Betriebsleiter, ein international erfolgreicher Leistungssportler, ein Bürgermeister oder ein Kulturfunktionär leisteten. (Und es ist noch nicht einmal gesagt, daß nicht etliche von denen auch brav Berichte fürs MfS abgeliefert haben.)

Daß jetzt jede Tätigkeit für das MfS über alle Maßen dämonisiert wird, hat sicher einen Grund: Die Menschen, die das DDR-System primär als repressiv und entmündigend wahrnahmen, und das war eben doch die Mehrheit der DDR-Bevölkerung, identifizieren das MfS mehr als irgendeine andere Institution mit Kontrolle und Unterdrückung. Wer für das MfS tätig war, gilt als geächtet. Zu fragen wäre, wieweit damit viele DDR-Menschen auch die Tatsache "abarbeiten", daß sie sich mit ihrem Staat, mit der SED, vielleicht sogar auch mit der Stasi doch weiter eingelassen hatten, als sie heute noch wahrhaben möchten.

Die Medien der BRD, die den NSDAPler Kiesinger als Bundeskanzler klaglos ertragen hatten, heizen den Haß und die Diskriminierung gegen ehem. MfS-Mitarbeiter kräftig an. Das bringt die PDS als Nachlaßverwalterin der SED zweifellos unter beträchtlichen Druck und provoziert opportunistische Reaktionen. Andererseits ist den meisten Mitgliedern und Kadern der PDS vermutlich bewußt, wie unfair und heuchlerisch es wäre, heute der relativ kleinen Zahl der erkannten oder bekennenden IM anzulasten, was auf die eine oder andere Weise die meisten von ihnen gleichfalls gewollt haben: den Staat DDR erhalten, ihn stärken, trotz Kritik und auch durch Kritik.

Mehr noch: Viele, vielleicht sogar die meisten PDS-Mitglieder müßten wahrscheinlich, falls sie bewußt mit den Dingen umgehen, eingestehen, daß sie irgendwann und irgendwie in ihrem Leben in einer zuarbeitenden Beziehung zum MfS waren. In einer Gesellschaft, wo das MfS viele Tätigkeiten an sich zog, die in parlamentarisch-demokratischen Ländern überhaupt nicht zu den geheimdienstlichen Aufgaben gehören, konnten diese Beziehungen natürlich viele Formen annehmen. Dieses Thema wäre einer gründlicheren Bearbeitung durch "Sachverständige" wert. Es sei zur Verdeutlichung daran erinnert, daß in der DDR das MfS beispielsweise allgemeine Informationen beschaffen mußte, die eine kapitalistische Demokratie ganz offen und ehrenwert - und sogar sehr viel besser - durch Meinungsforschung aller Art, freie Wahlen, Leserbriefe usw. zusammenträgt. Bereiche der wissenschaftlich-politischen Arbeit waren dem MfS zugeordnet, beispielsweise im Bereich der Außenpolitik, die normalerweise keinen explizit geheimdienstlichen Charakter haben. Für Beobachtung der linken und grünalternativen Szenen der BRD und damit verbundene Kontaktpflege war nicht eine SED-Abteilung, sondern wiederum das MfS zuständig. Primär ging es dabei aber nicht um die Ausforschung von Personen, sondern um die Gewinnung differenzierterer politischer Vorstellungen - auch wenn dies leider von platter Bespitzelung nicht immer absolut getrennt war.

Um das Bild abzurunden: Es gab MfS-Mitarbeiter, die sich vorwiegend mit Pannen in der Produktion zu beschäftigen hatten. Ausgehend von der ursprünglichen Fragestellung, ob die Panne möglicherweise auf "Sabotage" zurückzuführen sei, wurde mancher MfS-Mitarbeiter zum Experten für alltägliche Schwierigkeiten des betrieblichen Ablaufs. Es gab auch MfS-Mitarbeiter, die das rechtsextreme Spektrum zu beobachten hatten, und es fragt sich, was wir denen vorwerfen wollen - außer vielleicht, daß sie nicht gut genug hingesehen und nicht scharf genug draufgeschlagen haben? Und dann natürlich die Leute von der HVA, oder die Menschen, die sich darum kümmerten, daß ausländische Hochtechnologie ins Land kam, die der Westen der DDR durch Boykott-Maßnahmen vorenthalten wollte. Haben sie alle einen "objektiv vermeidbaren Fehler" gemacht?

Trotz allem "der bessere deutsche Staat"?

Der Kritikansatz von he., der den Einsatz für den Erhalt und die "allseitige Stärkung" der DDR kategorisch als verwerfliches Ziel beurteilt, und der die Tätigkeit für das MfS als eine besonders schlimme Spielart dieser Zielsetzung einordnet, widerspricht seinem an anderer Stelle im gleichen Text geäußerten Vorschlag, differenziert zu bewerten, worin die betreffende Tätigkeit konkret bestanden hat.

Ein pauschalisierender Ansatz liefe - vom Autor zweifellos so überhaupt nicht gemeint - darauf hinaus, die PDS als "TäterInnen-Gemeinschaft" anzusehen, selbstverständlich nicht im strafrechtlichen, wohl aber im politisch-moralischen Sinn. Zwar: mancher der dort heute Ausharrenden hatte etwas früher erkannt, wie der Hase lief, mancher etwas oder sehr viel später. Mancher hat mutige und weitreichende Konsequenzen gezogen, mancher eher zaghafte. Mancher kann sich seinen Lebenslauf heute noch an die Wand hängen, mancher wird das lieber bleiben lassen. Mancher hat für "unbequemes" Verhalten Nachteile in Kauf genommen, während manch anderer für DDR-Verhältnisse ganz gut gelebt hat, ohne sich total an die Parteispitze verkaufen zu müssen. - Insgesamt aber gilt: Wer im Herbst 1989 noch in der SED war, und das waren über 95% der PDS-Mitglieder, muß wohl noch irgendeine Hoffnung gehabt haben, in dieser Partei und in diesem Staat DDR von innen heraus etwas bewirken zu können.

Das ist bekanntermaßen die politische Ausgangsbasis der PDS gewesen, und vor diesem Hintergrund muß sie von uns akzeptiert oder abgelehnt werden. Ich fände es eher erschreckend und abstoßend, wenn die GenossInnen einfach ganze Abschnitte ihres Lebens, bei denen es sich zum Teil um mehrere Jahrzehnte handelt, pauschal und ausschließlich als Irrtum und Fehler beiseite legen würden. Denn: Für die Auffassung, die DDR sei trotz allem "der bessere deutsche Staat" und müsse gegen die Begehrlichkeiten und Einmischungen des großen Bruders im Westen verteidigt werden, gab es Gründe, die wir zumindest nicht außer Diskussion stellen sollten.

Mir scheint, daß uns genau diese Frage, als eine unter den wesentlichen, seit Aufnahme unserer politischen Arbeit immer als Herausforderung begleitet hat. Welche Antworten haben wir im Laufe der Jahre darauf gegeben? Waren wir wirklich so meilenweit entfernt von dem, was Jutta in ihrem Bekenntnis über ihre positive Grundeinstellung zum Sozialismus Marke DDR sagt? Gewiß, sehr viel kritischer haben wir von hier aus alles in der DDR gesehen, aber kamen wir uns in der Kernfrage "besserer deutscher Staat" nicht doch auch nahe? Lag uns nicht zumindest der Erhalt dieses Staates irgendwie am Herzen, und sei es nur, weil die Alternative fast zwangsläufig "Wiedervereinigung" hieß?

Vor dem Hintergrund der Entwicklung seit Herbst 1989 erscheint das Argument erst recht plausibel, daß die Verteidigung der DDR zwar nicht hinreichende, aber notwendige Bedingung jeder Politik sein mußte, die nicht das Großdeutschland mit seinen Folgen wollte. Zumal es zu dem Versuch, unter den gegebenen Bedingungen aus der DDR "das Beste zu machen", was Entfaltung von Kritik allerdings einschließen mußte, jahrzehntelang überhaupt keine reale Alternative gab: Da die DDR extrem mit den Sicherheitsinteressen der UdSSR verbunden war, war der Spielraum für eine autonome Demokratisierung sehr gering.

Nein, Sozialismus war es wirklich nicht, was in der DDR "herrschte". Man mußte schon sehr naiv oder erziehungsmäßig sehr stark konditioniert sein, um die DDR als leuchtendes Ideal mit kleinen Flecken anzusehen, wie es Jutta von sich selbst (als damals Zwanzigjährige) beschreibt. He. hat recht, daß andere dies früher als Jutta erkannten und dafür große persönliche Nachteile in Kauf nahmen. Dennoch könnte es wohl sein, daß aus unserer politischen Sicht die Motive und Argumente mancher DDR-Dissidenten, gegen ihren Staat zu sein, "falscher" waren als die Fehler, die Jutta mit der Unterstützung dieses Staates gemacht hat. Die Dissidenten waren nicht per se die besseren Menschen, und die mit ihrem Staat Solidarischen nicht per se die schlechteren.

Über persönliche Beweggründe zu sprechen, wie He. vorschlägt, wäre zweifellos interessant, wäre vielleicht sogar ein entscheidender Schlüssel zu einer differenzierten politischen Beurteilung. Leider entzieht sich naturgemäß aber kaum ein Aspekt so sehr wie dieser der Offenlegung und Erörterung. Das gilt schon für normale Tätigkeiten, bei denen es "eigentlich nichts zu verbergen" gibt. Erst recht wird man auf die Frage, warum jemand für das MfS gearbeitet hat, nur subjektive, durch zahlreiche innere und äußere Zensuren gefilterte und entstellte Antworten bekommen.

Ein erstaunliches Phänomen besteht gerade darin, daß quer durch das gesamte heutige Spektrum der "neuen Bundesländer" ex-IM's in unüberschaubarer Menge vertreten sind - sogar in der Nazi-Szene -, und daß ebenso allgemein verbreitet die Amnesien sind, mit denen persönliche Vergangenheit verdrängt wird. Selbst wenn jemand als ex-IM "erwischt" wird oder den inneren Druck nicht mehr aushält, wird er zwar in der Regel recht bewegend Asche auf sein Haupt streuen, aber mit konkreten Schilderungen, was er nun eigentlich wirklich wann gemacht hat, äußerst wortkarg bleiben. Fast alles vergessen, nur noch Dunstschleier im Kopf. Menschen, die angeblich vergessen hatten, daß sie irgendwann eine Verpflichtungserklärung unterschrieben

haben! Menschen, die sich nicht mehr erinnern können, ob sie jemals eine Erklärung unterschrieben haben! Menschen, die nicht einmal die Jahre angeben können, in denen sie für das MfS tätig waren!

Vermutlich war in der DDR-Gesellschaft Arbeit für das MfS tatsächlich so normal und selbstverständlich, daß die beteiligten Menschen dies nicht als einen besonderen Vorgang und Abschnitt in ihrem Leben vermerkten. Insofern mag ein Großteil der Gedächtnisschwächen sogar echt sein. Dennoch bleibt bei uns Wessis wohl oft der Eindruck, man wolle uns für dumm verkaufen, wenn man so ein "Bekenntnis" liest, in dem wieder einmal kaum ein konkretes Detail zu finden ist. Eine andere Form des Umgangs und der Debatte wäre reizvoller. Aber das würde, wie Gregor Gysi zutreffend hervorhob, einen relativ angstfreien Raum voraussetzen. Diesen zu schaffen, liegt im wesentlichen nicht bei uns. Es liegt aber vielleicht auch bei uns.

Kt.

18. George Bush und die Atomwaffen nach dem Ende des Kalten Krieges

Die Sowjetunion: Eine kritische Masse vor der Kernspaltung?

Rubrik: NATO und NATO-Strategien; Atomrüstung (und Raketen) · CD-Datei: daten/aksuche/ak335/45.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:335:45

Nach der historischen Bush-Rede vom 27. September 1991 werden etliche tausend taktische Atomsprengköpfe in die Zentren der Supermächte zurückgezogen und verschrottet - die Welt wird ein wenig sicherer. So jedenfalls will es das Medienorchester und der konsumfreudige Citoyen. Bestätigt sich damit doch endlich als Gewißheit, was als Verdacht bisher kaum auszusprechen war: Die Sowjetmacht war die Wurzel des Übels. Und erst ihr Zusammenbruch ermöglicht eine friedlichere Welt.

Im folgenden Beitrag wird diese Hoffnung dementiert. Zunächst geht es um eine Analyse dessen, was sich mit den Bush-Ankündigungen verändert, welche Waffensysteme hinzukommen und gegen wen sich diese richten. Im zweiten Teil werden sodann versuchsweise einige Schlußfolgerungen riskiert: Über die Atomwaffen in einer Welt, in der mit dem Untergang des bösen Reiches die vermeintliche Ursache der nuklearen Aufrüstung doch eigentlich längst verschwunden ist.

Die weltweit gefeierte Erklärung des US-amerikanischen Präsidenten hatte hauptsächlich drei Adressaten: Den US-Kongress, die Bundesrepublik und die neuen Machthaber in Moskau. Der letztgenannte Aspekt wird in nebenstehendem Kasten gesondert behandelt.

Innenpolitisch verfolgte des Präsidenten Mediencoup den Zweck, die Filetstücke des us-amerikanischen Aufrüstungsprogramm einigermaßen ungeschoren durch den Kongreß zu bringen. Im Mittelpunkt stehen hierbei der B 2-Bomber vom Typ "Stealth" sowie eine verkleinerte Version von Reagans SDI-Programm mit der komplizierten Abkürzung GPALS (Global Protection Against Limited Strikes). "Alles", so ein Kommentator der International Herald Tribune (IHT): "was Mr. Bush an diesem Freitag getan oder nicht getan hat, war für sein zentrales Problem nur die Eröffnung: Den Kongress und die Sowjetunion dahin zu treiben, daß sie die verkleinerte Version von Ronald Reagans SDI-Programm unterstützen." GPALS dient dem Ziel, bei begrenzten Attacken alle auf die USA abgefeuerten Raketen bereits in der Luft zerstören, d.h. die seit dem nuklearen Patt existierende Verwundbarbeit der USA zu einem guten Stück zu überwinden. Weil hierdurch die Möglichkeit einseitiger Kriegsführung radikal erweitert wird, wurden 1972 derartiger Projekte im amerikanisch-sowjetische ABM-Vertrag (ABM=Anti Ballistic Missiles) verboten. Die Makulierung dieses Abkommens (ob mit oder ohne sowjetischer Zustimmung) ist für Washington jedoch beschlossene Sache. An der technologischen Machbarkeit des ABM-Programms wird mensch vielleicht zweifeln können. An der damit verbundenen politischen Absicht allerdings nicht: Ihren Rang als militärische Vormacht wollen die USA hiermit auf Dauer sichern. Weniger gegenüber den "Saddams dieser Welt", die gegenüber den politischen und ökonomischen Interessen der USA auch künftig wohl nur in Comics einen ernsthaften Druck auszuüben in der Lage sind, als vielmehr gegenüber ihren Hauptkonkurrenten in Japan und der EG. Da sich Bush bei der Realisierung von GPALS auch durch Proteste aus der EG kaum abhalten lassen wird, ist eine neue, diesmal innerwestliche Aufrüstungsspirale schon abzusehen. Darüber hinaus will Bush aber auch die nukleare Triade - das land-, see- und luftgestützten Langstreckenpotential der USA - erhalten und modernisieren. Kernstück ist hierbei der "unsichtbare" B-2-Flieger, dessen Werbespot für sich spricht: "Global reach - Global power!" Auf diese Missionen werde zukünftig - so der Luftwaffenverantwortliche im Pentagon, Donald Rice - "einschließlich der Nutzung des Weltraums und der Hochtechnologie-Kommunikation das Hauptgewicht liegen ... Mit Global reach - Global power wird ein Denken in Luftmacht-Kategorien neu entdeckt, daß mit dem Ende des Kalten Krieges seinen Anfang nahm, im Golfkrieg seine Triumphe erlebte und in Zukunft täglich an Bedeutung gewinnen wird." (Aus PIAT - Policy Information And Texts, Hrsg. von der US-Botschaft in Bonn, Nr. 126, 20.9.91) Doch auch das Midgetman-Programm zur Modernisierung der Interkontinentalraketen wird fortgeführt. Die Option auf Entwicklung luftgestützter Abstandswaffen bleibt erhalten. Mit dem D-5-Programm werden die Sprengköpfe der Trident-Raketen modernisiert. Und die neue U-Bootklasse vom Typ "Seawolf" wird weiterentwickelt. Daß sich somit an den gigantischen Aufrüstungskosten der USA nichts verändert, hatte Bush in seiner Rede auch gar nicht verschwiegen: "Einige werden mit dieser Initiative den Ruf nach einer Senkung unseres Rüstungsetats verbinden", erklärte der Gefeierte, "aber die Friedensdividende, an die ich denke, wird

sich nicht in Dollars sondern in größerer Sicherheit bemessen lassen." (Vgl. PIAT Nr.131, 28.9.91) Nach einer Berechnung des Demokraten Les Aspins werden durch alle jetzt verkündeten Abrüstungsschritte im kommenden Haushalt ganze 500 Mio. Dollar eingespart - dies entspricht bei dem Gesamtvolumen des US-Verteidigungshaushalts in Höhe von 291 Milliarden Dollar einer Reduzierung um 0,17%! Aber gut gemacht war er, der Bluff! Mensch sollte auch das Positive sehen? Immerhin würden jetzt alle Kurzstreckenraketen abgeschafft? Schaun' wir mal nach.

Von der "deutschen" ...

Folgendes hatte Bush angekündigt: Erstens sollen weltweit die nuklearen Artilleriegranaten sowie die landgestützten Kurzstreckenraketen in die USA zurückgeholt und verschrottet werden. Die in diesen Waffen befindlichen Plutoniumbestände lassen sich freilich nicht "verschrotten", sondern werden für andere Waffentypen zur Verfügung stehen. Zweitens bleiben die luftgestützen Atomwaffen (freifallende Bomben oder Raketen) von der Abrüstung verschont. Und drittens sollen alle seegestützten taktischen Atomwaffen (so etwa die Cruise missile vom Typ Tomahawk) teils "vernichtet" teils in den USA gelagert werden, um sie der Kriegsflotte bei Bedarf neu zuführen zu können. Bleiben wir zunächst bei Punkt drei. Daß die US-Marine ihre nuklearen Cruise missiles (CM) durch konventionelle Tomahawk-CMs ersetzen wollte, war bekannt. Steht doch das Risiko einer Selbstgefährdung in keinem Verhältnis zu der Notwendigkeit, jene Nuklearwaffen auch in Einsatz zu bringen, zumal für Ausnahmefälle die rückholbare Option nuklearbestückter CMs nicht angetastet wird. Man sollte hier also eher von Umverlagerung denn von Abrüstung sprechen.

Doch zurück zu den landgestützen Atomwaffen kurzer Reichweite, deren "einseitige" Verschrottung als besonders kühne Vorleistung des US-Präsidenten gefeiert wurde.

Hier sind zunächst zwei Waffentypen zu unterscheiden: Einerseits die total veralteten Atomwaffen kurzer Reichweite, sie seit 30 und mehr Jahren insbesondere in der Bundesrepublik risikoreich vermodern und deren ursprünglich 7.000 Exemplare umfassender Bestand schon in den letzten Jahren "einseitig", jedoch ohne Wind darum zu machen um die Hälfte reduziert worden ist. Andrerseits der durchaus bemerkenswerte Verzicht der USA auf die Modernisierung ihrer in der BRD stationierten Kurzstreckenrakete vom Typ Lance. Denn die so marginal erscheinende Lance-Frage hatte noch vor zwei Jahren die bis dahin größte Krise in der NATO ausgelöst: Die Bundesregierung hatte seit dem Abschluß des INF-Vertrages darauf gedrängt, alle Atomwaffen kurzer Reichweite vom BRD-Territorium abzuziehen, während insbesondere die USA und Großbritannien - ungeachtet der Veränderungen im RgW - deren Stationierung in der Bundesrepublik um beinahe jeden Preis durchzusetzen suchten. Wegen des Lance-Verzichts sah sich der Bundeskanzler veranlaßt, "dem Präsidenten im Namen aller Deutschen herzlichen Dank" nach Washington zu kabeln. Und wenn Theo Sommer von einem "Zugeständnis" der amerikanischen Regierung sprach, mit welchem sich jene "vor allem neuen Streit im NATO-Bündnis" ersparen wolle, so galt dies wiederum der Lance. (1) Wie ist das hohe Profil der Lance-Auseinandersetzung zu erklären? Am französischen Beispiel werden die Konfliktlinien vielleicht transparent. Den zuweilen recht unverblümten französischen Stellungnahmen kann entnommen werden, daß Mitterand die Kurzstreckenraketen vom Typ Hades Mitte 1990 in Produktion gehen ließ, nicht obwohl, sondern weil sie auf Deutschland gerichtet und somit den teutonischen Übermut gegebenfalls im Schach zu halten in der Lage sind. Die Deutschen in Schach zu halten war aber ebenfalls immer auch ein Interesse der NATO respektive USA: Deshalb die (fast) vollständige Integration der Bundeswehr in die Allianz, deshalb die Stationierung "fremder" Streitkräfte auf deutschem Gebiet, deshalb das Beharren auf Atomwaffen, die auf deutschem Boden niedergehen und hierdurch in der Tat für Deutsche nur "selbstabschreckend" wirken können.

Mit der Formel, sich für die Aufnahme von Abrüstungsverhandlungen für atomare Kurzstreckenwaffen einsetzen zu wollen, konnte jener allianzinterne Streit während des Londoner NATO-Gipfeltreffens von Juni 1990 noch in einen Kompromiß gegossen werden. Daß die USA seither hinsichtlich der Umsetzung dieses Beschlusses keine Eile an den Tag legen wollten, hatte freilich noch einen weiteren Grund. Gut einen Monat vor der "überraschenden" Bush-Entscheidung war in einem FAZ-Beitrag bereits angedeutet, worum es ging: "Zu den internen Überlegungen Washingtons gehört dem Vernehmen nach auch der Abzug aller amerikanischen nuklearen Kurzstreckenwaffen - also der ‚Lance`-Raketen und der nuklearen Artillerie-Granaten - ohne vorhergehende Verhandlungen mit Moskau. Diese Vorgehensweise hätte den Vorteil, daß öffentliche Diskussionen über die nukleare Strategie und ihre Ausgestaltung eher vermieden würden." (FAZ, 30.8.91) Damit wären wir beim Bush-Bluff Nr. zwei: Die in der Welt wohl bedeutsamste

Auswirkung seiner Rede, bestehe - so die International Herald Tribune - in der "Linderung der öffentlichen Beunruhigung in den Ländern der Alliierten, einschließlich Deutschlands ... Mit seiner einseitigen Geste hat sich Mr. Bush dem diplomatischen Drängen nach Aufnahme von Verhandlungen mit Moskau zur Beseitigung dieser Waffen entzogen. In Washington sah man in jenen Verhandlungen ein eher hinderliches Verfahren, welches das Risiko unerwünschter Resultate - etwa in Form eines Vertrages zur dauerhaften Beseitigung amerikanischer Atomwaffen - in sich berge. Die Bush-Regierung bezwecke mit der Eliminierung der landgestützten Atomwaffen in Europa - so ein Botschafter der USA - die Diskussion über die Zukunft luftgestützter Atomraketen ‚abzufedern', die andernfalls Uneinigkeit in der NATO und insbesondere in der Bundesrepublik schaffen könnte." (Joseph Fitchett in: IHT, 30.9.91)

... zur "sowjetischen" Reichweite

Die luftgestützten amerikanischen TASM-Raketen, deren Stationierung abzufedern sei, gelten mit ihrer anvisierten Reichweite von ca. 500 km zwar ebenfalls als Kurzstreckenwaffen. Da sie jedoch von Tornados oder anderen Kampfbombern erst dann abgefeuert werden, wenn der deutsche Pilot sich seinem Ziel bis auf wenige Hundert Kilometer genähert hat, können sie in Wirklichkeit Aufgaben erfüllen, die zuvor aus deutscher Sicht nur von den Cruise missiles oder den Pershing II abgedeckt wurden. Schon 1988 war deshalb Alfred Dregger - Jammervogel der Nation, wenn es um Atomwaffen "deutscher Reichweite" geht - mit dem Vorschlag in die USA gereist, "Flugzeuge der Bundesluftwaffe mit US-Raketen auszurüsten, die mit Atomsprengköpfen bestückt sind. Dregger habe dies als einen denkbaren Ausgleich für den vertraglich vereinbarten Abbau aller an Land stationierten Mittelstreckenatomwaffen bezeichnet."(FR, 9.5.1988) Seitens der Bundesregierung wurde damals betont, daß Dregger "in enger Abstimmung mit Bundeskanzler Dr. Kohl in die USA gereist" sei, um "die Ausrüstung von TORNADO-Flugzeugen der deutschen Luftwaffe mit amerikanischen Abstandswaffen" zu erörtern. Dregger habe dieses Rüstungsprojekt "als einen möglichen Beitrag der Bundesrepublik Deutschland zur künftigen Struktur der Nuklearstreitkräfte in Europa bezeichnet." (Vgl. Bundestagsdrucksache 11/2585, S. 25) Man plane, so der damalige Generalinspekteur Altenburg, eben "einen Ersteinsatz, der nicht das Territorium der Bundesrepublik treffen soll." (Spiegel 30/89) Das deutsche militärstrategische Interesse ist damit wohl eindeutig genug identifiziert. Seit einigen Monaten wird die geplante Raketenstationierung seitens der Bundesregierung jedoch wie ein Staatsgeheimnis behandelt. Zwar wird, so der Militärspezialist der FAZ, über die TASM-Option in der NATO debattiert, "es wird jedoch aus Rücksicht auf die damit verbundene Gefahr einer öffentlichen Diskussion dieses Themas im Bündnis nicht auf die Tagesordnung zum (am 7./8. November stattfindenen - Anm. MK) Ministertreffen gesetzt." (FAZ, 30.8.91) Zwar hat man in der NATO bereits Ramstein zum neuen Hauptstationierungsort gekürt, wie Andreas Zumach vor einigen Wochen enthüllte. (taz, 24.9.91) Dennoch betont die Brüsseler NATO-Zentrale, "daß formelle öffentliche Entscheidungen über die Einführung der neuen Atomwaffen und die Stationierungsorte bisher mit Rücksicht auf die Bundesregierung unterblieben." (a.a.O.) In Ermangelung einer "Raketenlücke", die für die Raketenaufrüstung eine Argumentationshilfe böte, kann somit hinsichtlich der TASM-Option auch an dem publizistischen Interesse der Bundesregierung kein Zweifel bestehen: Mauern, was das Zeug hält.

Allergrößtes Mißtrauen ist demnach angebracht, wenn neuerdings im "Spiegel" (41/91) aber auch in der FAZ (am 16.10.91) davon die Rede ist, mit der Bush-Entscheidung, die Entwicklungsarbeiten an Kurzstreckenraketen für Bomber einzustellen, sei auch die Grundlage für eine luftgestützte nukleare Abstandswaffe in der NATO von Tisch. (Vgl. FAZ, 16.10.91) Zwar trifft es zu, daß mit der Bush-Entscheidung auch die Arbeiten an den Flugzeugraketen SRAM II und SRAM-T (die letztere galt für die TASM-Pläne als Favorit) eingestellt werden. Von Vertretern des Pentagon wird jedoch betont, daß zur Ausfüllung der TASM-Rolle auch andere, derzeit laufende Waffenentwicklungsprogramme der USA in Frage kommen - eine Einschätzung, der mittlerweile auch François Heisbourg, Direktor des Londoner Instituts für Strategische Studien, beigepflichtet hat. Davon unabhängig wird auch in Paris und London an der Entwicklung einer TASM-Rakete gearbeitet. (Vgl. A. Zumach in taz, 4. u. 16.10.91)

Was uns gar nicht interessiert

Daß dieses Verwirrspiel dazu dient, einige wesentliche Fragen gar nicht erst laut werden zu lassen, liegt auf der Hand. Am wenigsten erwünscht ist die Debatte über das NATO-System der atomaren Teilhabe. Von all den militärischen Vorwänden, mit denen die Einführung nuklearer Trägerwaffen für die Bundeswehr 1957 beschlossen wurde, sind heute nicht einmal Spurenelemente geblieben. Alles war auf das Feindbild Sowjetunion abgestellt, deren konventionell überlegene Armee in ein nuklear ungeschütztes Deutschland

einfallen bzw. das das schwächste Glied der Verteidigung - die nuklear entblößten Verbände der Bundeswehr - als erstes überrennen würden. Die unterstellte Kriegsbereitschaft und -fähigkeit der UdSSR war zugleich die Voraussetzung, um im amerikanischen "Nuklearschirm" eine Glaubwürdigkeitslücke entdecken zu können, zu deren Behebung die "strategische Risikoverkoppelung" via Atomwaffen in der Bundeswehr für unverzichtbar erklärt wurde. Entsprechend nibelungenhaft müssen heute deshalb die Floskeln geraten, mit denen der neue Generalinspekteur der Bundeswehr im Oktober 1991 die "Spiegel"-Leser davon zu überzeugen suchte, daß sich Deutschland gegen Moskauer "nukleare Pressionen" auch weiterhin zu erwehren habe, wohingegen der hierfür notwendige "nukleare Schutz" durch die USA aber nur erhalten sei, "wenn wir auch die nuklearen Lasten" - sprich: TASM-Raketen unter deutschen Tornado-Bombern - tragen. Tatsächlich ist das heimliche Nebenargument für die nukleare Teilhabe aus dem Jahre 1957 - der deutschen Atomwaffe durch Entgegenkommen vorzubeugen - das heute maßgebliche NATO-Motiv, an einer TASM-Stationierung in Westeuropa vorerst festzuhalten. Man müsse schließlich, so die gängige Chiffre, einer "Renationalisierung" der europäischen Sicherheitspolitik entgegentreten. Selbst Schewardnadse soll sich inzwischen für eine in Westeuropa stationierte nukleare Minimalabschreckung eingesetzt haben, um, wie es heißt, "keinen Vorwand für die Entwicklung deutscher Atomwaffen zu liefern." Daß man sich über derartige Zusammenhänge nirgendwo weniger Gedanken macht, als in der Bundesrepublik, bedarf inzwischen freilich keiner Erwähnung mehr. Kommen wir abschließend zu einigen Schlußfolgerungen bzw. Überlegungen.

Atomwaffen nach dem Ende des Kalten Krieges

1. Nach der formalrechtlichen Wiedergewinnung der Souveränität zielt die Politik der Bundesregierung darauf ab, ihre Spielräume auch in militärisch-strategischer Hinsicht zu vergrößern. Ihr hierbei bisher größter Trumpf ist paradoxerweise der deutsche Atomwaffenverzicht, für dessen Wahrung man sowohl seitens der USA wie auch von den westeuropäischen Verbündeten weitere Zugeständnisse erwarten kann. Im Rahmen der NATO betrifft dies derzeit in erster Linie die TASM-Option, bei deren Realisierung erstmals die Trägerwaffen weitreichender Nuklearsysteme von Deutschen gestellt und bedient würden. Dasselbe Schema gilt allerdings auch für die EG. Wenn sich etwa Genscher und Kohl in Andeutungen ergehen, denen zufolge "durch die EG-Integration ... sich das wiedervereinigte Deutschland auf Dauer am besten bändigen" lasse (2), erheben sie die Einschüchterung und (nukleare) Erpressung zu einem Mittel der Politik: Entweder ihr fügt euch in die von uns gewünschte Integration, oder aber ...

2. Für die Gründer der NATO und der EG war die Einbindung der Bundesrepublik und die damit verbundene teilweise Kontrolle über Deutschland ein Bündniszweck. Dieser sanften Fesseln sucht die Bundesregierung sich schrittweise zu entledigen. Innerhalb der NATO wird dieses Ziel zur Zeit auf zweierlei Weise verfolgt: Einerseits durch schrittweise Einbindung der osteuropäischen Länder in die NATO - ein Projekt, das schließlich in eine Neuformierung des Bündnisses als "Euro-Atlantische Gemeinschaft freier Nationen" (so die Formel des gemeinsamen Genscher/Baker-Dokuments vom 3. Oktober 1991) einmünden soll. Die Aufblähung der NATO zu einem Pan-Europäischen Instrument würde die NATO-interne Einbindung der Bundesrepublik dahinschwinden lassen und somit "den östlichen Nationalismus nicht disziplinieren, sondern den westlichen stimulieren", wie Peter Glotz in einem Aufsatz schrieb. (3) Zweitens durch die Stärkung des Europäischen NATO-Pfeilers, über den die Bundesregierung einen Teil der Bundeswehr der NATO-Befehlsstruktur zu entziehen sucht. Denn wenn man die Bundeswehr für die WEU oder EG benötige, dann werden sie eben "der NATO nicht zur Verfügung stehen" - so der Pressechef der Hardthöhe. (taz, 18.10.91)

Von einer deutschen Einbindung in die EG kann ohnehin kaum noch die Rede sein - dort wird machtpolitisch aufgeräumt: In der Frage außenpolitischer Entscheidungsfindungen will Bonn das Mehrheitsprinzip festschreiben lassen, während bestehende Strukturen zugleich noch insofern anerkannt werden, als sie den eigenen Interessen nützlich sind. Der jüngste deutsch-französische Parforceritt zur Etablierung einer Europa-Armee etwa war nach den Worten der römische Tageszeitung "La Repubblica" so "ein schwerwiegender Fall, nicht nur weil er die Würde des niederländischen Vorsitzes beleidigt, sondern vor allem, weil er die Europäische Gemeinschaft der Zwölf überflüssig und zu einer simplen Maske für die Vereinbarungen zwischen Paris und Bonn macht." (nach: FAZ,18.10.91)

Daß es dennoch auch im deutsch-französischen Verhältnis kracht, hat nicht nur der auf Betonung der Statusdistanz zielende Vorschlag Mitterands bewiesen, einer Konferenz der vier in Europa engagierten Atommächte zu veranstalten, sondern mindestens ebenso so eindrucksvoll die Bonner Reaktion: Die

Bundesregierung möchte - so die International Herald Tribune - "zu dieser Konferenz eingeladen werden"!! (IHT, 30.9.91)

3. Daß nationalen Interessen heute stärker akzentuiert werden, gilt allerdings nicht nur für Bonn. Wenn George Bush anläßlich eines Ankara-Besuchs der Europäischen Gemeinschaft mit seiner Forderung, die Türkei doch bitte in die EG aufzunehmen, gegen das Schienbein tritt, oder Mitterand am Abend des Moskauer Staatsstreichs süffisant an die frühe Warnung Gorbatschows erinnert, derzufolge die überstürzte Wiedervereinigung der Deutschen eine Machtübernahme sowjetischer Marschalle zur Folge haben werde, dann wird jäh die reale Dimension der bündnisinternen Widerspruchsentwicklungen erkennbar, von der öffentlich ohnehin stets nur eine Eisberg-Spitze erscheint. Daß die bekannten Bündniskonfigurationen - NATO; EG; WEU; KSZE - heute weniger ein Ausdruck von Gemeinsamkeit sind, sondern zunehmend das Feld, auf dem die inneren Widersprüche ausgetragen werden, ist keineswegs erstaunlich. So hatten die innerimperialistischen Antagonismen in den Stellungskriegen des ersten Weltkriegs ihren bisher wohl authentischsten Ausdruck gefunden. Im Zweiten Weltkrieg war das Ringen der beiden Bündnissysteme bereits durch den sowjetischen Faktor teils überlagert, teil konterkariert während erst der Sieg Stalins über Hitler jenen weltpolitischen Ausnahmezustand zu kreieren in der Lage war, der im gemeinsamen Kampf gegen den realen Sozialismus die Bindekräfte für die NATO und die EG geschaffen hatte. Da dieser weltpolitische Ausnahmezustand unwiderruflich beendet ist, beginnt auch die Kohäsion der westlichen Bündnissysteme zu schwinden. Die Dominanz der gemeinsamen Interessen über die singulären wird zunehmend abgelöst durch die Dominanz der singulären gegenüber den gemeinsamen.

4. An nuklearer Abrüstung, die diesen Namen verdient, ist unter diesen Umständen nicht zu denken. Vielmehr wird die Konkurrenz der westlichen Groß- und Mittelmächte eine Rüstungsspirale in Gang halten und in Gang setzten, die auch die Atomwaffen umfaßt.

Matthias Küntzel

Anmerkungen:

1) Theo Sommer hatte ab 1969 unter Helmut Schmidt den Planungsstab im Verteidigungsministerium aufgebaut und avancierte auf diesem Posten ganz zwangsläufig zum Nuklearexperten.

2) So wird es in Spiegel 42/91 kolportiert. Einige Seiten weiter wird im Gespräch mit Generalinspektor Naumann erläutert, wie dies am besten geschieht:

"Spiegel: Plädieren Sie für eine europäische Atommacht?

Naumann: Sollten wir beim Europa-Gipfel in Maastricht den ersten Schritt zu einer politischen Union tun, dann sind zwei Mitglieder Atommächte: Frankreich und Großbritannien.

Spiegel: Werden die ihre ihre Verfügungsgewalt über die Atomwaffen jemals an eine Europa-Regierung abgeben?

Naumann: Das kann man zu Beginn eines Prozesses so nicht sagen. Aber in einer sehr fernen Entwicklung wird man irgendwann auch über diese Frage nachdenken müssen."

3) im Hinblick auf eine paneuropäische Funktion der EG, in: Spiegel 40/91

Die Sowjetunion: Eine kritische Masse vor der Kernspaltung?

"Die Sowjetunion bleibt auf der Erde die einzige Nation mit der Fähigkeit, die westliche Zivilisation binnen einer halben Stunde mit Wasserstoffbomben zu vernichten" - warnte Colin Powell, der Oberbefehlshaber der US-amerikanischen Streitkräfte im Oktober 1991. Grundlegende Umwälzungen in einem Land, das zugleich eine nukleare Supermacht ist, hat es in der Geschichte bisher in der Tat noch nicht gegeben. Nach Auskunft sowjetischer Regierungsmitglieder ist eine zentrale Kontrolle über die sowjetischen Atomwaffen keineswegs gegeben. "Diejenigen Republiken, die Atomwaffen besitzen, werden sie behalten", wird aus der Umgebung des stellvertretenden russischen Verteidigungsministers Schlykov verlautbart. (taz, 16.10.91) Wenn dies stimmen sollte, wären Kasachstan und die Ukraine mit jeweils über 1.000 dort stationierten Atomsprengkörpern und Interkontinentalraketen vom Typ SS-19 und SS-24 (in Kasachstan) und SS-18 (in der Ukraine) heute bereits Atommächte mit einem Potential, daß das britische, französische oder chinesische in

den Schatten stellt. Belorussland könnte aus der Sowjetunion als die vierte Atommacht hervorgehen. Auf seinem Territorium sind SS-25-Raketen und ca. 100 Atomsprengköpfe stationiert. (Nach einer Aufstellung des US-Abgeordneten Les Apin)

Unbekannt ist darüberhinaus, wie es um die Kontrolle der übrigen, über 20.000 Atomwaffen in Rußland bestellt ist. Nach einer in Moskau publizierten Expertenstudie von Anfang Oktober soll die russische Zentralmacht seit dem Staatsstreich die Kontrolle über den Rüstungskomplex, die Kommandeure und die Atomwaffen verloren haben (FR, 5.10.91). Falls dies zutreffen sollte, wäre einigermaßen unklar, wie Präsident Gorbatschow die von ihm angekündigte Verschrottung der sowjetischen taktischen Atomwaffen, für die ein Zeitraum von gut zehn Jahren anzusetzen ist, gewährleisten will. Mit drei Methoden versucht derzeit die USA vor diesem doch noch recht ungewissen Hintergrund den nuklearen Niedergang und Wandel der Sowjetunion zu managen:

1. Fürsorgliche Belagerung

Diese scheint den Verantwortlichen in Moskau hochwillkommen zu sein. Dabei geht es insbesondere um die direkte Mitwirkung westlicher Geheimdienste und Militärs bei der Neuordnung der staatlichen Gewalt- und Militärapparate in der Sowjetunion. So gehörten Anfang Oktober Vertreter der NATO und westliche Geheimdienste zu den Teilnehmern einer Moskauer Tagung, in der es um die sowjetischen Atomwaffen und die Neuorganisation der Roten Armee gegangen sein soll. Teilnehmer waren unter anderem General Brian Kenny, der stellvertretende Oberbefehlshaber der NATO in Europa, und der russische Vizepräsident Alexander Ruzkoj, hieß es hierzu in der FR. Von weiteren Kontakten dieser Art berichtete am 3.10. vor dem amerikanischen Abgeordnetenhaus ein Staatssekretär des State Department, Robert B. Zoellick. So habe sich der Chef des neuen KGB, Bakatin, geradezu aufdringlich um enge Kontakte mit der CIA bemüht, von deren Erfahrungen man zu lernen bemüht sei. Auch Shaposhnikov, der neue Verteidigungsminister, soll die US-Delegation mit seinen Interesse an Aufbau und Integration der amerikanischen Armee über alle Maße überrascht haben. (vgl. PIAT 135, 4.10.91) Dazu paßt die nur noch naiv anmutende Begeisterung des stellvertretenden Verteidigungsministers Schlykow über die amerikanischen Kooperationsangebote hinsichtlich der Entwicklung neuer ABM-Waffen. Dieser Vorschlag werde, so Schlykow, nicht nur von den US-Militärs, sondern auch vom sowjetischen militärisch-industriellen Komplexes unterstützt, der auf neue Aufträge (diesmal aus Washington?) angewiesen sei. (vgl. taz, 16.1.91) Die in der Bush- Rede vom 27.9. enthaltenen Angebote der Zusammenarbeit in Fragen, die das Kontrollmanagement und die Sicherheit von Atomsprengköpfen betreffen, dürften in Moskau demnach auf ebenso offene Ohren gestoßen sein, wie die Ankündigung von Baker und Genscher, den NATO-Einfluß bis nach Leningrad auszuweiten und in jeder osteuropäischen Hauptstadt ein NATO-Büro zu etablieren. (PIAT 135, 4.10.91).

2. Nukleare Bedrohung

Daß mittlerweile die Atombomber der USA nicht mehr mit angelassenen Motoren den Befehl zum nuklearen Endkampf erwarten, gehört zu den Symbolismen der Bush-Erklärung, die in den Medien mit besonderes verlogenem Pathos gefeiert wurden. Abgesehen davon, daß jene Bomber binnen 24 Stunden erneut in Alarmstellung gebracht werden können, war in jener Bush-Anweisung zugleich der Befehl enthalten, die Alarmstufe Nr. 1 der auf U-Booten und in den Silos stationierten Interkontinental-Raketen aufrechtzuerhalten. Amerikanische Experten gehen deshalb davon aus, daß von den über 7.000 auf die Sowjetunion zielenden Interkontinentalraketen über 90% in Alarmbereitschaft verbleiben und nur knapp 600 der aus der Alarmbereitschaft genommenen Bomberflotte zuzurechnen sind. (vgl.IHT, 30.9.91)

3. Nukleare Entmachtung

Zugleich dienen die amerikanischen Abrüstungsvorschläge dem Ziel, der Sowjetunion bzw. der russischen Republik auch das letzte Attribut der Weltmacht mehr oder weniger sanft aus der Hand zu schlagen. So zielt die Bush-Anregung, in Zukunft beiderseits die landgestützen Interkontinentalraketen mit Mehrfachsprengköpfen zu beseitigen, auf das Kernstück der sowjetischen Atommacht, während die USA das ihre - die seegestützen Langstreckenpotentiale - nicht anzurühren gedenkt. Wird sich die sowjetisch/russische Führung hierauf einlassen? US-Verteidigungsminister Cheney scheint diesbezüglich zuversichtlich zu sein. Moskau habe angesichts des "wirtschaftlichen Kollapses gar keine andere Wahl." Die nukleare Selbstentmachtung als Vorgabe des IWF?

Wie weit der reale Status- und Initiativverlust der Sowjetunion bereits vorangeschritten ist, zeigte sich in der Reaktion auf die Erklärung Gorbatschows, mit der er die Vorgaben der Bush-Erklärung zu befolgen und zugleich in einigen Punkten zu erweitern suchte. Während nur die taz sogleich von einem "Abrüstungswettlauf" zu phantasieren begann, war von einer tatsächliche Reaktion in der Welt nichts mehr zu spüren.

Einseitiger Verzicht auf Atomtests? Bitte schön, warum nicht? Erklärter Verzicht auf den nuklearen Ersteinsatz? Aber doch nicht mit uns! Abrüstung auch in Großbritannien und Frankreich? Mais pourquoi, Monsieur, pourquoi?

M.K.

19. Naher Osten: Friedenskonferenz unter dem Sternenbanner

Rubrik: Israel / Palästina; Nahost allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak335/47.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:335:47

Ende Oktober soll in Madrid eine Nahostkonferenz stattfinden, die den Auftakt zu zweiseitigen Verhandlungen zwischen Israel und seinen Nachbarn bilden soll. Acht Rundreisen des amerikanischen Außenministers Baker waren nötig gewesen, um einen Konsens über die prozeduralen Fragen herbeizuführen. Was dabei am Ende herauskommen soll, ist völlig offen: In keiner der brisanten Streitfragen - weder bezüglich der von Israel besetzten Gebiete, der Siedlungspolitik, noch dem Palästinenserproblem - hat es Bewegung gegeben. Schamirs Friedensangebot ist einfach und klar: Israel will alle besetzten Gebiete vollständig behalten, und die Araber müssen das gefälligst anerkennen. Sonst zeigen sie, daß ihnen der Friedenswille fehlt. Wo da Verhandlungsspielraum sein soll, ist noch nicht zu erkennen. So steht zu befürchten, daß das Unternehmen "Friedenskonferenz" zum Scheitern verurteilt ist und daß es nur darum gehen wird, sich dafür gegenseitig die Schuld zuzuweisen.

Die Geschichte der Bemühungen um eine dauerhafte Friedensordnung im Nahen Osten ist lang und begleitet von sich ständig verändernden Kräfteverhältnissen in der Region. Das erste markante Datum war 1956. Damals unternahmen die alten Kolonialmächte Großbritannien und Frankreich mit dem Feldzug gegen Ägypten ihren letzten großen Versuch, den Verlust ihrer einstigen Stellung in Nahost aufzuhalten. Israel gesellte sich zu den Aggressoren und besetzte zum ersten Mal die Sinai-Halbinsel. Der parallele Protest der USA und der UdSSR führte zum Abbruch des Unternehmens. Die USA traten die Nachfolge der alten Kolonialmächte an; die Sowjetunion erreichte durch umfangreiche Waffenlieferungen und später auch Tausende von Beratern maßgeblichen Einfluß auf Ägypten und Syrien.

Nach dem Juni-Krieg 1967 übernahmen die USA die Rolle des wichtigsten Waffenlieferanten für Israel, die bis dahin Frankreich gehabt hatte. Die USA gaben damit ihre in den 50er Jahren praktizierte "ausgewogenen" Nahostpolitik zugunsten einer klaren Parteinahme für Israel auf und wurden zu dessen Schutzmacht. Seither wird der zionistische Staat von erheblichen Zuwendungen der USA, die ca. 15-20% des israelischen Bruttosozialprodukts ausmachen, alimentiert. Israel erhält Jahr für Jahr mit Abstand die größte Finanz- und Militärhilfe, die die USA einem einzelnen Land gewähren: insgesamt 77 Milliarden Dollar seit 1967, vier Milliarden allein im laufenden Jahr.

Dennoch bemühen sich die USA auch weiter um den Anschein einer "ausgewogene" Nahostpolitik oder wenigstens um die Vermeidung bedingungsloser Parteilichkeit. Schließlich beherbergen die Golfstaaten einen erheblichen Teil des Erdöls, jener Ressource, die als "Lebenssaft" des kapitalistischen Industrie- und Produktionssystems fungiert. So haben die USA die UN-Resolutionen 242 (1967) und 338 (1973) unterstützt, die Israel zum Abzug aus den besetzten Gebieten auffordern. Weder die Annexion der Golanhöhen (1981) noch Ost-Jerusalems (1967) durch die israelische Regierung werden von den USA als legitim anerkannt.

Im September 1978 gelang den USA unter Präsident Carter ein wichtiger Durchbruch, als sich Ägypten und Israel im Camp-David-Abkommen auf "Land gegen Frieden" einigten. Ägypten erhielt die Sinai-Halbinsel zurück; im Gegenzug schloß es (als erster arabischer Staat) Frieden mit Israel. Vorausgegangen war der Bruch Sadats mit der Sowjetunion, der Rauswurf der sowjetischen Berater, die Aufkündigung des Freundschaftsvertrags. Seitdem kommt auch Ägypten in den Genuß beträchtlicher US-amerikanischer Wirtschafts- und Waffenhilfe.

Der zweite Teil des Camp-David-Abkommens sah auch Schritte zu einer Autonomie-Lösung für die Bewohner der besetzten Gebiete vor. Die Verhandlungen zwischen Israel und Ägypten, die ohne palästinensische Teilnehmer geführt wurden, liefen sich alsbald in formalen Details fest und brachen nach dem israelischen Einmarsch in den Libanon 1982 ab. Wie wenig Israels Regierung in Wirklichkeit von palästinensischer Autonomie hält, zeigte sie mit der Absetzung fast sämtlicher gewählter Bürgermeister im Westjordanland.

Nach dem Irak-Krieg: Die USA als Hegemonialmacht

Das neueste Datum lautet 1991. Das direkte militärische Eingreifen der USA und ihrer Verbündeten gegen den Irak markiert ebenso einen Wendepunkt wie der Fortfall des Ost-West-Gegensatzes. Die Sowjetunion hatte durch ihre Zustimmung zu allen UN-Resolutionen die US-Intervention legitimiert.

An der Frage der Annexion Kuwaits durch das Regime Saddam Husseins und der Haltung zur US-amerikanischen Intervention am Golf agierten die arabischen Staaten sehr unterschiedlich. Insgesamt acht Staaten - Saudi-Arabien, Kuwait, die Vereinigten Arabischen Emirate, Qatar, Oman, Bahrein, Ägypten und Syrien - beteiligten sich am Krieg der USA gegen den Irak. Syrien vollzog damit einen ähnlich radikalen außenpolitischen Kurswechsel wie einst Ägypten. Eine mehr oder weniger offen pro-irakische Position bezogen Jordanien, die PLO, der Jemen, Mauretanien und der Sudan. Der Iran und die fünf Maghreb-Staaten lehnten die Annexion Kuwaits durch den Irak ebenso entschieden ab wie die US-Intervention und deren Unterstützung durch arabische Regimes.

Der außenpolitische Erfolg der USA, eine ganze Reihe der wichtigsten arabischen Regimes in die anti-irakische Koalition einzubinden, wurde durch die Nichtteilnahme Israels am Krieg erleichtert. Im Ergebnis des Kriegs haben die USA ihre Vormachtstellung im Nahen Osten erheblich ausbauen und erweitern können. Die Achse Washington-Riad-Kai- ro sowie die Verbindungen zu den übrigen Golfstaaten wurden ausgebaut. Die USA haben außerdem in Syrien Fuß gefaßt, das sich von der Sowjetunion mittlerweile fast völlig gelöst hat.

Die US-Friedensinitiative

Die Pläne der US-Administration für eine umfassende Neuordnung des Nahen und Mittleren Osten nach dem Irak-Krieg umfaßten mehrere Projekte. Zum einen schlugen die USA im März eine internationale Nahost-Konferenz vor, die die Palästina-Frage und das Verhältnis der arabischen Staaten zu Israel behandeln soll. Außer der Zukunft der besetzten Gebiete soll nach den Vorstellungen der US-Regierung auch über viele andere Themen israelisch-arabischer Beziehungen (Abrüstung, Handel, Verteilung des Wassers) verhandelt werden.

Zweitens präsentierte Bush im Mai Vorschläge zur Rüstungskontrollpolitik, u.a. die Verbannung der ABC-Waffen aus der Region und eine neue Kräftebalance in der konventionellen Rüstung. Außerdem regten die USA eine nahöstliche Wirtschaftsgemeinschaft an, wobei die reicheren Golfstaaten die ärmeren Länder (Libanon, Jordanien, Syrien, Jemen, Ägypten) mit ihren Petro-Dollars unterstützen und die bestehenden riesigen Wirtschaftsgefälle ausgleichen sollen.

Den Rahmen für die Nahost-Friedenskonferenz steckten die USA in enger Konsultation insbesondere mit der israelischen Regierung in ihrem 9-Punkte-Plan vom April diesen Jahres ab. Demnach soll sich die eigentliche "Friedenskonferenz" auf eine bloße Eröffnungszeremonie von etwa einem Tag Dauer beschränken. Anschließend sollen zweiseitige Verhandlungen beginnen, wie es Israel schon immer gefordert hat. Teilnehmer sollen Syrien, Ägypten, Jordanien und die Palästinenser, sowie der Libanon sein. Alle gaben bis Ende September ihre Zustimmung, als letzte die PLO.

Die US-Regierung hat Israel zugesichert, daß es bei der strikten Ablehnung eines Palästina-Staates bleiben soll und daß die Vertretung der Palästinenser bei den Verhandlungen im Wesentlichen den israelischen Vorstellungen entsprechen soll: Palästinenser sollen nicht eigenständig, sondern nur als Teil der jordanischen Delegation auftreten. Sie dürfen nur aus den besetzten Gebieten sein, und auch nicht aus Ostjerusalem. Damit wurde der israelischen Interpretation Rechnung getragen, daß Ostjerusalem seit 1967 nicht besetztes Gebiet, sondern Teil Israels sei. Außerdem dürfen die palästinensischen Vertreter nicht die PLO repräsentieren. Offiziell nicht durchgesetzt hat sich Israel mit der Forderung, die palästinensische Delegiertenliste "genehmigen" zu wollen.

Grundlage der Konferenz sollen laut amerikanisch-israelischen Übereinkommen die UN-Resolutionen 242 und 338 sein. Festgehalten wurde aber zugleich, daß die beiden Regierungen die Resolutionen unterschiedlich interpretieren und daß Israel an seiner Version festhalten darf. Diese lautet: In den UN-Resolutionen werde nicht etwa der Rückzug aus allen besetzten Gebieten gefordert, sondern nur aus irgendwelchen. Israel habe die Resolutionen also mit seinem Rückzug von der Sinai-Halbinsel schon erfüllt.

Insofern ist die Aussage, daß 242 und 338 der Konferenz zugrunde liegen sollen, nur eine Farce, die vordergründigen Prestigebedürfnissen der arabischen Regimes und der PLO Rechnung trägt, aber praktisch bedeutungslos ist. Tatsächlich gibt es für die Verhandlungen keine andere Grundlage als die Geheimabmachungen, die die US-Regierung im Vorfeld der "Konferenz" mit allen Beteiligten getroffen hat. Manches davon scheint aber so zweideutig formuliert zu sein, daß es beide Konfliktparteien als Unterstützung ihres Standpunkts auslegen können.

Die innerarabischen Konflikte

Etliche der innerarabischen Widersprüche sind nach wie vor nicht gelöst. Die Arabische Liga in ihrer bisherigen Form und Zusammensetzung ist tot. In der "Deklaration von Damaskus" vom März dieses Jahres haben sich die sechs Staaten der arabischen Halbinsel sowie Ägypten und Syrien zu einem Block zusammengetan und sich zur engeren "Koordination und Zusammenarbeit" verpflichtet. Aber sowohl die Etablierung einer rein arabischen Friedenstruppe am Golf, die sich potentiell gegen den Irak und den Iran richten würde, als auch die Einrichtung eines Hilfsfonds aus 15 Mrd. US-Dollar zur Finanzierung von Entwicklungsprojekten in Ägypten und Syrien stehen bislang nur auf dem Papier. Gegensätze taten sich in der Frage der Einbeziehung des Iran auf: vor allem die Saudis möchten Irans Einfluß im Nahen Osten begrenzt sehen und ihn deshalb weitgehend isolieren.

Scheinbar einig sind sich die Acht in ihren Forderungen für die Friedenskonferenz: Israel müsse die Siedlungspolitik einstellen und die besetzten Gebiete räumen. Einigkeit besteht verbal auch, daß kein neues offenes Kolonialsystem unter Führung der USA geschaffen werden darf, sondern zumindest langfristig eine primär arabische Lösung angesteuert werden soll.

Das irakische Regime ist zwar infolge des Krieges geschwächt, ist aber immer noch stark genug, die schiitische Opposition im Süden und die Kurden im Norden brutal zu unterdrücken. Die weitere Zukunft des Landes ist ungewiß und der Kuwait-Konflikt nach wie vor nicht geklärt. Schließlich wäre das Libanon-Problem zu nennen. Im Süden ist das Land von israelischen Streitkräften und deren arabischen Söldnern besetzt; im übrigen übt Syrien mit 40 000 Soldaten im Land Besatzungsfunktion aus. Israel will sich aus dem Libanon erst zurückziehen, wenn auch Syrien dazu bereit ist. Andererseits haben die beiden Regierungen es damit in der Hand, sich gegenseitig die Gründe für eine weitere militärische Präsenz im Libanon zu liefern.

Außerdem gibt es in fast allen arabischen Staaten zum Teil erhebliche innergesellschaftliche Widersprüche. Das gilt für den Libanon, die starke Opposition gegen die pro-amerikanische Annäherung in Syrien, die palästinensische Opposition in Jordanien, die islamisch-fundamentalistische Opposition in Ägypten und Algerien, die blutige Unterdrückung der Schiiten und Kurden im Irak.

Der israelisch-arabische Konflikt

Israel blockiert nach wie vor die gegenüber Ägypten praktizierte Lösung "Land gegen Frieden". Die Regierung Schamir lehnt es kategorisch ab, auch nur einen Quadratkilometer der besetzten Gebiete zu räumen. Trotzdem ergibt sich zumindest theoretisch doch eine Abstufung der Verhandelbarkeit: Ostjerusalem steht selbstverständlich außer Diskussion, das ist israelischer Konsens. Auf den Golanhöhen könnte vielleicht eine Lösung gefunden werden, die für eine längere Übergangszeit ein Nebeneinander von israelischer Militärpräsenz einerseits und formalen Zugeständnissen an das syrische Prestigebedürfnis andererseits vorsieht. Beispielsweise könnten ein paar syrische Flaggen dort wehen. Gasa wäre vermutlich verhandelbar, falls sich irgendeine arabische Regierung findet, die dort die Verwaltung übernehmen will. Nicht mit Schamir, wohl aber mit Israels Sozialdemokraten könnte außerdem über eine Übertragung von Teilen des Westjordanlands unter jordanische Verwaltung oder Mitverwaltung gesprochen werden.

Diese Optionen setzen voraus, daß sich die arabischen Regimes in den Verhandlungen erstens gegeneinander und zweitens gegen die Palästinenser ausspielen lassen, für die Israel nach wie vor nur ein Null-Angebot hat. Daher Israels Beharren auf getrennten zweiseitigen Verhandlungen, die es ermöglichen sollen, sich über einige Punkte - beispielsweise Golan - separat zu einigen, andere Probleme hingegen beiseite zu lassen.

Fraglich ist aber, ob Schamir, selbst wenn er wollte, den politischen Spielraum hätte, um von seinem ständig verkündeten Prinzip "Keinen Quadratkilometer!" abzuweichen. In der Regierungskoalition und in seiner

eigenen Partei ist er mit einer rechtsradikalen Opposition konfrontiert, die schon das Stattfinden von Verhandlungen als Schritt zur Vernichtung Israels beklagt und die sich voraussichtlich selbst dem kleinsten "Zugeständnis" vehement widersetzen würde.

Die israelische Siedlungspolitik

Alle Friedensbemühungen werden von der Siedlungspolitik Israels konterkariert. Die Veränderung der Nahost-Kräfteverhältnisse zeigt sich u.a. daran, daß Israel bei früheren Anläufen seine Siedlungspolitik in den besetzten Gebieten zumindest aussetzte, während die Regierung Schamir seit Beginn des laufenden "Friedensprozesses" ihre Siedlungspolitik rasant gesteigert hat und immer kühnere Pläne für die nächsten Jahre vorlegt. Dazu gehört beispielsweise auch die beabsichtigte Vervierfachung der jüdischen Bevölkerung im besetzten Golangebiet innerhalb von fünf Jahren. Jede Nahost-Reise von Baker wurde von der Einweihung neuer Siedlungen im Westjordanland begleitet, in einer Weise, die auch von Teilen der israelischen Gesellschaft als provokatorisch kritisiert wurde.

Schließlich rechnet Israel in den nächsten Jahren noch mit einer Million Juden, die vor allem aus der zerfallenden Sowjetunion einwandern sollen. Der Gedanke, daß Israel ausgerechnet in einer solchen Situation bereit sein könnte, sich aus dem Westjordanland zurückzuziehen, erscheint illusorisch. Die Position derjenigen, die die Gebiete als "ewigen" Bestandteil Israels betrachten, war noch nie so stark wie heute.

Vordergründiges Aufsehen machte im September ein von israelischer Seite wortradikal geführter Streit: Bush hat durchgesetzt, daß die parlamentarische Entscheidung über die Gewährung einer US-Bürgschaft für eine Kredithöhe von 10 Milliarden Dollar um vier Monate verschoben wurde. Erklärter Zweck des Kredits soll die Ansiedlung sowjetischer Juden sein. Die USA haben diese bisher schon umfangreich gefördert, dabei aber zur Bedingung gemacht, daß ihre Hilfe nicht der Ansiedlung in den besetzten Gebieten dienen dürfe. Dieser Vorbehalt ist offenkundig unehrlich, da sich gar nicht unterscheiden läßt, wohin Israel welches Geld fließen läßt. Nun wurde die Entscheidung von Bush vor allem vom rechtesten Teil der Regierungskoalition sehr bitter kommentiert: Bush sei ein Lügner, ein Antisemit, er verrate Israel, er bereite einem neuen Holocaust den Weg.

Indessen ist bei den Verhältnissen in beiden Häusern des amerikanischen Parlaments voraussehbar, daß die Bürgschaft zwar verschoben ist, um den Konferenzbeginn abzuwarten, im Januar 1991 aber problemlos bewilligt werden wird. Nur in diesem Sinne haben die beiden Häuser offenbar Bush's Bitte um Verschiebung ihrer Entscheidung akzeptiert. Und damit Israel durch die Verschiebung keinen Schaden erleiden möge, hat die US-Regierung eine finanzielle Entschädigung zugesichert. Außerdem will sie ihren Einfluß auf andere Regierungen - zu denken ist insbesondere an die Bundesregierung, der seit Monaten eine entsprechende israelische Forderung in Milliardenhöhe auf dem Tisch liegt - verstärken, damit diese sich ebenfalls an der Finanzierung des Ansiedlungsprogramms beteiligen.

Die palästinensische Komponente

Eine Lösung des Palästina-Problems ist von den Verhandlungen am allerwenigsten zu erwarten. Eindeutig ist, daß die Stellung der Palästinenser durch den letzten Golfkrieg noch weiter geschwächt wurde. Mit dazu beigetragen hat die klare pro-irakische Position der PLO und ihre daraus folgende internationale Isolierung. Den Kredit, den die PLO durch die Anerkennung Israels und den Vorschlag der Zwei-Staaten-Lösung vor drei Jahren gewann, und den Arafat bei seinem Auftritt auf der UNO-Vollversammlung in Genf (1989) noch untermauern konnte, hat die PLO weitgehend verloren. Die wichtigsten arabischen Regimes haben ihre finanzielle und materielle Unterstützung eingestellt oder stark verringert.

Die PLO war offiziell nicht an den laufenden Verhandlungen um das Zustandekommen der Friedenskonferenz beteiligt; Baker sprach aber mehrmals mit zwei palästinensischen Führungspersönlichkeiten, Faisal Husseini und Hanan Mikhail-Ashrawi, über die Konditionen einer Teilnahme der Palästinenser. Beide sind de facto Delegierte der PLO, haben aber offiziell keinen Status.

Die PLO versicherte, daß sie auf Basis der Beschlüsse des Palästinensischen Nationalrats (PNC) vom November 1988 verhandeln wolle: Umsetzung der UN-Resolutionen 242 und 338, eine Zwei-Staaten-Lösung bei Anerkennung des Staates Israel. Außerdem nannte Arafat vier Essentials für einen dauerhaften Frieden: 1. Das Recht auf Selbstbestimmung. 2. Die "palästinensische Teilnahme (an den Verhandlungen) im Einklang mit der Entscheidung der PLO" (d.h. Nominierung der palästinensischen Vertreter durch die PLO). 3. Es muß auch

über Ostjerusalem verhandelt werden. 4. "Sofortiges Ende jeder Siedlungsaktivität in allen besetzten Gebieten".

Grundsätzlich hat sich eine Mehrheit in der PLO seit langem für die Teilnahme an Friedensverhandlungen mit Israel ausgesprochen, wenngleich es dagegen erhebliche Einwände der PFLP und der DFLP gibt. Auch in den besetzten Gebieten und seitens der Intifada-Führung ist die Haltung offenbar sehr viel skeptischer als die offizielle PLO-Politik.

Auf dem Treffen des Nationalrats in Algier Ende September hat sich mit großer Mehrheit die Auffassung durchgesetzt, daß die Palästinenser sich gezwungenermaßen unter den ihnen von Israel und den USA diktierten Bedingungen an den Verhandlungen beteiligen müssen, da Nichtbeteiligung die schlechteste aller Optionen wäre.

Die Entscheidung des Nationalrats, nur "Voraussetzungen" für den Erfolg der Verhandlungen zu formulieren, aber keine Vorbedingungen für eine Teilnahme zu stellen, spiegelt die derzeitige geschwächte Stellung der PLO wider. Genau besehen ist der Beschluß extrem unpräzise und überläßt den Führungsgremien der PLO die Entscheidungen, ohne Richtlinien für die Politik zu formulieren.

In der letzten Phase der Vorgespräche hing die Entscheidung, ob es zu der Friedenskonferenz kommt, nur an einem drittklassigen Formalstreit: Wie kann man die Zusammenstellung der palästinensischen Vertreter (im Rahmen der jordanischen Delegation) so gestalten, daß Israel sich auf den Standpunkt stellen kann, die PLO sei nicht vertreten, während die PLO den Anschein wahren kann, sie habe die palästinensischen Vertreter selbständig und ohne israelisches Veto ausgesucht?

Selbst wenn das Problem jetzt gelöst scheint, hat Israel sich vorbehalten, die Verhandlungen am Punkt PLO jederzeit platzen zu lassen. Ein Grund wäre beispielsweise, wenn ein palästinensisches Delegationsmitglied während der Verhandlungen seine Loyalität mit der PLO bekundet oder zwischendurch zu Beratungen mit der PLO-Spitze nach Tunis fliegt. Überhaupt jede Art von "Eingreifen" der PLO in die Verhandlungen könnte, so Schamir, für Israel ein Anlaß zum Ausstieg sein. Auch die Frage der nordkoreanischen Scud-Lieferungen an Syrien könnte Israel zum Anlaß nehmen, die Verhandlungen abzubrechen oder Syrien zum Abbruch zu provozieren, etwa durch eine Militäraktion. Falls Schamir so absolut wie bisher dabei bleibt, nicht über die Rückgabe besetzter Gebiete zu sprechen, wird jedenfalls bald ein Grund für das Stagnieren des "Friedensprozesses" benötigt werden.

D., Westberlin, und Kt., Hamburg

(19.10.91)

20. El Salvador: Erste Verhandlungsergebnisse. Das Abkommen von New York

Rubrik: El Salvador · CD-Datei: daten/aksuche/ak335/20.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:335:20

Die Befreiungsbewegung "Farabundo Marti" (FMLN) und die ultrarechte Regierung El Salvadors unterzeichneten am 25. September in New York ihre bisher wichtigste Vereinbarung. Beim Folgetreffen, das am 12. Oktober in Mexiko begann und zeitlich unbefristet ist, wird nun über eine Feuerpause, die Zukunft der Armee und die Modalitäten für die legale politische Arbeit der FMLN verhandelt. Ergebnisse dieser Gespräche lagen uns bei Redaktionsschluß noch nicht vor. Zum Abkommen von New York: als der Guerillakommandant Fermán Cienfuegos dessen Inhalt kommentierte, betonte er, daß es notwendig sei, "mit Röntgenaugen zu lesen". Dabei fiel uns auf, daß, soweit überhaupt vermeldet, wichtige Punkte in der hiesigen Presse sinnentstellend falsch berichtet wurden.

Wir stellen deshalb das verabschiedete Originaldokument in den wichtigsten Grundzügen vor. Wir gehen auch auf die drei vorangegangenen, weitgehend ergebnislosen Gesprächsrunden ein und bewerten die Übereinkunft und die Ausgangspositionen für die laufenden vertraulichen Unterredungen vor diesem Hintergrund. Außerdem fassen wir den Stand der militärischen Auseinandersetzungen zusammen.

Nach dem Abkommen von México D.F. (27.4.1991) schien es zunächst so, als habe die ultrarechte Regierung El Salvadors ihren Widerstand gegen eine Verhandlungslösung endgültig aufgegeben. Neben einer Justiz - und Wahlrechtsreform wurde die Bildung einer "Wahrheitskommission" vereinbart, die unter UNO-Aufsicht die bisher verübten Menschenrechtsverletzungen aufklären soll. Darüberhinaus einigte man sich im Grundsatz "auf die Unterordnung der Armee unter die zivile Macht" und die Schaffung einer neuen, "zivilen Nationalpolizei". Wenngleich nach 24 Verhandlungstagen lediglich ein Teilabkommen erzielt wurde, so waren sich die Beobachter doch einig, daß damit ein Durchbruch gelang. Vor allem insofern, als sich die Regierungsseite erstmals auf konkrete Zugeständnisse einließ, welche für die Demokratisierung der Gesellschaft unverzichtbar sind. (1) Der einstimmige Beschluß des UNO-Sicherheitsrates, (21. Mai 1991) eine UNO-Beobachter-Kommission (ONUSAL) nach El Salvador zu entsenden, war ein weiterer Schritt nach vorne. ONUSAL begann am 26. Juli mit 225 Juristen und Polizisten vor Ort zu arbeiten. Die Aufgaben: Überprüfung der aktuellen Menschenrechtslage und Überwachung der Umsetzung bereits getroffener Abkommen. Indessen brachen die noch rechts von der Regierungspartei stehenden Verhandlungsgegner, Teile der Armee und Großgrundbesitzer, eine Kampagne gegen die Haltung der ultrarechten Regierung Cristiani vom Zaun. Diese verrate das Vaterland.

Drei Runden ohne konkrete Ergebnisse

Unter diesem Druck wurden die Unterredungen in Carabellada (Venezuela) vom 25. Mai bis zum 2. Juni auf höchster Ebene fortgesetzt. Die Tagesordnungspunkte: "Streitkräfte" und "Waffenstillstand". Von vielen Seiten wurde erwartet, daß der endgültige Durchbruch gelänge. Aufgrund des kontroversen Gesprächsverlaufs wurde jedoch nach einer Woche der Rückzug beider Seiten vereinbart, um jeweils interne Beratungen durchführen zu können. Es konnte kein gemeinsames Ergebnis der Gespräche vorgelegt werden. Dennoch betrachteten beide Seiten den Verhandlungsprozeß nicht als unterbrochen.

In Carabellada hatte jedoch - von der Öffentlichkeit kaum beachtet - die Regierungsseite ihre Haltung wieder erheblich verhärtet. Dies läßt sich in vertraulichen Unterlagen auch detailliert nachlesen. Die Regierungsdelegation forderte überraschend 45 Veränderungen der dritten Version des UNO-Arbeitsdokuments zur Frage der Streitkräfte, davon 22 substantielle. Bis dahin galten 90% des UNO-Papiers bereits als abgehakt. Dieses der Öffentlichkeit bisher nicht bekannte Dokument, dessen dritte Fassung beiden Seiten am ersten Tag des Treffens in Carabellada als Verhandlungsgrundlage unterbreitet wurde, ist schon seit Oktober 1990 Gegenstand der Debatte und bereits mehrmals zugunsten der Regierungsposition verändert worden. Die Regierungsseite weigerte sich, auch vorher von ihr bereits abgesegnete Positionen zu akzeptieren. Beispielsweise den Passus, daß die Verringerung der Streitkräfte "substantiell" sein müsse. Statt der "Säuberung" der Sicherheitskräfte wollte sie lediglich einer "Evaluierung" zustimmen. Das Kapitel "Ende der Straflosigkeit" für uniformierte Menschenrechtsverletzer, über das vorher noch Einigkeit bestanden hatte, sollte nun einfach gestrichen werden. Die geforderte "Abschaffung der

Sicherheitskräfte" (Nationalpolizei, Finanzpolizei und Nationalgarde) und die Schaffung einer neuen, zivilen Ordnungskraft sollte nach dem Willen der ultrarechten Regierung nun so vonstatten gehen, daß die drei existierenden repressiven Institutionen einfach zu einer neuen zusammengefaßt werden.

Regierung und Armee spielten ein doppeltes Spiel: In der Öffentlichkeit gaben sie den Anschein, daß die Verhandlungen gut liefen. Sie ließen ständig anklingen, daß der Waffenstillstand bereits kurz bevorstehe. Am Verhandlungstisch nahmen sie Zugeständnisse zurück. Parallel dazu begann die Armee eine Serie von großangelegten militärischen Operationen gegen die von der Befreiungsbewegung kontrollierten Zonen. Auch gegen die legale Massenbewegung ging die Armee hart vor, insbesondere gegen die Landbesetzungen von Campesinos sowie gegen die Aktionen von städtischen Elendsviertelbewohnern. Dabei wurden - nur um ein Beispiel zu nennen - am 7.7.1991 die Büros der "Koordination von Elendsviertel-Gemeinden" (CCM) während einer Sitzung umstellt. In der folgenden Nacht wurden sie durchsucht und verwüstet. Dabei wurde Martin Ayala Ramirez ermordet und seine Frau Maria Leticia Campos schwer verletzt. Die Täter, uniformierte Mitglieder der Nationalpolizei und des Militärs, hackten ihr Hände und Brüste ab und brachten ihr mit einer Machete vielfältige andere Verletzungen bei.

In diesem Klima wurden die Gespräche vom 16. Juni bis zum 22. Juni in Querétaro (Mexiko) fortgesetzt. Die Themen: "Streitkräfte" und "Waffenstillstand". Es wurde über Einzelheiten bezüglich der Konzeption des Waffenstillstandes, der Trennung der bewaffneten Kräfte und den Wiederaufbau der öffentlichen Verwaltung in den Gebieten unter Kontrolle der FMLN gesprochen. Das Grundproblem, welches bedingte, daß diese Runde zwar gewisse Fortschritte brachte, jedoch schließlich ohne greifbare Ergebnisse endete, bestand darin, daß die Regierung die These von der Existenz zweier Streitkräfte (Armee und Guerilla) nicht akzeptieren wollte. Sie war auch nicht bereit, anzuerkennen, daß ein militärisches Gleichgewicht zwischen beiden Kräften besteht. Im übrigen behielt sie ihre oben skizzierten Grundpositionen bei. Die Befreiungsbewegung "Farabundo Marti" verstärkte ihre militärischen Operationen während der Gespräche in Querétaro. Am spektakulärsten war dabei der sechsstündige Angriff auf das Gefängnis Mariona, der in der Nacht des 17. Juni stattfand. 132 Häftlinge, darunter 35 politische Gefangene, konnten aus dem wichtigsten Gefängnis des Landes fliehen, das im Norden San Salvadors liegt. Die Guerilla hatte fünf Tote zu beklagen. Zwei Soldaten und eine Zivilperson wurden getötet und acht weitere Militärs und Gefängniswärter verletzt.

Beim nächsten Treffen, das vom 9.-11. Juli wieder in México D.F. stattfand, nahm die Arbeitsgruppe zum Waffenstillstand von vorneherein nicht teil. Beide Seiten stimmten darin überein, daß erst politische Vereinbarungen über die anderen Themen erzielt werden müssen. Die lediglich dreiköpfigen, jedoch hochrangigen Delegationen sprachen erneut über die Streitkräfte, die Wirtschafts- und Sozialpolitik und politische Aspekte des Waffenstillstandes, insbesondere den Eintritt der FMLN ins legale politische Leben. Es waren weder Fortschritte noch ein gemeinsames Abkommen zu verzeichnen. Die Gespräche waren - wieder einmal - festgefahren. Da sie laut Absprache mit der UNO streng vertraulich sind, hatte die Guerilla zudem kaum politische Möglichkeiten, die doppelbödige Taktik der Regierung offenzulegen. Es zeigte sich erneut, daß die Vertraulichkeit der Gespräche vor allem der Regierung nutzt und den Aufständischen politisch schadet.

Die Taktik der FMLN: Zuckerbrot und Peitsche

In dieser komplizierten Lage griff die FMLN auf ihre bereits bewährte Taktik zurück, um die Verhandlungen wieder in Gang zu bringen: Sie intensivierte die militärischen Attacken besonders in der Hauptstadt San Salvador erheblich und signalisierte gleichzeitig Bereitschaft zu weiteren Zugeständnissen.

Unmittelbar vor den Unterredungen in México D.F. (9.-11. Juli) begann das "Nationale Heer für die Demokratie" (END) - so heißen die Guerillakräfte der FMLN jetzt offiziell - eine Offensive. Unter der trotzigen Losung: "Wenn die Streitkräfte unsere Waffen wollen, dann müssen sie den Krieg gewinnen", griff es in sieben von vierzehn Departements an, um die "kriegstreiberischen Sektoren und ihre Finanziers zu entmutigen" und Druck zugunsten einer Verhandlungslösung auszuüben. Die FMLN brachte dem Feind in wenigen Tagen 527 Gefallene (Tote und Verwundete) bei und eroberte Waffen, Ausrüstung und Munition. Dabei spielten besonders die Attacken in der Hauptstadt und an deren Peripherie die wichtigste Rolle. Diese Angriffe belegten die anhaltende Offensivkraft der Guerilla, faßte die Jesuitenuniversität (UCA) zusammen. Radio Venceremos gab bekannt, daß die FMLN der Armee im ersten Halbjahr 1991 insgesamt 4684 Gefallene (Tote und Verwundete) zugefügt habe, darunter 50 Offiziere. Außerdem habe die Guerilla der Armee 269 Gewehre, 20

Maschinengewehre, 13 LOW-Raketenwerfer und 26 Funkgeräte abgenommen. Desgleichen unternahm sie 828 Sabotageakte gegen die Infrastruktur zur Stromversorgung. Diese Fakten zeigen das anhaltend hohe Niveau der kriegerischen Auseinandersetzungen mit dem entsprechenden Blutzoll auf beiden Seiten und den Folgekosten für die Infrastuktur des Landes. Wenngleich die FMLN die strategische Initiative an sich gerissen hat, ist sie dennoch nicht in der Lage, einen militärischen Sieg zu erringen. (2) Diese Offensive verdeutlichte aber einmal mehr, daß alle Hoffnungen der Armee, die FMLN befinde sich aufgrund des Niedergangs des RGW und der Wahlniederlage der Sandinisten in einem Prozeß der Schwächung, realitätsferne Wunschvorstellungen sind.

Die erwähnten politischen Zugeständnisse der FMLN sind sowohl formaler, als auch inhaltlicher Natur. Die Befreiungsbewegung präsentierte einen neuen Verfahrensvorschlag, über den Fortgang der Verhandlungen. Nun sollen nicht mehr in zwei großen Schritten erst politische Abkommen und ein Waffenstillstand und danach die Modalitäten zur Integration der FMLN in den politischen Prozeß diskutiert werden. Vielmehr strebt die FMLN jetzt an, beide Phasen zusammenzuziehen, um in möglichst kurzer Zeit eine Feuerpause zu erreichen. Die Befreiungsbewegung will damit offenbar zweierlei: erstens soll unterbunden werden, daß die Regierung ständig hinter bereits einmal festgeschriebene Positionen zurückfällt. Dies war das zentrale Problem der drei ergebnislosen Runden. Zum anderen soll damit die Regierung gezwungen werden, nicht nur über das Thema "Waffenstillstand" zu verhandeln und alle übrigen Punkte auf später zu vertagen. Damit nimmt die FMLN endgültig Abschied von ihrer ursprünglichen Idee, erst über alle relevanten Fragen politische Abkommen zu schließen, bevor sie zum Abschluß über die Feuereinstellung verhandelt. Sie hat sich weit an die Regierungsposition angenähert, die schon seit jeher zuerst den Waffenstillstand forderte, um dann ohne den Druck von militärischen Operationen der Aufständischen über die restlichen Fragen zu sprechen. Was die inhaltlichen Zugeständnisse der Revolutionäre El Salvadors angeht, so untersuchen wir diese anhand des Vertragstextes von New York.

Die Runde von New York (16.-25.9.1991)

Während die Armee die kontrollierten Zonen der Guerilla angriff, eine Todesschwadron Mirtala Lopez (CRIPDES) ihre Ermordung androhte und in anonymen TV-Werbespots bekannte Vertreterinnen der Basisbewegung verleumdet wurden, trafen sich am 16. September in New York FMLN und Regierung erneut zu Verhandlungen. Die gesamte Generalkommandantur der Guerilla nahm an den Gesprächen teil, die am Sitz der Vereinten Nationen stattfanden und bis zum 25. September andauerten. Auch Präsident Cristiani war in New York zugegen, beteiligte sich jedoch lediglich indirekt am Tauziehen. Am 25. September präsentierte der UNO-Beauftragte Alvaro de Soto der Öffentlichkeit das bisher weitestgehende Abkommen. Es besteht aus zwei Teilen: dem Hauptteil mit dem Titel "Das Abkommen von New York" und einer Zusatzvereinbarung: "Die komprimierten Verhandlungen", die Teil des Abkommens ist. In den acht Punkten des Hauptteils werden die in New York erzielten Ergebnisse festgeschrieben und in der Zusatzvereinbarung ist festgelegt, wie die Gespräche zukünftig weiterzuführen sind. (3)

In Punkt 1 wird die Bildung einer "Nationalen Kommission für die Konsolidierung des Friedens" (COPAZ) geregelt. Dieses Gremium dient "der Kontrolle und Beteiligung der zivilen Gesellschaft an den Umgestaltungen". Es "besteht aus zwei Mitgliedern der Regierung, eingerechnet ein Vertreter der Streitkräfte, zwei Vertretern der FMLN und Vertretern jeder Partei". Der Erzbischof von San Salvador und ein Delegierter von OUNSAL nehmen als Beobachter teil. COPAZ hat jedoch laut Vertragstext keine "exekutive Macht", wie die FR am 28.9.1991 fälschlicherweise meldete, sondern ausschließlich beratende Funktion. Das Gremium soll die Umsetzung der Vereinbarungen in direktem Kontakt mit der UNO überwachen und muß konsultiert werden, wenn dabei Streitfälle auftreten. COPAZ hat weiterhin Inspektionsvollmachten und Zutritt zu jeder Aktivität und zu allen Orten. Dieses Gremium hat "vorübergehenden Charakter und wird aufgelöst, sobald die Umsetzung der Friedensabkommen beendet ist".

Bei COPAZ, dessen konkrete personelle Zusammensetzung noch nicht feststeht, handelt es sich also im Grunde um ein provisorisches politisches Gremium, das politisch-diplomatischen Druck ausüben kann und soll, damit die unterzeichneten Abkommen auch tatsächlich umgesetzt werden.

In den Punkten 2 bis 5 geht es um die Zukunft der Armee. Unter Punkt 2, "Säuberung", wurde beschlossen, "auf Grundlage der Beurteilung all ihrer Angehörigen durch eine ad-hoc-Kommission einen Säuberungsprozeß in den Streitkräften durchzuführen", wobei die "Armee mit zwei Vertretern" beteiligt ist.

Bisher steht die Zusammensetzung Auswahlkommission, die eine vorentscheidende Rolle für das Untersuchungsergebnis spielen dürfte, noch nicht fest. Daß daran auch Militärs beteiligt sein werden, stellt ein inhaltliches Zugeständnis der FMLN dar.

Punkt 3, "Verkleinerung der Streitkräfte", besagt, daß Kriterien, Regeln und ein Plan zur Reduktion der Streitkräfte von den Vertragspartnern beschlossen werden. Deren verbleibende Größe muß erst noch ausgehandelt werden, ebenso wie die Bestimmungen zur konkreten Umsetzung dieses Punktes.

Unter Punkt 4, "Doktrin der Streitkräfte", wurde beschlossen, "ein Abkommen zur Neudefinition der Streitkräfte zu erarbeiten". In Zukunft sollen die Streitkräfte die Menschenwürde achten, den verfassungsmäßigen Autoritäten unterworfen sein und zur Verteidigung der staatlichen Souveränität nach außen eingesetzt werden. Diese Umorientierung des Aufgabenbereiches der Armee - bisher bekämpfte sie unter der "Doktrin der nationalen Sicherheit" den "inneren Feind" - auf die Verteidigung der Landesgrenzen, soll durch ein neues "Ausbildungssystem der Streitkräfte" begleitet werden. Unter Punkt 5 heißt es dazu, daß Abkommen zu schließen sind, die gewährleisten, daß die Ausbildung im Geiste von Demokratie, Menschenrechten und Verfassungstreue erfolgt.

Die Tatsache, daß die Regierungsseite überhaupt bereit war, die Reduktion, Säuberung und ideologische Neuorientierung der Armee zu unterschreiben, ist ein Erfolg für die FMLN. Welches Gewicht diesen Vertragsteilen allerdings beikommt, kann erst beurteilt werden, wenn die bislang fehlenden konkreten Zahlen, Zeiträume und Ausführungsbestimmungen vorliegen. Bisher handelt es sich lediglich um eine Willenserklärung. Eins ist aber jetzt schon klar: die FMLN hat damit ihre Forderung nach "der völligen Abschaffung der Streitkräfte" und der "völligen Entmilitarisierung der Gesellschaft und das Ende des Militarismus" als kurz- und mittelfristiges politisch-praktisches Ziel aufgegeben.

In ihrer programmatischen "Erklärung an die Nation" vom 24. September 1990 hatte die Guerilla noch davon gesprochen, daß "die völlige Entmilitarisierung der Gesellschaft und das Ende des Militarismus, die wichtigste Grundlage für das Bestehen einer wirklichen Demokratie" sei. Es könne also nicht hingenommen werden hieß es weiter, daß die Armee der Reichen weiter bestehe, wenn sich die Armee der Armen, die FMLN, auflösen solle. (4)

Wie groß die Zugeständnisse in dieser entscheidenden Frage letzlich sind, wird sich zeigen, wenn die Einzelheiten zur Zukunft der Armee auf dem Tisch liegen. Da die FMLN derzeit weder die nötige politische noch die militärische Macht hat, um das gänzliche Verschwinden der Armee zu erzwingen, hoffen die Revolutionäre, mit der Verkleinerung und Zähmung der Armee einen Prozeß in Gang zu setzen, der sie ihrem programmatischen Ziel einer entmilitarisierten Gesellschaft näher bringt. Vor wenigen Tagen antwortete der Kommandant Francisco Emilio Mena Sandoval (ERP), Mitglied der militärischen Führung der Guerilla, auf Nachfragen des Autors zu diesem Thema: "Wir machen uns über den Charakter dieser Armee keinerlei Illusionen. Wir haben nicht vergessen, welche Verbrechen sie verübt hat und noch verübt. Aber unter den gegebenen weltpolitischen Bedingungen und unter Berücksichtigung der Tatsache, daß wir weder jetzt noch in naher Zukunft militärisch siegen können, müssen wir realistisch sein, sehr realistisch. Wir können jetzt nur erste Schritte hin zur Entmilitarisierung einschlagen, mehr ist einfach praktisch nicht drin." Ob er denn an die Idee einer der Demokratie verpflichteten Armee glaube, schließlich gebe es da sehr skeptisch stimmende Beispiele, wie Chile oder aktuell Haiti. Sandoval: "Wir verfolgen die Vorgänge in Haiti sehr genau und wir sind uns auch der Bedeutung dieser Vorfälle bewußt. Sie zeigen einmal mehr, wie berechtigt unsere Forderung nach völliger Entmilitarisierung ist."

Im Punkt 6, "Zivile Nationale Polizei", ist der unverzügliche Beginn der Bildung einer neuen zivilen Polizei (PNC) angesprochen, wobei laut Vertragstext "neues Personal", gemeint sind Angehörige der Guerilla, eingegliedert werden soll. Einzelheiten sind noch zu klären. Es ist jedoch entgegen anderslautenden Pressemeldungen (FR, 27.9.1991) im Abkommen mit keinem Wort die Rede davon, daß "FMLN-Offiziere" in die neue Polizei gehen werden. Wieviele und welche Guerillas in die neue Polizei integriert werden ist - derzeit - noch offen. Ähnlich wie bei der Armee ermöglicht erst ein genaues Studium der noch fehlenden konkreten Ausführungsbestimmungen eine fundierte Einschätzung. Es zeichnet sich jedoch bereits ab, daß damit der FMLN auf jeden Fall ein gewisser Einfluß auf eine legale bewaffnete Formation zugestanden wird. Ob und inwieweit dies auch als bewaffneter Gegenpol zur militärisch überlegenen Armee gedacht ist, muß sich noch erweisen. In Punkt 6 heißt es weiter, daß die Nationalgarde (GN) und die Finanzpolizei (PH) als öffentliche

Sicherheitskräfte aufgelöst werden. Damit verschwinden diese notorisch kriminellen Verbände mit über 6000 Angehörigen. Dies ist als voller Erfolg der Guerilla zu werten. Damit wird auch die bisherige logistische Hauptbasis der Todesschwadronen ausgehoben.

Im Punkt 7, "Soziales und wirtschaftliches Thema", heißt es, daß "die derzeitigen Besitzverhältnisse in den Konfliktzonen respektiert werden". Dies bedeutet für zehntausende Menschen, die seit vielen Jahren sehr eng mit der Guerilla zusammenarbeiten, einen konkreten ökonomischen Sieg und die Sicherung ihrer bescheidenen Existenzgrundlage. Darüberhinaus wird die Fortführung der Agrarreform angekündigt. Grundbesitz, der die Höchstgrenze von 245 Hektar übersteigt, soll an Campesinos verteilt werden. Die Kreditpolitik der Regierung soll überprüft und die Last der wirtschaftlichen Anpassungsprogramme gelindert werden. Insgesamt hat sich in diesem Punkt die Befreiungsbewegung durchaus achtbar aus der Affäre gezogen und der Rechten gewisse wirtschaftliche Zugeständnisse zugunsten der Bevölkerungsmehrheiten abgerungen. Dies war nicht unbedingt zu erwarten. Im Punkt 8 ist der weitere Ablauf der Gespräche festgelegt.

Die Runde von México D.F. (Beginn: 12. Oktober)

Alle genannten Punkte müssen noch konkretisiert und mit Ausführungsbestimmungen versehen werden. Auch andere noch offene Themen wie die Bestrafung von uniformierten Menschenrechtsverletzern etc. sind zu vereinheitlichen. Dies soll nun in Mexiko erfolgen. Dazu sollen die Verhandlungen gestrafft werden. Dies wurde bereits in New York in dem Zusatzabkommen mit dem Titel "Die komprimierten Verhandlungen" geregelt. Es ist geplant, in der laufenden Runde "eine Vereinbarung der Beendigung der bewaffneten Auseinandersetzung" zu erzielen und für die "Aufstellung von Garantien und Bedingungen" zu sorgen, "die für die Wiedereingliederung der FMLN-Mitglieder notwendig sind". Es ist davon auszugehen, daß sich die Unterredungen, die erneut vertraulich und auf höchster Ebene laufen, über längere Zeit hinziehen.

Indessen gehen die bewaffneten Aktionen beider Seiten weiter. Dennoch ist damit zu rechnen, daß weitere Abkommen und schließlich auch ein Waffenstillstand folgen. Die FMLN ist dazu bereit und die Regierung hat letztlich, ob ihr das nun gefällt oder nicht, auch keine andere Wahl, als sich darauf einzulassen. Bräche sie die bereits unterschriebenen Abkommen, würde ihr das lediglich gravierende politische Nachteile bringen, ohne daß sie daraus militärische Vorteile ziehen könnte. Wir dürfen nicht vergessen, daß die Verhandlungen letzlich nichts anderes als ein Reflex der real existierenden politischen, wirtschaftlichen und militärischen Kräftekonstellationen sind. Und die sind nun einmal so, daß auf absehbare Zeit hin weder die FMLN noch die Regierung einen vollständigen Sieg über die jeweils andere Seite davontragen kann. Der ak wird weiter berichten.

Al., Nürnberg (14. 10. 1991)

Anmerkungen

1) Zu den Vereinbarungen von México D.F.: ak 330, El Salvador: Erstes Abkommen über Reformen, 6. Mai 1991, S. 24f; ak 331, El Salvador: Die Vereinbarungen von Mexiko, 3. Juni 1991, S. 23; ECA Nr. 511, San Salvador Mai 1991, S. 391-430; ECA Nr. 412 San Salvador Juni 1991, S. 519-538

2) Alle Angaben nach: Proceso Nr. 482, San Salvador, 24. Juli 1991, S. 9ff; Proceso Nr. 484, San Salvador, 21. August, S. 4ff

3) Alle folgenden Zitate stammen aus den "Vereinbarungen von New York", die am 25. 9. 1991 der Presse übergeben wurden. Der vollständige Text kann im Original oder in deutscher Übersetzung über Radio Venceremos, Scharnhorststr. 6, 5000 Köln 60 bezogen werden. Telefon: 0221/76 58 52; Telefax: 0221/76 58 89

4) Alle Zitate aus: FMLN, "Erklärung der FMLN an die Nation", El Salvador, 24. September 1990, S.2f. Der vollständige Text kann im Original oder in deutscher Übersetzung über Radio Venceremos bezogen werden.

21. Namibia: Das erste Jahr

Von Johny Lenaerts (Windhoek)

Autor: Johny Lenaerts · Rubrik: Imperialismus und Weltwirtschaft; Namibia · CD-Datei: daten/aksuche/ak335/18.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:335:18

Am 21. März 1991 war Namibia ein Jahr unabhängig. Ein Jahr ist zu kurz, um schon von eingreifenden Veränderungen sprechen zu können. Für die knapp anderthalb Millionen Einwohner dieses immensen Halbwüstenlandes ist jedenfalls in nächster Zeit nicht viel zu erwarten. Präsident Nujoma hat die Bevölkerung aufgerufen, den Gürtel enger zu schnallen: "Viele von uns, deren Haare so grau sind wie die meinen, werden sich darauf einrichten müssen, nur einmal am Tag zu essen, damit die Kinder drei ganze Mahlzeiten bekommen."

Wohlstand wird auf die Zukunft vertagt. Ob die Bevölkerung nach hundert Jahren kolonialer Beherrschung und dreiundzwanzig Jahren bewaffneten Befreiungskampfes die notwendige Geduld aufbringen wird, das ist eine andere Frage.

I Erblast der südafrikanischen Herrschaft

1. Ungleiche Einkommensverteilung

Namibia ist ein reiches Land mit einer armen Bevölkerung. Das ist bei den meisten Ländern der "Dritten Welt" der Fall, aber in Namibia hat dies Paradoxon extreme Ausmaße angenommen. Das Land ist reich an Diamanten, Uran und anderen Mineralien, hat ergiebige Fischgründe in Küstennähe und gute Voraussetzungen für kommerzielle Landwirtschaft und Viehzucht. Das Bruttonationalprodukt pro Kopf der Bevölkerung ist das zweithöchste in Schwarzafrika (1988: 1273 US-Dollar). Aber diese Angabe vermittelt einen sehr falschen Eindruck, denn durch die Auswirkung der kolonialen Wirtschaft und der Apartheid ist der Reichtum sehr ungleich verteilt. In Namibia besteht eine "duale" Ökonomie, in der 70 Prozent der Bevölkerung in einem Dritte-Welt-Zustand lebt, 25 Prozent in einem Übergang zwischen Dritter und Erster Welt, und nur fünf Prozent den Lebensstandard der Ersten Welt erreicht. Dieser krasse Unterschied fällt vor allem in der Hauptstadt Windhoek ins Auge. In den Regierungsvierteln in der Zentralzone wohnt die weiße Minderheit in reizenden Villen, während mehr als 80.000 Schwarze in der Township Katutura unter armseligen Verhältnissen ihr Leben fristen müssen. Dritte und Erste Welt liegen nur wenige Kilometer voneinander entfernt, in derselben Stadt.

Eine UNICEF-Studie hat beunruhigende Tatsachen über die soziale Lage ans Licht gebracht. In vielen Teilen des Landes sind 30 Prozent der Kinder unterernährt, 11,2 Prozent der Kinder sterben vor Vollendung ihres fünften Lebensjahres. Mehr als 0,5 Prozent der Frauen überleben die Schwangerschaft nicht, und 15 Prozent der Schwangerschaften enden mit einer Fehlgeburt.

54 Prozent der Familienoberhäupter in Ovamboland, dem am dichtesten bevölkerten Teil von Namibia, sind Frauen, von denen weniger als die Hälfte eine Schule besucht haben. Nur 5 Prozent der Familien in Katutura sind Besitzer einer Wohnung. Eine Durchschnittsfamilie muß die Hälfte ihres kargen Einkommens für die Miete ausgeben.

In Ovamboland gibt es in 95 Prozent der Häuser weder Elektrizität noch sanitäre Einrichtungen. 85 Prozent der Bevölkerung sind auf Holz angewiesen, um ihre Nahrung zubereiten zu können. Nur 50 Prozent der Landbevölkerung haben ständig Wasser zur Verfügung, d.h. daß die Hälfte der Menschen auf dem Land in den Trockenperioden durchschnittlich zwei Stunden zu Fuß laufen muß, um Wasser zu holen. Sozialeinrichtungen wurden in den ländlichen Gebieten von dem südafrikanischen Regime fast völlig vernachlässigt.

2. Einseitige wirtschaftliche Entwicklung

Bergbau, Ackerbau, Fischfang und Viehzucht - der primäre Sektor - machten 1989 zusammen fast 90 Prozent des Gesamtexports aus. Die namibische Ökonomie hat eine extreme Exportorientierung, aber das Land selbst konnte davon wenig profitieren. Die Preise für Produkte aus dem primären Sektor - Rohstoffe und Lebensmittel - sind niedrig, und der Exportsektor ist zudem praktisch vollständig in der Hand ausländischer Unternehmen.

Der größte Teil der Gewinne ist ins Ausland geflossen - nach Südafrika und über die Verbindungen multinationaler Unternehmen in andere Länder.

Für die namibische Ökonomie ist der Bergbausektor am ertragreichsten. Diamanten, Uran, Kupfer und Blei sind in den etwa vierzig Bergwerken, die derzeit ausgebeutet werden, die wichtigsten Minerale. Drei große Unternehmen, die in südafrikanischem oder multinationalem (Südafrika, Großbritannien, USA) Besitz sind, haben eine Monopolposition. Damit ist Namibia noch immer an das Ausland, und vor allem an Südafrika, gefesselt.

Dies gilt sogar für die Versorgung mit Lebensmitteln. Präsident Sam Nujoma ist sich dessen sehr bewußt: "Die südafrikanischen Kolonialisten herrschten über dieses Land wie über eine Provinz von Südafrika. Namibia wurde von Prätoria absichtsvoll in eine künstliche Abhängigkeit gezwungen. Als ich dieses Land vor dreißig Jahren verließ, gab es Molkereien in Windhoek, in Gobabis, Okahandja, Outjo, Otavi, Tsumeb, Grootfontein und eine im Süden. Diese Molkereien produzierten Milch, Butter, Käse, Yoghurt. Gegenwärtig importieren wir jedoch siebenhundert Tonnen Butter aus Südafrika, und die südafrikanische Regierung ermutigt unsere Bauern nicht zufällig, Schlachtvieh zu züchten. Gegenwärtig importieren wir Milch, ebenfalls aus Südafrika. Die Rinder werden lebend nach Südafrika exportiert und dort geschlachtet; das Fleisch wird verpackt und zurück nach Namibia geschickt. Auf diese Weise verlieren unsere Bauern viel Geld, und momentan ist Fleisch in Namibia teurer als in Südafrika. Diese skrupellose Form kolonialistischer ökonomischer Ausbeutung werden wir bekämpfen."

3. Ungleicher Landbesitz

Obwohl der Bergbau der ertragreichste Sektor der namibischen Wirtschaft ist, ist die Landwirtschaft der Bereich, in dem die meisten Arbeitskräfte beschäftigt sind. Etwa siebzig Prozent der Bevölkerung sind direkt oder indirekt von den Erträgen der Landwirtschaft abhängig. Dennoch trägt dieser Sektor weniger als zehn Prozent zum Bruttonationalprodukt bei. Und dieser Teil wird fast völlig von einer kleinen Minderheit weißer Bauern erwirtschaftet.

Im landwirtschaftlichen Sektor ist der zuvor genannte "Dualismus" am tiefsten verwurzelt. Einerseits gibt es eine relativ kleine Anzahl kommerziell wirtschaftender Bauern, zum allergrößten Teil Weiße, die vornehmlich Vieh und Karakulschafe züchten. Andererseits gibt es eine sehr große Landbevölkerung, vor allem im Norden, die nur für den eigenen Bedarf produziert und damit zur Bestreitung ihres Lebensunterhalts vom Landbesitz abhängig ist. Diese Zweiteilung hat in gewissem Maße geographische Ursachen, ist aber in erster Linie eine Folge der kolonialen Vergangenheit.

Im Laufe der Zeit sind die schwarzen Bevölkerungsgruppen überall - außer an den Grenzen zu Angola und Sambia - in die weniger fruchtbaren Landesteile vertrieben worden. Wo die Deutschen sich zwischen 1884 und 1915 im "Schutzgebiet Deutsch-Südwestafrika" schon die besten Böden angeeignet hatten, entstand unter Südafrika, dem das Gebiet 1920 als Mandatsgebiet des Völkerbunds übergeben wurde, die faktische räumliche und soziale Trennung zwischen den Bevölkerungsgruppen unter den Südafrikanern. In den zwanziger Jahren wurden den Afrikanern "Reservate" zugewiesen. Später, 1966, kamen die "Homelands". 150.000 Menschen wurden gezwungen, in Gebiete zu ziehen, die zum Leben und für die Landwirtschaft fast ungeeignet waren. In diesen ehemaligen "Reservaten" oder "Homelands" sind viele Flächen noch im gemeinschaftlichen Besitz des Dorfes, und jede Familie bekommt ein Stück des Landes "leihweise" zugewiesen. Der kommunale Gebrauch des Gemeinschaftslandes ist Teil einer alten Tradition, Privateigentum am Boden ist nur bei den weißen Bauern bekannt.

Die ungleiche Verteilung zwischen reichen weißen Bauern und armen schwarzen Gemeinschaften war eine der wichtigsten Ursachen des Befreiungskampfs. Die Rückgabe des konfiszierten Landes an die rechtmäßigen Eigentümer ist eine Forderung, die unter der schwarzen Mehrheit von Namibia noch immer lebendig ist.

4. Südafrikanische Besetzung der Walfischbucht

Die Walfischbucht ist der einzige Tiefwasserhafen Namibias. Diese Enklave von 1.124 Quadratkilometern sowie zwölf Inseln vor der namibischen Küste stehen noch immer unter südafrikanischer Herrschaft. Abgesehen von dem Umstand, daß rund achtzig Prozent des namibischen Seehandels über den Hafen in der Walfischbucht abgewickelt werden, liegt die gesamte fischverarbeitende Industrie des Landes in dieser

Enklave. Gut 5.000 Namibier verdienen in den Fischfabriken ihr Brot, und etwa 25.000 Menschen sind direkt von ihnen abhängig.

Die Kontrolle über die Walfischbucht, die mehr als 1000 Kilometer von der Grenze zu Südafrika entfernt liegt, gibt dem Apartheid-Regime die Möglichkeit, Namibia zumindest wirtschaftlich im Würgegriff zu halten. Darüber hinaus behält Südafrika so faktisch eine militärische Basis innerhalb des Territoriums seines Nachbarn.

5. Soziale Zerrüttung

Der jahrelang sich hinschleppende Bürgerkrieg hat seine Spuren hinterlassen. Präsident Sam Nujoma will eine Politik der Versöhnung und der Einheit durchführen, was aber nicht immer positiv aufgenommen wird. Nujoma: "Natürlich ist es nicht einfach, nach 23 Jahren Krieg eine solche Politik zu akzeptieren. Die Menschen sind verbittert. Fast jede Familie in diesem Land hat einen Bruder, eine Schwester, eine Nichte, ein Familienmitglied verloren; die Wunden sind noch nicht verheilt, darum müssen wir die Menschen auffordern, sich geduldig und tolerant zu verhalten. Dreißig Prozent der Werktätigen dieses Landes sind ohne Arbeit. Wir sind mit mehr als 40.000 Namibiern aus der Verbannung zurückgekehrt, und damit haben wir die Anzahl der Arbeitslosen nochmals in die Höhe getrieben. Das ist ein Problem. Und es gibt auch Flüchtlinge innerhalb Namibias - diejenigen, die aus den Kriegsgebieten geflohen sind."

Der Befreiungskampf forderte mehr als 11.000 Menschenleben bei der schwarzen Bevölkerung, das ist fast ein Prozent. Eine noch größere Anzahl wurde verwundet, krank, hat seine Eltern verloren oder ist heimatlos geworden. Der Zufluß von Flüchtlingen und Verbannten hat die Wohnungsnot, vor allem in dem schwarzen Township Katutura, noch verschärft und die Mieten drastisch in die Höhe getrieben. Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot sind drückende Probleme geworden, die die Regierung vor eine schier unlösliche Herausforderung stellen.

II Die politische Entwicklung

1. Nationale Versöhnung

Nach 23 Jahren bewaffnetem Kampf und internationalem Druck auf das südafrikanische Besatzerregime wurden im November 1989 freie Wahlen unter UN-Aufsicht durchgeführt. Die SWAPO, die zum ersten Mal als legale politische Partei an Wahlen teilnahm, erhielt 57 Prozent der Stimmen, die Demokratische Turnhallen Allianz, die unter südafrikanischer Herrschaft in der Regierung vertreten war, 29 Prozent. Bevor die namibische Flagge gehißt werden konnte, mußte die verfassungsgebende Versammlung Übereinstimmung über ein Grundgesetz für das Land erzielen, wofür eine Zweidrittelmehrheit erforderlich war. Durch das Wahlergebnis - ein System proportionaler Vertretung hatte eine faire Verteilung der Sitze garantiert - waren die Parteien verpflichtet, zusammenzuarbeiten und eine Regelung zu finden, die für beide Seiten akzeptabel ist.

Das Ergebnis, das in bemerkenswert kurzer Zeit erreicht wurde, war eine liberale Verfassung mit den Prinzipien der Vereinigungsfreiheit, Meinungsfreiheit und Pluralismus. SWAPO-Führer Nujoma wurde einstimmig zum Präsidenten gewählt. Einen Monat später wurde die südafrikanische Flagge eingeholt, eine neue Nation war geboren.

Eine schmerzlose Geburt war es allerdings nicht gewesen. Mehr als siebzig Jahre südafrikanischer Herrschaft und eine langwährende Kriegssituation haben Narben hinterlassen. Die Regierung tut ihr Möglichstes, um Frieden und Stabilität zu wahren - "denn das ist der Schlüssel zu wirtschaftlicher Entwicklung", sagt Nujoma. Versöhnung anstelle Vergeltung ist die Parole geworden. Im Interesse der Stabilität hat die Regierung die Arbeitsplätze aller Staatsbeamten - größtenteils Weiße, die noch unter südafrikanischer Herrschaft ernannt wurden - garantiert.

Im Gegensatz zur der marxistisch-leninistischen Rhetorik der Zeit vor der Unabhängigkeit wurde auf ökonomischem Gebiet ein liberaler Kurs eingeschlagen; ausländische Investitionen sollen angezogen und die weißen Unternehmer im Inland nicht abgeschreckt werden. Diese Linie ist im Westen auf viel Beifall gestoßen, ist aber nicht ohne Risiko. Die Menschen, die für die neue Regierung gestimmt haben, stammen zum allergrößten Teil aus den ärmsten Schichten der Bevölkerung, und sie wollen die Früchte der Unabhängigkeit ernten können. Die namibische Regierung wird beweisen müssen, daß mit einer freien Marktwirtschaft auch die Armen ihren Nutzen von florierenden Unternehmen haben. Dies ist eine Herausforderung, mit der jeder Staat der freien Marktwirtschaft konfrontiert ist. In einem Land aber wie Namibia, mit solch extremen

Unterschieden zwischen Armen und Reichen und solchen Wunden aus der Vergangenheit, ist dies besonders drückend.

2. Demokratie

Die Verfassung, die von allen Parteien einstimmig gutgeheißen wurde, ist der gemeinsame Bezugspunkt. Ein Mitarbeiter der deutschsprachigen namibischen "Allgemeine Zeitung" fragte den deutschen Botschafter in Namibia, Harald Ganns, ob Namibia im ersten Jahr seiner Unabhängigkeit tatsächlich den Weg zur Demokratie beschritten habe.

Botschafter Ganns antwortete umfassend: "Ich will von ihrer Verfassung ausgehen, über die jeder spricht, und die überall auf der Welt große Anerkennung gefunden hat. Ich bin der Meinung, daß der Verfassungsanspruch, wie er in der Verfassung niedergelegt ist, unzweideutig demokratisch ist und hohen Anforderungen genügt. Die Verfassungswirklichkeit scheint mir hiermit weitgehend übereinzustimmen. Und ich stehe mit dieser Meinung unter den anderen hier amtierenden Botschaftern nicht alleine. Wir meinen, daß das System, das hier angewendet wird, eine authentische Demokratie ist." Als Charakteristika dieser Demokratie hob Ganns das "lebendige, durch viele verschiedene Meinungen gekennzeichnete Parlament" hervor; verwies auf die relativ große Opposition, die ungehindert ihre Meinung sagen könne, auf die "absolute Pressefreiheit" und die "funktionierende Machtteilung". Es seien natürlich auch Fehler gemacht worden, dies aber sei einer jungen Regierung allemal zuzubilligen, und er sehe eine große Bereitschaft der Regierung, aus Fehlern zu lernen.

"Insofern zweifele ich absolut nicht daran, daß von der Regierung aus diese Demokratie nicht nur funktioniert, sondern auch eine Zukunft hat. Was mir Sorgen macht, ist von ganz anderer Art. Demokratie kann natürlich nur dann funktionieren, wenn alle Bürger des Landes den Eindruck haben, daß die Regierung für sie ist, daß für sie gesorgt wird, daß soziale Ungerechtigkeiten abgebaut werden. Das hängt natürlich sehr stark davon ab, ob die Regierung das kann, ob sie die notwendigen finanziellen Mittel dazu hat. Es ist kein Geheimnis, daß Namibia gegenwärtig auf ökonomischem Gebiet eine sehr schwierige Periode durchläuft. Das ist zum größten Teil gar nicht Namibia selbst vorzuwerfen, das hängt mit der Verflechtung mit Südafrika zusammen und mit dem Zustand der Weltwirtschaft. Es besteht natürlich die Gefahr, daß die hohen Erwartungen, die es in breiten Schichten der Bevölkerung gibt, nicht so schnell erfüllt werden können, wie es zu wünschen ist. Das ist natürlich ein potentieller Unruhefaktor, der mir Sorgen macht: Die wirtschaftlichen Umstände beunruhigen mich mehr als die Frage, ob hier nun wirklich Demokratie besteht. Das letztere kann ich unzweideutig bestätigen."

III Die Politik Der SWAPO-Regierung

Die Oppositionsparteien sind erfreut, daß die "revolutionäre SWAPO" den "wissenschaftlichen Sozialismus" beiseitegeschoben hat. Nationalisierung ist nicht mehr Bestandteil der Regierungspolitik. Minister Ben Amathila hat sogar erklärt, der privatwirtschaftliche Sektor sei das Herz für den Wohlstand in Namibia. Premierminister Geingob formuliert es so: "Wir haben in unserer Verfassung bestimmt, daß eine gemischte Wirtschaft geschaffen werden soll, die in gewisser Hinsicht eine gewisse Form des staatlichen Engagements auf bestimmten Gebieten vorsieht. Wenn man es mit einer Ökonomie wie der von Namibia zu tun hat, die zum Vorteil des einen Sektors so ungleichgewichtig ist, und wenn es der freien Marktwirtschaft nicht gelingt, das zu korrigieren, dann muß jemand engagiert werden und sagen: 'Du mußt hier etwas dran tun.' Eine Staatsintervention auf bestimmten Gebieten wird also erforderlich sein. Aber wir sind gleichzeitig gegenüber einer freien Marktwirtschaft völlig offen. Deshalb auch haben wir unsere Geschäftsleute in diesen Prozeß einbezogen. Wir haben ihnen gesagt: 'Ihr seid die Schöpfer des Reichtums und die Regierung verteilt ihn.' Darum arbeiten wir also in Partnerschaft."

Wie wirkt sich nun diese Politik auf die Probleme aus, die das Erbe der südafrikanischen kolonialen Herrschaft sind?

1. Einkommensverteilung

Premierminister Geingob bekräftigt, daß die Ungleichheit der Verteilung des Reichtums das größte Problem ist, mit dem die heutige Regierung konfrontiert ist: "Wir müssen Reichtum schaffen, um es anpacken zu können. Wir müssen Kapital nach Namibia ziehen, um kleine Industrien aufzubauen und, für den Anfang, den Bau- und den Verarbeitungssektor hochziehen, so daß Arbeitsplätze geschaffen werden können. Dem liegt der

Gedanke zugrunde, daß wir, wenn wir Arbeit schaffen können, etwas verdienen, und das beschleunigt von selbst den Prozeß der Verringerung der Kluft zwischen arm und reich."

Der Minister für Handel und Industrie, Ben Amathila, fürchtet, daß die meisten Investoren lieber in kapitalintensive Projekte investieren werden. Er erwartet daher mehr Heil vom informellen Sektor, "wo die meisten schlecht Ausgebildeten und die Menschen, die am schlimmsten von dem Apartheidssystem betroffen waren, bessere Chancen haben, ihre eigenen Probleme zu lösen - durch Self-employment oder durch Handel auf einem Niveau, das ihnen selbst am besten entspricht." Er ist fest davon überzeugt, daß Namibia langfristig die Möglichkeit hat, seine eigene Entwicklung zu finden, aber kurzfristig seien Kapitalspritzen aus dem Ausland dringend erforderlich.

Es wird jedoch in Namibia ein erheblicher Reichtum geschaffen, insbesondere in der Diamanten- und Uranförderung. Die drei großen Unternehmen dieses Sektors, die in ausländischen Händen sind und eine Monopolposition innehaben, konnten durch geschickte Kalkulationstricks oder einfach durch das Umgehen der Steuer jahrelang riesige Gewinne machen, die größtenteils ins Ausland gelangten.

Vor der Unabhängigkeit war die Ausbeutung der namibischen Mineralien zum Vorteil ausländischer Interessen ein Dorn im Auge der Befreiungsbewegung. Anfänglich beabsichtigte die SWAPO auch, den Bergbau unter staatliche Verwaltung zu stellen, um auf diese Weise den Ertrag aus den namibischen Bodenschätzen gleichmäßiger unter der Bevölkerung zu verteilen.

Inzwischen ist viel von der Rhetorik der Zeit vor den Wahlen und der Unabhängigkeit abgeschwächt. Mit der Hinwendung zur freien Marktwirtschaft ist Nationalisierung kein Programmpunkt der SWAPO mehr. Die Regierung will mit den Unternehmen zusammenarbeiten und ihre Rechte und ihren Besitz respektieren, sofern sie sich an die neue Gesetzgebung halten, die unter anderem einen Minimumlohn vorschreibt. Daneben will die Regierung anregen, daß die Konzerne mehr in Namibia investieren.

Es ist allerdings paradox: Um den Reichtum gleichmäßiger unter der Bevölkerung zu verteilen, erstrebt die Regierung noch mehr Investitionen von den großen (ausländischen) Konzernen. Als ob die Armen reicher werden würden, wenn die Reichen noch reicher sind ...

2. Diversifikation der wirtschaftlichen Aktivitäten

Es wird häufig geäußert, Namibia exportiere, was es produziert und importiere, was es braucht.

Namibia stützt sich auf relativ wenige Sektoren - Uran, Diamanten, Minerale usw. -, die den größten Teil des Exports erbringen. Dies sind vornehmlich unverarbeitete Rohstoffe. Die Regierung beabsichtigt, die Rohstoffe im eigenen Land verarbeiten zu lassen, wodurch mehr Arbeitsplätze geschaffen werden, und dann erst die Produkte zu exportieren. Im Umkreis der Minen soll also ein verarbeitender Sektor aufgebaut werden. Momentan erwirtschaftet die verarbeitende Industrie nur fünf Prozent des Bruttonationalprodukts. Seit der Unabhängigkeit hat Namibia einen größeren Zugang zu einer Anzahl von Ländern und Märkten, und dadurch, argumentiert die Regierung, würde der Handel mit bearbeiteten Produkten einen größeren Beitrag zum Bruttonationalprodukt des Landes liefern können. Daß Namibia damit noch ebenso vom Export und somit von den unkontrollierbaren Preisen auf dem Weltmarkt abhängig ist, wird dabei nicht erörtert.

Neben der Verarbeitung der Mineralien erwartet die Regierung von weiteren Sektoren einen großen Ertrag.

Der Fischfang ist ein Sektor, der mittelfristig die besten Aussichten zu bieten scheint. Namibia ist mit außergewöhnlich reichen Fischgewässern vor der Küste gesegnet. Durch systematische Überfischung während der südafrikanischen Herrschaft hat der Fischbestand jedoch stark abgenommen. International wird die namibische Wirtschaftszone nicht anerkannt, und zahlreiche Länder profitierten davon. Flotten aus allen Teilen der Welt fischten jährlich eine Million Tonnen Fisch weg. Eine der ersten Maßnahmen, die die namibische Regierung noch vor der Unabhängigkeit ergriff, war das Ersuchen an die Regierungen, ihre Fischfänger aus den namibischen Gewässern zurückzuholen. Es wurde eine exklusive Wirtschaftszone von zweihundert Seemeilen vor der Küste gezogen, zu der ausländische Fischer nur beschränkten Zugang haben.

Namibias fischverarbeitende Industrie liegt vorwiegend in der Walfischbucht, und eine positive Lösung des Streits um dieses Territorium mit Südafrika würde einen enormen Aufschwung der Wirtschaft insgesamt

bedeuten. Wenn mehr Fisch in den namibischen Häfen verarbeitet werden könnte, würde das einen größeren Ertrag für den Staatshaushalt bedeuten und Arbeitsplätze am Ort schaffen.

Ein weiterer Wirtschaftssektor, den die namibische Regierung entwickeln will, ist der Tourismus. Momentan wird Namibia von ungefähr 100.000 Touristen jährlich besucht. 70 Prozent davon kommen aus Südafrika, der Rest vorwiegend aus der Bundesrepublik Deutschland. Die Regierung hofft auf mehr Investitionen, vornehmlich aus dem privaten Sektor. Manche Dienstleistungen sollen privatisiert werden. Der Tourismus soll zur zweiten großen Industrie werden, ohne ein Massentourismusland in der Art Kenias entstehen zu lassen. Hierfür sollen mehr Touristen aus der sog. Ersten Welt, aus Europa und Nordamerika, angezogen werden.

3. Die Landreform

In fast jeder Diskussion über sozialökonomische Gleicheit kommt die Landfrage zur Sprache. Dies ist nicht verwunderlich, wenn man einen Blick auf die heutige Situation wirft: 120.000 Bauern (80 Prozent) bearbeiten 23 Mio Hektar (25 Prozent) der landwirtschaftlich nutzbaren Fläche, die in kommunalem Besitz ist, während eine winzige Gruppe von 4.200 kommerziell wirtschaftenden weißen Bauern (5 Prozent der Bauern) über mehr als eine anderthalbfach so große Fläche, nämlich 36 Mio Hektar, verfügt.

Mit großer Erwartung wurde der "Land Conference" entgegengesehen, die Ende Juni unter Leitung des Premierministers abgehalten wurde. Die mehr als 500 Delegierten, von denen alle Sektoren der namibischen Gesellschaft vertreten wurden, hatten keine Beschlußbefugnis, konnten der Regierung aber eine Anzahl von Empfehlungen für die Regierung vortragen.

Ein Sprecher nach dem anderen hielt ein feuriges Plädoyer für die Rückgabe des Landes, das sich das vorherige koloniale Regime angeeignet hatte, an die rechtmäßigen Eigentümer. Ihnen wurde nicht zugestimmt. Die "Land Conference" kam jedoch zu der Schlußfolgerung, daß die Bewilligung solcher Forderungen unmöglich sei. Sie verwarf auch das Staatseigentum von Land. Enteignung von landwirtschaftlich nutzbaren Flächen solle nur erfolgen, wenn der Eigentümer ein Ausländer ist und nicht in Namibia wohnt. Dieser Beschluß wurde gutgeheißen - "ungeachtet zahlreicher Warnungen von Teilnehmern einschließlich des Premierministers Hage Geingob, daß solche Ressentiments potentielle ausländische Investoren abschrecken könnten", wie die Anti-SWAPO Tageszeitung "The Times of Namibia" schrieb, der Beschluß müsse "in fernerer Zukunft" noch in eine Gesetzesfassung gebracht werden. "Mit großer Erleichterung haben wir vernommen, daß die Forderung, alles Land in Staatseigentum zu nehmen, schließlich vollständig abgelehnt wurde."

Damit war die Forderung nach einer Landreform auf Eis gelegt. Für die landlosen Landarbeiter wurde ein Minimumlohn und eine bessere Altersversorgung gefordert.

4. Walfischbucht und Zugang zum Meer

Die Walfischbucht ist nicht nur von entscheidender Bedeutung für die Binnenwirtschaft Namibias, sondern auch für den Handel und die wirtschaftlichen Beziehungen Namibias mit anderen Ländern der Region.

Übereinstimmend mit dem UNO-Sicherheitsrat ist die namibische Regierung der Auffassung, daß sich Südafrika aus der Walfischbucht zurückziehen muß. Vor kurzem wurden zwischen den beiden Ländern Verhandlungen aufgenommen, um zu einer friedlichen Lösung zu gelangen. Die namibische Regierung hält es nicht für erforderlich, den Konflikt dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag zu unterbreiten.

5. Unterrichts- und Sozialsystem

An vielen Fronten muß gleichzeitig gearbeitet werden, um denen, die der heutigen Regierung in den Sattel geholfen haben, einige Aussicht auf eine vernünftige Existenz bieten zu können. Die Regierung hat vier Prioritäten bestimmt, für die sie ausländische Spender zu finden hofft: Unterricht, Gesundheitsfürsorge, Wohnungsbau und Landwirtschaft.

Das Unterrichtssystem muß sich von der Erblast der Apartheidvergangenheit befreien. Auch wenn alle Schulen für alle Volksgruppen zugänglich sind, bestehen in der Praxis noch viele Hindernisse, schwarze Kinder in den ehemals weißen Schulen zuzulassen. Neue, nicht-rassistische Lehrbücher werden erarbeitet. Es besteht ein großer Mangel an Schulbüchern, Lehrern und Klassenzimmern. Eine Universität ist im Aufbau und die Windhoeker Akademie wird umstrukturiert. Verschiedentlich zeigten die Lehrer ihre Unzufriedenheit über ihr niedriges Gehalt und die schwierigen Umstände, unter denen sie unterrichten müssen.

Einem großen Teil der namibischen Bevölkerung war infolge des Apartheidsystems die Einrichtungen der Gesundheitsfürsorge nicht zugänglich. In Windhoek ist die Infrastruktur der medizinischen Versorgung mit der eines westlichen Landes zu vergleichen, aber im ganzen Ovamboland gibt es nur einige wenige Krankenhäuser. Daneben herrscht großer Mangel an primärer Gesundheitsfürsorge.

Die schwarzen Wohnviertel aus der Apartheidzeit bestehen noch immer. Sie sind jetzt kein gesetzlich vorgeschriebener Aufenthaltsort mehr, aber die Bewohner können sich Besseres nicht erlauben. In den vergangenen fünf Jahren sind die Immobilienpreise in Windhoek um mindestens 250 Prozent gestiegen. Die Regierung hofft, um das Jahr 2000 die namibische Stadtbevölkerung mit eigenen Wohnungen versorgen zu können, wofür 88.000 neue Wohnungen - also durchschnittlich 5.500 pro Jahr - gebaut werden müssen. Eine schwere Aufgabe.

Dem Landbausektor mangelt es vor allem noch an einer gerechteren Verteilung des Grundbesitzes. Aber weil die Regierung vorerst noch nicht an die Privilegien der weißen Minderheit rühren will, wurde dieses Problem auf Eis gelegt. Die Wasserversorgung und die Bewässerungsmöglichkeiten sollen verbessert werden.

IV Schlußbetrachtung

Die namibische Regierung ist der Meinung, daß ihre Politik der Einheit und Versöhnung für andere Länder des südlichen Afrika ein Beispiel ist, ein Modell für ein Südafrika nach der Apartheid. Aber es gibt einige Probleme, die der Zukunft eine schwere Hypothek auferlegen.

Die Frage der SWAPO-Gefangenen muß eilends aufgeklärt werden. Seit 1978, mehr noch seit 1985, werden Berichte über Gefangene und Folter in SWAPO- Lagern publiziert. Einige hundert der Spionage für Südafrika verdächtige aktive Anhänger der SWAPO sollen von militanten SWAPO-Führern gefoltert und ermordet worden sein. Möglicherweise ging es hier um einen Machtkampf in der SWAPO. Die nicht bestätigten Angaben aus der Zeit des Befreiungskampfes wurden während der Wahlen von den Oppositionsparteien, die hierfür auf die finanzielle Unterstützung durch Südafrika rechnen konnten, geschickt ausgespielt. Diese Frage ist immer noch ein wunder Punkt. Die SWAPO ist zu der Überzeugung gekommen, daß hier Klarheit geschaffen werden muß. Nach erhitzten Debatten im Parlament hat sie schließlich zugestimmt, das Internationale Rote Kreuz zu einer Untersuchung aufzufordern, ob tatsächlich gefoltert worden ist und ob die SWAPO noch immer Dissidenten gefangen hält.

Gegenwärtige Unruhen in Caprivi zeigen tribalistische Spannungen. Die traditionellen Führer in den ehemaligen "Homelands" verfügen noch immer über großen Einfluß. Um eine stabile Entwicklung garantieren zu können, wird die von der SWAPO dominierte Regierung zu einer Einigung mit den traditionellen Führer kommen müssen.

Wie aus dem Vorangegangenen deutlich geworden sein wird, besteht der Kern des Armutsproblems in Namibia in der Massenarbeitslosigkeit. Der Handels- und Industrieminister, Ben Amathila, schätzt, daß 40 Prozent der arbeitsfähigen Bevölkerung arbeitslos sind. Und er warnte: "Die prächtige Verfassung würde sehr einfach von der Reaktion der 40 Prozent, die arbeitslos sind, ausgehöhlt werden können. Der Friede und die Ruhe, die wir momentan haben, könnten gestört werden, wenn es uns nicht gelingt, diese Frage zu lösen."

Die ärmsten Schichten der Bevölkerung wollen nach hundert Jahren kolonialer Beherrschung und dreiundzwanzig Jahren bewaffnetem Kampf die Früchte der Unabhängigkeit ernten. Die namibische Regierung wird nach dem Fortschritt beurteilt werden, den sie wirklich für jene verwirklicht, die für sie gestimmt haben. Oder wie der deutsche Botschafter es ausdrückte: "Die wirtschaftlichen Umstände beunruhigen mich mehr als die Frage, ob hier nun wirklich Demokratie besteht."

(Aus dem Niederländischen von Klaus Mellenthin)

22. - Kaliningrad -

Von sowjetischer Militärsperrzone zum deutschen Verwaltungsgebiet

Autor: sowjetischer Militärsperrzone zum deutschen Verwaltungsgebiet · Rubrik: Osteuropa, Osteuropapolitik; Imperialismus und Weltwirtschaft; Sowjetunion und Nachfolgestaaten · CD-Datei: daten/aksuche/ak335/43.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:335:43

"Auf nach Königsberg" schrieb die Hamburger Morgenpost am 16.9.91 und hatte damit genau den Zeitgeist getroffen. Der Name Königsberg ist wieder in aller Munde.

Königsberg, daß seit 1946 Kaliningrad heißt, soll "seinen historischen Namen wiederbekommen", so der Vorsitzende des Sowjetischen Kulturfonds, denn die Stadt soll "durch Verbindungen nach Deutschland soviel wie möglich vom Kulturerbe Königsbergs bewahren oder reimportieren". (1).

"Die Bewohner dieser sowjetischen Stadt besinnen sich auf deren preußische-deutsche Vergangenheit, um ihre europäische Zukunft zu gewinnen." (2) Mensch denkt und spricht wieder deutsch in Kaliningrad!

Ende Oktober finden in der Region Kaliningrad Kommunalwahlen statt. Verbunden mit dieser Wahl ist die Befragung der Kaliningrader Bürger über die Namensänderung der Stadt. Neben Königsberg ist auch Kantgrad, nach dem in Königsberg 1724 geborenen deutschen Philosophen Immanuel Kant, als neuer Name im Gespräch.

Dies ist der bisherige Höhepunkt einer Entwicklung in der Region Kaliningrad, die 1985 einsetzte und sich durch die politischen Entwicklungen der letzten beiden Jahre sowie den gescheiterten Staatsstreich vom 19. August erheblich beschleunigte. Kaliningrad liegt im ehemaligen Ostpreussen, gehört seit 1945 auf Beschluß der Potsdamer Konferenz zur Sowjetunion und ist heute durch Polen und Litauen von der Russischen Republik getrennt, unter deren Verwaltung es steht.

Im Potsdamer Abkommen heißt es unter Punkt VI. dazu: "Die Konferenz hat grundsätzlich dem Vorschlag der sowjetischen Regierung betreffend die endgültige Übergabe der Stadt Königsberg und der vorstehend beschriebenen angrenzenden Gebiete (Anm.: das nördliche Ostpreußen) an die Sowjetunion vorbehaltlich einer Prüfung der tatsächlichen Grenzen durch Sachverständige zugestimmt." Die Präsidenten der USA und Großbritanniens haben diesen Konferenzvorschlag unterstützt. (3)

Heute leben in dem Gebiet, daß so groß ist wie Schleswig-Holstein, rund 930.000 Menschen. Bis Januar 91 war die gesamte Region militärisches Sperrgebiet, kein Ausländer durfte dort hinreisen. Kaliningrad ist eine der wichtigen Industriestandorte der bisherigen Sowjetunion. Der Stand der Industralisierung ist im Verhältnis zu anderen Regionen der Sowjetunion sehr hoch. In den letzten Jahren investierte die sowjetische Regierung hier Millionen von Rubel, Maschinenbau und Metallverarbeitungsbetriebe wurden angesiedelt. Die Elektroindustrie in Kaliningrad hat für die Sowjetunion eine große Bedeutung. Hier werden mit qualifiziertem Personal hochwertige Teile für die sowjetische Raumfahrt und das Militär hergestellt. Kaliningrad ist der westlichste und zugleich einzige eisfreie Hafen der Sowjetunion. Hier werden große Teile des Exports abgewickelt. Fischfang und Fischverarbeitung haben eine jährliche Anlandung von 800.000 Tonnen. Außerdem liegen hier "80 bis 90 Prozent der weltweiten Bernsteinvorkommen" (4), mit angeschlossenen Juwelierwerkstätten. Auch liegen in der Region Kaliningrad große Ölvorkommen, die bisher mit einer Jahresförderung von 1,4 Mio. Tonnen ausgebeutet wurden.

Von der Sperrzone zur Freihandelszone - die Vision des Herrn Christians

"Der Pionier deutsch-sowjetischer Aussöhnung" (5), der Aufsichtsratsvorsitzende der Deutschen Bank F. Wilhelm Christians wurde 1985, als erster westlicher Gesprächspartner von Gorbatschow empfangen. Bei dieser Gelegenheit unterbreitete er Gorbatschow seine Vorstellungen über ein Projekt einer "Wirtschaftssonderzone" (Freihandelszone) im Gebiet Kaliningrad. Diese "Vision", so Christians, soll zur weiteren Aussöhnung zwischen Deutschland und der Sowjetunion beitragen. Er erwarte davon "Symbolkraft für die Völkerverständigung" (6). Ganz bewußt bezog sich Christians bei der Propagierung des Projekts auf das von Gorbatschow geprägte Wort vom "gemeinsamen Haus Europa". Denn in Zeiten "der Neuorientierung Europas" ist auch die Zeit der "praktischen Zusammenarbeit" gekommen. "Es gilt jetzt, die Formel vom

gemeinsamen Haus Europa mit Leben zu erfüllen und sie den Völkern in Ost und West besser begreifbar und erfahrbar zumachen" (7).

Schon früher hatte die Deutsche Bank ihre Finger nach der Region Kaliningrad ausgestreckt. Während eines Besuchs von Kanzler Schmidt im Oktober 1974 in Moskau wurde, unter Beteiligung von Christians, sehr konkret über ein Projekt zur "Sicherung bundesdeutscher Stromversorgung" gesprochen. Geplant war die Beteiligung am "größten Nuklearenergie-Zentrum Europas" (8) in der Region Kaliningrad! Das Projekt scheiterte aber an den damaligen politischen Verhältnissen.

Die heutigen Pläne der Deutschen Bank sehen für Kaliningrad "ein Industrie- und Technologiezentrum für Gemeinschaftsunternehmen, Joint-ventures, Kooperationen und andere Unternehmen" vor "mit Beteiligungen von deutschen und europäischen Firmen" (9). Kaliningrads "vorhandene Industriebetriebe und Wirtschaftsfaktoren: Fischerei, Hafen, Elektrotechnik, Landwirtschaft und Touristik" (10) bieten sich für besondere Investitionen zum Ausbau an. Durch seinen eisfreien Hafen hat Kaliningrad "ausgezeichnete Ausgangspositionen" als "Drehscheibe an der Ostsee" (11). "Mit seinen kurzen See- und Landwegen nach Skandinavien, Polen und Westeuropa wäre Kaliningrad auch für die reichen Rohstoffvorkommen auf der Halbinsel Kola ein ideales Verbindungsglied". (12) "Es ist damit ein gut geeigneter Standort zur Aufbereitung und Weiterverarbeitung der Rohstoffe, was einen zusätzlichen Anreiz für die betroffenen Industriebranchen bildet", so Christians in einem Beitrag der "Zeit" vom 23.2.90. Hier knüpft er an ein weiteres Projekt der Deutschen Bank in der Sowjetunion an, das von ihm eingefädelt wurde. Es geht dabei um die Ausbeutung der reichen Rohstoffvorkommen (Eisenerze, seltene Metalle, Kupfer, Blei, Erdöl und viele andere Stoffe) auf der Kola-Halbinsel. Seit einem Besuch Christians 1988, zusammen mit dem damaligen russischen Ministerpräsidenten Ryschkow auf der Halbinsel, werden intensive Gespräche über Kooperationen zwischen sowjetischen Stellen und deutschen Firmen geführt.

Die Verkehrswege zur Bundesrepublik sollen in naher Zukunft weiter ausgebaut werden. Die alten Planungen der Nationalsozialisten aus den 30er Jahren für eine Auto- und Eisenbahnverbindung Berlin-Königsberg wurden schon aus den Archiven geholt. Die konkrete Umsetzung dieser Pläne ist in vollem Gange. Seit Monaten laufen Gespräche mit Polen und der russischen Republik über die genaue Trassenführung, die Abwicklung der Baumaßnahmen und über die Finanzierung.

Ab 1992 wird eine regelmäßige Fährverbindung zwischen Lübeck und Kaliningrad eingerichtet. "Zweimal wöchentlich gibt es jetzt" schon "einen Charterflug ab Hamburg über Riga nach Königsberg" (13). Über die Einrichtung regelmäßiger Linienflüge Hamburg-Kaliningrad und Berlin-Kaliningrad wird zur Zeit verhandelt.

Nach den Vorstellungen der Deutschen Bank soll diese Industriezone zu einer Freihandelszone mit autonomen Rechten ausgebaut werden, ein "Hongkong an der Ostsee" wie der "Spiegel" schreibt.(14) Besonders durch günstige Zoll-, Steuer- und Außenhandelsbestimmungen sowie Eigentumsfragen (15) sollen "kräftige Impulse" bei der Ansiedlung von Unternehmen erreicht werden. Vereinbart werden soll auch eine "großzügigere Ein-und Ausreiseregel" für ausländische Bürger (16). Die Freizügigkeit von ausländischem Kapital soll in Zukunft gewährleistet sein.(17) Für die Deutsche Bank gilt grundsätzlich: "Das Konzept der Wirtschaftssonderzone muß durchgängig marktwirtschaftlich sein. Investitionstätigkeit, Preisbildung, Lohnfindung etc. müssen hier möglichst frei von planwirtschaftlichem Einfluß erfolgen können. Der weitgehende Verzicht auf Vorschriften und Verbote ist wichtiger als ein langer Katalog von Fördermaßnahmen." (18) Hinzu soll ein "halbautonomes Währungssystem" kommen, da ein "Nebeneinander von Rubel und frei konvertierbaren ausländischen Währungen in der Zone" (19) problematisch sei. Die politische Souveränität des Gebiets (Zugehörigkeit zur Russischen Republik) soll, trotz dieser weitgehenden Rechte, völlig unberührt bleiben.

"Die Deutschen sollen kommen und helfen".

"Friedrich Schiller braucht sich in Königsberg nicht mehr als Fremder zu fühlen. Von seinem Sockel auf dem Platz vor dem wieder aufgebauten Theater schaut der...steinerne Dichter nicht mehr nur auf Russen, Weißrussen, Tataren und andere fremde Völkerschaften der Sowjetunion, die vor und nach der 1947 beendeten Vertreibung der letzten Deutschen Königsberg neu besiedelten. Schiller kann auch wieder die Stimmen deutsch sprechender Kaliningrader Bürger vernehmen", stellt die Frankfurter Allgemeine Zeitung mit Genugtuung fest. (20)

Im Gebiet von Kaliningrad lebten 1987 etwa 200 Deutschstämmige. Heute leben dort rund 10.000 (21), davon etwa 3000 in der Stadt Kaliningrad.(22) Mit den Planungen der Deutschen Bank zur Errichtung einer Freihandelszone in Kaliningrad eng verbunden ist die Ansiedlung eines Teils der ausreisewilligen Deutschstämmigen "auf freiwilliger Basis". (23) Dann, so Christians "stünde von Anfang an ein erhebliches Reservoir von ausgebildeten und motivierten Beschäftigten zur Verfügung". (24) Unterstützung für seinen Plan bekam Christians aus der deutschen Wirtschaft. Diese signalisierte, "daß sie bei einem Engagement in der Region Königsberg Wolgadeutsche gerne beschäftigen würden." (25) Aber auch aus Kaliningrad selber kam Unterstützung für diesen Plan. Der Vorsitzende der Kaliningrader "Deutschen Kulturgemeinschaft Eintracht" sagte dazu: "Dieser Zipfel Rußlands könne fleißige deutsche Leute gebrauchen, es sei noch viel Platz da, um zu ackern und zu wirtschaften." (26) Die Grundstimmung in der meist jüngeren Bevölkerung beschrieb ein anderer so: "Die Deutschen würden mit ihrer Tüchtigkeit und Disziplin dieses leider heruntergekommene Land schnell wieder zum Blühen bringen." (27) Die Überlegungen in der russischen Öffentlichkeit gehen sogar soweit, daß ein "ungehinderter Zugang und Niederlassungsfreiheit für Deutsche, die ihr Zugehörigkeitsgefühl zu Ostpreußen bewahrt haben", (28) gestattet werden soll! Dies ließe sich "im Rahmen einer besonderen gemeinsamen Wirtschaftszone denken". (29)

Bisher waren dies nur Gedanken ohne realistische Umsetzungsmöglichkeiten. Dies ändert sich jetzt. Denn, "die russische August-Revolution bietet nun offenbar auch den Wolgadeutschen eine Chance", kommentiert die Frankfurter Rundschau am 9. September aufatmend. Der russische Präsident Jelzin will den Rußlanddeutschen nun verstärkt helfen, "da den Deutschen mit der Vertreibung Anfang der 40er Jahre Unrecht geschehen sei" (30) und kündigte die Rückgabe früherer Siedlungsgebiete an. Die "Allunionsgesellschaft der sowjetdeutschen Wiedergeburt", wie sich die Vertretung der ehemaligen Wolgadeutschen heute nennt, strebt eine eigene autonome Wolgarepublik an. Von sowjetischen Politikern wird aber darauf verwiesen, daß eine vollständige Wiederbesiedlung nur möglich sei, wenn die dort lebende russische Bevölkerung vertrieben würde. Dies sei aber ausgeschlossen. Deshalb haben Jelzin und seine Berater den Vorschlag von Christians aufgegriffen, Rußlanddeutsche, neben dem Plan sie in Leningrad, auch in der Region Kaliningrad anzusiedeln.

Zur Zeit laufen Gespräche zwischen russischen Regierungsvertretern und dem Bonner Beauftragten für Aussiedlerfragen, Waffenschmidt, über die Wiedererrichtung einer autonomen Wolgarepublik und über die Ansiedlung Deutschstämmiger in Kaliningrad. Nach Plänen russischer und bundesdeutscher Regierungsvertreter sollen in den nächsten Jahren rund 200.000 Rußlanddeutsche in die Region Kaliningrad umsiedeln. Bei den Verhandlungen geht es um die Selbstverwaltung in den Gebieten, um den Aufbau von deutschsprachigen Schulen, Krankenhäusern, Verlagen und Kultureinrichtungen sowie um deren finanzielle Unterstützung. Mit einem erfolgreichen Abschluß ist zu rechnen. Anfang November, wenn Jelzin in die Bundesrepublik kommt, soll ein entsprechender Vertrag unterschrieben werden. Damit wären, neben der autonomen Wolgarepublik, auch die Voraussetzungen für ein autonomes (deutsches) Gebiet Kaliningrad geschaffen! Weitergehende Pläne werden schon intensiv in Kaliningrad diskutiert. Einige einflußreiche Leute wie der Vorsitzende des Sowjetischen Kulturfonds, J. Iwanow, schwebt eine vierte baltische Republik vor. Iwanow, der enge Kontakte zur bundesdeutschen "Landsmannschaft der Ostpreußen" hat, plädiert dafür, daß Gebiet Kaliningrad "zu einer baltischen Republik Königsberg" aufzuwerten. (31) Die Errichtung der Freihandelszone wäre der erste Schritt dort hin.

Andere "mutige Russen haben sogar eine Rückgabe und den Verkauf des Königsberger Gebiets an Deutschland vorgeschlagen". (32) Dies Angebot sei vor einiger Zeit Genscher bei dessen Moskau Besuch unterbreitet worden, berichtet die Frankfurter Allgemeine. "Gedacht sei dabei an eine Unterstellung des Königsberger Gebiets unter die Staatshoheit der Bundesrepublik Deutschland bei weitgehender Autonomie." (33)

Von der Vision - zur Realität

Mittlerweile wird die Vision des Herrn Christians zur Realität. Die Annexion der DDR und der schnelle Zerfallsprozeß der Sowjetunion machen es möglich. Als Christians 1988 seinen Plan den sowjetischen Politikern Schewardnadse und Ryschkow näher erläuterte, meinten sie spontan, "ein solches Vorhaben komme zu früh".(34) Ryschkow teilte Christians später mit, "man habe im Politbüro diskutiert, das Vorhaben sei gut, aber es könne wohl erst in 30 bis 40 Jahren realisiert werden. Man wolle keine alten Wunden aufreißen." (35) "Aber inzwischen hat sich manches geändert, politisch und bewußtseinsmäßig." (36) Die

Deutsche Bank hatte vorgearbeitet. Durch ihre guten Kontakte zu sowjetischen Politikern erreichten ihre Vertreter ab Mitte 1989 den Zutritt zum Kaliningrader Militärsperrgebiet. Im März 1989 gewann Christians den Marktwirtschaftler und Gorbatschow-Berater Leonid Abalkin für seinen Plan. Am 14. Juli 1990 griff das russische Parlament den Plan von Christians auf und beschloß die Einrichtung einer Freihandelszone im Raum Kaliningrad. "Damit ist mein Vorschlag ... offiziell abgesegnet" begrüßte Christians diesen Beschluß. (37) Im August 1990 beschließt der Kaliningrader Stadtsowjet die Aufhebung des Sperrgebietsstatus und die Öffnung der Stadt für Ausländer. Seit dem 1. Januar 1991 ist der Status aufgehoben. Nun können die Pläne konkret umgesetzt werden. Vor weiteren Überraschungen sind wir nicht sicher. Die Prognose sei gewagt, daß in 3 bis 4 Jahren eine Volksabstimmung über die Frage der Zugehörigkeit zur Bundesrepublik in Kaliningrad stattfindet. Mit der Umsetzung der Kaliningrad - Pläne werden wir auch wieder mit der Debatte um die Einrichtung eines freien Korridors durch Polen konfrontiert. Die Geschichte holt uns ein. Die Verlierer von 1945 sind die Gewinner von heute.

hk, Gruppe K, Hamburg

Anmerkungen:

1) "Spiegel" vom 7.1.91

2) FAZ vom 5.10.91

3) Deutschland 1945, Vereinbarungen der Siegermächte. Seminarmaterial Gesamtdeutsches Institut 1985

4) Süddeutsche Zeitung vom 27.4.91

5) "Zeit" vom 3.8.90

6) "Zeit" vom 23.2.90

7) ebenda

8) F. Wilhelm Christians: Wege nach Rußland, Hamburg 1990

9) "Zeit" vom 23.2.90

10) Süddeutsche Zeitung vom 6.9.90

11) ebenda

12) "Zeit" vom 3.8.90

13) elbe-Wochenblatt vom 22.5.91

14) "Spiegel" vom 23.9.91

15) FAZ vom 28.8.91

16) "Zeit" vom 23.2.90

17) FAZ vom 28.8.91

18) Deutsche Bank: Osteuropa im Aufbruch, März 91

19) ebenda

20) FAZ vom 2.9.91

21) FAZ vom 19.8.91

22) FR vom 30.8.91

23) "Zeit" vom 23.2.90

24) ebenda

25) Welt vom 22.7.89

26) FAZ vom 2.9.91

27) Süddeutsche Zeitung vom 15.9.89

28) "Zeit" vom 4.5.90

29) ebenda

30) FR vom 9.9.91

31) "Zeit" vom 11.1o.91

32) FAZ vom 28.8.91

33) ebenda

34) Welt vom 22.7.89

35) ebenda

37) Welt vom 17.9.90

23. Vorsicht "Lebensschützer"! Die Macht der organisierten Abtreibungsgegner

Rubrik: Rechtsradikale, Altnazis; Frauen und der § 218; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak335/14.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:335:14

Wer sich heute mit dem § 218 beschäftigt, kommt an den sogenannten "Lebensschützern" nicht mehr vorbei. Gemeint sind damit in Initiativen, Vereinen und Verbänden organisierte Abtreibungsgegner, die öffentlich auftreten oder sich politisch außerordentlich effektiv "hinter den Kulissen" betätigen mit dem Ziel, die Zahl der Schwangerschaftsabbrüche durch eine gesetzliche Verschärfung des Abtreibungsverbots und durch ein moralisch gewendetes Klima zu verringern.

Die Bundesweite Koordination der Frauen gegen den § 218 hat jetzt in dem Buch Vorsicht "Lebensschützer" - die Macht der organisierten Abtreibungsgegner die Ergebnisse jahrelanger Recherchen veröffentlicht. Eine Fülle von Material belegt den wachsenden Einfluß von "Lebensschützern" auf die öffentliche Debatte um die Neuregelung des Abtreibungsparagraphens.

Das gewachsene Selbstbewußtsein, mit dem sich die "Lebensschützer" heute einem breiten Publikum präsentieren, dokumentiert mehr als eine Klimaveränderung. Es spiegelt die Tatsache wider, daß die Anfang der 80er Jahre noch kleinen Gruppen, die mit ihren aggressiven Mord-Parolen durchweg als rechtskonservative bis rechtsradikale Randgruppen oder religiöse Sektierer eingestuft werden konnten, sich zu einer ernstzunehmenden rückschrittlichen Bewegung mit größerer politischer Breite entwickelt haben.

Attraktiv ist die Abtreibungsfrage für konservative bis rechtsradikale Kreise nicht nur, weil sich fast jedeR davon betroffen fühlt und weil das Thema stark emotional diskutiert und bewertet wird. Ein Thema, das für Biertischrunden gleichermaßen taugt wie für wissenschaftliche, ethische Vorlesungen, bei dem sich der "Mann auf der Straße" ebenso für einen Experten hält wie der Mediziner und Theologe. Es eignet sich auch hervorragend, um den "Beweis" für die Stichhaltigkeit stockreaktionärer Weltbilder zu liefern. So läßt sich beispielsweise am "Geburtenschwund" der deutschen Elite die drohende "Überfremdung" demonstrieren, am "Egoismus" der "Emanzen" der sittliche Wert geordneter Familienverhältnisse, und gleichzeitig gelingt es, als Verfechter höchster christlicher und humaner Werte dazustehen: Eben "für das Leben" und für den Schutz der Schwächsten, ja sogar der "Würde der Frau". Durch diese "positive" Abwandlung der bekannten Mordparolen haben es die Betreiber dieser Politik geschafft, tatsächlich ein Massenpotential in einem Bereich der großen konservativen Versprechungen - die geistig moralische Wende - zu mobilisieren.

Konservative Modernisierung

Unter dem Schlagwort "Schutz des Lebens" bringen die sogenannten "Lebensschützer" die Abtreibung in Zusammenhang mit Euthanasie, Sterbehilfe und Eugenik und versuchen so, die Frauenbewegung gegen die Behindertenbewegung auszuspielen. Mit dieser Argumentation versuchen sie Menschen um sich zu sammeln, die aufgrund der neuen biologisch-technischen Entwicklungsmöglichkeiten wie z.B. der Gen- und Reproduktionstechniken, verunsichert sind oder ihnen kritisch gegenüberstehen. Ihre These, "menschliches Leben beginne mit der Befruchtung" bietet ein ebenso simples wie scheinbar widerspruchfreies Argument gegen die Gefahren der technisch-wissenschaftlichen Entwicklung. Übersehen wird dabei, daß die von den "Lebensschützern" rigoros verfochtene Trennung der Leibesfrucht von der Schwangeren die ideologische Grundlage für Eingriffe am Embryo geschaffen hat - auch gegen den Willen und das Einverständnis der Frau.

Um dem Vorwurf der Frauenfeindlichkeit zu begegnen, beziehen diese Organisationen zunehmend Frauen in die Öffentlichkeitsarbeit ein, z.B. in Fernsehdiskussionsrunden. Sie organisieren sogar Tagungen und Treffen "Von Frauen für Frauen" und neuerdings auch "Selbsthilfegruppen nach Abtreibung". Dem Eindruck der Lebensferne zu entgehen dient offensichtlich auch die Aufnahme "sozialarbeiterischer" Momente. Sonderfonds für Schwangere, Angebote zur Heim- und Familienunterbringung und zur Adoptionsvermittlung, persönliche Beratung gehören heute ebenso zum gängigen Repertoire jeder Lebensschützer-Gruppe - mag der reale Wert auch noch so zweifelhaft sein - wie die Auseinandersetzung mit der Verhütungsfrage. Natürliche, "unschädliche" Verhütung "gegen" schädliche, weil frühabtreibende Mittel, heißt hier die Devise. Die Modernisierung ist längst erfolgreich: Immer häufiger bestimmen junge Leute und Frauen das Bild der Aktiven.

Die Gründung zahlreicher neuer Aktionsgruppen beschränkte sich zudem keineswegs auf die südlichen Bundesländer. Nordrhein-Westfalen wurde neben Bayern und Baden-Württemberg eine der Hochburgen von Lebensschützern, die jetzt auch mit missionarischem Eifer die ehemalige DDR überziehen. Die Vielzahl der Gruppen wirkt häufig verwirrend und spiegelt eine Vielfalt politischer Strömungen vor. Tatsächlich lassen sich aber die meisten Gruppen von Abtreibungsgegnern der einen oder anderen Dachorganisation oder tonangebenden Gruppe zuordnen, deren Spitzenfunktionäre zudem eng zusammenarbeiten und sich regelmäßig austauschen.

Einfluß auf allen Ebenen

Die wesentlichen Gruppierungen der Abtreibungsgegner lassen sich nach ihrer Arbeitsweise in Initiativen, Eliteorganisationen und Parteien unterscheiden.

- Die "Elite"-Organisationen wie die EÄA (Europäische Ärzte Aktion) und JVL (Juristen-Vereinigung Lebensrecht) haben die Rolle von Ideologieproduzenten und sind mehr auf Exklusivität ausgerichtet. Über einflußreiche Mitglieder aus universitären Kreisen, über Politiker, Verbandsfunktionäre und Vertreter des hohen Klerus wird gezielte Lobby-Politik in Parteien, Kirchen und Verbänden betrieben. Die EÄA als älteste "Lebensschützer"-Organisation mit ihrer Zeitschrift "Medizin und Ideologie" spielt sich dabei als das ethische Gewissen auf und versucht, über die Standesorganisationen der ÄrztInnen ihre Ideologie als wissenschaftliche Erkenntnisse zu verkaufen. Währenddessen versuchen die Mitglieder der JVL, als namhafte Strafrechtler, Mitglieder der höchsten Gerichte und hohe Regierungsbeamte auf die Rechtsprechung und Gesetzgebung Einfluß zu nehmen.

- Gruppen wie "Aktion Leben e.V.", die im Dachverband "Bewegung für das Leben" zusammengeschlossenen Vereine, die "Aktion Lebensrecht für Alle (ALFA)", die Initiative "Helfen statt Töten" des "Weißen Kreuzes" und die "Pro Vita" arbeiten schwerpunktmäßig in zahlreichen örtlichen Aktionskreisen. Sie versuchen mit Büchertischen, Flugblattverteilen und Sammlungsaktionen ihr reaktionäres Propagandamaterial unter die Leute zu bringen. Dabei ist die "Aktion Leben" traditionell mehr auf die katholische Kirche orientiert, während das "Weiße Kreuz" und "Pro Vita", die beide der rechts-evangelikalen Sammlungsbewegung "Evangelische Allianz" angehören, in die evangelische Kirche hineinarbeiten.

- Enttäuschung über die von der CDU/CSU nicht genügend vollzogene "geistig-moralische Wende" ließ Abtreibungsgegner 1984 erstmals selbst zu Wahlen antreten. Heute konkurrieren bereits mehrere Parteien, wie die Christliche Liga und die Christliche Mitte, mit kläglichem Erfolg um die Stimmen abtrünniger CDU-Wähler. Die große Mehrheit der "Lebensschützer" setzt allerdings nach wie vor auf die christdemokratischen Regierungsparteien.

Dies hat zu einer gewissen Spaltung innerhalb der "Lebensschützer"-Szene in eine eher "

politikfähige" und eine grundsätzlich ablehnende Fraktion geführt, wobei die Konfessionszugehörigkeit keinerlei Bedeutung hat. Die Differenzen machen sich außerdem fest an ihrer Haltung zur Verhütung und ihrer Bereitschaft, mit kirchlichen Beratungsstellen zusammenzuarbeiten. Die einen enthalten sich in der Öffentlichkeit weitergehender politischer Äußerungen, die anderen bringen ihr stockreaktionäres Weltbild und ihre umfassenden Ordnungsvorstellungen offen zum Ausdruck. Daraus allerdings Hoffnungen abzuleiten, es könne innerhalb der Bewegung der Abtreibungsgegner zu gegenseitigen Distanzierungen kommen, wäre verfehlt. Zu groß sind die Gemeinsamkeiten in ihrer Abtreibungsgegnerschaft, nicht nur in den grundsätzlichen, sondern auch in den konkreten Forderungen.

Erste Erfolge der Abtreibungsgegner

Einig sind sich alle Gruppen der Abtreibungsgegner darin, daß die Fristenregelung der DDR und das jetzige Indikationsmodell des § 218 zu Fall gebracht werden sollen: Ein Selbstbestimmungsrecht von Frauen, und sei es noch so eingeschränkt, gibt es bei ihnen nicht! Auch "Lebensschützer" wissen, daß sie von diesem Maximalziel noch weit entfernt sind. Doch konkrete Etappenziele haben sie bereits erreicht:

- Eine ihrer nach wie vor wichtigsten Forderungen, die von allen Gruppen bis hin zur katholischen Kirche vertreten wird, ist die Aufhebung des Krankenversicherungsschutzes für abtreibende Frauen. Nach einer zehnjährigen Kampagne hat die bayerische Landesregierung die entsprechende Normenkontrollklage beim Bundesverfassungsgericht eingereicht.

- Der Fall Memmingen blieb in seinem Ausmaß bislang einmalig. Massive öffentliche Proteste veranlaßten Justiz und Politiker, sich in ähnlich gelagerten Fällen "vorsichtiger" zu verhalten. Dennoch muß heute jeder Arzt damit rechnen, daß seine Indikationen einer gerichtlichen Überprüfung unterzogen werden.

- Erfolgreich ist die Bewegung der Abtreibungsgegner vor allem bezüglich der sogenannten "Bewußtseinsveränderung" gewesen. Die öffentlichen Diskussionen, die in der letzten Zeit um den § 218 und den Schwangerschaftsabbruch geführt werden, sind von ihren Thesen bestimmt. Nicht mehr die Lebenssituation abtreibender Frauen und deren Selbstbestimmungsrecht steht heute zur Debatte, sondern das Lebensrecht des "ungeborenen Kindes". Ihre Gesetzentwürfe werden in den Medien breit vorgestellt, während die Forderungen der Frauenbewegung oder Gesetzentwürfe fortschrittlicher und linker Parteien und Organisationen nicht einmal erwähnt werden.

Auch international haben die "Lebensschützer" an Bedeutung und Einfluß gewonnen, in den USA ebenso wie im zerfallenden Ostblock, besonders erschreckend in Polen und der CSFR. Auch in Italien und Frankreich treten sie zunehmend aggressiv in Erscheinung. Ihre Orientierung auf ein vereinigtes Europa, ihr "christliches Abendland", im dem sie im Verein mit anderen konservativen und reaktionären Kräften die "Hausordnung" bestimmen wollen, ist unübersehbar.

Notwendige Lektüre für alle, die sich mit dem Thema § 218 befassen

Das jetzt unter dem Titel "Vorsicht ‚Lebensschützer` - die Macht der organisierten Abtreibungsgegner" erschienene Buch beleuchtet die ideologischen Grundlagen und die Rekrutierungsfelder der "Lebensschützer", sowohl in der katholischen als auch in der evangelischen Kirche. Die Autorinnen beschreiben die verschiedenen Arbeitsweisen dieser konservativen Bewegung vor allem in der BRD und gehen einigen einschlägigen Verbindungen von organisierten "Lebensschützern" zu ultrakonservativen und rechtsextremen Kreisen nach sowie ihren Tätigkeiten im Nationalsozialismus. Dabei tun sich neben den altbekannten auch eine Reihe neuer Querverbindungen auf. Die inhaltliche Argumentation der Lebensschützer wird an zentralen Beispielen, wie dem Tötungsvorwurf und der Eugenik dargestellt und analysiert. Dadurch und durch die Fülle von Fakten und Zitaten, bietet das Buch eine brauchbare Hilfe für die Auseinandersetzung.

Das Buch ist also nicht nur als spannende Lektüre geeignet, sondern auch um in der politischen Auseinandersetzung mit den "Lebensschützern" besser arbeiten zu können. Durch viele Querverweise im Text und durch das Personen- und Organisationsregister kann frau im Zweifelsfall schnell feststellen, mit wem sie es zu tun hat.

Die Autorinnen haben sich bei der Recherche zu diesem Buch nicht in die Kreise der "Lebensschützer" "eingeschlichen" und beziehen sich nicht auf Internas, sondern ausschließlich auf frei zugängliches Material. Dabei haben sie nicht nur die zig-tausendfach veröffentlichten Pamphlete benutzt, die in Kirchen ausliegen, die einem auf der Straße unaufgefordert in die Hand gedrückt oder hinter die Scheibenwischer am Auto geklemmt werden; sie zitieren auch aus öffentlichen, in der Regel aber nur an Mitglieder und Freundeskreise ausgegebenen Dokumentationen und Zeitschriften, die die Organisationen auf Anfrage zuschicken. In diesen Broschüren kommen die Abtreibungsgegner noch deutlicher zur Sache. Auch deshalb die Warnung: Vorsicht! - "Lebensschützer"!

Gy.

Frauen gegen den § 218 - Bundesweite Koordination (Hg.): Vorsicht "Lebensschützer" - die Macht der organisierten Abtreibungsgegner. Konkret Literatur Verlag, Hamburg, 1991. ISBN 3-89458-107-7, 25,- DM

24. Dokumentation: Alice Schwarzer in EMMA. Wird der § 218 verschärft? ... und tragen ausgerechnet Linke dazu bei?

Rubrik: Westdeutsche Linke allgemein; Frauen und der § 218 · CD-Datei: daten/aksuche/ak335/25.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:335:25

Dokumentation: Alice Schwarzer in EMMA 10/91

Wird der §218 verschärft?

... und tragen ausgerechnet Linke dazu bei?

Bei der Verabschiedung der geplanten Reform des §218 kommt es auf jede einzelne Stimme an! Denn es gibt keinen Fraktionszwang, d.h. die Fraktionen stimmen nicht geschlossen ab, sondern jede(r) einzelne kann sich entscheiden, wie er/sie will. Es scheint hoffnungslos, auf CDU/CSU-Abweichler zu bauen: Alle (auch alle weiblichen Abgeordneten!) sind für eine Verschärfung des §218! Aber die Gefahr besteht, daß einzelne FDP- und SPD-Abgeordnete nicht bei der geplanten Fristenlösung (mit oder ohne Zwangsberatung) mitziehen, sondern mit der CDU/CSU für die Verschärfung stimmen! Laßt euch das nicht bieten, Frauen. Macht euren Abgeordneten Druck. Schreibt ihnen ins Bundeshaus nach Bonn und in ihre Heimatstadt. Macht Aktionen in den Wahlkreisen der Verräter! Macht Druck! Noch ist es nicht zu spät. Die drei Lesungen bis zur Verabschiedung des neuen §218 (erste Lesung am 26. September) werden sich wohl den ganzen Herbst ziehen.

Auf die EMMA-Anfrage, wofür sie denn nun stimmen werden, wenn es hart auf hart geht, glaubte die PDS-Abgeordnete Petra Bläss, uns belehren zu müssen. Es sei "völlig verfehlt und schädlich", bereits jetzt "nur noch über die ‚realpolitischen Alternativen' zu diskutieren". Sie als "linke Feministin aus der ehemaligen DDR" könne sich auf jeden Fall maximal für "eine Fristenlösung ohne Zwangsberatung als das sogenannte kleinere Übel" entscheiden.

Wäre es nicht zum Weinen, es wäre zum Totlachen. Denn wir laufen bei der bevorstehenden Verabschiedung eines neuen §218 doch allen Ernstes Gefahr, daß "Linke" das Spiel der Rechten nicht durchschauen - oder es ihnen egal ist. Wir laufen Gefahr, daß Linke und Feministinnen im Parlament durch ihre edle Ablehnung des faulen FDP-Kompromisses (Fristenlösung mit Zwangsberatung) der noch viel schlimmeren, von der CDU/CSU geplanten Verschärfung des bestehenden §218 zum Sieg verhelfen!

Das sind die Realitäten: Ob Frauen in Zukunft das Recht haben, abzutreiben, und wenn ja, unter welchen Umständen - das entscheidet jetzt ganz allein die FDP. Denn zur Reformierung des §218 braucht der Bundestag eine absolute Mehrheit, also eine Stimme mehr als die Hälfte. Und dieses entscheidende Stimmenpaket hält die FDP in den Händen. In Zahlen: Heute sitzen 662 Abgeordnete im Plenarsaal, davon sind 318 CDU/CSU, 239 SPD und 79 FDP (zusammen 318), 17 PDS und 8 Bündnis 90/Grüne. Einer ist fraktionsloser Ex-CSU-Mann.

Die Regierungsparteien CDU/CSU und FDP könnten also zusammen machen, was sie wollen. Wir dürfen unter diesen Umständen der FDP - die 1974 noch flammende Befürworterin einer Fristenlösung ohne Zwang war - noch dankbar dafür sein, daß sie jetzt nicht soweit geht, den skandalösen CDU/CSU-Entwurf zu unterstützen (siehe letzte EMMA).

Die SPD wiederum ist bei ihrem jetzt endlich eingebrachten Gesetzentwurf für eine Fristenlösung ohne Zwangsberatung auf die 79 Stimmen der FDP angewiesen. Denn die 23 Stimmen links von ihr machen keine Mehrheit. Sie könnten allerdings entscheidend sein beim Ringen um jede einzelne Stimme, denn beim §218 gibt es keinen Fraktionszwang: Jeder und jede einzelne Abgeordnete darf ganz seinen (und ihrem!) "Gewissen" folgen, will meinen: stimmen nach Lust und Laune.

Es wird also Zeit, Frau Bläss, daß Sie bis zur ersten Lesung am 26. September jenseits aller gutgemeinten Radikalität und vielleicht auch Selbstdarstellung der PDS begreifen, was im Bundestag jetzt überhaupt noch machbar ist für uns Frauen.

Unser 20jähriger Kampf gegen das Abtreibungsverbot in der BRD bescherte in den 70ern erfreulicherweise indirekt auch den DDR-Frauen die Fristenlösung (weil die DDR-Männer an der Macht Angst hatten, unser Protest könnte ansteckend sein). Wir Frauen im Westen aber blieben auf der heute geltenden "Indikationsregelung" sitzen, die besagt: Du darfst, vielleicht, wenn du schön ‚bitte bitte' machst. Die meisten fanden sich damit ab, vorneweg die SPD, die FDP sowieso und sogar einige Feministinnen. EMMA hat sich nicht gerade beliebt gemacht damit, daß sie in all den Jahren nie aufgehört hat, den §218 zu bekämpfen. Wir sind selbstverständlich auch heute noch für die Streichung des §218 - aber wir stimmen in diesem Herbst leider nicht mit ab.

EMMA war es auch, die im Sommer 90 als erste alarmierte: Es droht ein gesamtdeutsches Abtreibungsverbot! Über Monate haben wir im vergangenen Jahr versucht, die einmalige historische Chance zu nutzen. Am 3. Oktober aber war die Wiedervereinigung, am 2. Dezember die erste gesamtdeutsche Wahl. In diesen zwei Monaten hätte es laufen können - hätte es laufen müssen! Stimmt, die Streichung des §218 hatte schon damals keine Chance, dabei hätten weder FDP noch SPD mitgemacht. Aber die Fristenlösung ohne Zwangsberatung hatte eine sehr reale Chance bei allen Parteien links von der CDU/CSU. Hätte auch nur eine einzige von ihnen in diesen acht Wochen die Initiative ergriffen und noch vor den Wahlen offensiv einen Gesetzentwurf für die Fristenlösung im Bundestag eingebracht - der FDP wäre nichts anderes übrig geblieben, als mitzuziehen. Denn schließlich weiß jede West-Partei seit 20 Jahren, daß man mit dem §218 (und mit der Frauenfrage überhaupt) Wahlen gewinnen kann - aber auch verlieren. (Genau das macht ja inzwischen der CDU/CSU schwer zu schaffen, aber die kann nicht anders - Order vom Vatikan.) Außerdem hätten wir damals noch auf die Stimmen einiger wackerer Ost-CDUlerInnen setzen können, die heute alle abserviert sind ...

Doch es kam anders in diesem deutschen Herbst 90. Alle Parteien ließen die Frauen im Stich. Die PDS begriff überhaupt nicht die Brisanz der Frage. Ihr Vorsitzender äußerte sich erst nach langem Drängen kurz vor den Wahlen privatissimo pro Streichung, tat jedoch nichts. Die Grünen waren auch in dem Punkt schon lange nicht mehr ernst zu nehmen. Sie zerrieben sich zwischen Lebensschützern und Hau-Ruck-Radikalinskis, die sich zu fein waren für die "sozialdemokratische Fristenlösung" und taten nichts, sondern beharrten auch als Bundestagsabgeordnete passiv auf Streichung. Ein unter Alternativen leider weitverbreitetes Mißverständnis: die Verwechslung außerparlamentarischer und parlamentarischer Politik ...

Und die SPD? Die tat das, was sie immer tut: Sie lavierte hin und her und versuchte, es auch noch dem letzten Bischof recht zu machen. Dabei verlor sie (wohl nicht zufällig) viel Zeit. Der Rest ging drauf beim sinnlosen Sandkastengeplänkel über das Tatort/Wohnort-Prinzip".

Die FDP versuchte derweilen spitzzukriegen, wer wohl die ersten gesamtdeutschen Wahlen gewinnen würde - denn danach richtet sich die 218-Position dieser Stehaufmännchen und -frauchen. Regiert die SPD, dann ist die FDP für eine Fristenlösung ohne Zwangsberatung (weil sie mitregieren will). Regiert die CDU/CSU, dann ist die FDP für eine Lösung, mit der auch die heiligen Brüder und Schwestern leben können (weil sie mitregieren will).

Die einzige, die sich selbst in dieser Frage immer treu blieb, ist die Vatikanpartei unseres Kanzlers: Sie ist und bleibt für die Pfaffen und gegen die Frauen! Diese zwei Monate vor der Wahl im Herbst 90 waren also die letzte Chance, die FDP rüberzuziehen. Und in der Tat, sie schwankten, die Liberalen. Während die FDP-Männer den großen Koalitionsbruder beruhigten, schmeichelten die FDP-Frauen den kleinen Schwestern. Ein entschiedenes "Nein"! erteilte FDP-Ministerin Adam- Schwätzer in einem EMMA-Gespräch im September 90 der Zwangsberatung: "Das kann nie in Frage kommen!" Schließlich, wie gesagt, waren die Wahlen noch nicht gewonnen ...

Und was passierte? Klopften SPD und Grüne und PDS rasch die FDP fest und drängten wenigstens auf die Verabschiedung einer Fristenlösung ohne Zwangsberatung? Mitnichten. Sie ließen sich Zeit, Zeit, Zeit. Sie gaben Interviews, schwadronierten über "werdendes Leben" und gründeten eine "Frauenrunde", in der alle Frauen über alle Parteigrenzen hinweg eine Einig-Lösung finden sollten. Unbeschreiblich weiblich ...

Diese sogenannte "Frauenrunde" war der größte Wählerinnenbetrug, zu dem sich Politikerinnen unseres Landes je hergegeben haben! Als sei die parteipolitische Position zum 218 eine Frage des Geschlechts - und nicht eine Frage der Macht!

Inzwischen haben alle FDP-Frauen auf die Fristenlösung mit Zwangsberatung umgeschwenkt, auch Irmgard Adam- Schwätzer. Und alle CDU/CSU-Frauen haben für die Verschärfung des §218 gestimmt (mit Strafandrohung, Beratungszwang und Abtreibungsverbot bei Behinderung des erwarteten Kindes oder Vergewaltigung). Auch Rita Süßmuth mit ihrem "dritten Weg". Klar.

Die Chance 90 für eine Fristenlösung ohne Einschränkung wurde verschenkt. Verschenkt von der SPD und den Linken. Jetzt, 1991, machen Konservative und Liberale das Gesetz. Und SPD und Linke machen Sprüche, mal wieder.

Wir Feministinnen sind es leid. Wir erwarten, daß jetzt im Bundestag wenigstens das Schlimmste verhindert wird! Wir erwarten, daß all die, die es im letzten Jahr versäumt haben, die Streichung oder mindestens die Fristenlösung durchzudrücken, jetzt wenigstens die von der CDU/CSU geplante, dramatische Verschärfung des §218 und damit endgültige Entmündigung der Frauen verhindern. Und das können sie jetzt eben nur noch, indem sie ganz kleinlaut dem faulen FDP-Kompromiß zustimmen. Ohne große Töne. Die erübrigen sich zur Zeit eh, denn bis zu den nächsten Wahlen ist noch viel Zeit. Leider.

25. Keine Verschärfung des § 218 ... und was können Linke dafür tun? Offener Brief von Ulla Jelpke an Alice Schwarzer

Rubrik: Westdeutsche Linke allgemein; Frauen und der § 218 · CD-Datei: daten/aksuche/ak335/26.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:335:26

Liebe Alice Schwarzer,

wie recht Du hast, wenn Du schreibst: "Wir Feministinnen sind es leid ..." Zweifellos kann frau nach 20 Jahren Kampf gegen den §218 eine gewisse Resignation nicht verhehlen. War doch die Praxis der Indikation für uns West-Frauen mit Spießrutenlaufen von Zwangsberatung zur Ärzteschaft entwürdigend und diskriminierend genug. Nicht zu vergessen ist auch, daß wir in den Westbundesländern ein Nord-Süd-Gefälle hatten und haben, und somit für viele Frauen aus den südlichen Ländern zwar die Indikationen des §218 auf dem Papier rechtens sind, nicht aber mit der Praxis übereinstimmen.

Mit der in den 70er Jahren verabschiedeten Indikations-"Lösung" gab es für Frauen in Westdeutschland zweierlei Recht. Während Frauen aus dem Norden noch relativ einfach einen Schwangerschaftsabbruch durchsetzten, war für die Frauen im Süden der Weg nach Holland leichter als der durch die Beratungsinstitutionen. Nun haben wir dreierlei Recht für Frauen in der BRD, denn hinzu kommt die Fristenregelung der ehemaligen DDR. Daß Du Dich mit allem Nachdruck für eine Fristenregelung mit bundeseinheitlicher Zwangsberatung stark machst, gerade wo Du entschieden gegen den §218 gekämpft und für die Verfassungsklage gestritten hast, erschreckt.

Wenngleich der Einigungsvertrag eine "Verbesserung" des Schwangerschaftsabbruchs festlegt, ist für die Rechten und organisierten Lebensschützer eine Interpretation im Einigungsvertrag, der auch bestimmt, den Lebensschutz zu verbessern. Die organisierten Lebensschützer und ihre Lobby im Bundestag wollten sogar soweit gehen, daß selbst Vergewaltigungen kein Grund für einen Schwangerschaftsabbruch sein sollten. Der Kompromiß-Entwurf innerhalb der CDU/CSU ist eine eindeutige Verschärfung des §218, da sind wir uns völlig einig. Der Entwurf von der Gruppe innerhalb der CDU/CSU-Fraktion bedeutet die vollständige Entmündigung der Frauen. Recht gebe ich Dir auch, wenn Du die FDP als Zünglein an der Waage siehst. Ich stimme Dir aber nicht mehr zu, wenn Du zu der Einschätzung kommst, daß der FDP-Entwurf letztendlich die meisten Stimmen bekommen würde.

Keiner der sechs vorliegenden Gesetzentwürfe wird in der Endabstimmung eine Mehrheit bekommen. Die Aufgabe des eingerichteten Sonderausschusses ist es doch gerade, daraus einen mehrheitsfähigen Entwurf zu entwickeln. Und selbstverständlich befindet sich die FDP-Fraktion mit ihren 79 Stimmen in einer Schlüsselposition. Das bedeutet aber nicht, daß sie starr auf ihren Positionen beharren wird. Sie könnte sich in Richtung SPD bewegen, aber auch ebensogut in Richtung Koalitionspartnerin kippen. Das alles ist bisher nicht entschieden. Und wenn es nicht zu einer mehrheitsfähigen Vorlage käme, für den Fall hat der Einigungsvertrag bereits vorsichtshalber auch etwas vorgesehen: Im Beitrittgebiet würde der §153 StGB der DDR weiter gelten. Dann müßte sich das Bundesverfassungsgericht nach Anrufung vermutlich Anfang 1993 mit der Frage zweierlei Rechts und der Fristenregelung der ehemaligen DDR befassen. Es würde zwar nicht die von Dir favorisierte Verfassungsbeschwerde, aber über diesen Weg würde das BVerfG das DDR- und BRD-Abtreibungsrecht überprüfen. Eine Verschärfung des bestehenden Rechts (West) wird es dabei wahrscheinlich nicht geben. Ein CDU/CSU-regiertes Land würde auch die Fristenregelung mit Zwangsberatung vor das BVerfG bringen, dann würde aber dieses allein zur Prüfung vorliegen.

Dies alles zu ignorieren, hat mit Politik und mit feministischer Politik meiner Meinung nach allerdings wenig zu tun. Ich verstehe ja Dein Anliegen, für die Frauen das "kleinste Übel" durchgesetzt zu sehen, aber ich kann nicht nachvollziehen, wieso ausgerechnet Du als Alt-Feministin die linken Frauen im Bundestag noch vor der 1. Lesung der sechs Entwürfe auf die Fristenlösung mit Zwangsberatung festnageln willst. Wozu die Eile? Wozu die unangemessene Polemik in der EMMA gegen die linken Frauen? Schon die Überschrift Deines Artikels in der EMMA "Wird der §218 verschärft? ... und tragen ausgerechnet Linke dazu bei?", zeigt Deine Haltung, kampflos aufzugeben. Seit wann gehen wir Frauen und Feministinnen mit einer Kompromißposition

oder einer "kleineren Übel"-Politik in die Diskussion? Haben wir nicht immer versucht, erstmal die Frauen für unsere Positionen zu gewinnen?

Deiner Logik zufolge hätten wir gar keinen Entwurf zur ersatzlosen Streichung des §218 einbringen dürfen, weil ja eh alles schon klar ist. Und weil dem so ist, schreibt Deine Redaktion allen Bundestagsabgeordneten einen Brief: "Helfen Sie uns, die geplante skandalöse Verschärfung des §218 zu verhindern! Stimmen Sie - auch wenn Sie eigentlich für die Streichung des §218 sind oder für eine uneingeschränkte Fristenregelung - für die einzige Reform, die jetzt noch eine Mehrheits-Chance im Bundestag hat: für die Fristenregelung mit Zwangsberatung (wenn auch schweren Herzens)!" (Brief 23.9.91, Barbara Pfeifer, EMMA).

Ich nehme an, daß Ihr bewußt keinen Appell an die Frauenbewegung in Ost und West gerichtet habt, obwohl Ihr als alte feministische KämpferInnen wissen müßtet, daß gesellschaftliche Reformen oder Veränderungen immer noch durch den Druck der Straße bzw. außerparlamentarischer Bewegungen erreicht wurden. Neu ist allerdings bei der EMMA und offensichtlich auch bei Dir, Alice, daß frau sich auf die Parlamente konzentriert und auf die Mobilisierung von Frauen in dieser historischen Phase gänzlich verzichtet wird. Vor allem wird Druck mit den Feministinnen und den Linken auf die ParlamentarierInnen gemacht, vor allem auf diejenigen aus der FDP und der Ost-CDU, die ganz entschieden gegen eine Zwangsberatung aufgetreten sind, damit sie wenigstens dem SPD-Entwurf ihre Stimme geben. Statt dessen startest Du demagogische Attacken: "Verraten uns jetzt die Linken, weil sie sich für eine Fristenlösung zu fein sind?" Was für ein Blödsinn, zu einem Zeitpunkt, wo nicht einmal die Bundestagsabgeordneten über die endgültigen Entwürfe zum §218 informiert sind und der Unterausschuß noch nicht einmal angefangen hat zu beraten.

Ihr könnt also davon ausgehen, daß im Herbst der §218 noch nicht neu geregelt wird, sondern noch einige Monate mehr ins Land gehen werden und wir immer noch Zeit haben, die Frauen und die Frauenbewegung zu mobilisieren für die ersatzlose Streichung des §218 bzw. für eine wirkliche Verbesserung der Schwangerschaftsabbruchregelung.

Da Du, Alice, im avantgardistischen Stil keine Gelegenheit ausläßt, zu betonen, daß EMMA in all den Jahren nicht aufgehört hat, gegen den §218 zu kämpfen und überhaupt EMMA immer die erste war, warum gibst Du nun auf? Es ist schon sehr befremdlich, wenn ausgerechnet Du die Oberlehrerin spielen willst, um die dummen linken Abgeordneten zu belehren, "... daß ‚Linke` das Spiel der ‚Rechten` nicht durchschauen - oder es ihnen egal ist". Wenn dies Deine einzige Sorge zu sein scheint, zumindest hinterläßt die Nummer 10/91 der EMMA den Eindruck, tust Du mir wirklich leid oder sollte ich besser sagen, soweit ist es mit der Frauenbewegungselite schon gekommen!?

Die Parole "Fristenregelung jetzt!" mag parlamentarisch notwendig sein. Aber doch in keinem Fall im Zusammenhang mit der Zwangsberatung im Vorfeld der Auseinandersetzungen bereits favorisiert. Sie ist als außerparlamentarische Forderung ein Verrat an der autonomen und linken Frauenbewegung, die weit länger als die letzten 20 Jahre für die ersatzlose Streichung gekämpft hat. Ehrlich gesagt bin ich mir nicht ganz sicher, ob das eine einzigartige Selbstdarstellung von Alice Schwarzer sein oder ein verunglückter Profilierungsversuch an die SPD werden soll? Zur Unterstützung der Fristenregelung ohne Zwangsberatung bräuchte auch die SPD von Feministinnen und Linken Unterstützung und die FDP und einige SPDler den Druck. Auch das unterbleibt, wenn die Minderheit der 79 FDPlerInnen als Mehrheit ausfindig gemacht worden ist.

Peinlich bleibt Deine Belehrung an die Radikalität einer meiner Kolleginnen, Petra Bläss, MdB, PDS/Linke Liste, die noch nicht bereit ist, den äußersten Kompromiß öffentlich zu propagieren. Ich übrigens auch nicht, deshalb für die ersatzlose Streichung des §218!

Ulla Jelpke, MdB, PDS/Linke Liste

P.S.: Wir Feministinnen kämpfen weiter für unsere Rechte. Der Rat, bereits am 26.09.91 "ganz kleinlaut dem faulen FDP-Kompromiß zuzustimmen", liebe Alice Schwarzer, war eindeutig falsch, wie wir inzwischen wissen.

Unterstützt von: Petra Bläss, MdB; Jutta Braband, MdB; Andrea Lederer, MdB

26. PDS und Öffentlichkeit

Rubrik: PDS-Debatte, linke · CD-Datei: daten/aksuche/ak335/44.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:335:44

Effektiv wie selten gegen eine linke Organisation funktioniert die Medienblockade gegen die PDS. Gelegentlich findet sich, was die politischen Interventionen der Partei angeht, einmal eine Notiz in der FAZ, seltener noch in der Frankfurter Rundschau, gar nicht in der TAZ. Als Andrea Lederer als Mitglied des Schalck-Ausschusses einer Pressekonferenz wirklich brisantes Material aus dem PDS-Parteiarchiv präsentierte, worin unter anderem Verwicklungen des ehemaligen baden-württembergischen Ministerpräsidenten Lothar Späth in die Schalck-Affäre belegt wurden, fand das zwar unter den anwesenden JournalistInnen großes Interesse und die Ausschußmitglieder tobten, aber in der Presse war später (bis auf einzelne kleine Privatsender) kein Wort zu vernehmen. Der Gesetzentwurf zur Streichung des §218 wurde im Gegensatz zum fast gleichlautenden Entwurf der Gruppe Bündnis90/Die Grünen fast nirgendwo erwähnt. Schlimmer noch ergeht es allen anderen Initiativen. Weder von der bürgerlichen Presse ist irgendeine Resonanz zu verspüren, noch wirkt die Linke der BRD als Korrektiv, denn die Politik der PDS findet schlicht und ergreifend jenseits der Öffentlichkeit statt. Bislang hat weder eine liberale Öffentlichkeit noch die Linke (die gelegentlich ja sogar zur Verteidigung Mielkes das Wort erhebt) ihren Protest gegen dieses Vorgehen erhoben. Auch ein Produkt des neuen Deutschlands!

Anders sieht es aus, wenn die PDS durch einen ihrer Standard-Schlamassel in die Presse kommt. STASI, innere Zerrissenheit und Finanzen sind die Dauerbrenner.

Dauerbrenner STASI

Auf der letzten Parteitagstagung schien die Partei mit dem Beschluß zum Umgang mit der MfS-Problematik ein Stück vorangekommen zu sein. Der von den KritikerInnen in der PDS hoch bewertete Beschluß beinhaltet eine differenzierte Aufarbeitung der Geschichte in Form von Tagungen und Arbeitsgruppen und eine Regelung für ehemalige MfS-Angehörige in Partei- oder Parlamentsfunktionen, die aufgefordert wurden, ihre MfS-Tätigkeit gegenüber den Vorständen oder Gremien, in denen sie tätig sind bis zu einem bestimmten Termin offenzulegen. Die entsprechenden Gremien sollten dann nach Einzelfallprüfung eine Empfehlung zum Verbleib oder nicht gegenüber den Delegiertengremien oder Versammlungen, die den/die BetreffendeN gewählt hatten, abgeben. Strafrechtliche Verfolgung sollte dabei ausdrücklich nicht in Kauf genommen werden. Der Bundesvorstand wurde verpflichtet, Kriterien für die Bewertung als Hilfestellung für die urteilenden Gremien zu entwickeln.

Im Großen und Ganzen ist dieser Beschluß - jedenfalls was die Bundesebene angeht - Makulatur geblieben. Weder ist die differenzierte Geschichtsaufarbeitung wesentlich vorangekommen, noch sind Kriterien für die Bewertung der spezifischen MfS-Tätigkeiten entwickelt worden; weder gibt es Arbeitsgruppen bei allen Vorständen, noch sind Vertrauenspersonen benannt, an die sich ehemalige MfS-Angehörige wenden können (wie es auf Antrag der AG ChristInnen in der PDS beschlossen worden war).

Statt dessen nimmt das Unheil seinen Lauf: Es ist kaum ein Fall bekannt (außer Jutta Braband), wo ein enttarnter ehemaliger STASI-Mitarbeiter nicht sein Amt abgegeben hätte, jedenfalls verfährt so die Mehrheit. Bei den alleine ca. 9000 Kommunalabgeordneten der PDS ist es schon so weit, daß die NachrückerInnenlisten teilweise erschöpft sind. Fast in keinem Fall ist in der Öffentlichkeit zu erfahren, welche Tätigkeit konkret dem/der Einzelnen vorgeworfen wird. Wenn manchmal genaueres zu erfahren ist, kann es sich um so jemanden handeln wie den sächsischen Landesvorsitzenden, der sich im Alter von 16 bis 19 beim MfS-Wachregiment verpflichtet hatte.

Die Landtage sind mittlerweile alle von der Gauckbehörde überprüft, alle die dort durchs Raster fielen - und das ging quer durch alle Parteien - sind gegangen. Bei den Blockparteien war das keine Frage: MfS-Tätigkeit als Beleg für positiven Bezug auf die DDR, das ist insbesondere für die CDU und die FDP nicht tragbar, es gibt da gar keinen Spielraum. Weil das so ist, daß jede/r die/der auffliegt, gehen muß, meldet sich selbstverständlich keiner freiwillig. Bei der PDS funktioniert das nicht viel anders. Von den Rechtsparteien und von den linken KritikerInnen innerhalb und außerhalb der PDS in die Zange genommen, sehen sie für sich keine Chance, die "Altlasten" in der Fraktion zu halten. PDS - die STASI-Partei, die einzige Partei, wo die STASIs noch was werden können, diese Vorwürfe sind in einer Partei, die sich ganz besonders um ihren guten Ruf bemüht, kaum zu ertragen. Eine Tradition wie im Westen, wo ein schillerndes Schmuddelkinder-Dasein,

das nicht Angepaßtsein und die Provokation des rechten Spießertums zur linken Sozialisation gehörten, gibt es nicht (allerdings auch nicht außerhalb der PDS). Drei STASI-"Fälle" haben größere Beachtung gefunden: Wolfram Adolphi (siehe ak 332), Auslöser für den Parteitagsbeschluß, Jutta Braband (siehe ak 334 und diesen ak) und Dirk Schneider (siehe Interview in diesem ak). Wolfram Adolphi konnte sich noch zwei Monate auf Grund der Mehrheitsentscheidung im Amt halten und trat dann zurück. Jutta Braband ist bislang die erste Bundestagsabgeordnete überhaupt, die sich zu ihrer MfS-Vergangenheit bekannt hat, und nachdem Gregor Gysi seine schützende Hand über sie gehalten und sich für ihren Verbleib in der Gruppe ausgesprochen hat, ist es merkwürdig still geworden um diesen Fall. Dirk Schneider gibt nach Mehrheitsbeschluß seiner FraktionskollegInnen sein Mandat zurück. Für alle drei Fälle und alle anderen gilt, daß im Zusammenhang mit STASI-Vergangenheit jede Diskussion auf die Frage Mandatsrückgabe hinausläuft. Natürlich wird in der Öffentlichkeit heute von Adolphi nur noch wiedergegeben, daß er wegen STASI zurückgetreten ist (obwohl bei der Diskussion ausschlaggebend war, daß er gegenüber der Mitgliedschaft gelogen hatte), natürlich wurde über Jutta Braband in der Öffentlichkeit nur kolportiert "PDS-Mitglied bekennt sich zu STASI-Mitarbeit" und nicht, daß sie - keineswegs PDS-Mitglied - auch in der DDR als Oppositionelle im Knast gesessen hat, und bei Dirk Schneider spielen die Argumente, die im Einzelnen für sein Ausscheiden aus der Fraktion angeführt wurden, schon gar keine Rolle mehr in der öffentlichen Diskussion.

Der Fehler liegt zweifellos darin, daß auch in der PDS - und da muß die öffentliche Stimmung gar nicht bemüht werden, denn z.B. Jutta wurde keineswegs öffentlich zu Mandatsverzicht aufgefordert - die STASI-Vergangenheit immer wieder unmittelbar an die Mandatsrückgabe geknüpft wird. So scheint sich fast gar kein Fall zu finden, wo die Einzelprüfung dazu führt, daß jemand bleiben kann und dafür von den GenossInnen auch gekämpft wird. Im Gegenteil dreht sich diese Erfahrung so um, daß offensichtlich wohl doch jedeR Einzelne, der mit MfS-Vergangenheit "erwischt" wird, dann doch so viel Dreck am Stecken hat, daß er untragbar geworden ist, dies verallgemeinert, gilt dann für jeden kommenden Fall umso mehr.

Prima Klima

Im Bundestag, wo eine Überprüfung der Abgeordneten noch aussteht, kann mensch sich an fünf Fingern ausrechnen, was aus den sog. STASI-belasteten Abgeordneten wird, die in der Zukunft noch ausgemacht werden. Bei den anderen Parteien werden sie wahrscheinlich vor einer Veröffentlichung klammheimlich verschwinden. Bei der PDS wird abgewartet, wen es denn nun treffen wird, in der Hoffnung, daß vielleicht nicht alle Akten auftauchen. Natürlich hat der Fall Braband eine Debatte in der PDS ausgelöst: Wenn selbst schon Jutta, die immerhin ihre Geschichte als Oppositionelle aufweisen kann, gehen muß, was bleibt anderen, die u.U. schwerer belastet sind, noch anderes übrig, als zurückzutreten. Wie die immer wieder geforderte Offensive aussehen soll, kann niemand sagen. Wenn STASI-Mitarbeit mit strafrechtlichen Konsequenzen verbunden ist, wird die Forderung nach Bekennermut eh obsolet. Die Westlinke - im übrigen bis in die SPD hinein - betrachtet die Debatte weitgehend mit Kopfschütteln: Warum zerfleischt sich die PDS selbst? Daß eine Unterscheidung, wie am Fall Schneider zu exerzieren wäre, zwischen Bespitzelung einerseits und positivem Bezug auf die Zweistaatlichkeit, die Existenz der DDR andererseits notwendig ist, um der Verantwortung vor der Geschichte für das Walten der DDR gerecht zu werden, wird kaum akzeptiert. Daß das Denken quer zur BRD-Gesellschaft heute nicht nur heißen kann, die DDR-Geschichte der Gerichtsbarkeit der BRD zu entziehen, sondern auch erfordert, in der Kritik der DDR den eigenen Kopf zu gebrauchen und Maßstäbe zu entwickeln, scheint der BRD-Linken ebenso schwer zu fallen, wie umgekehrt viele Ostlinke vor allem aus der radikalen Ablehnung des DDR-Staates ein Rezept für die erfolgreiche Politik in der BRD machen wollen. Wenn gerade in der PDS keine Kriterien existieren, wie das Funktionieren der staatlichen Strukturen der BRD zu bewerten ist, wird sie ein Spielball der gesellschaftlichen Stimmungen bleiben. Und wie so oft, gilt auch für die so viel beschworene Glaubwürdigkeit, daß sie eher historisch und argumentativ nachprüfbar und damit diskutierbar und weniger moralisch zu gewinnen ist.

"Quälende Grundsatzdebatten"

In die durch den Fall Braband in Krisenstimmung versetzte Abgeordnetengruppe der PDS/Linken Liste platzte Bernd Henn mit seiner Rücktrittserklärung, was letztlich zu der Gründung einer Gruppe (G10) in der Gruppe führte (siehe Artikel in diesem ak). Eigentlich eine groteske Situation, daß sich die Mehrheit als Fraktion organisiert, weil sie sich mit den Argumenten der Minderheit nicht auseinandersetzen mag oder kann. Weniger als ein gemeinsamer Konsens, wie er jetzt zwar von den Beteiligten beschworen wird, als vielmehr der

gesammelte Unmut über die "quälenden Grundsatzdiskussionen" treibt diese Gruppe zusammen. Grundsatzdiskussionen wurden an folgenden Fragen geführt:

- Am Beispiel des § 218 mit dem Ergebnis, daß nach anfänglicher Ablehnung der Forderung nach ersatzloser Streichung der Parteitag anders entschied und nun von der Gruppe ein entsprechender Gesetzesentwurf zur Streichung des Paragraphen eingebracht wurde;

- in der Diskussion um die Europapolitik, wo ein Flügel der PDS in der Haltung globaler Verantwortung eigene Europavorstellungen erarbeitete, während eine Minderheit vor allem ihre Kritik an der konkreten Europapolitik der BRD und der EG formuliert;

- in der Frage der Asylpolitik, wo eine Mehrheit in der Fraktion offene Grenzen fordert und eine Minderheit ein Quotierungsmodell vertritt;

- bei der Erarbeitung einer neuen Verfassung, in der auf Wunsch der ProtagonistInnen z. B. auch die Frage der Zwangsdienste geregelt wird (was mit der Realitätstüchtigkeit begründet wird), während die Partei sich eigentlich die Abschaffung aller Zwangsdienste auf die Fahnen geschrieben hat;

- in der Diskussion um eine Position zum Krieg in Jugoslawien, wo um die Frage Erhalt des jugoslawischen Staates contra Lostrennungsrecht gestritten wird;

- in der Haltung zum Putsch und überhaupt zur Entwicklung in der Sowjetunion, wo es letztlich um die Beurteilung der Perestroika und des Nationalitätenkonfliktes geht;

- beim Umgang mit der STASI-Problematik, wo die einen glauben, mit einfachen Bekenntnissen in einer Art Befreiungsschlag das Problem erledigen zu können, andere mit der Wahrheit nicht rauswollen, weil sie sich einem undifferenzierten Schuldvorwurf und der damit verbundenen Hetze nicht aussetzen wollen und den Verlust des Mandats fürchten und wieder andere, die mit einer differenzierten Argumentation der zu erwartenden Enthüllung von der Gegenseite lieber zuvorkommen wollen.

Soweit eine Liste ohne Anspruch auf Vollständigkeit. Für alle Fragen gilt, daß die jeweiligen Fraktionen bei einzelnen Fragen durchaus unterschiedlich zusammengesetzt sind, wenn es auch durchgängige "ParteigängerInnen" gibt. Für alle Fragen gilt aber auch, daß durch die Grundsatzdiskussion jeweils Bewegung in die Meinungsfindung in Fraktion und ebenso in die Partei kam, und die Mehrheiten am Schluß häufig anders aussahen als zu Beginn. Tatsache ist aber auch der Konflikt darum, wen mensch im Parlament vertreten möchte, die WählerInnen, die Mitglieder der eigenen Lobby, seien es die deklassierten DDRlerinnen oder die PDS, sei es die Linke schlechthin, die NeinsagerInnen in diesem Land und eine oppositionelle Gesinnung oder seien es die eigenen Positionen, mit denen mensch jeweils an die Kandidatur gegangen ist. Ständiger Konfliktstoff liegt in jeder Auseinandersetzung, wo es darum geht, eigene positiv formulierte Vorstellungen zum Zusammenleben in dieser Gesellschaft vorzutragen oder aber seine Mission in den Parlamenten darin zu sehen, den Widerpart zu spielen, der Opposition Stimme zu verleihen und eher den Stachel im Fleisch dieses Staatsgefüges zu spielen. Da viele in der PDS sich eher als Opfer eines Stachels dieser Gesellschaft fühlen, gehen ihre Interessen mehr dahin, Vorschläge zu einem harmonischeren Zusammenleben zu unterbreiten, als daß sie dies als Kampf annehmen und selber noch polarisierend wirken.

Die Millionenpartei...

Entgegen der allgemeinen Annahme, es handele sich bei der PDS um ein vermögendes Unternehmen, steht die PDS heute am Rande des Konkurses. Einen Tag nach der letzten Parteitagstagung im Juni beschlagnahmte die Treuhand alle Konten der PDS (inklusive Mitgliedsbeiträge, Wahlkampfkostenrückerstattung und Spenden) in einer Operation namens "D-Day" (so hieß seinerzeit die Invasionsplanung der Alliierten in Deutschland) und gab der PDS auf, jede Einzelausgabe von der Treuhand genehmigen zu lassen. Die PDS organisiert Menschenketten mit Einzelquittungen und legt damit kurzfristig die Arbeit der Treuhand lahm.

Aber der hinter der Treuhandmaßnahme stehende Grundsatzstreit scheint für die PDS verloren zu gehen: Die Unabhängige Kommission, die seinerzeit zur Überprüfung des Vermögens der Parteien und Massenorganisationen der DDR eingesetzt worden war, steht auf dem Standpunkt, daß die PDS nur Anspruch auf einen Bruchteil des Vermögen der SED (Finanzen, Wertobjekte, Immobilien) hat. Sie argumentiert damit,

daß die SED eine Quasi-Zwangsvereinigung war. Von dem aus Mitgliedsbeiträgen der SED bestehenden Vermögen sei also ein fiktiver Teil derjenigen abzuziehen, die freiwillig nie Mitglied der SED geworden wären; der "freiwillige" Mitgliederstamm wird etwa in der Höhe der heute noch verbliebenen Mitgliedschaft angesetzt, die Höhe des Altvermögens entsprechend reduziert. Aber auch dies ist nur ein Modell in der Diskussion, grundsätzlich wird vertreten, daß das ehemalige Vermögen in voller Höhe vor dem Zugriff der PDS zu schützen ist, solange nicht geklärt ist, ob und wieviel der PDS davon etwas zusteht. Solange ist alles, was die PDS davon bis zur Beschlagnahme durch die Treuhand verbraucht hat, als Kredit an die PDS zu verstehen, den sie bei Entscheidung gegebenenfalls in noch festzulegender Höhe zurückzahlen muß.

Die PDS argumentiert dagegen, daß sie nicht nur das Vermögen, von dem sie nach Beschluß in Folge des Finanzskandals im Herbst 1990 80% abgeben will, von der SED übernommen hat, sondern auch eine ganze Reihe finanzieller Verpflichtungen. Die gehen von der Unterstützung ausländischer StudentInnen aus Trikont-Ländern (die noch von der SED zum Studium in die DDR eingeladen worden waren) über die Institute, Bibliotheken und das Parteiarchiv, die Instandhaltung von Immobilien bis zum gesamten Hauptamtlichenapparat - mittlerweile bis auf ca. 200 (insgesamt!) Personen reduziert - die bei Kündigungen laut Sozialplan abgefunden werden müssen. Dies sind Altlasten der SED, die folglich auch mit Altvermögen beglichen werden müssen.

...vor dem Konkurs?

Im Laufe des Sommers verfügte die Treuhand nun, daß der PDS von September bis Jahresende einen Kredit in Höhe von DM 5,45 Mio. aus dem Altvermögen zur Verfügung zu stellen ist, der aber bis Jahresende aus den Eigenmitteln der Partei (das sind im wesentlichen Mitgliedsbeiträge, in marginaler Höhe Spenden) getilgt werden muß. Die Partei selber hatte im Juni beschlossen, ab 1. Januar 1992 auf Eigenfinanzierung zu gehen. Damit einher geht eine weitere Entlassungswelle um ca. 1000 MitarbeiterInnen. Im zentralen Parteiapparat werden nur noch knapp 50 Hauptamtliche verbleiben. Da dem neu zu wählenden Parteivorstand die Entscheidung über die verbleibenden politischen MitarbeiterInnen überlassen sein soll, wurden bis auf 22 technische Beschäftigte im Parteivorstand alle MitarbeiterInnen im Parteivorstand (und im übrigen auch in den westlichen Bundesländern) zum 31.12.91 gekündigt. Der bei der letzten Entlassungswelle im Frühjahr ausgehandelte Sozialplan, der eine Begleichung der Abfindungen durch das Altvermögen vorsah, wird nun nachträglich - nachdem er zunächst genehmigt war - von der Treuhand storniert. Die MitarbeiterInnen, die ihrer Kündigung in Treu und Glauben zugestimmt haben, sehen sich nun getäuscht, die Einspruchsfristen sind verstrichen und es bleibt ihnen nichts anderes übrig, als die Abfindungen gegenüber der PDS einzuklagen. Diese Klagen haben bislang in an die 100 Fällen dazu geführt, daß die PDS zur Zahlung der zugesagten Abfindung verpflichtet wurde. Wenn die Partei alle aus ihrem Neuvermögen, bei gleichzeitiger Tilgung des Kredits, auszahlen würde, müßte sie heute bereits Konkurs anmelden.

Der vorläufig letzte Clou der Treuhand: Zum 18. Oktober 1991 übernimmt sie in der PDS die Personalhoheit. Bei einer der letzten Hausdurchsuchungen hätte sie festgestellt, daß teilweise Auszahlungen nicht nach Arbeitsvertrag sondern in größerer Höhe vorgenommen worden seien. Außerdem versagte sie die Entlohnung nach dem neuen Tarifvertrag, der im Juli mit der HBV ausgehandelt worden war und bis heute von der Treuhand nicht genehmigt ist.

Bislang hat die PDS gegen jeden dieser Schritte Klage eingereicht, entschieden wird so gut wie nichts, der Zustand der Unklarheit zieht sich hin, die Schraube von der Treuhand alle paar Wochen ein Stück angezogen. All das ist weitgehend unbekannt. Auch die ND-Berichterstattung ist im übrigen nicht dazu angetan, besonders schlau aus den Finanzauseinandersetzungen zwischen PDS und Treuhand zu werden, obwohl gerade das ND ähnlichen Repressalien ausgesetzt ist. Auch hier kein Protest aus der demokratischen Öffentlichkeit oder aus der Linken.

Es könnte sein, daß hier mal ein ganz neues Modell geprobt wird, eine linke Partei zu erledigen - weder durch Verbot, noch durch Denunzierung und Diffamierung ihrer Politik oder durch kalte Enteignung. Vielleicht haben die Herrschenden ihre Strategie den neuen Verhältnissen schon viel besser angepaßt als die Linken. Auch ein Produkt des vereinigten Deutschlands.

Cl.

27. Richtungsentscheidung in der PDS

Rubrik: PDS · CD-Datei: daten/aksuche/ak335/48.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:335:48

Vom 13. bis 15. Dezember wird die 3. Tagung des II. Parteitages der PDS stattfinden, die dritte Versammlung dieses Gremiums in diesem Jahr (1. Tagung Januar, 2. Tagung Juni). Schon fällt der Begriff vom "Sonderparteitag", wieder ist - wie schon vor den beiden letzten Tagungen - viel von einer möglichen Spaltung zu hören. Was auch immer letztlich entschieden werden mag, es wird eine entscheidende Weichenstellung werden.

Diese 3. Tagung sollte von der Beschlußlage her eigentlich ein offenes Geschichtsforum sein. Sie war beschlossen worden, um die auf der 2. Tagung im Juni verabschiedete Resolution zum Umgang mit der SED-Vergangenheit und der STASI- Debatte im inhaltlichen Teil umzusetzen. Jetzt wird es eine Tagung werden, die sich in der Hauptsache mit einer Linienentscheidung zu befassen haben wird, die wiederum hauptseitig über Personalentscheidungen ausgetragen werden wird. Daß es auch um so wichtige inhaltliche Fragen wie das Verhältnis zu Flüchtlingen, Immigranten und Asylbewerbern gehen wird, soll nicht verschwiegen werden; aber in dieser Debatte wird es nur nebenseitig um den Hauptstrang des sich gegenwärtig durch die PDS ziehenden Konfliktes gehen.

Seit der 2. Tagung im Juni ist innerhalb der Führungsebenen der PDS eigentlich nichts anderes unternommen worden, als auf eine solche Richtungsentscheidung hinzuarbeiten. Auf der Vorstandssitzung am 21. September legte dann eine 9er- Gruppe ein Papier "Für radikale Reformen! Sechs Thesen zur Strategie und Politik der PDS" vor (abgedruckt im ND vom 30.9.91). Es wird der Anspruch erhoben, "zur Polarisierung und Transparenz des Meinungsstreits in der PDS beizutragen." Im gesamten Thesenpapier wird dann nur eine Frage der Politik angesprochen, die der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Zur "Schlüsselfrage für eine moderne sozialistische Partei" wird "der Kampf um das Recht auf Erwerbsarbeit" erklärt. Der Kampf um die Erhaltung, Modernisierung und Neuschaffung von Arbeitsplätzen soll im Zentrum parlamentarischer und außerparlamentarischer Arbeit stehen. Darüberhinaus soll eine "Demokratisierung der ökonomischen Sphäre" durchgesetzt werden. Zu einer weiteren "Schlüsselfrage" wird "die Demokratisierung am Arbeitsplatz" erklärt. Dieser Themenbereich bleibt der einzige, der unter dem oben genannten Stichwort ("Thesen zur Strategie der PDS") behandelt wird. Nun soll den Verfassern nicht unterstellt werden, daß für sie andere Fragen der Politik unwichtig, nebensächlich oder zweitranging sind, nur fällt auf, daß die genannte zur Schlüsselfrage erklärt wird. Von daher gewinnt dann auch an Gewicht und ist als Richtungsentscheidung zu verstehen, daß all denjenigen, die diesen Ansatz nicht teilen, entgegengehalten wird: "Radikale Reformpolitik soll das programmatische und politische Profil der PDS bestimmen. Wem dies nicht antikapitalistisch genug ist, der soll den Streit auf dem Terrain austragen, aber nicht in Verbalradikalismus verharren und die fundamentalistische Pose pflegen." Nun gibt es in der PDS, wie in der übrigen Linken auch, Gegensätze in der Frage, inwieweit der Kapitalismus gerade in der ökonomischen Sphäre grundlegend zu reformieren ist. Es gibt auch hier einzelne Kräfte, die dies rundheraus verneinen und in der Kritik an denjenigen, die eine solche Position vertreten, den Vorwurf des Reformismus richten. Insofern ist eine wirkliche Auseinandersetzung noch gar nicht eröffnet worden. Was jedoch am meisten auffällt, ist, daß es innerhalb der PDS nicht die mindesten Anstrengungen gibt, die Erfahrungen aus den 40 Jahren BRD-Kapitalismus und der sozial- und linkssozialdemokratischen Politik in diesem Zeitraum zu analysieren und dann eine Richtungsentscheidung zu treffen. Die notwendige Annahme einer Interessenvertretungspolitik für die Anschlußopfer, also eine tagespolitische Aufgabe, wird so unmittelbar mit einer Richtlinienentscheidung verbunden.

Die vorgelegten Thesen bekommen ein besonderes Gewicht durch die darunterstehenden AutorInnen: André Brie (stellvertretender Parteivorsitzender), Lothar Bisky (Landesvorsitzender Brandenburg), Marlies Deneke (stellvertretende Parteivorsitzende), Helmut Holter (Landesvorsitzender Mecklenburg-Vorpommern), Kerstin Kaiser (Präsidiumsmitglied), Hans Modrow (Ehrenvorsitzender), Michael Schumann (Präsidiumsmitglied), Klaus Steinitz (Präsidiumsmitglied), Alexandra Wagner (Grundsatzkommission). Diese Namen repräsentieren ein Spektrum sozialistischer und sozialdemokratischer Ideen. Nicht vertreten ist die Richtung der Kommunistischen Plattform einerseits und der "Erneuerer" andererseits. Man geht sicher nicht fehl, daß mit dieser Konstellation der größte Teil der Partei vertreten wird. Bemerkenswert ist dann noch, daß sich mit dem Angriff auf die "Fundamentalisten" hauptsächlich auf die linken Kreise um die AG Junge GenossInnen, die Strömung in Berlin u.a. gewandt wird, gleichzeitig aber auch die Kommunistische Plattform getroffen wird,

denn sie gebärdet sich verbal am meisten antikapitalistisch. (Dennoch ist sie nicht gemeint, weil sie nie soweit gehen würde, in die Auseinandersetzung mit der oben skizzierten Strömung zu gehen).

Wozu dieser Vorstoß der "Radikalreformer" in dieser Situation? Hans Modrow führt hierzu im "Neuen Deutschland" (11.10.91) aus, was innerhalb dieser Gruppierung schon lange Konsens ist: Es gebe eine Konsolidierung der Parteibasis und eine nicht handlungsfähige Leitung. Es gebe Spaltungsgerüchte und Intoleranz innerhalb der Auseinandersetzung, wobei auch er wiederum letzteres vor allem den Mitgliedern vorhält, "die sich selbst als Neuerer fühlen". Hier und in der Vorstandsdiskussion fordert er einen Grundkonsens für die Partei und ihre Leitungsgremien, wofür die Vereinheitlichung auf die Thesen der "Radikalreformer" vorgeschlagen wird. Er selbst sagt, diese Gruppe wolle keine neue Plattform oder Strömung in der Partei aufmachen, sondern die ganze Partei mit ihren Thesen erreichen. Es ist keine gewagte Spekulation, daß auf dieser sehr verengten Sicht der politischen Strategie innerhalb der PDS keine Vereinheitlichung zu erreichen sein wird, womit sich dann tatsächlich die Frage der Spaltung stellt. Hans Modrow selbst hat dies schon ausgesprochen, wenn auch sehr zurückhaltend: Es müsse jetzt über einen Grundkonsens gestritten werden. Wer ein dann erreichtes Ergebnis nicht teilen könne, müsse sich selbst die Frage beantworten, ob diese Partei die richtige für sie/ihn sei.

Eine Partei der Stromlinie?

Eine Schlagzeile nach dieser 3. Tagung ist jetzt schon sicher: "Westlinke rausgewählt". Es gibt keinen Zweifel mehr, daß die Westausdehnung der PDS gescheitert ist. Es gibt im Westen nach wie vor nur ein unwesentliches Spektrum, das sich auf diese Partei einläßt. Da die sehr hohe Beteiligung von Westmitgliedern im Vorstand (19 von 70) mit der Vorstellung verbunden war, die Westlinke demonstrativ einzubinden, liegt beim Scheitern dieses Versuchs die Reduzierung nahe. Dies wird noch durch den Umstand befördert, daß nach dem neuen Statut nur ein elf- bis vierzehnköpfiger Vorstand gewählt wird - da wird wenig Platz für die herangeholten Wessis sein. Aber diese Wahl könnte auch eine Abkehr von der Praxis werden, die verschiedenen Strömungen in den Leitungsgremien zu binden. Gregor Gysi sagt hierzu in einem Interview mit dem ND: "Meine Vorstellung war, daß man versuchen muß, auch innerhalb der Leitungsstrukturen die wesentlichen Positionen vertreten zu haben. Das zieht dann allerdings langwierige Diskussionen, ein partielles Gegeneinander und gegebenenfalls eine eingeschränkte Handlungs- und Leitungsfähigkeit nach sich". Die andere Möglichkeit bestände darin, "eine Leitung zu wählen, die auf die Pole verzichtet, handlungsfähiger ist, aber diese Diskussionen nicht ausschließt."(7.10.91) Wie letzteres geschehen soll, dafür hat auch er kein Rezept. Aber es sind auf allen Ebenen diese sogenannten "quälenden Grundsatzfragen", die in der PDS Unmut hervorrufen (siehe auch den Artikel zur Bundestagsgruppe). Gerade in den Leserbriefspalten des ND kann man verfolgen, daß es einen gehörigen Teil von Mitgliedern gibt, die des ewigen Streitens müde sind und sich wieder eine straff geführte Partei wünschen. Auf diese Stimmung spielt auch die Gruppe der "Radikalen Reformer" an. Und es ist sicherlich auch keine Spekulation, wenn hier behauptet wird, daß der nächste Vorstand seinen radikal linken Flügel verlieren wird. Wobei es sich der Parteitag einfach machen kann, denn von dieser Seite werden die prominenten Mitglieder nicht wieder kandidieren (Rainer Börner, Helga Adler, Christiane Reymann, Michael Stamm).

Ein großer Verlierer dieser Auseinandersetzung steht darüber hinaus auch noch fest: Gregor Gysi, der zwar, wenn er denn selber will, wieder zum Parteivorsitzenden gewählt werden wird, dem aber ein großer Teil der innerparteilichen Angriffe gilt: Die Auseinandersetzung in der Bundestagsgruppe richtet sich gegen seinen Kurs, innerhalb des Parteiapparats wird ihm Führungsschwäche vorgeworfen, ihm wird die Orientierung auf die Westlinke angelastet. Nicht zufällig steht sein Name denn auch nicht unter dem Papier der "Radikalreformer".

he.

28. Der Fall Bernd Henn und die G10

Rubrik: PDS · CD-Datei: daten/aksuche/ak335/henn.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:335:henn

Am 19. September überraschte der Abgeordnete Bernd Henn die Bundestagsgruppe der PDS/Linken Liste mit seiner Austrittserklärung. Zur Begründung führte er an: den ungelösten Grundkonflikt, wer Adressat der Politik sei, die ungeklärte STASI-Debatte und Vorwürfe, daß die Leitung der Abgeordnetengruppe, soweit sie von Andrea Lederer ausgeübt werde, auf Durchsetzung von Minderheitsinteressen angelegt wäre, - so hätte z.B. eine Minderheit die Mehrheit in der Frage des §218 über den Tisch gezogen.

Die Abgeordnetengruppe ist in mehrerlei Hinsicht heterogen zusammengesetzt: Von den 17 MdBs sind vier aus dem Westen, von denen wiederum drei über Listen in den neuen Bundesländern zu ihrem Mandat gelangten.

Einer von ihnen ist Bernd Henn, in Sachsen-Anhalt auf Platz Zwei der Landesliste gesetzt und gewählt (und damit der einzige Fall in der PDS, der sich erfolgreich gegen eine geschlechtliche Quotierung nach vorne hinter die männliche Nummer Eins plazierte). Zu den InitiatorInnen der Linken Liste war er mit seiner SPD-Mitgliedschaft und als IG-Metall-Bevollmächtigter in der Hoffnung auf eine linke Alternative zur SPD gestoßen. Als ziemlich schnell klar wurde, daß die GewerkschafterInnen keineswegs massenhaft vor dem Absprung von der SPD standen, wie seinerzeit außer von Bernd Henn auch immer von den SoStlern behauptet, verdrückte sich der Salzgitterer sich gen Osten (während vor Ort die gewerkschaftlichen Disziplinierungsversuche gegen ihn liefen, und seine KollegInnen, die im guten Glauben seinen Weg mitgegangen waren, ihm die Stange hielten; von der IG Metall erhielt er mittlerweile eine sechsstellige Abfindung). Seitdem fühlt sich Bernd als Ossi, als solcher kandidierte er für den Parteivorstand, an deren Sitzungen er bis auf eine Ausnahme nicht mehr teilnahm, nachdem er bei der Wahl zum Präsidium nicht die erforderliche Mehrheit erhalten hatte.

Seine Austrittserklärung provozierte in der durch die STASI-Debatte eh schon knisternden Stimmung der Bundestagsgruppe neue Aufgeregtheit. Tatsächlich werden in Bernd Henns Erklärung Konflikte angesprochen, die von vielen ähnlich gesehen werden: Es gab - vor der Entscheidung des PDS-Parteitages für die ersatzlose Streichung des §218 - unter den Abgeordneten eine Mehrheit für die Fristenlösung. Es gibt den Dauerbrenner STASI und die "endlosen Grundsatzdebatten". Und es deutet sich die nächste Zerreißprobe an, die Forderung nach offenen Grenzen, wo sich zwar in der Gruppe wohl eine Mehrheit für diese Forderung findet, die aber von Bernd Henn mit Verweis auf vermeintliche Parteimeinung torpediert wird.

Während der Diskussion unter den Abgeordneten stellte sich dann heraus, daß die Austrittserklärung nur eine bedingte war und so gesehen eingesetzt wurde, um Veränderungen herbeizuzwingen. Bernd Henn lud nämlich zu einem Diskussionstermin, bei dem sich eine Gruppe von 10 Abgeordneten konstituierte, die in ihrem Positionspapier (siehe Kasten) die Grundsatzdebatten kurzerhand für beendigt erklärte bzw. auf den eigenen Kreis beschränkte und logischerweise eine zeitliche Begrenzung für Fraktionssitzungen vorschlug. Sprich, mensch einigt sich zunächst im eigenen Kreis auf eine Position und kann dann in der Fraktionssitzung bei kurzem Argumentenaustausch sich aufs Abstimmen beschränken.

Die Arbeitsgemeinschaft der Zehn, kurz G10, besteht bis auf Bernd Henn nur aus Ost-PDSlern, auf der "anderen Seite" befinden sich das Frauenquartett Andrea Lederer, Ulla Jelpke, Petra Bläss und Jutta Braband sowie Uli Briefs, die alle fünf über die Bündniskonstellation (Linke Liste, Vereinigte Linke, Unabhängiger Frauenverband) in die Fraktion gelangten, zu den Nicht-G10lern gehören auch Gregor Gysi und Hans Modrow. In dieser Konstellation drückt sich aus, daß das Ost-West-Verhältnis ein Faktor, wenn auch nicht der ursächliche, des Konflikts ist, der funktionalisiert wird in der Sammlung der G10 um Bernd Henn, aber eben auch gebrochen dadurch, daß die Ossis der G10 sich ausgerechnet den Wessi zu Sprecher machen. Auch für die inhaltlichen Konflikte ist keine festgefahrene Scheidelinie festzustellen. Bereits in einer der ersten Fraktionssitzungen nach der G10-Gründung wurde das (ja zutiefst undemokratische) Prinzip der Ausklammerung von Grundsatzdebatten durchbrochen und schon an der Forderung nach offenen Grenzen hatte die G10 keine gemeinsame Position mehr. Nachdem gleich bei dieser ersten Nagelprobe die G10 nicht gespurt hatte wie er wollte, ging Bernd Henn zwei Tage später mit einer Presseerklärung an die Öffentlichkeit: Er sei besorgt über die innere Zerrissenheit der Gruppe, die inhaltlichen Differenzen, was das Verhältnis zum Rechtsstaat, die Rolle der Erwerbsarbeit und die Asylproblematik angehe, es gäbe einen "gehässigen

Diskussionsstil" und - die Masche ist nun uralt - es fehle ein Bekenntnis zum Rechtsstaat und die Absage an Gewalt. "Hier ist eine klare Distanzierung notwendig, letztlich auch eine Trennung von linkssektiererischen Positionen" fordert er unter Bezug auf den nicht näher personifizierten und belegten Vorwurf, von einzelnen Abgeordneten würden Steinwürfe auf Polizei oder BGS-Beamte gebilligt. Man erfährt jedoch nicht, worauf er hier rekurriert.

Die Abgeordnetengruppe (bis auf Riege, Heuer und Stachowa) reagierte ihrerseits auf Bernd Henns Pressemitteilung mit einer Richtigstellung, in der für eine konstruktive Streitkultur geworben wird, insbesondere wird Henns Gewalt- und Rechtsstaatspassage als falsch und denunziatorisch zurückgewiesen; die G10 verwahrt sich dagegen, sich gegen andere Mitglieder der Abgeordnetengruppe instrumentalisieren zu lassen.

Aus gewöhnlich gut unterrichteten Kreisen verlautete übrigens, daß der Abgeordnete Henn sein außerordentliches Engagement in der PDS/Linke Liste-Gruppe erst in dem Augenblick startete, als seine Rückkehrambitionen in die SPD von dieser abschlägig beschieden worden waren...

Cl.

Bernd Henn in seiner (bedingten) Austrittserklärung vom 19.9. 1991:

Die Grundfrage war und ist:

Wer sind die Adressaten unserer Politik?

Sind es die Wählerinnen und Wähler der PDS, sind es die abhängig Beschäftigten und ihr Umfeld?

Oder wollen wir vorrangig die Grünen beerben, nachdem die linke Szene sich von diesen enttäuscht abwendet?

Das bisher erfolglose Liebeswerben um Jutta Ditfurth und Thomas Ebermann scheint dies zu belegen.

Sind wir also ein Interessenvertreter derjenigen, die aus dieser Gesellschaft aussteigen wollen, oder vertreten wir die, die auch Bewahrenswertes sehen und den Weg des schrittweisen Umbaus gehen wollen. (...)

Positionspapier der Arbeitsgemeinschaft

Ausgehend von der Erfahrung, daß inhaltliche Diskussionen in der Gruppe PDS/LL immer wieder an die Grenzen heute offenbar nicht zu überwindender unterschiedlicher politischer Positionen stoßen, trafen wir uns, um über neue Strukturen nachzudenken. Dieser Brief von Bernd Henn war Anlaß, nicht aber Ursache für diese Diskussion.

Wir empfinden seit längerem Frust über die Ergebnislosigkeit bestimmter Gruppendiskussionen. Deshalb sind wir nicht mehr bereit, ständig Grundfragen zu diskutieren, in denen es kaum ein Aufeinanderzugehen gibt. Diese Diskussionen sind in weiten Teilen wenig fruchtbringend und behindern uns eher, unser Mandat als Abgeordnete der PDS/LL in voller Verantwortung vor unseren Wählern wahrzunehmen.

Die Gruppe PDS/LL zeichnet ein unterschiedliches Verständnis von oppositioneller parlamentarischer Tätigkeit und den sich daraus ergebenden Aktivitäten aus. Nach monatelangen ergebnislosen Diskussionen sollten wir das akzeptieren.

Wir zehn Abgeordnete, die sich selbst als radikale Reformer für demokratischen Sozialismus definieren würden, möchten einen Diskussionszusammenhang erreichen, der auf dem Willen basiert, tragfähige Politikangebote in das Parlament einzubringen. Das schließt die prinzipielle Auseinandersetzung mit der Regierungs- sowie der SPD-Politik zwingend ein.

Unsere Arbeitsgemeinschaft existiert neben den Arbeitskreisen. Unsere Arbeit orientiert sich an den sechs Thesen "Für radikale Reformen". Wir halten es für erforderlich, uns auf konkrete Inhalte unserer Arbeit zu konzentrieren und ergebnisorientiert heranzugehen. Das schließt eine zeitliche Begrenzung der Fraktionssitzungen (ca. 3 Stunden) ein.

Davon unberührt bleiben Klausurberatungen der Fraktion. Aus unserer Sicht ergeben sich keinerlei Konsequenzen für Mitarbeite- rInnen.

Dagmar Enkelmann, Bernd Henn, Ursula Fischer, Uwe-Jens Heuer, Barbara Höll, Dietmar Keller, Angela Stachowa, Gerhard Riege, Fritz Schumann, Ilja Seifert

29. Eine traurige Gesellschaft

Rubrik: PDS-Debatte, linke; Antirassismus, Antinationalismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak335/28.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:335:28

Für mich ist es auch nicht das Problem, daß es zu den genannten Fragen unterschiedliche Positionen gibt. Wenn wir eine pluralistische Partei sein wollen, dürfen wir uns über unterschiedliche Positionen nicht wundern, bis hin zu einem unterschiedlichen Oppositionsverständnis. Gregor Gysi in einem Gespräch, ND, 7.10.91

Zwei Wochen, nachdem Aktivbürger das sächsische Hoyerswerda von Ausländern gesäubert hatten, eine Woche, nachdem in Bremen die DVU für ihre konsequente Linie in der Asyldebatte mit 6,2% der Wählerstimmen belohnt wurde, inmitten einer Periode täglicher Überfälle auf Flüchtlingswohnheime gab sich die Partei des demokratischen Sozialismus die Ehre. Zu einer "internationalen wissenschaftlichen Konferenz über Rechtsextremismus, Nationalismus und Rassismus" am 4. und 5.10. waren VertreterInnen von Bürgerbewegungen, Gewerkschaften, SPD, den Kirchen und kleineren linken Organisationen ins Parteihaus am Köllnischen Park geladen. Wie nicht anders zu erwarten, sind nur Leute von den kleineren linken Organisationen aus der BRD der Einladung gefolgt, darunter Zeitungsmenschen von konkret, PROWO und ak. Auf maximal 10 Gäste kamen 60 Parteimitglieder. Neben so bekannten Menschen wie Ulla Jelpke (MdB) und Reiner Börner (Präsidium) war der Ausländerbeauftragte der PDS Tanju Tügel und eine ganze Professorenriege anwesend, darunter Kurt Petzold, Ludwig Elm, Norbert Madloch und Rolf Richter. Doch die Konferenz versprach, nicht nur wissenschaftlich, sondern auch repräsentativ zu werden - soweit das Wort repräsentativ auf eine Partei, die als Programmersatz den Pluralismus vor sich herträgt, überhaupt angewendet werden kann. Im folgenden sollen ganz unsachlich Schlaglichter auf eine Veranstaltung geworfen werden, die mehr über den Zustand des ganzen Ladens aussagt, als die neueste Rede des Parteichefs oder die Entschließungen über offene Grenzen aus dem Büro Ulla Jelpke.

Pünktlich um 10.00 Uhr spricht Stefan Hermlin, ein Mann, der schon bessere Tage gesehen hat, ein Grußwort. Von Humanismus und Toleranz ist die Rede, vom Jahr 33 und vom Haß und der Hetze, die Presse und Literaten verbreiten. Aber auch von "vernünftigen, menschlichen Worten des Bundespräsidenten", eine Instanz, auf die auch im späteren Verlauf rekurriert werden wird.

1. Prof. Norbert Madloch

Der Versammlungsleiter Prof. Dr. Madloch hält das zweite Referat (das erste von Ulla Jelpke hatte sich kenntnisreich mit dem BRD-Neofaschismus auseinandergesetzt und war für den Charakter der Veranstaltung völlig untypisch). Mit Wut, Scham und Betroffenheit hat Madloch die Angriffe auf AusländerInnen in Hoyerswerda aufgenommen. "Der Rechtsstaat hat kapituliert" in Hoyerswerda, "das dürfen wir nicht hinnehmen." Doch dann wird erstmal ausdifferenziert: In ganz Europa gebe es Nationalismus. Madloch erinnert an den Bürgerkrieg in Jugoslawien, die Nationalitätenkonflikte in der SU, in Nordirland, auf Korsika. Und - auch das darf der Gerechtigkeit halber nicht unerwähnt bleiben - Umfragen belegten, in der alten BRD gebe es noch viel mehr Ausländerfeindlichkeit und Rechtsextremismus als in den fünf neuen Ländern. "Nicht um zu relativieren" sagt er das, "sondern um sachliche Ausgangspunkte zu schaffen". Im eigentlichen Referat und auch auf Nachfragen hin erweist sich Madloch als Kenner des DDR-Neofaschismus. Seien es die Kontakte der SED-Spitze mit aktiven Neonazis aus der BRD in den 50er Jahren oder faschistische Umtriebe in der NVA-Kaserne in Basdorf, wo es ein Oberst gleich nach der Wende zum stellvertretenden REP-Vorsitzenden gebracht hat und schon vor 1986 Soldaten Feierlichkeiten mit Nazi-Liedern musikalisch umrahmt hatten. Doch wo kommt das her? Madloch weiß vom geistigen Scheitern der herrschenden Parteien der Staaten des Warschauer Vertrags nach 40 Jahren Herrschaft zu berichten, von Provinzialismus und Reisebeschränkungen in der DDR und von einem "ideologischen Bruch der Jugend mit den alten Idealen", der sich Mitte der 80er Jahre vollzogen habe. Das theoretische Ergebnis ist bekannt und zeugt von hoher Anpassungsleistung von Wissenschaftlern aus der ehemaligen DDR an die Lehren der Heitmeyer, Leggewie und anderer BRD-"Experten". Da gibt es die sozialen Folgen des Systemwechsels wie Massenarbeitslosigkeit und Zukunftsangst und tieferliegende, vor '89 schon vorhandene Befindlichkeiten, die sich in individueller Orientierungslosigkeit, dem Generationenbruch und zertrümmerten Wertmaßstäben äußern. Kein Wunder also, daß die "naiven, populistischen, aber reale Probleme aufgreifenden Losungen der Faschos" solchen Anhang bei der Jugend finden. Deswegen ist es nach Madloch auch falsch, bei der Benennung des

Phänomens auf den historischen deutschen Faschismus in Analogie zu 1933 zu verweisen, vielmehr sei Rechtsextremismus die richtige Bezeichnung für die aktuellen Gewalttaten. Bei der Mehrzahl der rechtsextremistischen Jugendlichen handele es sich nicht um Faschos, sondern um orientierungslose, alleingelassene Menschen, die keine sinnvollen Freizeitbeschäftigungen mehr hätten, weil ihre Jugendclubs geschlossen würden und sie so genötigt wären, auf die Straße als Sammelpunkt auszuweichen. Warum man, von existentiellen Nöten umgetrieben auf der Straße offenbar mit Notwendigkeit auf so großartige Gedanken verfällt, wie Vietnamesen oder sowjetische Soldaten zu überfallen, "Deutschland den Deutschen" zu gröhlen etc., verrät Madloch freilich nicht. Aber er hat Verständnis. Die DDR-Menschen fühlten sich nach dem Platzen ihrer Hoffnungen in die Einheit als Bürger zweiter Klasse. Der "brutale Manchesterkapitalismus, der Entsolidarisierung und die Ellenbogengesellschaft zur Folge hat, führt zur Gewalt." Daß es Gewalt gegen ganz bestimmte, in der Regel nicht-deutsche Menschen ist, von der er da so allgemein redet, fällt gar nicht mehr recht auf.

Möglichkeiten zur Besserung sieht Madloch in der westdeutschen Sozialpädagogik, besonders in der Arbeit von Streetworkern mit "gefährdeten" Jugendlichen. Zum Umgang von Linken mit dem Nationalismus der "Rechtsextremen", den er Deutschtümelei nennt, empfiehlt Madloch anstelle von ignoranter Ablehnung jeder konstruktiven Auseinandersetzung mit dem Problemfeld Nation und Nationalismus die Klassiker. "Die konstruktiv-humanistischen Aussagen von Marx und Engels zur nationalen Problematik wurden im Stalinismus deformiert. Wir müssen heute den ganzen Gedankenreichtum der Klassiker wiederaufgreifen." Den Namen des Klassikers, den er in diesem Zusammenhang eigentlich gemeint hat, Lenin, traut man sich wohl nicht mehr in den Mund zu nehmen. Marx und Engels haben den Vorteil, daß sie nicht als Staatsgründer für einen Systemzusammenbruch haftbar gemacht werden können. Und wer macht sich schon noch die Mühe, dem Professor Madloch nachzuweisen, daß gerade bei Marx und Engels so gut wie nichts und schon gar nichts Konstruktives zur nationalen Frage zu finden ist. Macht ja nichts, bei vaterländischen Bemühungen kann man fünfe schon mal grade sein lassen.

2. Fred Löwenberg

Ganz so akademisch wie der Professor Madloch vermag der nächste Redner sein Anliegen nicht zu verklausulieren. Er ist mehr gerade heraus, der Genosse Fred Löwenberg und daß es vielleicht doch ein bißchen anrüchig sein könnte, was er da vorträgt, kann er sich gar nicht vorstellen. Fred Löwenberg ist PDS-Mitglied und verantwortlicher Redakteur der Zeitschrift antiFa (bis Dezember 89 "Der antifaschistische Widerstandskämpfer"), die vom IVVdN (Interessenverband ehemaliger Teilnehmer am antifaschistischen Widerstandskampf, Verfolgter des Naziregimes und Hinterbliebener) herausgegeben wird. Löwenberg transportiert das ganze Pathos des traditionellen Antifaschismus. In seiner kurzen Ansprache dokumentiert er, wie rasch und gründlich in DDR-Antifa-Kreisen umgedacht wird, aber auch wie verrottet und verkommen der Traditionsantifaschismus wenigstens tendenziell immer schon war. Antifaschismus ist für Löwenberg eine "Volksbewegung". Die aktuelle Krise dieser Volksbewegung sieht er darin, daß "Antifaschismus auf die Weltanschauung des wissenschaftlichen Sozialismus reduziert war". Das mag ja früher mal halb so schlimm gewesen sein, doch die Zeiten ändern sich und daran kann auch eine antifaschistische Volksbewegung nicht vorbei. "Antifaschisten dürfen sich niemals an den Rand der Gesellschaft drängen lassen. Das größere Deutschland hat nur dann eine Zukunft und Aussicht auf einen geachteten Platz zwischen den Völkern, wenn ein demokratischer Antifaschismus politisches Leitbild ist." Weil so eine Volksbewegung offen ist, hat Löwenberg auch keine Skrupel, die Aussprache mit den Opfern des Stalinismus zu suchen. "Wir sind gegen jede Gewaltherrschaft," und vor allem offen für jeden, der dabei sein will. Welche Gesinnungen der Fred Löwenberg so alles dem Antifaschismus zuschlägt, zeigt sein jüngster publizistischer Erguß. Am Rande des Kongresses wird antiFa verkauft. In der September- Nummer 91 findet sich ein Artikel von Fred Löwenberg "Beppo Römer - kein Bilderbuchheld - ein Mensch". Es handelt sich um die Besprechung eines soeben erschienen Buches "Beppo Römer: Ein Leben zwischen Revolution und Nation". Römer wurde von den Nazis 1944 geköpft. Vorher war er Nationalrevolutionär der bluttriefensten Art. Höhepunkt seiner Karriere: Chef des Freikorps Oberland, das unter anderen an der Niederwerfung der Münchner Räterepublik am 1.Mai 1919 beteiligt war und hauptverantwortlich für die schrecklichen Massaker unter den Münchner Arbeitern. Später wurde er von der immer nationalistischer agierenden KPD angeworben. "Sicherlich", schreibt Löwenberg in antiFa, "hat er geistig dabei durchaus in mancherlei Hinsicht andere Positionen eingenommen als seine Partei. Aber für ihn ist ein echter Patriotismus für sein Vaterland, für das Volk, dem er bewußt angehört, das Entscheidende." Für Römer gab es "in seinem Patriotismus und in seinem Widerstand gegen die braune

Barbarei keine einseitige Fixierung auf irgendeine Klasse und Schicht, sondern er orientierte auf eine wirkliche Volksfront, friedenspolitisch und antifaschistisch geprägt." Wie es mit den Moralvorstellungen von Leuten bestellt ist, die eine antifaschistische Volksfront anstreben, verrät uns der Genosse Löwenberg am Ende seines Aufsatzes über Beppo: "Auch sein letztes schriftliches Lebenszeichen spricht für die hohe Moral Beppo Römers. Der letzte Satz in seinem kleinen Abschiedsbrief lautet: `Der Tod auf dem Schlachtfeld wäre schöner gewesen, zumal mein ganzes Leben immer Deutschland gegolten hat. Euer Beppo.`"

Das Büchlein über Herrn Römer wird übrigens in mehreren faschistischen Zeitschriften wärmstens empfohlen.

3. Dr. Manfred Behrend

Dr. Behrend meldet sich zu Wort, um einem westdeutschen Antifaschisten zu widersprechen, der jede positive Bezugnahme auf Nation und Nationalismus zurückgewiesen hatte. "Einen guten Nationalismus gibt es nicht", hatte der VVN- Funktionär gesagt. Die nationale Frage ist laut Dr. Behrend in Deutschland nie gelöst worden. Das festzustellen und sich diesem Problem zu stellen sei nicht pro- nationalistisch. Demokraten und Linken müsse es darum gehen, daß aus Deutschland endlich eine "demokratische Nation" werde. Er hält es für einen schweren Fehler, daß "die konstruktiven Ansätze zu Nation und Nationalismus in westdeutschen Antifa-Kreisen zurückgewiesen werden." Behrend ist Historiker und greift weit aus. Während in Frankreich und Großbritannien die Nationen natürlich gewachsen seien, sei die Nation in Deutschland unnatürlich nachgeholt worden. Dabei sei die "Nationenfindung" auf der Strecke geblieben. Das gelte besonders für den Hitlerfaschismus, obwohl gerade die Nazis sich stets mit völlig überzogenem Nationalismus hervorgetan hätten. Es sei deshalb Aufgabe von Linken und Antifaschisten, die nationale Frage, die nationale Identitätsfindung selbst in die Hand zu nehmen und dieses Problem nicht anderen zu überlassen. Der Internationalismus, das zeige schließlich der Untergang der Staaten des Warschauer Vertrags, "hat als Identitätsangebot nicht gegriffen".

Es bleibt zweierlei anzumerken. Zum einen hat Dr. Behrend für seine bemüht vaterländischen Ausführungen freundlichen Applaus erhalten, wie vorher schon Dr. Madloch und Fred Löwenberg. Zum andern hat er ja so unrecht nicht: Die Leute von Hoyerswerda haben wirklich nichts anderes getan, als sich in "Nationenfindung" zu üben und dabei wohl etwas über die Stränge geschlagen.

4. Roland Bach

Der Genosse Roland Bach faßt Forderungen der Gesprächsrunde "Rechtsextremismus heute - Ursachen Erscheinungsbild" zusammen. (Ein Teil der Konferenz fand in vier parallel tagenden Gesprächsrunden statt.) Das ganze falsche Pathos einer aktionsunwilligen Partei, die nur eins will: glaubwürdig sein und dabei nicht an den Rand geraten, dringt aus Bachs Vortrag. "Wir können und dürfen die Politiker nicht aus ihrer Verantwortung in Sachen Neofaschismus und Fremdenhaß entlassen. Der Schutz des Grundgesetzes ist ihre Aufgabe." Dieser schöne Satz prägt Bachs Vorstellungen von den Aufgaben der Partei. Die muß nur noch "durch konkrete Operationen und Aktionen die Politiker auf den Weg der Verantwortung bringen". So sei es notwendig, auf die Finanzierung einer Aufklärungskampagne ähnlich der Aids-Kampagne durch den Bundestag zu dringen, und auf Kirchen, Gewerkschaften und Künstler einzuwirken. Von Kommunalpolitikern fordert Bach, "ein humanistisches Klima in ihren Territorien zu schaffen". Mit Seitenblick auf die 180 amtierenden PDS- Bürgermeister und Bürgermeisterinnen stellt Bach sogleich entlastend richtig: "Bürokratische Maßnahmen von oben sind den Kommunalpolitikern nicht anzulasten." Wenn es also an Geld fehlt in der Kommune, oder die Kommune zu klein und der Ausländer zu viele sind, die da untergebracht werden sollen, ja dann hört die Verantwortung auf.

Zwischenbemerkung: In einer anderen Gesprächsrunde (zum Thema: "Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Asylpolitik") hat eine Kommunalpolitikerin aus Thüringen die Nöte einer dortigen PDS- Bürgermeisterin geschildert, in deren kleines Dorf gleich hundert Asylsuchende untergebracht werden sollen. Dann würden dort ja fast so viele Ausländer wie Einheimische wohnen ...

Wichtigste Maßnahmen in der Kommune liegen in der Sicherheitspartnerschaft mit der Polizei. Die Polizei müsse vornehmlich präventive Aufgaben wahrnehmen und auf die gewaltbereiten Gruppen einwirken. Es müsse die Abrüstung von gewaltbereiten Jugendgruppen betrieben werden, das gelte für militante Rechtsextremisten genauso wie für Autonome. Ein Klima der Toleranz sei zu schaffen. Das betreffe die Freigabe von Geldern für Anti-Gewalt-Projekte, die sich in gemeinsamen Fußballspielen zwischen

Angehörigen gewaltbereiter verfeindeter Gruppen bereits bewährten, aber auch die Einbindung von Jugendlichen in "positive Projekte". Hier sei eine Förderung der Jugendarbeit voranzutreiben, die auf Aufklärung und positive Gemeinschaftserlebnisse hinwirken und zum Beispiel "lustige Spiele" organisieren soll. Schließlich sei an eine Kampagne für eine multikulturelle Stadt Berlin zu denken, die zu einer "Stadt der Begegnung im Herzen Europas" sich auswachsen soll, wo Künstler und Wissenschaftler aus aller Welt sich austauschen sollen, aber auch die Jugend zu sportlichen Wettkämpfen etwa im Stadion der Weltjugend sich treffen soll.

Gespräche am Rande

Tanju Tügel ist der Ausländerbeauftragte der Partei und steht für eine antirassistische Politik. Gemeinsam mit Ulla Jelpke und anderen kämpft er für eine fortschrittliche Position der Partei zum Asylrecht (für offene Grenzen etc). Er ist optimistisch, daß diese Grundsätze, die dem, was die Grünen zuletzt 1989 beschlossen hatten und jetzt stillschweigend aus dem Programm heraussäubern, sehr nahe kommen, vom nächsten Parteitag angenommen werden. Gefragt, ob diese Position wirklich geteilt wird, winkt er ab, derzeit sei es nur eine Minderheit in der Partei, die so weitgehende Vorstellungen wirklich unterstützten. Auch Tügel berichtet von der schwierigen Situation, in der sich die PDS-Kommunalpolitiker derzeit befänden. Kein Geld für die menschenwürdige Unterbringung von Flüchtlingen und die feindselige Haltung der Bevölkerung, da bleibe oft nur der Rücktritt, oder man passe sich der herrschenden Stimmung an ... Wie so etwas geht, hat die von der PDS mitgetragene Volksfront gegen die Unterbringung von Asylbewerbern in Basdorf 1990 eindrucksvoll vor Augen geführt.

X. kommt aus der westdeutschen Antifa-Bewegung und unterstützt die PDS. Er vertritt (im Privatgespräch) einen antinationalen Kurs. X. räumt ein, daß eine solche Linie in der Partei nicht mehrheitsfähig ist. Doch sofort begibt er sich in die Vorwärtsverteidigung: Er könne viele Kritikpunkte der antinationalen Linken an der PDS inhaltlich teilen, aber was hätte schon die "Radikale Linke" an praktischen Ansätzen gegen Neofaschismus und Rassismus zu bieten. Gefragt, warum denn niemand Front mache gegen die nationale Linie in der Partei, um wenigstens die Widersprüche offenzulegen, kontert H., für eine solche, nur auf möglichst schnelle Spaltung abzielende Politik sei er nicht zu haben. Wofür er denn dann zu haben ist, außer fürs loyale Mitmachen, ist eine Frage an H. und alle Linken in der PDS, auf die es frühestens nach dem Ableben der Partei eine falsche Antwort geben wird.

Der englische Genosse

Ein antifaschistischer Dokumentarfilmer und Journalist aus England, der sich seit über einem halben Jahr in der DDR aufhält, spricht von seinen Erfahrungen. Von drei großen Niederlagen der Linken in Deutschland berichtet er. Die Begräbnisdemo für Rainer Sonntag in Dresden, der 17.8. in Potsdam und die pogromartigen Überfälle in Hoyerswerda. In Dresden hätten die Faschos ungehindert mit erhobenen Haupt aufmarschieren können, ohne daß sich ihnen jemand entgegengestellt hätte. Aus Gesprächen mit Nazi-Aktivisten wisse er, daß diese Demo den Faschos großen moralischen Auftrieb gegeben hätte. Den 17.8. kennzeichnet er als Wendepunkt in der jüngsten deutschen Geschichte. In Potsdam seien ein paar königliche Knochen eingegraben worden und gleichzeitig der deutsche Nationalismus und Militarismus ausgegraben. Er wolle keine Kritik an den Genossen üben, aber er müsse von den Fragen berichten, die ihm in England gestellt worden seien. Wo sei die deutsche Opposition in Dresden und nach Hoyerswerda gewesen. In England, so fügt er hinzu, hätte es soweit nicht gekommen können. In solchen Situationen würde jeder Antifaschist, jede Antifaschistin zur Demonstration gehen, "um sich zählen zu lassen". Der englische Genosse bekommt höflichen Applaus. Seine Kritik an der PDS, die mit 180.000 Mitgliedern und weit mehr Wählern zu keiner zentralen antifaschistischen oder antirassisitischen Demonstration mobilisiert hat, wird nicht diskutiert. Die harte Kritik eines PROWO-Redakteurs, die PDS erscheine zu Demostrationen wie der antirassistischen Berliner Demonstration vom 3.10. bestenfalls inkognito und rufe lediglich halbherzig dazu auf (Hoyerswerda), ohne wirklich zu mobilisieren, stößt zwar auf Unmut, wird aber genausowenig diskutiert.

Schluß

Sicherlich gibt es auch in der PDS Leute, die für eine antifaschistische und antirassistische Position kämpfen. Leute wie Tügel, Jelpke, Teile des Vorstands und des westdeutschen Parteianhangs. Repräsentativer aber sind beispielweise Roland Bach und Fred Löwenberg, die der Wille nicht an den Rand der Gesellschaft

gedrängt zu werden und dabei zum Volkswohl beitragen zu dürfen eint. Im Zweifel wird es wieder keiner gewesen sein, wenn die PDS-Bürgermeisterin aus Klein-Kleckersdorf zusammen mit dem Gemeinderat eine "Asylantenschwemme" abwehrt. Der Vorstand und Frau Jelpke werden das zwar prinzipiell anders sehen, aber schließlich stand die arme Bürgermeisterin ja unter dem Druck "bürokratischer Zwänge" und vielleicht sind zuviele Ausländer wirklich schädlich für die demokratische Selbstfindung der Nation im größeren Deutschland. Im übrigen ist die Partei pluralistisch und alle Positionen sollen darin Platz finden.

Zu einem tragen Konferenzen wie der hier dargestellten jedenfalls bei: Es wird deutlich, daß die PDS irgendwie schon geschlossen gegen "Rechtsextremismus" eingestellt ist und wenns ganz schlimm kommt, kann man auf Konferenz-Materialien verweisen, aus denen hervorgeht, wie eindringlich aber vergeblich Roland Bach und andere die Politiker an ihre Verantwortung gemahnt hatten. Eine traurige Gesellschaft.

jw./westberlin, Gruppe K

30. Öffentliche Kommunikation gefordert Celler Gefangene im befristeten Hungerstreik

Rubrik: Haftbedingungen; RAF · CD-Datei: daten/aksuche/ak335/35.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:335:35

"um seine begrenzte wirkung wissend beginnen wir diesen streik - wir haben einfach die schnauze voll!" So endet die Hungerstreikerklärung von Karl-Heinz Dellwo, Knut Folkerts und Lutz Taufer, die vom 23.9. bis 4.10.91 in einen befristeten Hungerstreik getreten waren.

Der berühmte letzte Tropfen war das Verbot für eine Bremer Journalistin, zu einem genehmigtes Radiointerview mit den drei Gefangenen einen Kassettenrecorder mit in die Haftanstalt zu bringen. Aber daß es eben wirklich nur der letzte Tropfen war, wird beim Lesen der Hungerstreikerklärung deutlich: (...) "eine gesprächsgruppe bei uns hier in celle, um nur ein beispiel zu nennen, bestehend aus dem ehemaligen vorsitzenden von amnesty international bischof helmut frenz, der leiterin eines evangelischen männerwohnheims rosita timm, dem hamburger pastor wolfgang grell und dem spd-mitglied und rechtswissenschaftler norman paech wurde vom ministerium alm-merk und der celler anstaltsleitung administrativ abgewürgt. insgesamt dreimal ist es der gruppe im lauf eines jahres gelungen, zu uns zu kurzen diskussionen vorzudringen! in lübeck kann dieselbe gruppe regelmäßig und problemlos die dortigen raf-gefangenen besuchen." (...). Die versprochene Erweiterung der Dreier-Gruppe auf mindestens acht findet nicht statt. Stattdessen werden Mitgefangene vom Knast zur Bespitzelung der Gefangenen benutzt. Spukgeschichten werden als wahre Meldungen an die Presse weitergegeben. Alles dient der Begründung für die Isolierung der Gefangenen. Die aktuelle Begründung für das Ablehnen von Interviews und Gesprächen von Presse und Personen des öffentlichen Lebens sind die Funde bei den letzten Zellenrazzien (7000 Seiten Kassiber bei einem, Fluchtpläne beim nächsten, illegales Infosystem beim dritten ...). Nun muß wieder genau geprüft werden, bis dahin werden die Gefangenen möglichst weit weggeschlossen. "seit jahren erreichen uns raf-gefangene in celle interviewwünsche, von der alternativen presse bis zum fernsehen. die justiz hält solche gespräche für `schädliche gespräche'", schreiben die Gefangenen und weiter: "in dem moment, wo die gefangenen in die diskussion mit teilen der gesellschaft drängen, drängt der staatsschutz mit einer gegenkampagne in die öffentlichkeit: die hauptgefahr geht von den gefangenen aus. von kontaktsperre auf dauer war die letzten monate die rede."

Es geht nicht um allgemein übliche Bestimmungen. Schließlich konnte Werner Lotze seinen Kronzeugendreck im Fernsehen in Bild und Ton zum Besten geben. Interviews mit Peter Jürgen Boock gab es innerhalb und außerhalb des Knastes, mit und ohne Foto. Es geht darum, gerade diese Gefangenen nicht zu Wort kommen zu lassen, ihre Stimmen nicht aus dem Radio tönen zu lassen. "die hauptgefahr geht von den gefangenen aus. noch von ihren stimmen. nach über 16 jahren. das phantom soll phantom bleiben." (...) "die art dieser gefangenen muß im verborgenen bleiben. staatsschutz und politik können es sich nicht leisten, daß sich das monstrum, daß sie 20 jahre lang aufgebaut haben als für die öffentlichkeit fabriziertes schreckgespenst herausstellen könnte." Politische Gefangene die für sich und ihre GenossInnen die Zusammenlegung in Gruppen fordern, um weiter am politischen Leben teilnehmen zu können, die fordern mit ihren Positionen und Fragen in der Öffentlichkeit auftreten zu können. die sich nicht brechen lassen und den Deal hier Abschwören, da Strafermäßigung nicht eingehen, dürfen in der Öffentlichkeit und den Medien nicht auftauchen. Da man sie nicht kaufen kann, will man sie "schockgefrieren". Jede Möglichkeit zu freier Auseinandersetzung unter den Gefangenen und von drinnen nach draußen soll verhindert werden.

In ihrer Abbrucherklärung schreiben die drei Celler Gefangenen:

"wir brechen unseren befristeten hungerstreik heute ab. es ging uns an erster stelle darum, den zustand des nichts-tuns und blockierung all unserer politischen versuche der letzten drei jahre durch den staat öffentlich wirksam anzugreifen.

demnächst sind drei jahre seit unserem letzten hungerstreik vergangen. mit ihm wollten wir ein überholtes bewegungsmuster durchbrechen, stießen aber auf die tatsache, daß die endkampf-vertreter im staatsapparat weiterhin das verhältnis zu uns bestimmen. an unserer zusammenlegung hat sich bis heute nichts wesentliches getan, stattdessen propagandakampagnen des staatsschutz, um den politischen inhalt der hungerstreikmobilisierung 89 zurückzudrücken und umzudrehen. ihre zukunft sehen sie dabei in

wiederholungen, als letztes detail: besuchsverbote und das generelle verbot für briefkopien und durchschriften in frankfurt. damit hatten sie schon anfang der 80er jahre selbst die diskussion über zensur zerstört.

fast alle spielen auf zeit und kleben an dem alten kalkül: daß wir irgendwann innerlich absterben und ihnen einzeln zufallen. man fragt sich, ob sie überhaupt noch etwas begreifen können: seit 21 jahren ist die gesamtheit der gefangenengruppe eine realität, an der es kein vorbei gibt.

mit unserem hungerstreik ging es uns auch darum, daß wir ihnen nicht die verfügung über die zeit lassen. wir werden keine passiven objekte sein.

irmgard möller ist jetzt im 20. haftjahr. keine andere politische gefangene in westeuropa sitzt so lange. diese maßlosigkeit gegenüber den politischen gefangenen teilt die bundesregierung mit dem süd-afrikanischen rassistenregime. wir hier haben bis 16 1/2 jahre hinter uns. andere sind zum zweiten oder dritten mal im knast dafür, aus dem 68er-aufbruch eine neue lebens- und gesellschaftsperspektive durchzukämpfen.

bernd rössner haben sie in eine so tiefe lebenserschöpfung gebracht, für die sie, wäre das unter ddr-verantwortung gelaufen, heute selber im knast sitzen würden. statt ihn und die anderen haftunfähigen rauszulassen, spielen sie weiterhin die ganze zeit mit seinem leben. unterwerfung oder tod, ist das unausgesprochene diktum der bundesanwaltschaft dazu.

denen geht es nur um das ende jedes systemoppositionellen widerstands, um die verhinderung, daß menschen anfangen, zum subjekt ihrer geschichte zu werden. letztlich um den ausschluß der gesellschaft von jeder konkreten sozialen und politischen bestimmung. um das `ende der geschichte' und die zerstörung des gedächtnis über sie.

von `jahrzehntelang prozesse gegen sed-mitglieder und ddr-funktionäre' sprach kinkel vor tagen auf einer anwaltstagung in hannover. kriminalisierung und aus der geschichte tilgen, damit nichts bleibt und aus den gemachten oder auch erlittenen erfahrungen neu entwickelt werden kann. das andere auslöschen, damit ihr dreck kontinuität hat, egal welchen preis das fordert. was das für eine kontinuität bei ihnen ist, sieht man heute an dem, was an neuem pro-faschistischen potential wieder auf die straße quillt.

`genie der zerstörung', groß in der `antischöpfung', nannte primo levi dieses deutsche wesen. handlungen und ein verhältnis, welches sich erst da befriedigt weiß, wo es ein `vernichtet' notieren kann. das hat auch die politik der letzten 21 jahre gegen uns bestimmt.

es gibt einen justizministerbeschluß, der die stimme der gefangenen öffentlich verbietet. wir dürfen nach draußen nur abstrakt und als das von ihnen geschaffene denunziative bild existieren. damit die lüge ihrer propaganda stehen bleibt. aber auch, um sich alle optionen gegen uns offen zu halten. die sind leichter zu vollstrecken, wo wir öffentlich `entpersönlicht' sind. kinkel vor tagen zu unseren anwälten: `wenn draußen etwas passiert, bleibt keiner mehr mit einem anderen zusammen'. wir sind ihre geiseln. mit ihren tupamaro-gefangenen in uruguay hatten es die militärs genauso gemacht.

wir haben mit der justizministerin gesprochen. wir fanden das gespräch gut (nicht dagegen die spätere presseerklärung, die nur einmal mehr zeigt, daß es keinen ersatz dafür gibt, daß wir selber reden können). wirklichen sinn und bedeutung bekommen solche gespräche, wenn sie zu materiellen ergebnissen führen.

wir haben gesagt, um was es uns geht. kollektiv unsere geschichte aneignen, wofür wir die anderen gefangenen brauchen. überhaupt die phase seit 68 fassen, was die gruppenkommunikation nach draußen und von draußen verlangt; die vergangenen phasen abschließen und das projekt der sozialen befreiung hier neu gründen. heute ist möglich, einen neuen emanzipativen prozeß in der gesellschaft freizusetzen und auch notwendig (wie der neue straßenfaschismus zeigt), weil alles andere nur zum reflex auf die selbstdestruktion des systems wird und den weg des geringsten widerstands geht, die suche nach anderen, die man zum opfer für sich machen kann. die menschen sind von ihrem leben enteignet. was jetzt kommen muß, muß alles auf das reale leben hier wie an jedem anderen ort der welt bezogen sein und das im konkreten zum ziel haben: die verfügung über die dinge des lebens zurückzuerobern.

wir haben unsere geschichte. nach 21 jahren ist sie einfach ein politischer fakt und es liegt an der anderen seite, ihr anachronistisches militärisches verhältnis dagegen aufzubrechen, zu einer realen sicht der dinge und zu einem politischen verhalten zu kommen. eine produktive perspektive gibt es nur, wenn die alten

bewegungsmuster in inhalt und formen umgewälzt werden. bedingung dafür ist die zusammenlegung und die freie kommunikation untereinander und nach draußen. alles andere wird illusion bleiben.

und natürlich wollen wir mit allem unsere freiheit erreichen. die gefangenen müßten schon längst draußen sein."

Die Forderung nach Zusammenlegung aus dem letzten Hungerstreik ist noch nicht erfüllt. Auch die Zusagen, einzelner Verbesserungen sind offen geblieben. Das wenigste ist die Möglichkeit der öffentlichen Kommunikation. Die Bremer Journalistin Margot Overath hat Verfassungsbeschwerde wegen Behinderung ihrer Arbeit erhoben.

ga.

31. Drei Jahre Knast für Holger Deilke. Legende "RAF in der Hafenstraße" soll erhalten bleiben

Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen; RAF · CD-Datei: daten/aksuche/ak335/34.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:335:34

Die Ausgangsthese des Gerichts: "RAF-Mitglied ist, wer RAF-typisch lebt" soll jetzt mit dem Urteil gegen Holger Deilke festgeschrieben werden. Grundlage dieser absurden Theorie ist der Umkehrschluß eines Satzes von Eva Haule: "die raf ist, seit es sie gibt, in einer kommandostruktur organisiert und jeder, der sich für den kampf in der raf entschieden hat, ist teil des kollektivs, illegal und bewaffnet." Der Vorsitzende Richter des Hamburger Oberlandesgerichts (OLG) Mentz blieb zwar mit den verhängten drei Jahren unter den von der Staatsanwaltschaft geforderten fünf, aber die Urteilsbegründung enthielt alle im Verfahren auf den Tisch gekommenen umstrittenen Indizien als Begründung für die Verurteilung Holger Deilkes als RAF-Mitglied.

Holger Deilke wurde Anfang Dezember zusammen mit Ute Hladki bei Husum festgenommen. Direkt nach ihrer Festnahme wurden die beiden groß als Herrhausen-Attentäter in der Presse präsentiert. Diese Behauptung mußte aber schon bald von der Bundesanwaltschaft (BAW) zurückgenommen werden. Danach wurden sie von der BAW zusammen mit den bis heute per Haftbefehl gesuchten Karl- Heinz Gerum und Corinna Kammermeier (beide haben zeitweilig in der Hamburger Hafenstraße gewohnt) zu einer "Kämpfenden Einheit" erklärt, die in Aktionseinheit mit der RAF operiert haben soll. Über diese von der BAW neu geschaffene Gruppe, soll der Zusammenhang zur Hamburger Hafenstraße und dem Konstrukt die RAF wohnt im Hafen hergestellt werden. Im Mai (!) 1990 wurde eine großangelegte Razzia in der Hafenstraße mit der Suche nach den beiden ehemaligen Bewohnern begründet. Damals wurden dann markierte Stadtpläne als sensationelle terroristische Funde präsentiert. Die Stadtpläne seien an allen wesentlichen auszuspähenden Objekten mit Markierungen versehen. Selbst die Strecken, auf denen dorthin zu kommen sei, seien markiert und vieles mehr wurde dann von der Presse pünktlich zum Prozeßbeginn gegen Holger veröffentlicht.

Ute und Holger sind nach ihren eigenen Aussagen 1988 in die Illegalität gegangen, weil gegen sie ein Verfahren wegen Unterstützung einer terroristischen Vereinigung eröffnet werden sollte. Anlaß für das Verfahren war eine Veranstaltung 1985 in Detmold, in der es um die Situation der politischen Gefangenen und die Forderung nach deren Zusammenlegung ging. Die Kriminalisierung der Zusammenlegungsforderung und eigene Unklarheit, wie sie den anstehenden Prozeß führen sollen, führten zu der Entscheidung, sich dem Verfahren durch Abtauchen zu entziehen, um sich in Ruhe Klarheit verschaffen zu können, was sie weiter machen wollen. Das schloß auch die Möglichkeit, sich zu einem späteren, Zeitpunkt dem Verfahren zu stellen mit ein. Christoph von Hören, der mit ihnen zusammen in Detmold angeklagt war, wurde in diesem Verfahren wegen Unterstützung einer terroristischen Vereinigung zu 18 Monaten Knast verurteilt.

Gegen Ute Hladki ist das Verfahren bis jetzt nicht eröffnet worden, weil sie sich bei Sportübungen in der Untersuchungshaft so schwer verletzt hat, daß sie seitdem querschnittsgelähmt ist. Sie wurde danach aus der Haft entlassen. Ein Gutachten bestätigt ihre Verhandlungsunfähigkeit, trotzdem versucht die BAW immer wieder ein neues Gutachten zu erwirken, durch das ihre Verhandlungsfähigkeit erklärt wird. "Jeder Schritt der Genesung ist ein Schritt in den Knast," beschreibt Ute ihre Situation.

Die Verhandlung

Nach fast 17 Monaten Untersuchungshaft begann für Holger am 18.4.91 vor dem Hamburger OLG der Prozeß. Angekündigt als "Größter Terrorprozeß des Jahres". Der Ablauf selber war dann, wie aus § 129a-Verfahren bekannt, der Versuch, des Vorsitzenden Richters im Verlauf des Verfahrens die Anklage zu bestätigen.

Bei der Einführung der Beweise in das Verfahren schienen dann Bücher wie "Das Imperium der Deutschen Bank" oder Titel von Kriminalromanen z.B. "Mord ist mein Hobby" überzeugende Belege für die RAF-Mitgliedschaft zu sein. Der als Zeuge geladene Ex-BDI-Chef Tyll Necker, konnte Deilke nicht als den Motorradfahrer identifizieren, der im November 1989 auf dem Firmengelände gesehen worden ist. Diese Aussage hätte im Prinzip schon zur sofortigen Entlassung von Holger führen müssen, weil das Ausspähen des Industriellen (natürlich für die RAF) und die Vorbereitung eines Anschlages wesentliche Punkte in der Anklage waren, die die RAF-Mitgliedschaft belegen sollten. Aber den Richter und den Staatsanwalt kümmerte das Zusammenbrechen einzelner Anklagepunkte überhaupt nicht. Nun gab es aber die Vorgabe aus der Anklageschrift, daß Holger Deilke zusammen mit einer Frau auf einem Motorrad mit dem Kennzeichen "HH-

DR 622" gesehen worden sei. Der Zeuge Necker konnte ihn aber nicht identifizieren und als Kennzeichen war ihm auch nur "HH-DR" in Erinnerung. Richter Mentz lud alle anderen MotorradfahrerInnen mit dem Kennzeichen "HH-DR...". Da alle anderen aussagten, daß sie nicht auf diesem Gelände gewesen sind, kann natürlich im Umkehrschluß nur Holger die betreffende Person gewesen sein.

Die Forderung der Verteidigung, Eva Haule als Zeugin zu laden, um sie über typische Merkmale von RAF-Mitgliedern zu befragen, wurde abgelehnt. Eva Haules RAF-Definition wird zwar für die Anklage und schließlich Verurteilung verdreht und benutzt, hören will das Gericht sie aber lieber nicht. In einem im März in ihrer Zelle beschlagnahmten Brief an Holger forderte sie ihn nämlich auf "(...) am anfang klar zu stellen, was wirklich war" (...) "es gab die diskussion nicht mit uns, weil wir das mit Sicherheit verhindert hätten" (...) das "aufgeblasene, militante getue, wie es von dir noch immer kommt" aufzugeben. Das ist dem Vorsitzenden Richter bekannt und bekannt ist außerdem, daß RAF-Mitglieder nicht abstreiten RAF-Mitglieder zu sein. Holger Deilke bestreitet vehement, Mitglied in der RAF zu sein.

Die Staatsanwaltschaft forderte fünf Jahre, weil sie es als erwiesen ansah, daß Holger von April 1988 bis zu seiner Festnahme der RAF angehört habe. In dieser Zeit habe er eine "Kämpfende Einheit" mit Ute Hladki, Corinna Kammermeier und Karl-Heinz Gerum gebildet, diese habe in Aktionseinheit mit der RAF gearbeitet. Die Ausspähung von Tyll Necker wird als erwiesen betrachtet. Der Hauptgrund aber bleibt das Konstrukt von RAF-typischen Verhalten, daß Menschen zu RAF-Mitgliedern macht. Daß er bei seiner Festnahme nicht, wie es "RAF-typisch" ist, eine durchgeladene entsicherte Waffe bei sich hatte oder zumindest nicht versucht hat, die vorhandene Waffe zu erreichen, zu entsichern und zu schießen, wird einfach mit der Angst vor den Waffen der Polizei begründet.

Die Verteidigung forderte Freispruch für Holger Deilke und Aufhebung des Haftbefehls, da es keine Beweise für eine RAF-Mitgliedschaft gäbe und das Konstrukt von "RAF-typischem Verhalten" nicht ausreiche für eine Verurteilung als RAF-Mitglied. Es wurde ausgeführt, daß die in der Anklage vorgeworfenen Punkte im Verfahren nicht bewiesen worden seien.

Das Urteil

lag unter den geforderten fünf Jahren der Staatsanwaltschaft. Drei Jahre sind für eine Verurteilung nach § 129a wegen Mitgliedschaft sehr niedrig, was darauf schließen läßt, daß daß Gericht verhindern wollte, daß es zu großen Protesten kommt. Die Urteilsbegründung steht schließlich auf ziemlich wackeligen Beinen. Die Vorgaben der Anklageschrift wurden von Seiten des Gerichtes aufgenommen und in der Urteilsbegründung mit aufgeführt, bewiesen wurden sie nicht.

Eine Verurteilung von Holger war für die Staatsanwaltschaft auch deshalb so wichtig, weil nur darüber die Legende von der RAF im Hafen aufrecht erhalten werden kann. Das gilt auch für die Fahndung nach Corinna Kammermeier und Karl-Heinz Gerum.

Da Holger schon seit fast zwei Jahren in Untersuchungshaft sitzt, ist von der Verteidigung ein Haftprüfungstermin beantragt worden. Er hatte erklärt, sämtliche Auflagen des Gerichts, auch die polizeilichen Meldeauflagen einhalten zu wollen. Nach der Haftentlassung wollte er zu Ute Hladki ziehen, um sie mit zu betreuen. Die Entscheidung des Haftprüfungstermin fiel negativ aus. So wurde behauptet, es bestehe Fluchtgefahr und er habe eine unbestimmte Zukunft.

Jede/r die/der illegal lebt oder sich konspirativ verhält und eine revolutionäre Umwälzung der Gesellschaftsordnung anstrebt, gehört nach dieser Urteilsbegründung - sollte es dann rechtskräftig werden - zur RAF. Vermutetes RAF-typisches Verhalten ist dann ausreichend für eine Verurteilung wegen RAF-Mitgliedschaft.

Die Verteidigung hat gegen dieses Urteil Revision eingelegt.

ga

32. Überlegungen nach dem Scheitern des "realen Sozialismus "

Autor: Heinrich Eckhoff, Willi K. Goltermann, Knut Mellenthin,Andreas Skrypietz · Rubrik: Theorie; Geschichte der Kommunisten · CD-Datei: daten/aksuche/ak335/37.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:335:37

1. Nach dem Zusammenbruch der osteuropäischen Staaten des "sozialistischen Lagers" in der zweiten Hälfte 1989 hat der gescheiterte Putsch vom 19. August die UdSSR zutiefst erschüttert. Die Sowjetunion in der Form, wie sie aus der Oktoberrevolution von 1917 hervorging, hat zu bestehen aufgehört, auch wenn noch einige zentrale Machtorgane weiterexistieren. Welche neuen Integrationsformen aus den Trümmern des historisch und rangmäßig "ersten sozialistischen Staates" sich entwickeln werden, kann erst die Zukunft zeigen. Einen positiven Bezug auf die Oktoberrevolution, auf 74 Jahre sowjetischer Geschichte, auf eine sozialistische Utopie wird auf absehbare Zeit kein Staat auf dem Boden der UdSSR vertreten. Im Gegenteil geht die allgemeine Tendenz dahin, historische Bezugspunkte und Vorbilder in der Zeit vor der Oktoberrevolution (bzw. vor dem Anschluß an die Sowjetunion) zu suchen. Eine Zerstörung der Erinnerung an den "sozialistischen" Geschichtsabschnitt hat begonnen.

Es ist wohl nicht zuviel gesagt, daß damit die historische Epoche, die mit der Oktoberrevolution begann, beendet ist. Die Frage, wann und unter welchen Umständen die letzten "realsozialistischen" Regierungen abtreten werden, ist in diesem Zusammenhang nur von untergeordneter Bedeutung. Im bedeutendsten der verbleibenden Länder, China, reduziert sich der sozialistische Anspruch ohnehin schon seit etlichen Jahren immer mehr auf die äußere Form, d.h.. die ideologische Verbrämung diktatorischer Machtausübung. Was die außenpolitischen und ökonomischen Inhalte angeht, war China den meisten "realsozialistischen" Ländern mit seiner Annäherung an den Kapitalismus sogar vorausgeeilt.

Prägendes Ereignis des Jahrhunderts

2. Die Oktoberrevolution war für den größten Teil des 20. Jahrhunderts das prägende Ereignis, vergleichbar der französischen Revolution für das 18. und den Beginn des 19. Jahrhunderts, sowie der Pariser Commune für die letzten Jahrzehnte des 19. und die ersten des 20. Jahrhunderts. Zwei außerordentliche Ideen zeichneten diese Revolution aus und haben es überhaupt vermocht, ihre Ausstrahlung trotz aller Schwierigkeiten und Niederlagen über 70 Jahre anhalten zu lassen.

Erstens waren die Bolschewiki die ersten und bis heute nahezu einzigen Politiker, die in der Politik den Frieden höher ansetzten als das Vaterland. Dadurch unterschieden sie sich radikal von allen anderen demokratischen und sozialistischen Kräften. Diese Politik beendete für die Völker Rußlands den Ersten Weltkrieg früher als für die Menschen in den anderen am Krieg beteiligten Ländern. Dieser starke Friedenswille und die entsprechende Politik brachte den Bolschewiki in den letzten Kriegsjahren und darüber hinaus wirkend enorme Sympathien in Rußland und weltweit ein. Dieser Friedenswille wurde auch der Sowjetunion der 20er und 30er Jahre von allen demokratischen und fortschrittlichen Kräften im Westen bescheinigt, und das wirkte bis weit in die Zeiten des Kalten Krieges hinein.

In der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg bezogen sich vor allem antiimperialistische Kräfte auf die Sowjetunion, die in Befreiungskämpfen ihre Unabhängigkeit von kolonialer Herrschaft anstrebten oder die als junge Nationalstaaten ihren Spielraum gegenüber den imperialistischen Großmächten zu erweitern versuchten. Nicht umsonst galt bis in die 70er Jahre hinein die Sowjetunion bei diesen Völkern als Friedensmacht und Hauptverbündeter, auch wenn die Sowjetunion in verschiedenen Regionen eigene weltmachtpolitische Ziele verfolgte.

Zweitens entstand in der Sowjetunion ein Gesellschaftssystem, in dem die private Aneignung der Früchte der Arbeit erstmals praktisch in Frage gestellt wurde. Bei aller Unvollkommenheit ging hiervon lange Zeit eine starke Faszination auf viele fortschrittliche Menschen aus.

Erst als sich die Unfähigkeit des Systems offenbarte, das Ziel der planmäßigen Überwindung der kapitalistischen Anarchie und Konkurrenz zu erreichen, und als immer deutlicher wurde, daß die repressive Praxis, die zunächst als Übergangsstadium verstanden und entschuldigt worden war, zum Dauerzustand wurde, kam es zu einem Prozeß der Abwendung von der UdSSR und ihrem "realen Sozialismus".

Die inneren Ursachen

3. Die Beseitigung der meisten Gesellschaften, die auf der Herrschaft einer "kommunistischen" oder "sozialistischen" Staatspartei aufbauten, erfolgte im wesentlichen zwischen Sommer 1989 und Sommer 1991, in einem Zeitraum von nur zwei Jahren. Sie erfolgte ohne vorausgegangene Erschütterung durch einen Krieg, ohne direkte, gewaltsame Intervention von außen, und - verglichen mit anderen Ereignissen von ähnlicher historischer Tragweite - mit einem Minimum an blutigen Konfrontationen. Weder unternahm der alte Repressionsapparat größere Versuche der Selbstverteidigung und Systembewahrung, noch kam es nach dem Sieg der Gegen-"Revolution" zu blutigen Abrechnungen. Sogar die politische Repression gegen die alten Herrschaftseliten und deren Parteigänger bleibt bisher in einem vergleichsweise maßvollen Rahmen.

4. Der Druck von außen, dem der "realsozialistische" Staatenblock insgesamt und jedes einzelne seiner Länder ausgesetzt waren, darf als Faktor des Zusammenbruchs nicht bagatellisiert werden. (Beispiel: die immensen Kosten, Belastungen, Disproportionen und Deformationen, die mit dem Wettrüsten seit Anfang der 60er Jahre verbunden waren.) Dennoch sollte der äußere Druck nicht als entscheidende Ursache des System-Kollapses angenommen werden. Die "realsozialistischen" Länder waren zu früheren Zeiten auch schon stärkerem Druck von außen und schlimmeren wirtschaftlichen Zwangslagen ausgesetzt als in den achtziger Jahren, ohne daß sie daran zerbrochen wären.

5. Der Verlauf der "Revolutionen" in Osteuropa, zusammen mit dem historisch beispiellosen Umstand, daß sich die Vorgänge in einem Zeitraum von nur etwa zwei Jahren abspielten, deuten darauf hin, daß das Herrschafts- und Gesellschaftssystem "realer Sozialismus" bereits innerlich weitestgehend zerrüttet, für einen Umsturz "überreif" war, bevor es plötzlich mit dem Ausbruch von Massenprotesten konfrontiert war, die im System eigentlich nicht vorgesehen waren.

In diesem Zusammenhang verdient besondere Beachtung, daß die "realsozialistischen" Regierungen und deren Repressionsapparate, ebenso wie die Staatsparteien mit ihrer nominellen Riesenmitgliedschaft und ihren die ganze Gesellschaft umklammernden Infrastrukturen, in den meisten Fällen fast ohne jede Gegenwehr und Gegenmobilisierung abtraten. Dies als Ausdruck einer spezifisch humanen, liberalen oder defensiven Grundhaltung der "realsozialistischen" Gesellschaften zu interpretieren, wäre gewiß verfehlt. "Realsozialistische" Staaten haben in anderen Situationen keinen Mangel an Entschlossenheit und Fähigkeit gezeigt, Protestbewegungen mit polizeilichen und militärischen Mitteln niederzuschlagen, bzw. Opposition bereits präventiv zu kriminalisieren und abzuräumen.

Wenn die Entwicklung diesmal so total anders verlief, dann deutet das darauf hin, daß den Herrschenden, ebenso wie den Massen in ihren Apparaten, Strukturen und Organisationen, schon weitgehend die Motivation abhanden gekommen war, sich noch zur Wehr zu setzen. Es ist zu vermuten, daß weithin die Träger des Systems "realer Sozialismus" selbst schon von dessen historischem Scheitern überzeugt waren, bzw. jedenfalls nicht mehr die Zuversicht hatten, dieses noch lange aufrechterhalten zu können. Der allgemeine Katzenjammer, mit dem sich seit der "Wende" nahezu sämtliche Spitzenpolitiker der untergegangenen DDR von dieser lossagen, ist so gesehen vielleicht nicht nur purer Opportunismus, sondern bringt auch den eben skizzierten Zusammenhang zum Ausdruck.

6. Der Verlauf des August-Putsches in der UdSSR deutet, soweit heute darüber konkrete Informationen zugänglich sind, darauf hin, daß der sowjetische Herrschaftsapparat ebenso wie die KPdSU zu diesem Zeitpunkt schon gespalten war. Die Herausbildung eines eigenen Geheimdienstes in der russischen Republik hat offenkundig dazu geführt, daß selbst die Teilnahme des KGB-Chefs im Putschkomitee nicht verhindern konnte, daß sich wichtige Teile des Apparats auf die Seite Jelzins stellten. Ebenso war auch die Armeeführung gespalten. Die KPdSU selbst war zu keinem Zeitpunkt erkennbar handlungsfähig.

Diese Sicht widerspricht dem landläufig verbreiteten Bild, die unorganisierten Massen "der Straße" hätten im Bündnis mit Jelzin den Machtkampf mit "dem Apparat" gewonnen. Es scheint vielmehr so, daß es ein letztes Aufbäumen eines Teils des Apparats, der sich nach wie vor auf die KPdSU als entscheidenden Machtfaktor zu beziehen versuchte, gegen einen anderen Teil des Apparats war, der die offene Lösung vom "historischen Erbe" der Oktoberrevolution schon seit längerem forciert betreibt.

7. In der UdSSR haben, erst- und einmalig in der Geschichte, regierende "Kommunisten" ihre eigene Partei nicht nur aufgelöst, sondern auch enteignet und verboten. Abgesehen von Ausnahmesituationen - die

baltischen Staaten und andere auf dem Weg zur Unabhängigkeit schon weit vorangekommene Republiken - ist mit der Illegalisierung und Ausschaltung der Staatspartei KPdSU aber kein Machtwechsel verbunden. Es regiert im wesentlichen der alte Apparat und das bisherige Ensemble von Spitzenpolitikern weiter. Insofern ist die Sorge vor einer "Hexenjagd" und vor Massenrepressionen gegen KPdSU-Mitglieder, bezogen auf die UdSSR als Ganzes, vorerst unbegründet, sofern kein grundlegender Wandel eintritt.

8. Wenn die Bürokratie der UdSSR die Staatspartei liquidiert, mit deren organisatorischer Hilfe und unter deren ideologischem Schirm sie bisher ihr Handeln legitimierte, deutet das darauf hin, daß sie diesem Kostüm bereits entwachsen war, es selbst schon als nicht nur überflüssig, sondern auch lästig empfunden hatte. Die alte Bürokratie regiert nun sozusagen "pur", ohne die in der Oktoberrevolution und im wissenschaftlichen Sozialismus gründende Legitimation, aber auch ohne die sich daraus ergebenden Ansprüche und Verpflichtungen (wie z.B. relative Gleichheit, Fehlen privatkapitalistischer Profitorientierung, Garantie des Arbeitsplatzes).

Das bedeutet keineswegs automatisch, daß ein "Rückfall in die Diktatur der Bürokratie" oder zumindest ein weiterer Putschversuch ausgeschlossen ist. Er würde aber vermutlich schon nicht mehr im Namen der Rettung oder Wiederherstellung des Sozialismus stattfinden, sondern sich anders zu legitimieren versuchen (Beendigung von Chaos, Anarchie und Massenelend; eventuell verbunden mit nationalistischen Motiven).

Zurück zum Kapitalismus

9. Die (Wieder-) Einführung des Kapitalismus in den "realsozialistischen" Ländern unter dem Zauberwort Marktwirtschaft stößt aktuell weder bei den alten oder reformierten Bürokratien noch bei den lohnabhängigen Massen der Beherrschten auf Widerstand oder Hindernisse von relevantem Ausmaß. Sie ist im Gegenteil der Tendenz nach von oben und unten gleichermaßen gewollt und angestrebt. Offenbar wird quer durch die Gesellschaft ein anderer Weg aus der wirtschaftlichen und sozialen Krise nicht mehr gesehen.

Daß die Entwicklung "normaler" kapitalistischer Verhältnisse in der UdSSR und Osteuropa dennoch weitaus komplizierter sein wird, als dies in den optimistischen Parolen der West-Kapitalisten und der Ost-Reformer zum Ausdruck kommt, ist in den objektiven Verhältnissen begründet, d.h. dem desolaten Zustand der industriellen Potentiale, der Infrastrukturen usw. Hinzu kommt die grundsätzliche Schwierigkeit, "staatssozialistische" Ökonomien in kapitalistische zu transformieren.

Erstens haben die "realsozialistischen" Produktionsverhältnisse nachhaltige Spuren in der Gesellschaft hinterlassen. Zweitens ist der Übergang aus gesellschaftlich genutztem, staatlich gelenktem Eigentum zu privat bestimmten Produktionsmitteln eine enorme wirtschaftliche und gesellschaftliche Umstellung, die die Gefahr gewaltsamer, diktatorischer Lösungsversuche enthält. Die Geschichte kennt übrigens kein Beispiel, wo die Entwicklung kapitalistischer Verhältnisse unter demokratischen Herrschaftsformen und ohne große kriegerische Konflikte stattgefunden hat.

10. Spontan jedenfalls kann sich aus dem zerfallenden "realsozialistischen" System nur ein Kleinkapitalismus entwickeln. Die bisherigen Erfahrungen zeigen, daß dabei Handelsspekulanten, Devisengewinnler und Dienstleistungsunternehmen (Restaurants, Reparaturwerkstätten u.a.) überwiegen, während eine kapitalistische Produktion nur mühsam in Gang kommt, sofern sich nicht westliches Kapital gezielt engagiert.

Die Masse der Produktionsmittel muß erst in Privateigentum übergeben werden, um sie wirklich marktwirtschaftlich nutzen zu können. Die großen Produktionseinheiten können auf diesem Weg nur an ausländische Unternehmen und Banken verkauft werden, nicht aber im Inneren, da hierfür die Kapitalakkumulation fehlt. Das setzt dem Prozeß gewisse Grenzen, wenn man nicht den totalen "Ausverkauf" organisieren will.

11. Daß die Liquidierung der "realsozialistischen" Gesellschaften nicht gewaltsam von außen durchgesetzt wurde, sondern quasi friedlich aus diesen selbst heraus vollzogen wurde, ist die entscheidende Grundlage des politisch-moralischen Triumphs, den der Kapitalismus derzeit feiert. Nicht allein, daß der historische Hauptgegner besiegt die Szene verläßt, ist entscheidend, sondern daß er freiwillig, ja geradezu bereitwillig das Handtuch wirft. So werden die "Kommunisten" von gestern jetzt zu überzeugenden Kronzeugen für ihr eigenes Scheitern und für die grundsätzliche Überlegenheit des kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems gemacht - oder machen sich selbst dazu.

Das gern gebrauchte Argument, Gorbatschows Perestroika sei durch das Ausbleiben westlicher Milliardenkredite zugrunde gerichtet worden, macht selbstverständlich auch nur Sinn, wenn die Überlegenheit des kapitalistischen und der Bankrott des "sozialistischen" Systems stillschweigend vorausgesetzt wird. Ein "verfaulender" Kapitalismus, der einem "sich erneuernden" Sozialismus auf die Beine hilft, wäre doch eine gar zu seltsame Vorstellung.

All das wirkt demoralisierender als es eine noch so raffinierte bürgerliche Propaganda einerseits oder eine militärische Niederlage des "realen Sozialismus" andererseits jemals vermocht hätten.

Es gab nur einen Typ "Realer Sozialismus"

12. Der Zusammenbruch des Systems "realer Sozialismus" trifft auch seine linken Kritiker schwer.

Erstens ist der politisch-moralische Triumph des Kapitalismus auch ein Triumph über seine linken Gegner im eigenen Land. Im allgemeinen Bewußtsein ist das Scheitern des gesellschaftlichen Experiments in der UdSSR und in Osteuropa ein Scheitern der sozialistischen Utopie schlechthin. Der abstrakt richtige Einwand, in der UdSSR usw. sei überhaupt nicht der Sozialismus gescheitert, sondern nur ein stalinistisches, bürokratisch deformiertes, diktatorisches System, das leider unter falscher Flagge segelte, kann uns da nicht helfen. Denn es hat in der Praxis nur diesen einen Typ von "realem Sozialismus" gegeben, der bei aller Unterschiedlichkeit in den verschiedenen Ländern im wesentlichen eben doch zu ähnlichen Ergebnissen geführt hat. Der praktische Beweis, daß etwas grundsätzlich anderes möglich gewesen wäre, und daß nicht künftig jeder neuerliche Versuch zu ähnlichen Ergebnissen führen würde, hat noch nicht stattgefunden. Es ist also logisch und unausweichlich, daß die Utopie in erster Linie an den einzigen vorhandenen realen Exempeln gemessen wird, und nicht an dem, was sie einmal zu verwirklichen versprach.

13. Zweitens: Durch den Zusammenbruch des "sozialistischen Weltsystems" ist eine entscheidende Veränderung der internationalen Konstellation eingetreten. Die UdSSR und der um sie gebildete Block existiert nicht mehr als politisch-ideologischer Gegenpol. Sie existiert derzeit nicht einmal als konkurrierende "Supermacht", auf die sich irgendjemand materiell, finanziell, militärisch, diplomatisch oder auch nur politisch-moralisch stützen könnte. Das bedeutet insbesondere für Befreiungsbewegungen und Staaten der Dritten Welt, die bisher eine relativ unabhängige, "antiimperialistische" Politik zu machen versuchten, einen großen Verlust.

Die UdSSR bzw. deren Nachfolgestaaten sind so ausschließlich darauf orientiert - und vielleicht zwangsläufig angewiesen? -, für ihren Weg aus der Krise kapitalistische Hilfe in Anspruch zu nehmen, daß sie auf außenpolitischem Gebiet in absehbarer Zeit keinen relevanten Dissens zu den USA und zur EG riskieren werden. Das deutete sich zunehmend auch schon in den letzten Jahren an und fand am Beispiel Irak seinen deutlichsten Ausdruck.

Hinzu kommt, daß angesichts des eigenen Investitions- und Modernisierungsbedarfs der UdSSR bzw. deren Nachfolgestaaten diesen materielle Hilfe im früheren Umfang nicht mehr möglich ist, und vermutlich in breiten Bevölkerungskreisen auch Unverständnis und Protest hervorrufen würde. (Selbst unter den Nachfolgestaaten der UdSSR dürfte mit einer Entsolidarisierung gegenüber den ärmsten Republiken, vor allen den zentralasiatischen, zu rechnen sein.)

So werden jetzt die letzten, lästig gewordenen Altlasten einer "revolutionären Außenpolitik" als Ballast abgeworfen. (z.B. Kuba, Afghanistan, PLO). Für die UdSSR bzw. ihre Nachfolgestaaten bedeutet das eine Reduzierung ihrer außenpolitischen Möglichkeiten gegen Null: Da sie in der ökonomischen Konkurrenz mit den entwickelten kapitalistischen Ländern auf absehbare Zeit nicht mithalten können, ihnen also der "normale" Weg des wirtschaftlichen Eindringens in andere Länder versperrt ist, bestand in der "revolutionären Außenpolitik" ihre einzige Chance, nicht isoliert dazustehen und dem Imperialismus das Feld zu überlassen, sondern weltpolitisch "mitmischen" zu können.

14. Drittens: Der Zusammenbruch des "sozialistischen Weltsystems" schließt das Ende der Nachkriegsordnung in Europa ein. Ein wesentlicher Effekt der durch den Zweiten Weltkrieg entstandenen Teilung Europas war gewesen, daß dem deutschen Imperialismus die Expansion in seiner traditionellen Hauptrichtung, nach Osten und Südosten, versperrt oder zumindest erheblich eingeschränkt worden war. Selbst der "friedlichen" Form der wirtschaftlichen und kulturellen Einflußnahme waren in dieser Zeit enge

Grenzen gesetzt. Das mittlere und südliche Osteuropa hatte, wenn auch letztlich mehr genötigt als freiwillig, als verbündetes Vorfeld der UdSSR fungiert. Die mitten durch Europa verlaufende atomare "Front", zusammen mit der massiven Präsenz sowjetischer Truppen, sorgten für eine jahrzehntelange Stabilität, die in dieser Region historisch beispiellos war.

Mit dem Zusammenbrechen der Verhältnisse in Osteuropa sind an die Stelle der gewohnten Stabilität schwere Erschütterungen getreten. Nationale Antagonismen, die real oder dem Anschein nach keine Rolle mehr gespielt hatten oder schon als überwunden angesehen worden waren, machen sich wieder als politischer Faktor geltend. Jugoslawiens Zerfall scheint nicht mehr aufzuhalten. Hier wie auf dem Gebiet der UdSSR erweist sich eine "einfache" territoriale Trennung entlang bisheriger Republikgrenzen als schwierig oder unmöglich. Den kapitalistischen Großmächten, insbesondere auch der BRD, bieten sich zunehmende Möglichkeiten der Einmischung und Einflußnahme. Zugleich deutet sich an, daß sich daraus auch neue Konfliktpotentiale zwischen den kapitalistischen Großmächten entwickeln.

Die Ausgangslage

15. Bei der Diskussion über die Ursachen des Scheiterns des Experiments "Realer Sozialismus" ist von der Tatsache auszugehen, daß die Oktoberrevolution in einem Land siegte, daß wirtschaftlich, infrastrukturell, sozial und kulturell sehr schlechte Voraussetzungen hatte, um im "friedlichen Wettbewerb" mit den entwickelten kapitalistischen Ländern zu bestehen. Das stand total im Gegensatz zu den Vorstellungen von Marx und Engels, die erwartet hatten, daß der weltweite Sieg des Sozialismus gerade von den industriell am meisten entwickelten, politisch fortgeschrittensten Ländern ausgehen würde. Rußland aber war im Gegenteil in der Zwangslage, in wenigen Jahren eine nachholende Industrialisierung zu organisieren, was ohne zentralistischen Dirigismus, tiefgehende Erschütterungen traditioneller Lebensformen in sehr kurzer Zeit, und riesige Opfer kaum zu erreichen gewesen wäre.

Die ohnehin komplizierten Ausgangsvoraussetzungen Rußlands wurden zusätzlich noch sehr verschlechtert durch Bürgerkrieg und imperialistische Intervention, dann durch den Zweiten Weltkrieg, in dem die UdSSR die Hauptlast und die Hauptschäden in der Abwehr und Niederringung des zweiten deutschen "Griffs nach der Weltmacht" zu tragen hatte. Hinzu kamen eigene Fehlentscheidungen, Übertreibungen und barbarische Praktiken, die aber teilweise ihre Ursachen auch in dem insgesamt niedrigen Entwicklungsniveau in Rußland und in der isolierten, permanent gefährdeten Situation der UdSSR hatten. Wieweit es, in Anbetracht sämtlicher inneren und äußeren Voraussetzungen, möglich gewesen wäre, mit besseren Ergebnissen eine grundsätzlich andere Politik zu betreiben als die stalinsche Entwicklungsdiktatur, kann nur Objekt von Spekulationen sein.

16. Die schlechten objektiven Voraussetzungen fanden ihre Fortsetzung darin, daß sich nach dem Zweiten Weltkrieg das "sozialistische Lager" in erster Linie aus relativ rückständigen Ländern bildete, von denen nur die CSSR und das Gebiet der DDR vor der "sozialistischen Umgestaltung" das Stadium des Kapitalismus erreicht hatten. Abgesehen von der CSSR und der DDR gab es in keinem der neuen "sozialistischen" Länder eine Tradition bürgerlicher Demokratie. Selbst in diesen beiden Ländern war der Zeitraum parlamentarischen Regierens aber nur kurz gewesen.

In den meisten Ländern Osteuropas, die nach 1945 "sozialistisch" wurden, waren schwere Altlasten faschistischer Verhältnisse zu bewältigen, die von Teilen der Bevölkerung unterstützt worden waren. In mehreren Ländern wurde schon in den fünfziger Jahren deutlich, daß das "sozialistische" Gesellschaftssystem nur mit massiver Repression und Einschüchterung aufrechtzuerhalten war. Daß also der "Sozialismus" in einigen dieser Länder nur um den Preis erheblicher politischer Deformationen zu retten war. (DDR, Ungarn, Polen; 1968 auch die CSSR; Polen seit 1970 fast permanent).

17. Die schlechten objektiven Voraussetzungen des "sozialistischen" Experiments fanden außerdem ihre Ergänzung darin, daß die meisten Länder in der Dritten Welt, die von diesem Experiment angezogen wurden und/oder die Hilfe und den Schutz des "sozialistischen Lagers" suchten, zu den ärmsten überhaupt gehörten. Zu der vorgegebenen extremen Armut und Unterentwicklung kam hinzu, daß viele dieser Länder primär durch äußere Umstände, teils auch durch eigene Fehlentscheidungen, mit riesigen Lasten durch jahrelange Bürgerkriege und/oder Kriege konfrontiert waren, deren Kosten zu einem großen Teil vom "sozialistischen Lager" getragen wurden. (Ägypten und Syrien durch den Konflikt mit Israel; Äthiopien und Somalia durch nationale Antagonismen; Angola und Mosambik durch Bürgerkriege und südafrikanische Intervention; Kuba

und Nicaragua durch die amerikanische Blockade-Politik; Nicaragua außerdem durch den Terror der Contras; Afghanistan durch den von außen unterstützten Bürgerkrieg).

18. Ein weiterer Faktor war das internationale Wettrüsten. Da fast alle Innovationen auf diesem Gebiet von den kapitalistischen Großmächten ausgingen, wird man diese nach wie vor als treibende Kraft der verhängnisvollen Entwicklung ansehen müssen. Das "sozialistische Lager", insbesondere die UdSSR, hat aufgrund seines technologischen Rückstands jahrzehntelang ein Mehrfaches der westlichen Kosten aufbringen müssen, um vergleichbare Ergebnisse zu erreichen und qualitativ nicht ganz den Anschluß zu verlieren.

19. Von den objektiven Voraussetzungen her war also überhaupt nicht zu vermeiden, daß die Menschen in den "sozialistischen" Ländern auf den meisten Gebieten und insgesamt betrachtet erheblich schlechter lebten als die Menschen in den entwickelten kapitalistischen Ländern. Unter den gegebenen Verhältnissen war auch der ökonomische Wettlauf - den Kapitalismus einzuholen und zu überholen - nicht zu gewinnen, trotz punktueller Prestige-Erfolge, beispielsweise in der Weltraumfahrt. Im Gegenteil wuchsen anscheinend in den letzten Jahrzehnten die Abstände. Zunehmend gerieten "sozialistische" Staaten in finanzielle Abhängigkeit vom Kapitalismus.

20. Daß die Lebenslage der Menschen in den "sozialistischen" Gesellschaften im Vergleich mit den entwickelten kapitalistischen Ländern weithin als unbefriedigend empfunden wurde, widersprach dem grundsätzlichen Anspruch des Sozialismus, ein allseitig "besseres Leben" zu verwirklichen, stellte also eine wesentliche Legitimation des mit der Oktoberrevolution eingeleiteten Entwicklungsweges in Frage.

Wäre dieser Rückstand besser zu ertragen gewesen, wenn sich die "sozialistischen" Staaten stärker darauf orientiert hätten, andere gesellschaftliche und individuelle Werte, außerhalb des materiellen Konsums, in den Mittelpunkt zu stellen? In der Praxis war der "reale Sozialismus" auch auf diesem Gebiet nicht sehr erfolgreich. Es gab zwar, mit Unterschieden von Land zu Land, einzelne "soziale Errungenschaften". Insgesamt muß jedoch festgestellt werden, daß die Menschen für die Mängel der wirtschaftlichen Situation nicht entsprechend durch Vorzüge im sozialen und politischen Bereich entschädigt wurden. Im Gegenteil: Die zugestandenen politischen und individuellen Freiräume, aber auch die sozialen Leistungen, blieben gleichfalls hinter den Erwartungen und Ansprüchen der Menschen zurück. Die "sozialistischen Sünden" auf ökologischem Gebiet übertrafen vermutlich die Schädigungen in entwickelten kapitalistischen Ländern sogar noch.

Partei und Staatsmacht

21. Erstens die ungeheuren Aufgaben der sowjetischen Produktionsentwicklung nach Ende des Bürgerkriegs, zweitens die bis an die Grenzen aller Kräfte gehende Abwehr der deutschen Aggression im Zweiten Weltkrieg, drittens (vor allem nach 1945 in etlichen Ländern Osteuropas) die "Notwendigkeit", das Gesellschaftssystem gegen den Willen von Bevölkerungsmehrheiten aufrechtzuerhalten - alles das trug dazu bei, in den "realsozialistischen" Ländern einen repressiven, alle Bereiche des Lebens kontrollierenden Superstaat entstehen zu lassen. Also eigentlich das Gegenteil dessen, was noch Lenin vorausgesetzt hatte, wenn er nach der sozialistischen Revolution das schrittweise "Absterben des Staates" forderte.

In diesem historischen Prozeß verwandelten sich die sozialistischen/kommunistischen Parteien aus revolutionären Kampforganisationen zunächst in staatstragende Parteien, dann in Staatsparteien; schließlich verschmolzen sie fast vollständig mit dem Staat, wurden mit diesem praktisch eins. Im gleichen Maß hörten sie auf, überhaupt noch politische Organisationen zu sein.

Die Übernahme der Staatsmacht stellt zwangsläufig für jede politische Organisation oder soziale Gruppe, die sich in der Opposition formiert und entwickelt hat, eine schwere Herausforderung und Gefährdung ihrer Identität dar. Dieser immanente Faktor wird aber potenziert, wenn - aus plausiblen oder aus vorgeschobenen Gründen - eine starke Staatsmacht als erforderlich angesehen wird, die sich keinesfalls selbst in Frage stellen will, sondern im Gegenteil selbst Staatsvergötzung betreibt. Im Fall der Sowjetunion und Osteuropas muß außerdem gesehen werden, daß in den meisten Ländern die historisch-kulturellen Voraussetzungen für eine starke, ja absolutistische Staatsmacht gegeben waren, weil diese den Zuständen entsprach, die die Revolution vorgefunden hatte.

22. Nicht übersehen werden sollte aber: Die UdSSR hat in den ersten Jahrzehnten ihrer Existenz trotz der skizzierten Ausgangsbedingungen und trotz extremer Formen der politischen Repression großen Respekt in der internationalen Arbeiterbewegung, bei der westlichen Intelligenz, und selbst bei ihren kapitalistischen Gegnern erworben. Der "Sozialismus" hatte gerade in jenem Zeitabschnitt, der heute als der am meisten von krassen Fehlern und unentschuldbaren Verbrechen belastete der sowjetischen Geschichte dasteht - Stichwort: "Stalinismus" -, den Höhepunkt seiner internationalen Anziehungskraft erreicht.

23. Für dieses Paradoxon gibt es mehrere Gründe. Erstens waren die Aufbauleistungen der UdSSR in ihren ersten Jahrzehnten wirklich enorm und mußten international Bewunderung auslösen. Es wurden Fortschritte erreicht, wie sie möglich sind, wenn und solange die Entwicklung von einer sehr starken Zustimmung und Begeisterung in breitesten Teilen der Bevölkerung mitgetragen und vorangetrieben wird. Gleiches gilt für die militärischen ebenso wie für die wirtschaftlichen Aspekte des den Völkern der UdSSR aufgezwungenen Abwehrkampfs gegen die Nazi-Aggression. Offensichtlich wurde die diktatorische Machtausübung unter Stalin ergänzt durch Massenkonsens, Massenmobilisierung und sogar Masseninitiative.

Zweitens war ab etwa 1930 die Alternative, an der die UdSSR gemessen wurde, nicht so sehr der entwickelte, bürgerlich-demokratisch gestaltete Kapitalismus, sondern der diktatorische, nach der Weltherrschaft greifende Faschismus-Nazismus. Wer "gegen Hitler" war, mußte mit einer gewissen, im Laufe der dreißiger Jahre zunehmenden Zwangsläufigkeit zum Verbündeten der UdSSR werden. Der "Hitler-Stalin-Pakt" vom August 1939 stellte nur eine relativ kurze Unterbrechung des Trends dar. Nach dem deutschen Überfall auf die UdSSR im Juni 1941 war eindeutig, daß Antifaschismus auch Bündnis mit der Sowjetunion bedeuten mußte. Daß die UdSSR nicht gerade das Reich der individuellen und politischen Freiheit und der Rechtstaatlichkeit war, verlor demgegenüber an Bedeutung.

24. Drittens stellten sich vermutlich in den zwanziger und dreißiger Jahren die Unterschiede im Lebensstandard zwischen der UdSSR einerseits und USA-Westeuropa andererseits geringer dar als heute. Armut, Hunger, Primitivität der Lebensumstände, Unsicherheit des physischen Überlebens kennzeichneten damals in den kapitalistischen Gesellschaften noch die Lebensumstände breiter Teile der Bevölkerung. Die Erfahrung der großen Weltwirtschaftskrise Ende der zwanziger, Anfang der dreißiger Jahre ließen Illusionen über einen krisenfreien, mit ewigem Wachstum gesegneten Kapitalismus nicht zu. Satt zu werden, Arbeit zu haben, eigenen Wohnraum in bescheidener Größe und erträglichem Zustand zu haben, waren Ziele, um die hart gekämpft werden mußte. Gewiß ging es den Menschen in der UdSSR noch schlechter, aber der Unterschied reichte bei weitem nicht aus, um die lohnabhängigen oder arbeitslosen Massen der kapitalistischen Länder mit Stolz auf ihr "eigenes" System und mit Verachtung gegen das der Sowjetunion zu erfüllen.

Außerdem war damals noch allgemein im Bewußtsein, welch niedriges Niveau der Industrialisierung und der Lebenskultur die UdSSR vom Zarismus als Ausgangsbasis für den "Aufbau des Sozialismus" übernommen hatte. Die Bereitschaft, der UdSSR zugute zu halten, daß sie noch ganz am Anfang ihrer Entwicklung stand und Wunder über Nacht nicht zu erwarten waren, war in den zwanziger und dreißiger Jahren noch relativ breit vorhanden. Sechzig Jahre später wurde dieser Bonus kaum noch gewährt. Auch in der UdSSR selbst war zunehmend nicht mehr die Ausgangslage von 1917 der Maßstab, an dem die aktuelle Situation und Entwicklung gemessen wurde, sondern der Stand in den entwickelten kapitalistischen Ländern.

Markt statt Plan?

25. Es ist modern geworden, vom Sieg der Markt- über die Planwirtschaft zu sprechen. Die erste steht in Gestalt der kapitalistischen Hauptmächte in voller Blüte, die zweite ist in Form des "realen Sozialismus" bereits unumkehrbar zusammengebrochen. Fast unisono ist die Schlußfolgerung, an der (kapitalistischen) Marktwirtschaft gehe kein Weg vorbei. Orientierungspunkt ist dabei die prosperierende soziale Marktwirtschaft, die aber nur die kapitalistische Wirklichkeit der BRD und einiger weniger anderer hochentwickelter Länder beschreibt.

Die Vorstellung, daß in Osteuropa unter qualitativ ganz anderen Bedingungen in einem überschaubaren Zeitraum funktionieren werde, was sich eigentlich, weltweit betrachtet, nur in sehr wenigen Ausnahmesituationen (scheinbar) "bewährt" hat - mit allen Vorbehalten, die man dazu machen muß -, ist nicht unbedingt überzeugend. In vielen Ländern, in denen heute kapitalistische Verhältnisse herrschen, geht es der

Masse der Menschen keineswegs besser, sondern noch sehr viel schlechter als in Osteuropa. Außer Japan hat seit 1917 kein Land der Welt den vollen Anschluß an die kleine Zahl der entwickelten Industriestaaten geschafft.

26. Die These wäre zumindest der Diskussion wert, ob es nicht sogar eine existenzielle Voraussetzung für den voll entfalteten Kapitalismus ist, daß er nur für einen sehr kleinen Teil der Menschheit funktionieren kann, während der riesige Rest ohne erkennbaren Ausweg zum Vegetieren in Armut und Hunger "verurteilt" wird. Könnte eine gleichmäßig durchkapitalisierte, gleichmäßig mit relativer sozialer Sicherheit und Wohlstand gesegnete Welt tatsächlich funktionieren? Der Kapitalismus ist jedenfalls nach mehreren Jahrhunderten seiner Entwicklung weit davon entfernt, diese Möglichkeit bewiesen zu haben. Tatsächlich klafft das Niveau des Lebens und der Produktivkräfte in den hochindustrialisierten "Inseln" einerseits und auf dem überwiegenden Rest des Globus andererseits immer krasser und barbarischer auseinander, statt sich anzunähern.

Die oft mit rassistischen und inhumanen Schlußfolgerungen verbundene Prognose, daß die relativ reichen Metropolen demnächst von zig Millionen Flüchtlingen aus der Dritten Welt "überschwemmt" oder "bedroht" werden könnten (sog. "Asylantenproblem"), resultiert letztlich aus dem Wissen um die Ungerechtigkeit und Unhaltbarkeit der bestehenden Verteilung der Reichtümer dieser Welt. Wenn die Verteilung unhaltbar ist, ist dann nicht auch das heute die Welt beherrschende kapitalistische Wirtschaftssystem unhaltbar, das sie hervorgebracht hat und täglich in noch schärferer Form reproduziert?

27. Die derzeitigen demokratischen Verhältnisse in Westeuropa, den USA und Japan, die eine so offenkundige Attraktivität auf die Menschen Osteuropas ausüben, sind extrem abhängig von dem vorhandenen, sehr hohen Stand der Produktivkräfte und vom Prosperieren der Wirtschaft. Diese Verhältnisse sind nur möglich, weil der größte Teil der Bevölkerungen im Konsens mit dem Gesellschaftssy- stem lebt, was natürlich nicht absolute Zufriedenheit bedeutet, und weil die radikalen Widerstandspotentiale klein, oft sogar sehr klein sind.

Ein Kapitalismus in der Krise, der mit Massenwiderstand konfrontiert wäre, könnte mit den derzeitigen Methoden nicht verwaltet werden, sondern würde von der Repression stärkeren Gebrauch machen, bis hin zu diktatorischen Methoden, wie sich in der Vergangenheit schon gezeigt hat. Insbesondere die Geschichte des kapitalistischen Deutschlands (zwei Weltkriege, davon der zweite in großen Teilen als Vernichtungskrieg gegen Bevölkerungen geführt; Genocid am jüdischen Volk) sollte eigentlich selbst von einem aufgeklärt-liberalen Standpunkt aus jede Glorifizierung des Kapitalismus verbieten. (Dennoch wollen sich heute sogar viele ehemalige Linke nicht davon abhalten lassen, mit dem Sieger zu feiern und die momentane Überlegenheit des Kapitalismus als "moralisches Urteil der Geschichte" zu verabsolutieren.)

28. Die sozialen und politischen Rechte der Menschen in den kapitalistischen Metropolen, die sich ja erst in diesem Jahrhundert so entwickelt haben, müssen auch als Ergebnis der "Systemkonkurrenz" begriffen werden, mit der der Kapitalismus durch die Oktoberrevolution und die Existenz der UdSSR - später auch des "sozialistischen Lagers" - konfrontiert war. Wesentliche Errungenschaften in den Hauptländern des Kapitalismus sind nicht so sehr das Ergebnis großer Massenkämpfe, sondern strategischer Zugeständnisse. Mit dem Zusammenbruch des "realen Sozialismus" entfällt in gewissem Sinn auch eine Grundlage dieser Errungenschaften, die somit gefährdeter sind als früher. Dies umso mehr, da die sozialistischen Parteien, die in etlichen dieser Länder einen wesentlichen politischen und organisatorischen Faktor in der Arbeiterbewegung darstellten, mit dem Zusammenbruch des "realen Sozialismus" weithin als diskreditiert gelten, rasanten Schrumpfungen und Spaltungen unterliegen, selbst demoralisiert und desorientiert sind.

29. Trotz aller eigentlich naheliegenden Einwände hat das Zauberwort Marktwirtschaft offensichtlich in Osteuropa derzeit eine ungeheure Attraktivität, auch bei vielen Angehörigen der früheren Bürokratien. Warum denken diejenigen, die gestern die Planwirtschaft vertraten, die auch noch die schlechteste ihrer Varianten vertraten, nicht erst einmal darüber nach, was in der theoretischen Anlage und praktischen Verwirklichung der Idee Planwirtschaft falsch gelaufen ist? Denn festzuhalten ist, daß es nach wie vor eine faszinierende Idee ist, die Produktion von Gütern für die Befriedigung der menschlichen Bedürfnisse nicht primär dem Markt zu überlassen, sondern der gesellschaftlichen Planung zu unterziehen. (Und dies nicht nur, weil die Ressourcen knapp werden, was umfassende Planung sogar zur Existenznotwendigkeit macht.)

Könnte die Unvollkommenheit des ersten historischen Versuchs, eine planmäßige Produktion zu organisieren, nicht zur Analyse und zur Verbesserung des Ansatzes führen, statt zu seiner Aufgabe? Voraussetzung dafür

wäre eine noch bessere analytische Durchdringung der Gesetze der Marktwirtschaft, eine Untersuchung, welche ihrer Elemente in eine planmäßige Produktion übernommen werden könnten, und welche überwunden werden müßten. Das Ziel und die Aufgabe wäre, zu untersuchen, ob und gegebenfalls welche marktwirtschaftlichen Elemente auch für eine planmäßige, gesellschaftlich organisierte Produktion notwendig und belebend wären.

30. Heute wird zwangsläufig die Frage gestellt, welche Zukunft die sozialistische Idee noch hat. Gehen wir zurück zu Marx und Engels, dann hatte ihrer Ansicht nach mit der Entwicklung ihrer Theorie - und dem ist die sozialistische Bewegung fast ein Jahrhundert lang gefolgt - der Sozialismus aufgehört, eine Idee zu sein: er wurde zur Wissenschaft. Und dann mit der Oktoberrevolution auch zur gesellschaftlichen Praxis; so war jedenfalls der Anspruch.

Heute, mehr als hundert Jahre später, scheint der Sozialismus wieder nur eine Idee zu sein. Die Vorstellung einer gesetzmäßigen Entwicklung vom Kapitalismus zum Sozialismus scheint praktisch widerlegt worden zu sein. Nicht widerlegt ist aber die These, daß die Alternative zum Sozialismus letztlich nur Barbarei und Untergang der Menschheit sei, da dies die Entwicklungslogik des Kapitalismus sei. Ein nicht nur für kleine "Wohlstandsinseln", sondern weltweit taugliches Wirtschafts- und Gesellschaftssystem, das allen Menschen ein würdiges und sinnvolles Leben bieten könnte, bleibt noch zu entwickeln und zu erkämpfen.

Heinrich Eckhoff, Willi K. Goltermann, Knut Mellenthin, Andreas Skrypietz

33. Die achte Anstrengung: Den Imperialismus begreifen (Rezension von G. Fülberth, Sieben Anstrengungen)

Autor: Christian Schmidt · Rubrik: Imperialismus und Weltwirtschaft; Theorie; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak335/23.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:335:23

Von Christian Schmidt

Die "Sieben Anstrengungen" von Georg Fülberth, "den vorläufigen Endsieg des Kapitalismus zu begreifen", thematisieren im Grunde die Kehrseite der Medaille: die endgültige Niederlage des Realen und Wissenschaftlichen Sozialismus, wie sie der Autor jahrzehntelang interpretiert und verteidigt hatte.

Einleitend spiegelt er sich in Jürgen Kuczynski: "Das Ende des Kapitalismus ist ihm keine Gewißheit mehr, sondern nur noch Gegenstand der Hoffnung. Er hat sich damit von einem Kanon unverrückbarer weltgeschichtlicher Abläufe, der dem Stalinismus zugeschrieben wurde, verabschiedet." (S. 8.) Um diesen Abschied geht es in dem Buch.

Das Paradoxon im Titel, "vorläufiger Endsieg", bebildert Fülberths Wende von den Gewißheiten des wissenschaftlichen zum Hoffen und Bangen eines spekulativen Sozialismus: "Ob ... tatsächlich finale Systemgrenzen erreicht werden, ist gegenwärtig nicht zu entscheiden." (62) Entsprechend beginnt er sein Buch mit dem Dementi jener Klassiker, die die "Zwangsläufigkeit" des kapitalistischen Untergangs (Luxemburg) bzw. seinen "Fäulnischarakter" (Lenin) behauptet hatten. Er ist damit theoretisch nicht weit weg von jenen, die Frieden gemacht haben mit der metropolitanen Wachstumsgesellschaft der 80er Jahre. Und seine Distanzierung von aktuellen prokapitalistischen "Modernisierungstheorien" fällt deprimierend "abgewogen" aus: "Demgegenüber meine ich, Anhaltspunkte dafür zu haben, daß die kapitalistische Gesellschaftsformation tatsächlich einen Mechanismus der Selbstaufhebung besitzt, der, solange er nicht zerstörerisch wirkt, eher ihre Optimierung bewirkt, ohne daß eine Beschränkung auf diese Funktion für alle Zeit ausgemacht sein muß." (24f.)

Auf dieses trotzige "nicht für alle Zeit!" hat sich die sozialistische Zuversicht reduziert. Vielmehr als allgemeine Verunsicherung wird damit nicht auf den Begriff gebracht. Offener formuliert, hätte Fülberth schreiben müssen: Wie es weitergeht? - weiß ich auch nicht!

Nach dieser Eröffnung ist erstaunlich, was folgt. In einem längeren Kapitel setzt sich Fülberth mit der Historie des Kapitalismus auseinander - und plötzlich ist alle Verunsicherung wie weggewischt. Da ist der "Histomatiker" Fülberth wieder in seinem Element und enthüllt Gesetzmäßigkeiten, nach denen der Kapitalismus bis heute obsiegen mußte. Marx zitierend stellt er fest:

"'Eine Gesellschaftsformation geht nie unter, bevor alle Produktivkräfte entwickelt sind, für die sie weit genug ist'. Dies setzt eine Vergesellschaftung des Arbeitsprozesses durch die unmittelbaren Produzenten selbst voraus. Sie bestand zu Hilferdings und Lenins Zeit ebensowenig wie heute." (21)

Hier bieten sie also wieder Halt, die ehernen Gesetzmäßigkeiten des Histomat. Und Fülberth ist nach dem angeblich alle Gewißheiten beseitigenden "vorläufigen Endsieg" der erste, der einen neuen "Kanon unverrückbarer weltgeschichtlicher Abläufe" zusammenstellt. Im zweiten Teil des Buches "beweist" er, daß der bisherige Kapitalismus aus exakt fünf "Perioden" besteht: der konkurrenzkapitalistischen Frühphase, der imperialistischen Konsolidierung und innerimperialistischen Konfrontation bis zum Ersten Weltkrieg; der Periode des Fordismus und Kalten Krieges von etwa 1920 bis 1980. Und nunmehr sind wir in der Periode der "neuen Konsolidierung", die nach Fülberth markiert wird durch die "Niederlage der nachkapitalistischen Länder", "One World Kapitalismus", "Einbeziehung der `Dritten Welt'" und "Einschränkung gewerkschaftlicher Gegenmacht".

Ob der Kapitalismus so griffig archiviert ist, kann unerörtert bleiben. Denn ob drei, fünf oder sieben Perioden, mit diesen oder jenen Einzelmerkmalen, ist solange nebensächlich, wie dabei nicht Bewegungsgesetze aufgedeckt werden, die es erlauben, über das Gestern hinaus politische Ableitungen für heute und morgen

vorzunehmen. Letzteres verneint Fülberth. Dann aber kann auch die abgelaufene Geschichte nicht "objektiv" periodisierbar sein! (Es sei denn, man glaubt an die Objektivität von Ablagen und Karteikästen.)

Derselbe Widerspruch kennzeichnet die Auseinandersetzung Fülberths mit der Geschichte des Realen Sozialismus. Da weist er zwar eingangs auch auf die subjektiven (also politischen) Fehler hin, die in der SU selbst und bei ihrer Rechtfertigung durch westliche Kommunisten gemacht wurden; in der Hauptsache aber kommt er dann doch wieder auf jene ehernen Gesetzmäßigkeiten zu sprechen, die dem Realsozialismus keine (andere) Chance ließen. Wesentliche Ursache für das Scheitern des Realsozialismus nämlich ist ihm, "daß die gegenwärtige Technologie eine kommunistische Gesellschaft noch nicht ermöglicht." (25); und diesen, von Kuczynski übernommenen Gedanken aktualisiert Fülberth so:

"Der neue Produktionstyp, der mit dem Vordringen der Informationstechnologie zur Geltung kam, war offensichtlich mit den ... zentralen Steuerungsmethoden nicht mehr vereinbar." (44)

Offenkundig ist demnach der Realsozialismus an technologischen Mängeln zugrunde gegangen bzw. daran, daß der demokratische Zentralismus mit moderner Software nicht kompatibel war. So löst sich der politische Charakter des Realsozialismus bei Fülberth in ein Nichts auf, und statt politischer Kritik erfahren wir am Ende, daß das, was jahrzehntelang Fülberths zentraler Bezugspunkt war, möglicherweise gar nie existiert hat. Denn, schreibt er: "Es ... wäre zu prüfen, ob der Zustand dieser Gesellschaftsformation nicht in erster Linie aus der Geschichte des Kapitalismus erklärt werden sollte. Sozialismus wäre dann vorläufig nichts anderes als eine Art 'Einschluß' im Kapitalismus."

Das geht mir denn doch zu weit; u.a. erinnert es fatal an jene alte DKP-Losung, es habe immer nur einen wissenschaftlichen Sozialismus gegeben, eben jenen, der ausgehend von Marx, Engels und Lenin directement in die jeweils aktuelle Politik der KPdSU, SED etc. einmündete. Daneben aber gäbe es nur Irrlehren, Kinderkrankheiten, Trotzkismus und Verrat.

Selbst wenn ich diese historische Streitfrage weglasse, ist die These vom 'eingeschlossenen Kapitalismus' deshalb unaufklärerisch, weil mit ihr alle relevanten innerlinken Strategiefragen - auch die Zukunft der Linken betreffend - abgeschnitten werden. Wenn es denn die Software war, dann lohnt irgendwie kein Streit mehr über Weltmarkt- und planwirtschaftliche Alternativen irgendwo; dann lohnt keine Debatte über Partei und Staat bzw. Räte und Selbstverwaltung, über Metropolenreichtum und Trikontelend, über Herrschaft und Emanzipation.

Und genau diesen Schnitt propagiert Fülberth ausdrücklich. Denn Marxismus, der sich üblicherweise mit diesen Fragen befaßt, ist ihm erklärtermaßen nur noch tauglich für Rückblicke; während er bei politischen Debatten und Prognosen versagt habe. Der Marxismus, behauptet er, "ist das offensichtlich brauchbarste Instrument der historischen Interpretation, während für konkrete politische Maßnahmen der Programm-Keynesianismus plausiblere Angebote bereithält." (87)

In dem Rahmen bewegen sich dann die politischen Ausblicke, die er für die Zukunft der siegreichen "Marktwirtschaft" parat hat. Da ist von grundsätzlicher Kritik an der imperialistischen Metropole BRD mit (fast) keinem Wort die Rede; stattdessen werden, eine positive kapitalistische Gesamtentwicklung unterstellt, nur die "Grenzen des Modernisierungsprojekts" thematisiert, wobei sich eine Beschönigung an die andere reiht:

1. "Die `Friedensfähigkeit' des Kapitalismus" sei "mit großer Mühe gerade noch denkbar";

2. Ähnliches gelte "für die Perspektive einer Rückführung der riskanten Großtechnologien";

3. "Die Experimente zum Umbau des Patriarchats" könnten "nicht einmal als erste Schritte zu seiner Abschaffung gedeutet werden";

4. sei die "Verteilung der Arbeit auf alle" ohne "entscheidende Eingriffe" in kapitalistisches Eigentum nicht machbar;

5. mangle es bei der Verwirklichung einer "Neuen Weltwirtschaftsordnung, wie sie u.a. von Teilen der SPD getragen wird", an "Gegenmacht der Völker der `Dritten Welt'" und

6. sei "nicht sicher, daß ...(das) Verhältniswahlrecht ... allzeit imstande ist, das gesamte politische Spektrum zu integrieren ... Im Promille-Bereich deutete sich dies in Hessen dadurch an, daß die DKP ... ihre Stimmen sowohl absolut als auch anteilsmäßig in etwa verdoppeln konnte." (68f.)

Jeder einzelne dieser "Einwände" gegen die prokapitalistische Modernisierungstheorie ist also im Kern keine Gegenposition, sondern demonstriert Affinität: als gäbe es Friedenspolitik und keine Eingreifstrategien, als wäre der Atomausstieg irgendwo beabsichtigt und die Abschaffung des Patriarchats irgendwann beabsichtigt gewesen; als könne die Losung "Arbeit für alle" hier etwas anderes bedeuten als Abschotten und Markteroberung; als könne das Trikont-Elend anders begriffen werden denn als Resultat der von Sozialdemokraten mitverwalteten Weltwirtschaftsordnung. Und der abschließende Blick auf das Verhältniswahlrecht illustriert danach nur, bis zu welchen absurden Minimalia Fülberth am Regelwerk der herrschenden Verhältnisse rumklabüstert.

An dem Punkt spätestens entdeckt man, daß die historische Zäsur des kapitalistischen Endsiegs über den Realsozialismus, die den Anlaß zum Buch gab, in den Denkweisen des Georg Fülberth so gut wie nichts verändert hat - sieht man einmal ab vom Verlust des Realsozialismus und der Gewißheit, an seiner Seite zu siegen.

Entsprechend trostlos muß die Antwort ausfallen, als Fülberth am Ende fragt, was nach dem "vorläufigen Endsieg" die heutige Linke darstellt. Ohne Bezug auf verbliebene Zirkel und Bewegungen spricht er da von einer "Proto-Linken" und schreibt, sie werde "sichtbar":

"1. In der wissenschaftlichen Analyse des Kapitalismus,

2. In der Aufdeckung und ... Bekämpfung ... (von) Zerstörungen,

3. in der gesinnungsethisch ausgerichteten ... Mitwirkung dort, wo Menschen sich wehren ...

4. dies alles orientiert an einem gebrauchswert- und reproduktionsinteressierten Gesellschaftstypus, ... den Kommunismus zu nennen ... ein Beitrag zur Klärung ist ..." (190)

Es bereitet nicht viel Mühe zu erkennen, daß dies kein Bild der Linken, sondern eine Personenbeschreibung ist, ein letzter Hinweis darauf, daß die "Sieben Anstrengungen" im Kern ein sehr persönliches Buch sind. Sie geben Einblick in die Gedankenwelt Fülberths, und als Außenstehendem springen einem die "blinden Flecken" ins Auge, die in bemerkenswertem Kontrast stehen zur teilweise überwältigenden Belesenheit des Autors. Das Gros der Themen, die sonstige Linke (autonome, radikale usw.) umtreiben, bleibt völlig außer Betracht: keine Erörterung feministischer Theorien oder Praxisansätze, keine inhaltliche Auseinandersetzung mit Ökologie und der Destruktion kapitalistischer Produktivkraftentfaltung; kaum etwas zur imperialistischen Realität außerhalb der BRD-Metropole.

Die achte Anstrengung

Neben dem Einblick in die Innenansichten des Georg F. bleibt damit als einzig interessanter Punkt die im Titel aufgeworfene Frage nach dem (vorläufigen) Endsieg des Kapitalismus. Einzig mit ihr lohnt die inhaltliche Auseinandersetzung. Denn es wäre dumm zu übersehen, daß die Wachstumserfolge in der BRD u.a. Metropolen einerseits und die Niederlagen der östlichen und südlichen "Alternativökonomien" andererseits begründete Verunsicherungen innerhalb der (ehemaligen) Linken verursacht haben.

Fülberths Bestandsaufnahme zu dieser Frage des "kapitalistischen Endsiegs" ist vorzuhalten, daß sie nicht nur hiesige Negativentwicklungen (Ausgliederung, Nationalismus, Rassismus) unterschätzt, sondern vor allem marktwirtschaftliche Erfolge ausschließlich unter metropolitanen (bzw. unter nationalen) Gesichtspunkten beurteilt und die Verelendungsprozesse im Trikont völlig an den Rand der Weltmarkt-Bilanz schiebt. Fülberth schreibt:

"Die ... These, der Reichtum der hochentwickelten kapitalistischen Länder beruhe auf der Ausbeutung der ... jetzt nachkolonialen Länder, würde dann zum Fehlschluß, wollte man aus ihr eine Abhängigkeit der Selbstreproduktionsfähigkeit des Kapitalismus ... von der Existenz unentwickelter Länder und Kontinente folgern ... Ganz offensichtlich ist eine Koexistenz zwischen der Verelendung in der 'Dritten Welt' und dem Gedeihen des Kapitalismus in seinen Metropolen im Sinne einer weitgehenden Entkopplung der gesellschaftlichen Prozesse möglich ..." (64)

Gut, das ist die herrschende Meinung, daß der Imperialismus von seinen Opfern "entkoppelt" werden könne bzw. keine ökonomisch wesentliche Funktion habe. Sehe ich nur auf die Produktivkraft-Potentiale, ist letzteres sicher so. Die erarbeitete Technologie in Japan, Nordamerika und Westeuropa würde fraglos auch ohne Trikontausbeutung ein Leben in Wohlstand ermöglichen. Das unterscheidet den modernen Imperialismus von dem Roms oder der Spanier vor 500 Jahren.

Aber ist es theoretisch korrekt, die Sache nur mit Blick auf die Produktivkräfte zu beurteilen und von ihrer spezifisch kapitalistischen Form, also von den Produktionsverhältnissen, zu abstrahieren? Genau um diesen Punkt dreht sich doch die gesamte marxistische Theorie: um den Widerspruch, daß produziert und Reichtum vermehrt wird - nicht um allgemeinen Wohlstand zu verwirklichen, sondern um Kapital zu akkumulieren, was "fallweise" dazu führt, daß im Wege der Akkumulation nicht Reichtum, sondern Armut produziert wird.

Die marxsche Theorie hat nun für dieses Phänomen widersprüchlicher kapitalistischer Akkumulation drei "berechenbare" Ursachen benannt. Erstens die Notwendigkeit periodischer Krisen; zweitens den zwangsläufigen (tendenziellen) Fall der Profitrate; drittens die Unmöglichkeit erweiterter Reproduktion des Gesamtkapitals. Unter dem von Fülberth gewählten Stichwort "Endsieg des Kapitalismus" ist das dritte Theorem von Belang, und deshalb setzt er sich eingangs mit Luxemburg auseinander, die zu eben dieser Frage in "Die Akkumulation des Kapitals" Stellung genommen hat.

Bei genauerem Hinsehen zeigt sich allerdings, daß Fülberth über diese inhaltlich entscheidende Fragestellung seines Buches in schlimmer Weise hinwegschludert. Seine Kritik, Luxemburg habe fälschlicherweise die Naturgesetzlichkeit des kapitalistischen Untergangs beweisen wollen, leitet er so ein: "Rosa Luxemburg hatte eine intensive positive, aber vielleicht doch auch unglückliche Beziehung zu den Naturwissenschaften und zur Mathematik, die sie in Zürich ja auch unter anderen Disziplinen studiert hat."

Deshalb habe sie die logische Struktur des Kapitals in Rechenformeln pressen wollen und dabei übersehen, "daß es sich bei allen empirisch feststellbaren Zahlen um Preise und Profite handelt, nicht aber um Wert und Mehrwert ..." Sodann: "Der Zeitpunkt, an dem es zu Zusammenbrüchen entweder an der Börse oder in der konjunkturellen Entwicklung kommt, hat erstens nicht mit dem Ende des Kapitalismus zu tun und ist zweitens ebensowenig prognostisch 'errechenbar' wie dieser." (14f.)

Fülberth unterstellt also zwei Kardinalfehler: Falsche Zahlen und falsche Krisentheorie. Bei Luxemburg selbst finden wir allerdings völlig Gegensätzliches. Zu ihrer "geliebten Mathematik" schreibt sie:

"Für das lesende Publikum erscheint die Materie durch ein äußeres und an sich nebensächliches Beiwerk in hohem Maße abschreckend: Durch die dabei reichlich verwendeten mathematischen Formeln. Namentlich in den Kritiken meines Buches bilden diese Formeln den Mittelpunkt. ... Doch ist das Problem der Akkumulation an sich rein ökonomischer, gesellschaftlicher Natur, hat mit mathematischen Formeln nichts zu tun, läßt sich auch ohne sie darstellen und begreifen. Wenn Marx im Abschnitt seines `Kapitals' über die Reproduktion des gesellschaftlichen Gesamtkapitals mathematische Schemata konstruierte, ... so dient dies ... lediglich zur Erleichterung und Verdeutlichung der Darlegungen." (Gesammelte Werke im Dietz-Verlag, Bd. 5; S.416f.)

Sie schreibt also das exakte Gegenteil von dem, was Fülberth ihr unterstellt. Und genauso absurd ist das zweite Argument, Luxemburg habe "konjunkturelle Zusammenbrüche" berechenbar machen wollen; sie schreibt nämlich:

"Periodischer Konjunkturwandel und Krise sind die spezifische Form der Bewegung bei der kapitalistischen Wirtschaftsweise, sie sind aber nicht die Bewegung selbst. Um das Problem der kapitalistischen Reproduktion in reiner Gestalt darzustellen, müssen wir vielmehr gerade von jenem periodischen Konjunkturwechsel und von Krisen absehen." (14)

Beide "Widerlegungen" also beziehen sich auf Behauptungen, die Luxemburg nicht nur nicht aufgestellt, sondern ausdrücklich als falsch gekennzeichnet hatte. Das Ärgernis, daß nun auch siebzig Jahre später immer noch die Unterstellungen von Bauer etc. kolportiert werden und die Anstrengung unterbleibt, Luxemburg selbst zu lesen, ist nicht nur formaler Art.

Inhaltlich geht es um folgendes: Luxemburgs Fragestellung ist, ob die kapitalistische Akkumulation ein "koloniales" Umfeld braucht, um zu wachsen. Das erörtert sie theoretisch unter Bezug auf Marx' Ausführungen zur Reproduktion des Gesamtkapitals (Das Kapital, Bd.2) und kommt zum Schluß, daß der "erweiterte Markt"

bzw. die "zusätzliche Nachfrage", die nach Marx' Voraussetzung zur Akkumulation ist, durch die Erschließung der Peripherie durch das imperialistische Kapital realisiert wird. Empirisch untersucht sie dann, wie die kapitalistische Durchdringung des Trikont bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts vonstatten ging; wie via Verkehrserschließung, kreditärer Finanzhilfen und Rüstungsmaßnahmen zusätzliche Anlagefelder für "überschüssiges" Kapital erschlossen wurden. Zusammenfassend stellt sie fest:

"In den überseeischen Ländern ist die Unterjochung und Zerstörung der traditionellen Gemeinwesen die erste Tat, der welthistorische Geburtsakt des Kapitals und seitdem ständige Begleiterscheinung der Akkumulation. Durch den Ruin der ... naturalwirtschaftlichen ... Verhältnisse jener Länder öffnet das europäische Kapital dort dem Warenaustausch und der Warenproduktion das Tor ... und beschleunigt zugleich gewaltig die eigene Akkumulation durch direkten massenhaften Raub an Naturschätzen und aufgespeicherten Reichtümern der unterjochten Völker. Seit Anfang des 19. Jahrhunderts geht Hand in Hand mit jenen Methoden die Ausfuhr des akkumulierten Kapitals aus Europa in die nichtkapitalistischen Länder der anderen Weltteile ... Je mehr kapitalistische Länder aber an dieser Jagd nach Akkumulation teilnehmen ..., umso erbitterter wird der Konkurrenzkampf ... Durch diesen Prozeß bereitet das Kapital aber in zweifacher Weise seinen Untergang vor. Indem es einerseits ... auf den Moment lossteuert, wo die gesamte Menschheit in der Tat lediglich aus Kapitalisten und Lohnproletariern besteht und wo deshalb eben weitere Ausdehnung, also Akkumulation unmöglich wird. Zugleich verschärft es ... die Klassengegensätze ... derart, daß es, lange bevor die letzte Konsequenz ... erreicht ist, die Rebellion des internationalen Proletariats gegen das Bestehen der Kapitalherrschaft herbeiführen muß. Dies in aller Kürze das Problem und seine Lösung, die ich mir denke. Auf den ersten Blick mag es als rein theoretische Tüftelei erscheinen. Und doch ist die praktische Bedeutung des Problems naheliegend." (430)

Und eine "praktische Bedeutung" hat es, wenn sie gegen die These einer möglichen "Entkopplung" der Trikont-Zurichtung von imperialistischer Akkumulation einwendet:

"Wenn die kapitalistische Produktion einen genügenden Markt für sich selbst bildet, ... dann wird noch eine andere Erscheinung der modernen Entwicklung rätselhaft: die Hast und Jagd nach entferntesten Absatzmärkten und die Kapitalausfuhr, d.h. die markantesten Erscheinungen des heutigen Imperialismus. In der Tat unbegreiflich! Wozu der Lärm? Wozu die Eroberung der Kolonien, wozu die Opiumkriege ... und die heutigen Balgereien um Kongosümpfe, um mesopotamische Wüsten? Das Kapital bleibe doch zu Hause und nähre sich redlich. Krupp produziere doch munter für Thyssen, Thyssen für Krupp ..." (446)

Zugegeben, von allen Behauptungen in diesen Zitaten ist jene vom "Untergang des Kapitals" die umstrittenste und von heutiger Realität entfernteste. Gleichwohl gibt es historische und systematische Parallelen, die ins Auge springen und die für die aktuelle politische Entwicklung oder innerlinke Debatte überaus wichtig sind.

Da ist zum einen die Frage, ob die 80er wesentlich als Jahrzehnt metropolitaner Modernisierung oder als eines der Unterjochung sozialökonomischer Zusammenhänge unter die marktwirtschaftliche Weltherrschaft definiert werden müssen. Ist ersteres die Haupttendenz, so haben vermutlich jene recht, die den Modernisierungsexport als Wohltat der "Zivilisierten" propagieren und dabei sind, den IWF und den Pariser Club der sieben reichsten Staaten bei ihrer Politik der marktwirtschaftlichen Erschließung Osteuropas und der südlichen Welt zu unterstützen. Ist letzteres wesentlich, so ist für den alten Trikont zu erwarten, daß die Spirale von Verschuldung und Intervention ungefähr so endet, wie dies Luxemburg am Beispiel Ägyptens im 19. Jahrhundert nachgezeichnet hatte: in irgendeiner Form neokolonialer Herrschaft. Und der neue vierte Armutskontinent, SU und Osteuropa, wird in einer ersten Etappe ähnlich erschlossen werden wie die Ex-Kolonien (was hauptsächlich für die Rohstoffe Rußlands gilt) oder wie die unterentwickelten Regionen Süd/Westeuropas, deren Märkte und Restindustrie fest in metropolitaner Hand sind.

Für den Imperialismus der BRD erlaubt dies z.B. die Prognose, daß er am meisten profitieren wird von der marktwirtschaftlichen Kolonisierung des Ostens; daß die Frage, ob er sich dabei kreditär übernimmt, Unfug ist, insofern das westdeutsche Kapital nicht nur gewaltige neue Absatzmärkte erschließen, sondern auch exakt jene Anlagefelder besetzen wird, die wahrhaft lohnend sind; übrigens nicht nur für das Kapital, sondern auch für das Fußvolk von Rappe oder der postmodernen Modernisierer.

Weiter kann prognostiziert werden, daß damit die BRD in eine neue Rolle als imperialistische Großmacht hineinwächst und die von Luxemburg angesprochenen innerimperialistischen Konkurrenzen ganz neue

Dimensionen annehmen werden, als sie es zu Zeiten der West-Ost-Gegensätze hatten. Die Debatten, wer Skoda aufkauft, die meisten Kredite an die SU gibt, wer das historisch innigste Verhältnis zu den Balten hat oder am forschesten neue Fakten in Jugoslawien schafft, gibt einen Vorgeschmack, darauf, mit welchen Konflikten wir uns zukünftig befassen müssen.

Viertens muß beinahe nicht mehr prognostiziert werden, daß die deutsche "Innenpolitik" aufhören wird, irgendwie von Belang zu sein. Besser gesagt, hat sich der innenpolitische "Parteienstreit" schon jetzt in ein Gerangel um die rücksichtsloseste nationale Interessensvertretung verwandelt. Da rügt die SPD ständig, daß Kohl und Genscher zu weich verhandelten, daß von uns zuviel, von anderen zuwenig gezahlt wird, daß wir nicht führend waren bei der Anerkennung der Balten etc. Oder es gibt den Wettlauf um die effektivste Abschiebungspolitik, die die einen mit Artikeln und Paragraphen (CDU/CSU), die anderen mit Verordnungen und Quoten (SPD/FDP/Grüne) sicherstellen wollen. Während aber alle um solche nationale Interessenvertretung rangeln, kommt bei Wahlen Betroffenheit darüber auf, daß auch "übersteigerter" Nationalismus vorkommt. Und wenn Skins in Hoyerswerda oder Hamburg Asylantenheime mit nichtstaatlichem Terror räumen wollen, bevor das nach Recht und Gesetz geschieht, steigert sich die Betroffenheit in Abscheu.

Fülberth, meine ich, hat an diesen prognostizierbaren Entwicklungen vorbeigeschrieben. Daß er nach dem Triumphzug der Chicago-Boys und ihrer "Marktwirtschaft-Total" Zweifel am baldigen Zusammenbruch des Kapitalismus hegt, ist allzu verständlich. Und es ist sogar ein naheliegender Gedanke, nicht mehr so sehr die begrenzten Fähigkeiten des Kapitalismus zur Akkumulation zu thematisieren, sondern gerade seine mörderische Effizienz zum Gegenstand linker Kritik zu machen.

Aber jenseits jener sehr abstrakten Frage, ob der Kapitalismus untergehen muß (ich wage sie nicht zu beantworten, nicht erst seit dem "vorläufigen Endsieg"), bleibt die Aufgabe, empirisch seine Siege und Verwüstungen, folglich seine dialektische Widersprüchlichkeit zu registrieren. Die "finale Systemgrenze" ist Resultante dialektischer Systemgrenzen, die hier und heute sichtbar werden bzw. von uns enthüllt werden müssen.

Und tue ich das, komme ich theoretisch zum Schluß, daß kein Anlaß besteht, den Marxismus zur Wissenschaft historischer Archivare herabzustufen, sondern seine prognostischen Thesen durchaus zu aktualisieren sind. Oder ist die Verelendungsprognose so abwegig angesichts einer Milliarde Hungernder in dieser "One World"? Ist die konkurrenzkapitalistische Brutalisierung der Gesellschaft etwa kein Thema der Metropolen? Ist die These, daß sich imperialistischer Kapitalismus dem Faschismus annähert, völlig abwegig? Oder ist in Osteuropa besseres in Sicht als die beschissene Alternative "(Realer) Sozialismus oder Barbarei?"

34. Demokratie und Sozialismus - ein Widerspruch? (zu "Keinen Schritt vorwärts ...", AK 334)

Rubrik: Diskussion um Selbstbestimmungsrecht · CD-Datei: daten/aksuche/ak335/01.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:335:01

Sich Lenin-Zitate um die Ohren zu klatschen, ist nicht mehr zeitgemäß. Dennoch greift Jw. in AK 334 (S. 12ff.) zu diesem Mittel, um den LeserInnen einen gänzlich unbekannten Lenin vorzustellen, der zu bürgerlich, zu demokratisch und zu fixiert auf das bürgerliche Recht war. Jw. findet Lenin deswegen ziemlich unsympathisch und ganz und gar unmarxistisch. Nun denn: Mir gefällt der radikale Demokrat Lenin, der dem Recht tatsächlich eine kulturschaffende Rolle bei der Überwindung der Barbarei zuwies, ganz gut.

Aber einen Streit um das richtige Lenin-Bild werde ich in diesem Artikel nicht führen, sondern den notwendigen Zusammenhang von Sozialismus, Demokratie und Recht darstellen.

Jw. teilt uns nicht mit, was er unter Sozialismus versteht. Demokratisch und nach Recht und Gesetz, soviel aber ist klar, soll es im Sozialismus von Jw. nicht zugehen. Wir unterstellen, daß Jw. meint, alle Widersprüche zwischen Menschen und Menschengruppen sind verschwunden, es gibt keinen Streit mehr, nichts muß mehr durch rechtliche Regelungen festgelegt und durchgesetzt werden. Ein schönes Bild, ein wahres Idyll.

Nun wissen wir, daß zu Zeiten Lenins weder Rußland noch irgendein anderer Staat der Erde auch nur in der Nähe dieses Paradieses war. In Rußland und später in der Sowjetunion sah es völlig anders aus. Viele Menschen waren dem Sterben näher als dem Leben.

Sie mußten täglich um ihre nackte Existenz kämpfen. Erst nach langen Mühen, der Niederschlagung der imperialistischen Intervention und dem Ende des Bürgerkrieges konnten die bolschewistischen Führer daran gehen, den friedlichen Aufbau der UdSSR anzupacken. Friedlich heißt nicht ohne Herrschaft. Friedlich heißt, daß die gesellschaftlichen Widersprüche eingeebnet und so stillgelegt wurden, daß es möglich war, Fabriken in Gang zu setzen, Getreide zu ernten, Waren auszutauschen, das Schulwesen aufzubauen; in der Sprache der Theorie: Produktion und erweiterte Reproduktion zu sichern. Die Menschen konnten leben und arbeiten, ohne ständig Furcht vor unmittelbarer Bedrohung ihres Lebens zu haben. Aber sie mußten hart arbeiten und die Ziele ihrer Tätigkeit bestimmten andere. Selbstbestimmung, Selbstverwirklichung und Freiheit existierten kaum. Die Gesellschaft war weiterhin von Widersprüchen gezeichnet. Als sozialistisch mag das heute niemand mehr bezeichnen, aber außer klugen Ratschlägen hat auch noch niemand den geschichtlichen Beweis angetreten, wie diese Etappe in unterentwickelten armen Ländern übersprungen werden kann und die Menschen sogleich das Idyll des Jw. erreichen können.

Hätten die Bolschewiki aufgeben sollen?

Alle Bolschewiki waren sich auch nach Lenins Tod einig, die "Kommandohöhen" (Bucharin) zu halten und über diesen Grundsatz auch keine Abstimmung zuzulassen. Wohlgemerkt, weder bei Lenin selbst, noch bei Stalin und Trotzki und Bucharin gibt es für den freiwilligen Machtverzicht Anzeichen. Die heute mancherorts aufgelegte Debatte, ob es klüger gewesen wäre, spätestens Ende der 1920er Jahre abzutreten, weil nur noch die stalinistische Alternative blieb, weil dann heute der Sozialismus-Gedanke nicht so diskreditiert wäre, ist blutleer und wird den Leidenschaften und Irrtümern, den Wünschen und Hoffnungen der Revolutionäre von damals nicht gerecht. Sie hofften, das beste tun zu können, und sie mußten als Ende ihrer Ablösung umfangreichen Massakern und Erschießungen ins Auge blicken.

Wir später geborenen müssen uns mit der gegebenen geschichtlichen Erfahrung beschäftigen und daraus lernen. Und da fällt unschwer auf, daß der reale Sozialismus eines Stalin und auch die relativ liberalere Variante späterer Sowjetführer weder an zuviel Demokratie noch zuviel Rechtsstaatlichkeit "litten". Auch der "Vorwurf", sie hätten das Selbstbestimmungsrecht der Völker und das Recht auf Loslösung, wie Lenin es propagiert hatte, zu sehr beachtet, läßt sich angesichts der Einverleibung des Baltikums und der Vorgänge in Ungarn 1956 und der CSSR 1968 kaum erheben.

Die Lehre von Jw. aus der Geschichte ist jedenfalls eine andere als meine. Ich denke, daß es den Menschen in allen realsozialistischen Großversuchen gut getan hätte, wenn ein bißchen mehr auf ihre Meinungen gehört worden wäre, wenn sie selbst manche Entscheidung hätten fällen können und wenn Menschenrechte und andere Gesetze mehr Beachtung gefunden hätten. Ich weiß, daß dieser Weg nicht nur innenpolitisch bestimmt

werden konnte; ich weiß aber auch, daß wir diesen Weg anstreben sollten. Jw. ist anderer Meinung: dieses Festhalten an Idealen der "bürgerlichen Aufklärung", an "Kampfgriffen des Bürgertums" will er so schnell wie möglich aus der sozialistischen Linken verbannen.

Sozialismus an einem Tag?

Wenn wir davon ausgehen, daß die Überwindung des Kapitalismus, egal ob auf friedlichem oder revolutionären Wege, stattfindet, bevor 100 Prozent der Bevölkerung SozialistInnen sind (R. Luxemburg), müssen wir folgende allgemeine Widerspruchslagen annehmen:

- Erstens werden sich sozialistische Strömungen wegen der ungleichmäßigen Entwicklung zuerst auf begrenzten Gebieten, also Staaten, durchsetzen. Sie werden deshalb dem Druck von außen in verschiedener Weise ausgesetzt sein.

- Zweitens wird es im Innern Menschen geben, die überhaupt zum Kapitalismus zurück wollen oder denen manches zu schnell oder in eine falsche Richtung geht.

Ich will mich bei den weiteren Überlegungen nur auf die innere Entwicklung beschränken und idealtypisch auch davon ausgehen, daß erstmals sozialistische Strömungen in einem hochentwickelten Land an die Macht gekommen sind. Trotzdem wird vieles zu klären sein.

Am Anfang steht die Grundsatzentscheidung, wie der Besitz an Produktionsmitteln zu behandeln ist. Aus der Geschichte kennen wir unterschiedliche Versuche, die von allgemeiner Verstaatlichung über Mischformen von verstaatlichten Sektoren und privaten Bereichen bis hin zum jugoslawischen "Selbstverwaltungsmodell" reichen. Bisher hat sich keiner dieser Wege bewährt. Mit anderen Worten: Ohne das Ergebnis im voraus zu kennen, werden SozialistInnen sich für irgendeinen bekannten oder unbekannten Weg entscheiden müssen. Wer soll diese Entscheidungen fällen? Alleine die Führungsgremien oder die Gesamtbevölkerung in einem Plebiszit oder rätedemokratische Institutionen oder oder oder?

Nehmen wir als weiteres Beispiel eine Entscheidung auf dem Feld der Ökologie. Alle AKWs werden sofort abgeschaltet und die sozialistische Gesellschaft leistet es sich, vorläufig den AKW-Beschäftigten ihr Auskommen zu gewähren, ohne daß sie sofort neue Beschäftigung haben. Trotzdem könnte erheblicher Streit unvermeidbar sein, denn Einigkeit über den Umgang und die Unterbringung der verstrahlten Brennelemente läßt sich nicht erzielen. Wie soll dieser Widerspruch gelöst werden? Wer, wenn nicht die Menschen, soll entscheiden?

Psychisch deformierte Menschen

Die Menschen sind am Tage nach der Überwindung des Kapitalismus keine neuen Menschen. Je mehr sie an den Veränderungsprozessen beteiligt waren, desto stärker werden sie sich selbst bewegt haben. Aber alle sind in unterschiedlichem Maße von den Merkmalen der alten Ordnung gezeichnet: neurotisch, chauvinistisch, suchtmittelabhängig, vereinsamt. Ihre Bereitschaft zur Selbstveränderung wird unterschiedlich sein und auch der Freiheitsraum, den sie ihren Kindern gewähren wollen, wird nicht immer unseren radikalen Vorstellungen entsprechen. Wer soll entscheiden, wie hier vorgegangen wird? Sind in solchen Fragen überhaupt Mehrheitsentscheidungen sinnvoll oder sollte in jedem Einzelfall ein Konsens gesucht werden?

Dieser kleine Ausflug in die Alltäglichkeiten mag genügen. Das Bild ließe sich noch bunter zeichnen, mit noch mehr Kontrasten, grellen Tupfern und fließenden Übergängen, schönen Stellen und schrecklichen Ecken. So unübersichtlich wie das wirkliche Leben. Widersprüche wohin mensch blickt.

Das ist kein Sozialismus, mag jetzt Jw. einwenden. Aber dann bleibt immer noch unbeantwortet, wie wir zum Sozialismus kommen. Denn wenn das alles kein Sozialismus ist, was wäre es dann. Noch Kapitalismus? Und müßte dann nicht vorausgesetzt werden, bereits innerhalb des Kapitalismus würden alle Probleme und ihre Lösungsmöglichkeiten soweit entwickelt, daß es nur den Tag X der sozialistischen Umwälzung braucht und am nächsten Tag herrscht allgemeines Idyll, widerspruchsfreies Schlaraffenland, in dem wir Demokratie nicht mehr brauchen? Wenn das alles also angenommen wird: Welchen Sinn macht dann noch eine Unterscheidung von Kapitalismus und Sozialismus? Reicht dann nicht die Weiterentwicklung des Kapitalismus und unterstellt Jw. dann nicht die Selbstverwandlung des Kapitalismus in den Sozialismus? Wenn aber Jw. davon ausgeht, ohne den revolutionären Bruch werde sich der Kapitalismus nicht überwinden lassen, dann wird ihn und

seinesgleichen das Schicksal aller Revolutionäre ereilen: Sie kommen immer zu früh. Nie sind alle Menschen und die von ihnen begründeten Verhältnisse und Beziehungen gleich weit entwickelt. Also doch Widersprüche überall.

Öffentlichkeit und Abstimmungen

Die Vorstellung, widerstreitenden Wünschen und Meinungen, Interessen und Entwürfen Raum in der gesellschaftlichen Öffentlichkeit zu geben, finde ich richtig. Die Menschen sollten die Möglichkeit erhalten, in Zeitungen und Elektronikmedien ihre gegensätzlichen Auffassungen darzustellen. Damit es aber mehr wird als eine Spielwiese für VielschreiberInnen und SchwätzerInnen, müssen die Menschen auch die Möglichkeit erhalten, daß ihre Vorschläge und Auffassungen gesellschaftlichen Einfluß gewinnen. Es müssen Entscheidungen gefällt werden. Die sollten möglichst ohne polizeiliche oder militärische Gewalt gesucht werden. Nach aller geschichtlichen Erfahrung scheinen dafür Abstimmungsverfahren sinnvoll. Will die Gesellschaft sich nicht durch ihre Widersprüche und Gegensätze selbst lähmen, müssen für verschiedene Bereiche von Wirtschaft, Politik, Kultur etc. Richtungsentscheidungen gefällt und eine Zeitlang auch befolgt werden. Minderheiten können zwischenzeitlich versuchen, die öffentliche Meinung zu beeinflussen, für neue Mehrheiten zu werben, können demonstrieren und protestieren.

In dieser Übergangszeit braucht es auch noch rechtliche Regelungen. Wie sollen die zustandekommen? In der Anfangszeit nach der sozialistischen Machterringung wird sich die Gesellschaft eine Verfassung geben, die neben einem Zielkatalog Grundsätze des Umgangs miteinander enthalten wird. Dadurch würde ein Rahmen geschaffen, innerhalb dessen sich nicht nur Minderheiten, Arbeitskollektive und Individuen bewegen müssen, sondern der zugleich die Mehrheit binden sollte. Es entspricht den Vorstellungen, die mit dem Begriff von Sozialismus verbunden sind, daß diese Verfassung politische und soziale Menschenrechte gewährleisten und schützen sollte. Da das Recht das Ergebnis menschlicher Übereinkünfte und Machtbeziehungen ist, wird das sozialistische Rechtssystem nicht für alle Zeit unveränderlich sein, sondern selbst Gegenstand von Meinungsstreit und Abstimmungen sein. Solange Wahlen stattfinden, bedarf es Abmachungen darüber, wie lange die Entscheidungen gelten und wann neu gewählt wird. Solange nicht alle Menschen sich gleichermaßen aus dem gesellschaftlichen Reichtum versorgen können, sondern der nach bestimmten Maßstäben verteilt werden muß, muß es Abmachungen darüber geben, welche Maßstäbe das sein sollen und wer ihre Einhaltung überwacht. Daß solche allgemeinen rechtlichen Regelungen in ihrer formal gleichen Anwendung auf unterschiedliche konkrete Situationen zu ungleichen Ergebnissen führen werden, ist mir bekannt. Nach den Jahrzehnten der Erfahrung mit autoritär-bürokratischer Willkür kommt mir diese Art einschätzbarer Ungleichheit aber weit menschlicher vor als alle Versuche, das Recht abzuschaffen, ohne die Gegensätze bereits aufgehoben zu haben, die mit Hilfe des Rechts in formale Bahnen gelenkt werden. Dann nämlich würden erneut das Recht die stärksten, nun sich sozialistisch oder kommunistisch oder sonstwie nennenden Gruppen bestimmen und alle Gewalt bei sich konzentrieren können.

Friede, Freude ...?

In einem deutlichen Gegensatz zu Jw. und vielen überkommenen Vorstellungen halte ich Sozialismus nicht für eine widerspruchsfreie und friedfertige Veranstaltung. Solange es Widersprüche gibt, solange gibt es sie nie abstrakt und vor der konkreten Entwicklung ausschließbare Möglichkeit, daß Menschen sich nicht an Abstimmungen halten wollen, weil sie ihre Interessen zu stark beeinträchtigt sehen. In einem solchen Fall werden sich zwangsläufig Menschengruppen mit Gewalt, militärischer und/oder struktureller, begegnen. In all diesen Entscheidungssituationen werden Menschen sich für die eine oder andere unbekannte Zukunft entscheiden müssen. Heute können wir dafür nur allgemeine Maßstäbe und Leitlinien entwickeln, um die Entscheidungen so friedlich wie möglich und mit so vielen Menschen wie möglich zu fällen, aber die konkrete Wahl muß jeweils von lebenden Menschen in ihren Situationen getroffen werden.

Das bedrückende an dem Artikel von Jw. ist die Mitteilung, daß sich jemand Sozialist nennt und schon vorher verkündet, daß er die Wünsche der Menschen, ihre Wahlen und das Recht mißachten wird, um seine Auffassungen durchzusetzen. Beruhigend ist dagegen nur, daß Jw. wohl zu spät kommt: In Deutschland ist die Wiedergeburt einer antidemokratischen sozialistischen Linken schwer vorstellbar.

fo.

35. Nochmals: Lenin und das Selbstbestimmungsrecht. Anmerkungen zu: "Keinen Schritt vorwärts, drei Schritte zurück" in AK 334

Rubrik: Diskussion um Selbstbestimmungsrecht · CD-Datei: daten/aksuche/ak335/31.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:335:31

In dem Diskussionsbeitrag zur leninschen Konzeption in der Nationalitätenfrage wird, was durchaus im Trend der Zeit liegt, mit dem "(leider) eher dürftigen Theoretiker Lenin" gründlich abgerechnet: "Der Zerfall leninistisch geprägter Nationalitätenstaaten in trostlose Volksgemeinschaften", so jw. und Gruppe K, "müßte noch beim bibelfestesten Leninisten Zweifel am Dogma des Meisters aufkommen lassen". Die Bezugnahme auf den "von seinen Nachfolgern so falsch verstandenen und mit seinem Lebenswerk tragisch gescheiterten Lenin" diene heutzutage den "leninistisch geprägten Linken" lediglich dazu, "ungeniert in den Wettbewerb um die kompromißlosere Position zum Separatismus mit den Redakteuren von taz über FAZ bis ‚Mut' einzutreten".

Wer davon ausgeht, daß die SU und Jugoslawien "sozialistische Nationalitätenstaaten" sind bzw. waren, wird sich kaum für den Kampf der dortigen Völker für ihre nationalstaatliche Unabhängigkeit begeistern können. Dies umso weniger, wenn die betreffenden Nationen "traditionelle Freunde früherer Deutscher Reiche" waren und sich erneut an den deutschen Imperialismus anbiedern.

Aus der Sicht von anti-deutschen Deutschen müssen Balten, Slowenen und Kroaten u.a. "traditionelle" Freunde Deutschlands als ewige Lakaien des verhaßten deutschen Imperialismus erscheinen. (Das erinnert an die mißtrauische Haltung von Marx gegenüber den südslawischen Völkern, die er als potentielle Bündnisgenossen des zaristischen Reiches betrachtete.) Darf man aber ganze Völker als "traditionelle Freunde Deutschlands" abstempeln? Haben die Balten etwa gejubelt, als ihr "traditioneller Freund" einfach ihre Staaten aufgelöst hat?

Nach Meinung von jw./Gruppe K ist mit dem politischen Begriff Nation "die Bevölkerung eines bestimmten Territoriums, soweit sie unter einheitlicher Gesetzesherrschaft steht", gemeint. Im Gegensatz zu dieser Definition habe Lenin unter Nation angeblich "jedes Konglomerat von Leuten, die sich zum Zwecke der Nationalstaatsgründung separatistisch betätigten", verstanden. Selbst wenn Lenin, wie jw. und Co. behaupten, ein "dürftiger Theoretiker" war, so hat er bestimmt nicht eine so unsinnige Definition des Begriffs Nation entwickelt.

Lenin - Nation - Stalin

Eigentlich kann man bei Lenin, der sich ausführlich mit der Nationalitätenfrage befaßte, nirgends eine Definition des Begriffs Nation, wie sie z.B. Stalin in "Marxismus und nationale Frage" liefert, finden. Nun kann die von Stalin vorgenommene Begriffsbestimmung in dieser im Jahre 1912/13 in Wien verfaßten Arbeit als parteioffiziell betrachtet werden.

Inwiefern aber die darin geäußerten Thesen den Vorstellungen Lenins entsprachen, ist gar nicht so eindeutig, wie es lange Zeit angenommen wurde. Jedenfalls findet sich in Lenins Artikeln lediglich einmal eine beiläufige Erwähnung dieser ersten bedeutenden theoretischen Arbeit Stalins. Reichlich übertrieben dürfte die Behauptung sein, Lenin habe es als "Schulungsmaterial zugelassen". Er hatte bestimmt wichtigeres zu tun, als die Schriften anderer Bolschewiki auf ihre Tauglichkeit als "Schulungsmaterial" zu überprüfen. Nach Lenin waren eine gemeinsame Sprache, Territorium und Wirtschaftsleben Grundmerkmale einer Nation. Die Herausbildung und Entwicklung von Nationalstaaten betrachtete er als eine Erscheinung der kapitalistischen Periode.(1) Im Gegensatz zu den knappen Äußerungen Lenins heißt es in Stalins Definition: "Eine Nation ist eine historisch entstandene stabile Gemeinschaft von Menschen, entstanden auf der Grundlage der Gemeinschaft der Sprache, des Territoriums, des Wirtschaftslebens und der sich in der Gemeinschaft der Kultur offenbarenden psychischen Wesensart ... Nur das Vorhandensein aller Merkmale zusammen ergibt eine Nation." (2) Die Richtigkeit dieser Definition wurde lange Zeit nicht angezweifelt. Sie ist aber weder marxistisch noch leninistisch, denn

1. sind die von Stalin genannten Merkmale "Nationalcharakter", "psychische Wesensart" u.ä. keineswegs marxistisch. "Tatsächlich hat die Idee einer Nationalpsychologie", wie M. Löwy feststellt, "mehr mit einer

oberflächlichen und vorwissenschaftlichen Volkskunde als mit einer marxistischen Analyse der Nationalitätenfrage zu tun."

2. kann man laut Stalin nur dann von einer Nation sprechen, wenn alle Merkmale vorhanden sind. Diese Behauptung steht im Widerspruch zu Äußerungen Lenins, bei dem eine solch schematische Begriffsbestimmung nicht zu finden ist. Stalin kommt aufgrund der Forderung nach dem Vorhandensein aller Merkmale z.B. zu der Folgerung, daß die Juden u.a. deshalb keine Nation seien, weil "sie keine mit der Scholle verbundene breite stabile Schicht haben, die auf natürliche Weise die Nation nicht nur als ihr Gerippe, sondern auch als ‚nationalen' Markt zusammenhält". Lenin hingegen nennt die Juden "die am meisten unterdrückte und gehetzte Nation".

3. Stalin hält es für "undenkbar" und "unmöglich", daß in einem Vielvölkerstaat lebende Menschen einer Nationalität sich zu einem einheitlichen nationalen Verband zusammenschließen. Lenin hingegen hält dies für durchaus möglich.

Im Gegensatz zu Lenin lehnte Stalin eine Unterscheidung zwischen dem Nationalismus der unterdrückenden und dem der unterdrückten Nationen ab. Auch wenn Lenin sich nie kritisch zu der Definition Stalins geäußert hat, bestehen einige wichtige Unterschiede zwischen ihnen. Eine enge, rein politische Auslegung des Begriff Nation findet sich bei keinem. Sie ist auch völlig unsinnig, denn das würde praktisch bedeuten, daß z.B. die Türken, Kurden, Armenier u.a. in der Türkei lebende Völker, die zweifellos unter einer "einheitlichen Gesetzesherrschaft" stehen, die türkische Nation bilden. Was bedeutet überhaupt "einheitliche Gesetzesherrschaft"? In der Türkei hat die nationale türkische Bourgeoisie unter Führung M. Kemals in den Jahren 1920-23 die heutige Republik geschaffen. Schon aus dem Namen der Republik ist ersichtlich, daß es sich um den Staat der türkischen Nation handelt. Eine "nicht-völkische" Definition des Begriffs Nation würde ganz im Sinne der Herren Özal und Co. liegen, die im Interesse der "nationalen Einheit und Souveränität der Türkei" kurdische Siedlungen in Irak-Kurdistan bombardieren.

Völker - Nationen - Menschen

Trotz ihrer ablehnenden Haltung gegenüber den "separatistischen Volksbewegungen" schließen jw./Gruppe K die Loslösung eines Volkes aus dem bestehenden Staat nicht völlig aus.

"Wenn es aber wirklich ‚Völker' (gemeint sind wohl Nationen, d. Verf.) geben sollte, die unterdrückt werden und deren Verlangen auf Lostrennung von Linken unterstützt werden soll, dann darf das nicht prinzipiell geschehen, sondern nur ausnahmsweise und unter Anlegung strengster Kriterien. Damit vom Vorhandensein eines unterdrückten Volkes überhaupt die Rede sein kann, muß das unter dem Aspekt der Homogenisierungspraxis der Nationalstaaten, auf deren Territorium diese Gruppen leben, geschehen. Stellt sich heraus, daß einer Summe von Menschen von einem Staat, dessen Herrschaft sie unterworfen sind, systematisch per Zwang Merkmale aufgedrückt werden, die sie zu einem kenntlichen Kollektiv von Verfolgten formen, Stigmatisierten, denen es unmöglich ist, sich von den ihnen aufgezwungenen Merkmalen zu lösen, dann ist es zum Schutz dieser Menschen unabdingbar, daß sie einen Zaun um sich ziehen können, um der Verfolgung zu entgehen." Aus "Völkern" werden "Gruppen", und am Ende ist sogar nur noch die Rede von "einer Summe Menschen", die sich loslösen wollen. Was denn nun? Soll, um eine "völkische Wendung" zu vermeiden, das Selbstbestimmungsrecht für "eine Summe von Menschen" gefordert werden? Wozu diese im schönen Soziologendeutsch formulierten Kriterien zur Anerkennung der Seperationsberechtigung einer unterdrückten Nation? Wer solche Formulierungskünste besitzt, könnte schnell einen Job beim Bundesamt für die Anerkennung von Flüchtlingen antreten oder der Bundesregierung bei der Neufassung des Asylrechts behilflich sein.

Offensichtlich bereitet es den Anti-Separatisten Unbehagen, sich der "geistesverlassenen" Linken in der Frage der Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts anzuschließen. Sie können aber auch nicht leugnen, daß es noch Völker gibt, deren Recht auf Konstituierung eines eigenen Nationalstaates völlig legitim ist. Um aus diesem Dilemma herauszukommen, machen sie den äußerst originellen Vorschlag, daß die Linke das Recht auf einen eigenen Nationalstaat lediglich aus "humanitären Gründen" unterstützen solle.

Man muß sich das mal vorstellen: Die Linken in den imperialistischen Metropolen klären in langwierigen Diskussionen und unter "Anlegung strengster Kriterien", ob ein Fall von "Unterdrückung" eines Volkes vorliegt und ob es aus "humanitären Gründen" angebracht ist, die Forderung dieses Volkes nach Bildung eines

Nationalstaates zu unterstützen. In Fragen des Humanismus jedoch dürften einige Leute in den Redaktionen von FAZ, taz usw. ebenfalls ein Wörtchen mitreden wollen. Wenn es z.B. darum geht, den Kurden aus "humanitären Gründen" die Gründung eines eigenen Staates oder zumindest Autonomie zuzugestehen, dann werden sich bestimmt eine ganze Menge Humanisten à la Engholm bereit finden, sich dafür einzusetzen.

Doch stellt sich für die Linke überhaupt die Frage der Unterstützung einer Nationalbewegung, oder ist die Anerkennung des Rechts auf Bildung eines selbständigen Nationalstaates nicht lediglich eine rein demokratische Forderung, die jeder Nation zusteht, und das nicht nur aus "humanitären Gründen"? Jedenfalls impliziert eine solche Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts nicht zugleich eine Unterstützung der jeweiligen Nation in ihrem Kampf für die Durchsetzung dieses Rechts. So bedeutet z.B. die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts für die Georgier nicht, daß die Linke die dortigen Nationalisten unterstützt. Das Recht auf freien Austritt einer Unionsrepublik gewährte schließlich sowohl die erste sowjetische Verfassung als auch der Artikel 72 der Verfassung von 1977. Wenn man nun die SU als einen "sozialistischen Nationalitätenstaat" bezeichnet, dann dann kann man doch nicht darüber jammern, daß einige der Republiken dieses Staates die ihnen in der Verfassung zugesicherten Rechte in Anspruch nehmen.

Die SU: Lenins "Lebenswerk"?

Der Zerfall des multinationalen Sowjetstaates wird inzwischen nicht nur von bürgerlichen Kommentatoren als Beweis für den Bankrott der leninistischen Nationalitätenpolitik interpretiert. Angesichts der unvollstellbaren Grausamkeit, mit der sich z.B. im Kaukasus oder in den zentralasiatischen Teilen der Ex-SU verschiedene Nationalitäten nach über 70 Jahren Sowjet-Sozialismus bekämpfen, könnte man annehmen, daß der multinationale Sowjetstaat, "daß Lebenswerk des tragisch gescheiterten Lenin", von vornherein zum Scheitern verurteilt war.

Die Oktoberrevolution und die Errichtung der Sowjetmacht in Rußland war sicher das Lebenswerk Lenins. Doch muß die weitere Entwicklung der SU nach Lenins Tod nicht eher als Lebenswerk Stalins betrachtet werden?

Bekanntlich hat Lenin in seinen letzten Lebensjahren offen die Fehler und Mängel des jungen Sowjetstaates und führender Bolschewiki kritisiert. Vor allem in der Nationalitätenpolitik entbrannte zwischen ihm und Stalin, dem für die Nationalitätenpolitik zuständigem Volkskommissar, eine heftige Kontroverse. Nach der Darstellung von jw./Gruppe K werden die inhaltlich völlig unterschiedlichen Konzepte Lenins und Stalins nicht deutlich.

Bei der Diskussion im Vorfeld der Gründung der UdSSR ging es um die wichtige Frage der Gestaltung der Beziehungen zwischen den einzelnen Sowjetrepubliken. Im August 1922 war unter Beteiligung von Vertretern der Sowjetrepubliken eine Kommission gebildet worden, die sich mit der Frage der zukünftigen Beziehungen der Republiken befassen sollte. Stalin bekam den Auftrag, dazu einen Resolutionsentwurf zu erstellen. In dem als "Autonomisierungsplan" bekannten Entwurf schlug er vor, daß die bis dahin unabhängigen Sowjetrepubliken in die Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik als autonome Republiken eintreten sollten. Dieser Vorschlag wurde von der Mehrheit des ZK unterstützt.

Er entsprach aber nicht den Vorstellungen Lenins, der eine prinzipiell andere Lösung vorschlug: den Zusammenschluß der Sowjetrepubliken auf der Grundlage der völligen Gleichberechtigung und Freiwilligkeit. (3) Der "Autonomisierungsplan" wurde schließlich aufgrund der ablehnenden Haltung Lenins fallengelassen, und Stalin beeilte sich, einen neuen Entwurf zu formulieren, der im Einklang mit der Forderung Lenins stand.

In der neuen Resolution hieß es: "Der Abschluß eines Vertrages zwischen der Ukraine, Belorußland, der Föderation der Transkaukasischen Republiken und der RSFSR über ihre Vereinigung zur ‚Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken' unter Beibehaltung des Rechts einer jeden von ihnen auf freien Austritt aus der ‚Union' wird für notwendig erachtet."

Obwohl sich Lenin scheinbar durchgesetzt hatte, äußerte er sich Ende 1922 mißtrauisch über die Glaubwürdigkeit der neuen Resolution. "Es scheint, ich habe mich vor den Arbeitern Rußlands sehr schuldig gemacht, weil ich mich nicht mit genügender Energie und Schärfe in die ominöse Frage der Autonomisierung eingemischt habe, die offiziell, glaube ich, als Frage der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken bezeichnet wird."(5) Die historischen Tatsachen haben seine Befürchtungen bestätigt. Formal wurden die

Forderungen Lenins zwar erfüllt, aber in der Praxis hat sich z.B. seine Befürchtung, daß sich die "Freiheit des freien Austritts herausstellen wird" als berechtigt erwiesen.(6)

Gerechterweise sollte man die SU nicht als einen "leninistisch", sondern einen stalinistisch geprägten Nationalitätenstaat bezeichnen, wobei stalinistisch nicht bedeutet, daß für die Nationalitätenpolitik einzig und allein Stalin verantwortlich war. Es wäre zu einfach, wenn man alle Fehler einfach nur ihm anlasten würde. In den Jahren 1922/23 hatte Stalin großen Einfluß auf die damaligen Entscheidungen, aber an der Ausarbeitung der Politik in der nationalen Frage waren zahlreiche andere prominente nicht-russische Bolschewiki beteiligt. Viele glaubten, die Nationalitätenfrage könne einfach mit administrativen Maßnahmen von oben herab gelöst werden.

Ein Beispiel: Transkaukasus

Ein Beispiel dafür ist die Nationalitätenpolitik im Transkaukasus. In den Jahren 1920/21 hatten die Bolschewiki nacheinander die bürgerlich-nationalistischen bzw. menschewistischen Regierungen in Aserbeidschan, Georgien und Armenien zerschlagen. Die Lage in dieser Region war schon immer gekennzeichnet durch die komplizierte nationale und religiöse Zusammensetzung der Bevölkerung. Vor allem zwischen Armeniern und Aserbaidschanern war es immer wieder zu blutigen Auseinandersetzungen gekommen. Nach der Errichtung der Sowjetmacht äußerte Lenin im April 1921 die Hoffnung, daß es den Bolschewiki gelingen würde, zwischen den kaukasischen Völkern ein enges Bündnis zu schaffen und den nationalen Frieden zu sichern.

Im März 1922 wurden die drei Sowjetrepubliken zu einer gemeinsamen Transkaukasischen Sozialistischen Sowjetrepublik zusammengeschlossen. Ein Jahr später wurde daraus eine Transkaukasische Föderative Sozialistische Sowjetrepublik. Die Bolschewiki glaubten, daß die Bildung der TSFSR dazu beitragen könne, die nationalen Konflikte zu beenden. Das war angesichts der Komplexität der Lage in dieser Region eine völlig untaugliche administrative Lösung. Lenin nannte die Idee einer Transkaukasischen Föderation zurecht eine Perversion des Föderalismus.

Lediglich die Bolschewiki in Georgien wehrten sich entschieden gegen die Auflösung der einzelnen Republiken. Georgien war stets eine Hochburg der Sozialdemokratie gewesen. Im März 1921 vertrieben die Bolschewiki mit Hilfe der Roten Armee die menschewistische Regierung. Die georgischen Bolschewiki versuchten, die Eigenständigkeit ihrer Sowjetrepublik zu erhalten. Bei der Gründung der Union bestanden sie darauf, daß Georgien nicht als Teil der TSFSR, sondern als eine eigenständige Sowjetrepublik der Union beitreten solle.(7)

In dieser Frage kam es zum Streit mit Stalin. Die georgischen Bolschewiki wurden dabei von Lenin, der bei der Lösung der Nationalitätenfrage "größte Vorsicht, Zuvorkommenheit und Nachgiebigkeit" seitens des Proletariats der unterdrückenden Nation forderte, unterstützt. Zu Stalins Verhalten in der Georgienfrage schrieb er: "Ein Georgier, der sich geringschätzig zu dieser Seite der Sache verhält, der leichtfertig mit Beschuldigungen des ‚Sozialnationalismus' um sich wirft (während er selbst ein wahrer und echter ‚Sozialnationalist', ja mehr noch, ein brutaler groß-russischer Dershimoda ist), ein solcher Georgier verletzt im Grunde genommen die Interessen der proletarischen Klassensolidarität, weil nichts die Entwicklung und Festigung der proletarischen Klassensolidarität so sehr hemmt wie die nationale Ungerechtigkeit und weil die ‚gekränkten' nationalen Minderheiten für nichts ein so feines Gefühl haben wie für die Gleichheit und für die Verletzung dieser Gleichheit, sei es auch nur aus Fahrlässigkeit, sei es auch nur im Scherz, für die Verletzung dieser Gleichheit durch ihre Genossen Proletarier. Deshalb ist in diesem Falle ein Zuviel an Entgegenkommen und Nachgiebigkeit gegenüber den nationalen Minderheiten besser als ein Zuwenig."(8)

Selbstbestimmungsrecht und Demokratie

Die eindeutige Stellungnahme Lenins in der Georgienfrage blieb ohne Folgen. Das z.T. gewaltsame Vorgehen gegen die bolschewistischen Oppositionellen in Georgien war ein erstes Anzeichen für die rücksichtslose Liquidierung von innerparteilicher Opposition. Im Dezember 1936 wurde die TSFSR wieder aufgelöst, und es entstanden wieder drei Sowjetrepubliken. Diejenigen, die 1923 gegen die TSFSR gekämpft hatten, waren längst der stalinschen Inquisition zum Opfer gefallen.

Lenin bezeichnete die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts als "die demokratischste aller möglichen Lösungen". Auch wenn seine Thesen über den sozialistischen Staat kritikwürdig sind, so muß man trotzdem

Michael Löwy darin zustimmen, daß die Nationalitätenfrage eines der Gebiete ist, auf denen Lenin die marxistische Theorie erheblich weiterentwickelt hat. (9)

Und es mag vielleicht nicht besonders radikal oder revolutionär klingen, aber die Lösung der Nationalitätenfrage ist eng verbunden mit der Frage der Demokratie.

kamo

Anmerkungen:

1) Ditte Gerns, Nationalitätenpolitik der Bolschewiki, Düsseldorf 1988, S. 45

2) Stalin, AW Bd. 1, S. 85

3) Gerns, S. 388

4) ebenda S. 391

5) Lenin, LW Bd. 36, S. 590

6) ebenda S. 591

7) Gerns, S. 394ff

8) Lenin, LW Bd. 36, S. 594

9) T. Nairin u.a., Nationalismus und Marxismus, Berlin 1978, S. 117

36. Staat, Volk und Nation. Anmerkungen zur AKDebatte um "nat. Selbstbestimmungsrecht"

Anmerkungen zur AK-Debatte um ein "nationales Selbstbestimmungsrecht"

Rubrik: Diskussion um Selbstbestimmungsrecht · CD-Datei: daten/aksuche/ak335/16.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:335:16

Nun wissen wirs endlich genau: "52.356" Tscherkessen leben in Kaukasien, dagegen leben die 3,9 Mio Georgier "fast ausschließlich in Georgien". "Die moldauische Sprache ist ein Unterdialekt jenes Dialektes, der die Grundlage der rumänischen Schriftsprache bildet." Und auch über "Angehörige anderer Völker" werden wir bestens informiert - nicht zuletzt über das deutsche "Volk" in der Sowjetunion: "2 Mio (0,7%), waren früher hauptsächlich an der Wolga ansässig. Heute leben sie vor allem in Kirgisien (0,1 Mio.) und Kasachstan (1,1 Mio.)." Muß der Deutsche wieder an die Wolga oder die Wolga wieder heim ins Reich? Das erfahren wir nicht, dazu müssen wir doch weiterhin die FAZ, oder besser noch die taz zur Hand nehmen. Für alles andere aber reichte der letzte AK (S. 4f.) mit einer detailreichen Auflistung von Her- und Ableitungen für die verschiedensten Volksstämme der in Agonie befindlichen UdSSR.

Der sich einstellende unangenehme Beigeschmack von Leichenfledderei überrascht nicht, betrachtet mensch eine der kleingedruckten Quellenangaben - für eine "Studie der Deutschen Bank" gehört sich die Vorfreude auf das Triumphgefühl, den realsozialistischen Block nun endlich in ein beherrschbares "Völkergewusel" verwandelt zu haben. Einige AK-LeserInnen mögen sich aber die Augen gerieben haben, sowjetische Republiken in ihrer Zeitung aufs Präziseste völkisch seziert zu finden, zumal solche Angaben sich nicht einmal den Anschein gaben, der Fundierung politischer Einschätzungen zu dienen. Sie seien wenigstens daran erinnert, daß zwei Herausgebergruppen den AK recht autonom für ihre sehr differenten Zwecke nutzen, und daß hier die "Ex-KB-Mehrheit" die Feder führte. Aus der Gruppe K wurde bereits im selben AK in Abgrenzung zu linker Völkerkundlerei die Position bezogen, das von Lenin entwickelte "Selbstbestimmungsrecht der Nationen" dürfe durch die Linke keinesfalls zur Leitformel erhoben werden, die aktuelle Positionsfindung zu osteuropäischen Entwicklungen determiniert. Mit dem entsprechenden Artikel von jw./Gruppe K Westberlin ("Kein Schritt vorwärts, drei Schritte zurück. Anmerkungen zum nationalen Selbstbestimmungsrecht bei Lenin", S. 12 ff.) wird sich der folgenden Beitrag auseinandersetzen. Unterhalb der eben formulierten Position finden sich in der Gruppe K nämlich sehr unterschiedliche Ansichten - mir scheinen in jw.'s Beitrag insbesondere einige Ableitungen zu Lenins Staatstheorie sehr fragwürdig zu sein.

"Nationales Selbstbestimmungsrecht"

Verharren wir aber zunächst noch bei den Positionen aus der "Ex-KB-Mehrheit". In AK 333 postulierte Kt.: "... gibt es eine traditionelle linke Position zum nationalen Selbstbestimmungsrecht, die es eigentlich a priori ausschließt, eine negative Haltung zum ‚Recht auf Lostrennung` einzunehmen. (...) Es müßte von Linken akzeptiert werden, daß keine Nation in einem Staatsverband gehalten werden sollte, in dem sie nicht freiwillig bleiben will." (1) Diese Position formuliert einen grundsätzlichen Rechtstitel, der unabhängig von allen Umständen gelten soll - unabhängig also auch von der Frage, ob davon gesprochen werden kann, eine "unterdrückte Nation" werde von einer "Unterdrückernation" im Staatsverband gehalten. Dieselbe Position formulierten Andrea Lederer, MdB der PDS, und Kt. in einem Beitrag für das "Neue Deutschland" (2), und es zeugt vom Stolz, mit der eigenen Haltung in "der Partei" auf positive Resonanz gestoßen zu sein, wenn im folgenden AK 334 auf S. 6 dokumentiert wurde, auch Gregor Gysi denke: "Das Selbstbestimmungsrecht der Völker ist unteilbar" (3).

Bloß: Wer ist eine "Nation", ein "Volk", dem "Recht" zugesprochen wird, wie einem bürgerlichen Individuum? Sollte darüber der zu Beginn kritisierte Artikel im selben AK informieren? Haben also alle aufgeführten Stämme und Grüppchen das jeweils autonome "Recht" auf Staatsgründung? Wie ist's in Fällen, in denen verschiedenste Menschen auf demselben Gebiet leben - gibt's dafür einen linken TÜV? "Volk" und "Nation" kommen nur daher wie quasi-biologische Begriffe, werden aber letztlich über faktische Macht und Gewalt definiert. Kt. versucht sich dieses Problems zeitweise zu entledigen, indem er das Sezessionsrecht auf "Republiken", also auf eingrenzbare Rechtssubjekte, bezieht. Doch verheddert er sich am Beispiel Kroatien in unauflösbare Widersprüche. Dem Recht der Republik Kroatien auf Abtrennung steht hier nämlich das völkische Recht der in Kroatien lebenden Serben gegenüber, ebenfalls ihre "nationale Selbstbestimmung" zu

verwirklichen. Was als Lösung daherkommt, schafft neue Probleme, über die Schiedsrichter zu sein die deutsche Linke heute zuletzt die Aufgabe hat.

Speziell dieser deutschen Linken sollte allerdings schon ein anderer Einwand genügen, einen juristischen Rechtstitel für die "Selbstbestimmung der Nationen" abzulehnen: Die Problematik nämlich, daß die deutsche Außenpolitik sich erneut anschickt, völkische Argumentationen zu einem Mittel der Desintegration östlicher Staaten zu machen, um ökonomische Durchdringung und politischen Einfluß voranzutreiben. Es liegt in der Kontinuität deutscher Außenpolitik, die durch Blutsbande definierten "Angehörigen des deutschen Volkes" in Osteuropa als Mittel zur Erpressung dortiger Staaten zu benutzen, und sich so gegenüber imperialistischen Konkurrenten Vorteile zu verschaffen. Im Agieren Hitlers und des Nationalsozialismus fand diese Politikform nur ihren Höhepunkt. Wir erleben, wie diese durch die Blockgrenze lange behinderte Traditionslinie im vierten vereinten deutschen Reich erneut auflebt. Deutschland spielt sich auf diplomatischem Parkett längst wieder gegenüber Polen und der CSFR zur Schutzmacht für "seine" Minderheiten auf. Um bevorzugt deutschen Zugriff auf Kaliningrad (heißt jetzt wieder: Königsberg) wird bereits verhandelt, und eine wolga"deutsche" Republik würde die denkbaren Einflußssphären noch beträchtlich erweiten.

Dabei stehen Volkstumspolitik und ökonomische Durchdringung durchaus nicht, wie oft behauptet wird, in antagonistischem Gegensatz. Sie bedingen sich sogar gegenseitig: Das "deutsche" Königsberg wird vielleicht Freihandelszone - und wer möchte dort oder in Polen heute nicht "deutsch" sein, angesichts der ökonomischen Stärke der DM? Die Position, jedem Volksgrüppchen ein grundsätzliches "nationales Selbstbestimmungsrecht" zuzubilligen, würde eine Gegenwehr der Linken sabotieren - egal, ob "Deutsche" oder andere für Desintegrationsversuche der BRD-Außenpolitik gen Osten herhalten.

Das macht die Position, aktuell "nationales Selbstbestimmungsrecht" einzufordern, auch so unsympathisch gegenüber Lenins Haltung 1917. Immerhin propagierte Lenin jene Formel damals, um sich möglichst strikt und effektiv gegen den eigenen, den großrussischen Imperialismus stellen zu können. Deswegen verteidigte Lenin diesen Programmpunkt der Bolschewiki in seinem Text "Über das Selbstbestimmungsrecht der Nationen" (4) gegen Rosa Luxemburg. Jene wollte damals ebenfalls möglichst effektiv gegen den Nationalismus der eigenen, hier: polnischen Bourgeoisie samt Massenanhang agieren, und mochte ihnen aus diesem ebenso sympathischen Grund auf keinen Fall "nationales Selbstbestimmungsrecht" zubilligen. Den beiden scheinen die diskutablen tagespolitischen Motive der jeweils anderen durchaus bewußt gewesen zu sein - jedenfalls schrieb z.B. Lenin: "Keinem einzigen Marxisten Rußlands ist es je in den Sinn gekommen, den polnischen Sozialdemokraten einen Vorwurf daraus zu machen, daß sie gegen die Lostrennung Polens sind. Einen Fehler begehen diese Sozialdemokraten nur dann, wenn sie - wie Rosa Luxemburg - zu bestreiten suchen, daß das Programm der Marxisten Rußlands die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts enthalten muß." (S. 717; Hervorhebung "Rußlands" im Original!)

Auch an anderen Stellen in Lenins Schrift deutet sich an, daß das so prinzipielle "nationale Selbstbestimmungs- recht" aus konkret-aktuellen Motiven formuliert wurde. So lehnt Lenin ausdrücklich ab, sich auf Begriffe wie nationale Selbstbestimmung als "juristische Definitionen" festzulegen, will sich vielmehr auf das "historisch-ökonomische Studium der nationalen Bewegungen" beziehen (S. 684). Die Gründung von Nationen trägt demnach ein fortschrittliches Element in sich, insofern sie der Durchsetzung bürgerlich-demokratischer Verhältnisse gegenüber zurückgebliebenen, sprich: feudalistischen Strukturen dient: "Eben weil und nur weil Rußland zusammen mit seinen Nachbarländern jetzt diese Epoche (des Erwachens von bürgerlich-demokratischen Bewegungen) durchmacht, brauchen wir in unserem Programm den Punkt über das Selbstbestimmungsrecht der Nationen." (S. 693)

Das aktuelle Roll-Back realsozialistischer Staaten hat mit der historischen Phase, auf die Lenin sich hier bezog, herzlich wenig gemein. Und wenn heute deutsche Linke "nationale Selbstbestimmung" propagieren, dann nicht als Mittel gegen hegemoniale Unterdrückung durch den "eigenen" Nationalismus. Sie segeln damit im Gegenteil in dessen ideologischem Main-Stream.

Nation

Jw. hält aber andererseits zurecht fest: "Daß seine (Lenins) Schriften immer im engen Kontext praktischer Fragen der revolutionären Tagespolitik entstanden sind, kann nicht Argument sein, sie lediglich mit Blick auf die historische Situation im vorrevolutionären Rußland zu lesen und den aufgestellten Forderungen und

Thesen jeden über den regionalen und historischen Rahmen hinausgehenden Anspruch abzusprechen. Lenin nur als Realpolitiker begreifen zu wollen, hieße seine Bemühungen zu unterschlagen, unter ständigem Verweis auf Marx, Engels und Kautsky nicht nur konkrete Probleme marxistisch ‚richtig` zu lösen, sondern den gewonnenen Einsichten immer auch den Charakter allgemeiner theoretischer Erkenntnis zu verleihen." (AK 334, S. 12) Tatsächlich stehen Zitate wie die oben eingeführten, die "nationale Selbstbestimmung" eher als konkrete, temporäre und aus konkreten Analysen gewonnene Bestimmung erscheinen lassen, bei Lenin im Widerspruch zu seiner generellen Festschreibung eines allgemeinen Rechtstitels. Insofern bezieht sich auch Kt. zurecht auf Lenin, und ist jw.s Kritik der Leninschen Positionen eine aktuelle Notwendigkeit.

Jw. leitet die leninsche Postulierung des "Rechts auf nationale Selbstbestimmung" aus dessen angeblich unkritischem Verhältnis zu bürgerlicher Staatlichkeit, bürgerlichem Recht und bürgerlicher Demokratie ab - zu diesen Punkten später mehr. Hier sei dagegen zunächst der Vorschlag gesetzt, Lenins Haltung ausschließlich auf eine mangelnde theoretische Auseinandersetzung mit der bürgerlichen Herrschaftsformation "Nation" zurückzuführen. "Nation" sieht Lenin tatsächlich unkritisch wie eine sozialistischer Politik objektiv gegebene materielle Größe. Rosa Luxemburgs Einwand, die bürgerliche Begrifflichkeit "Nation" sei eine letztlich metaphysische Vokabel, fegt er als ""psychologische Nationentheorie" vom Tisch, der die "historisch-ökonomische" entgegengestellt werden müsse (5).

Er verweist darauf, daß mächtige ökonomische Faktoren "den Drang zur Schaffung von Nationalstaaten" erzeugten (6). Vor allem "die Einheit der Sprache und ihre ungehinderte Entwicklung" bilde eine der "wichtigsten Voraussetzungen für die enge Verbindung des Marktes mit jedem, auch dem kleinsten Unternehmer, mit jedem Verkäufer und Käufer" (7). Daß Lenin die Bedeutung gleicher Sprache für die ökonomische Entwicklung so sehr betont, erklärt, warum er "Staaten mit bunter nationaler Zusammensetzung" als Ausnahmefall ansieht (8). Lenins Betonung des Sprachproblems greift noch heute für bestimmte Nationenbildungen z.B. in Afrika - für moderne industrialisierte Staaten sind solche Bestimmungen heute absurd und vollkommen überholt (mensch denke z.B. an die Schweiz). Insgesamt spricht Lenin hier als richtigen Aspekt an, daß die Herausbildung von "Nation" materielle Grundlagen hat. Ein solches Herangehen an "Nation" kann durchaus auch in unserer Zeit noch Sinn machen. Eine wesentliche Grundlage für "Nation" ist beispielsweise bis heute, daß die Bourgeoisie im wesentlichen in nationalen Kartellen organisiert ist, und über solche nationale Organisierung auf dem Weltmarkt in Konkurrenz zueinander tritt. Als materielle Grundlage für "Nation" könnte auch betrachtet werden, daß innerhalb einer gegebenen Region verschiedene Klassen sich verbünden, um gemeinsam zu Klassenbündnissen anderer Regionen in Konkurrenz zu treten - daß also insbesondere die ArbeiterInnenklassen der Metropolen sich mit ihrer Bourgeoisie zur Ausbeutung und Unterdrückung der "3. Welt" zusammenschließen. Mit einer fortschrittlichen Perspektive kann eine solche Herleitung hier allerdings nichts, aber auch gar nichts mehr zu tun haben, weshalb auch eine "historisch-ökonomische" Nationentheorie jedenfalls Metropolen-KommunistInnen auf die Kritik der "Nation" als bürgerlicher Herrschaftsform verweisen muß.

Was Lenin 1917 als "psychologische Nationentheorie" verwarf war allerdings nicht weniger, als den bürgerlichen Begriff der "Nation" der Kritik zu unterziehen. Eine solche Kritik, wie sie jw.'s Ausführungen zugrunde liegt, fußt auf der Analyse bürgerlicher Staatstheorie.

Die Betrachtung setzt an der bürgerlichen Naturrechtslehre an, die Staat und Gesetz als Vertrag sich frei entscheidender Individuen legitimieren will. Sie weist nach, daß die bürgerliche Staatlichkeit nicht mittels freien Willens, sondern mittels Gewalt gesetzt ist: Die kapitalistische Gesellschaft entsteht in Mitteleuropa aus dem absolutistischen Staat, dessen Machtfülle übernommen wird. Das entstehende Souverän ist daher nicht auf Vertragsrecht, sondern auf einen ständigen Zirkelschluß von Gewalt und Recht zurückzuführen. Bürgerliche Staats"theoretiker" entpuppen sich als bloße Ideologen der Rechtfertigung bürgerlicher Staatlichkeit.

Im Gewaltakt gesetzt, produziert der bürgerliche Staat - wie es die Freiburger "Initiative Sozialistisches Forum" (ISF) formulierte (9) - die "Staatsbürgerlichkeit, die den Einzelnen nicht als besonderes Individuum, sondern als Rechtssubjekt, als Charaktermaske wechselseitiger An- und Enteignung im Tausch setzt". Gerechtfertigt und ergänzt wird diese abstrakte Seite bürgerlicher Staatlichkeit durch den Versuch, den Gewaltakt aus konkret-völkischen Eigenschaften wie einer "nationalen" Sprache, Kultur, Geschichte etc. zu legitimieren. Doch auch am Völkischen erweist die Kritik, daß die politische Zentralität die Grenzen setzt, die im Zirkelschluß dieselbe Zentralität rechtfertigen sollen. Nation als bürgerliche Formation ist demnach in die Kritik des bürgerlichen Staates einzubeziehen; bürgerliches Staatsbürger- und Menschenrecht und völkischer

Nationalismus sind nur zwei Erscheinungsformen desselben Gegenstands. Beide Seiten ergänzen sich zur bürgerlichen Rechtshülse auf "nationale Selbstbestimmung".

Die Legitimierung des bürgerlichen Staats im "konkreten", völkischen Nationalismus, so führt die Gedankenkette logisch weiter, setzt die Abgrenzung vom Anderen voraus. Die Individuen werden anhand der völkischen "Eigenschaften" zu "gleichen" Staatsbürgern homogenisiert - wobei diese völkische Gemeinsamkeit niemals schlüssig definiert werden könnte. Die "Nation" definiert sich also notwendig aus der Abgrenzung vom Anderen und es ist ihr daher Rassismus strukturell eingeschrieben. Sie führt weiter gesetzmäßig zu einer Tendenz zum Antisemitismus: "Der Antisemitismus ist eine Ersatzhandlung, ‚der Jude` eine Projektion der bürgerlichen Gesellschaft, in dessen Verfolgung sie ihren Antagonismus zu bewältigen sucht" (10). Die Projektion "Jude" ist nicht nur das Andere im Sinne von: das andere (konkrete) Volk, sondern die Negation des konkret Völkischen: kosmopolitisch, wurzellos.

Jw. trifft mit seiner Feststellung den Kern, bei Lenin erfahre demgegenüber "der bürgerliche Nationenbegriff ... unversehens eine völkische Wendung". Lenin faßt in seinen Texten "Nation" wirklich nicht als "staatlich bearbeitete Bevölkerung eines bestehenden Nationalstaats", also als eine ideologisch verbrämte Form bürgerlicher Herrschaft. Stattdessen "wirft er die Begriffe Volk und Nation umstandslos in einen Topf" (11), und reproduziert damit die bürgerliche Ideologie, "Nation" als quasi-biologisch gegebene Größe zu legitimieren. Auch ist jw.'s Hinweis Recht zu geben, daß Lenin damit der unsäglichen stalinschen Definition Vorschub leistete, "Nation" sei u.a. "eine Gemeinschaft von Menschen ... auf der Grundlage ... der sich in der Gemeinschaft der Kultur offenbarenden psychischen Wesensart" (12). Seine Mängel machten Lenin nicht zum "Nationalisten", sie sind aber heute unbedingt aufzuarbeiten. Sie fallen aktuell umso mehr ins Gewicht, als sich die deutsche Linke mit Rassismus als massivem akutem Problem sinnvoll nur dann auseinandersetzen kann, wenn sie zu einer fundierteren Analyse des deutschen Nationalismus kommt.

Volk

Die Kritik einer "völkischen" Position, wie jw. sie führt, erfordert allerdings, die Verwendungen des Wortes "Volk" stets differenziert zu betrachten. Volk hat, wie schon jedes Wörterbuch dokumentiert, voneinander unterscheidbare Bedeutungen: "Volk ... 1. durch gemeinsame (Sprache) Kultur und Geschichte verbundene, große Gemeinschaft von Menschen ... 2. ... die Masse der Angehörigen einer Gesellschaft, der Bevölkerung eines Landes, eines Staates ... 3. ... die (mittlere u.) untere Schicht der Bevölkerung" (13). "Volk" meint also zum einen "völkische" Verbundenheit im bürgerlichen Staat (1. und 2.), zum anderen aber die "Unteren" in einer sozialen Schichtung - das "gemeine" Volk im Gegensatz zu den Herrschenden (3.).

Andererseits existieren diese zwei Seiten des Wortes "Volk" wiederum nicht einfach völlig unabhängig voneinander - so wie etwa "Leiter" ein Steiggerät und einen Vorgesetzten meint, ohne daß die Entstehungsgeschichten beider Bedeutungen irgend etwas miteinander zu tun hätten. "Volk" existierte ursprünglich in der Bedeutung "Haufe, Kriegsschar", und wurde dabei eher für Masse gemeiner Söldner und Soldaten verwendet, als für die befehlenden Feudalherren (14). Daraus resultierte die allgemeinere Verwendung im Sinne von unprivilegierter "Volksmasse". Die bürgerliche Revolution z.B. in Frankreich definierte in Abgrenzung zum bekämpften Adel eben diese "gemeinen" Leute (was "natürlich" immer nur meinte: Männer), den 3. Stand, zum Staatsvolk. Nach der Ideologie des Bürgertums waren damit alle Klassenschranken beseitigt, wodurch "Volk" einfach alle - nunmehr angeblich gleichen - Menschen (= Männer) meinen konnte. Dagegen beharrten frühe SozialistInnen und spätere KommunistInnen darauf, die entstandene bürgerliche Nation garantiere "Gleichheit" nur formal - in Wirklichkeit existiere in der entscheidenden Produktionssphäre die Klassentrennung fort. Vor diesem Hintergrund wurde "Volk" im Sinne von "Untere" weiterverwendet, um die fortdauernde Klassenspaltung auch unter bürgerlichen Vorzeichen hervorzuheben.

Auf die sozial eingrenzende Bedeutung des Begriffes reflektiert z.B. die linke Diskussion um eine "volkstümliche" Literatur. Mao definierte als "Volk" gar das jeweilige Klassenbündnis, das aus gemeinsamen Interessen gegen die Herrschenden (den "Feind") eine fortschrittliche Entwicklungsperspektive durchzusetzen sucht, die in Richtung Sozialismus weist (ähnlich "Volksfront"). Bei solchen Wortverwendungen darf nicht jedesmal einfach nur "blutsvölkisch" impliziert werden. Z.B. bei Mao ist "Volk" keinesfalls mehr als quasi biologischer Begriff gefaßt, sondern ist ein aus dem Denken in gesellschaftlichen Widersprüchen definiertes Wort. Auch bei Lenin meint "Volk" manches Mal ein solches angestrebtes Klassenbündnis gegen die Großbourgeoisie - auch im von jw. als rein "völkisch" verstandenen und kritisierten Zitat: "... daß es für die

Partei des Proletariats notwendig ist, ihre volle Klassenselbständigkeit zu bewahren. Sie teilt das Volk nicht in Klassen ein, damit die fortgeschrittenste Klasse sich abkapselt,... sondern damit die fortgeschrittenste Klasse, unbehindert von der ... Unentschlossenheit der Mittelklassen, mit um so größerem Enthusiasmus an der Spitze des ganzen Volkes für die Sache des ganzen Volkes kämpft." (15).

Das Problem ist natürlich, daß hier wegen der anscheinend damit verbundenen positiven Assoziation bei der Bevölkerung um die Vereinnahmung eines Wortes gerungen wurde - daß bei dem Ringen um den Begriff "Volk" die Linke aber oftmals Schiffbruch erlitt, indem ihr selbst darüber die analytische Schärfe verlorenging. Die klare Trennung des mystisch-völkischen, auf Blutsbande bezogenen Begriffs, oder auch des bürgerlichen Begriffs vom "Staatsvolk", von "Volk" als einer Bestimmung der Klassenanalyse wurde auch in der Tradition der Neuen Linken nicht durchgehalten. Bei "nationalen Befreiungsbewegungen" symbolisierte der Begriff "Volk", daß imperialistische Unterdrückung als soziale Unterdrückung im internationalen Maßstab begriffen wurde. Parolen wie "Sieg im Volkskrieg", "Das Volk wird siegen" etc. verdeckten aber die innere Widersprüchlichkeit, die zwischen der "nationalen" Komponente und sozialer "Befreiung" in den Revolutionen angelegt war. Wer wird siegen - das "wahre El Salvador" über die USA - oder die Unterdrückten El Salvadors über ihre inneren wie äußeren Unterdrücker? Solche Fragen wurden und werden teilweise nicht mehr gestellt.

Für deutsche Linke ist aber von besonderer Bedeutung, daß dem Begriff "Volk" im Deutschen die nationalsozialistische Verwendung in "Volksgemeinschaft" unauslöschlich eingeschrieben bleiben muß. Schon 1934 schlug Bertolt Brecht in "Fünf Schwierigkeiten beim Schreiben der Wahrheit" vor, nunmehr "statt Volk Bevölkerung" zu sagen. Wieviel mehr mußte dieser Vorschlag nach Auschwitz beachtet werden! Nach dem Krieg aber gab es von der deutschen Linken keine Trennung vom Versuch, um die Vereinnahmung des Begriffes "Volk" zu streiten. Im Gegenteil führte das Anliegen, dumpfe völkische Emotion eigenen Politikkonzepten nutzbar zu machen, immer wieder dazu, daß die Linke, z.B. die KPD, selbst in nationalistischen Kampagnen solches Denken reproduzierte!

Eine sich neu formierende Linke hat sich in Deutschland von dieser schlechten Tradition klar abzugrenzen. Diese Anforderung gilt insbesondere heute, da die mit dem Volksbegriff verbundenen politischen Kontinuitäten in verschärftem Rassismus und in Hegemonialbestrebungen gen Osten wieder verstärkte materielle Gewalt gewinnen. "Volk" kann hier und heute nicht mehr unabhängig von der "völkischen" Konnotation gedacht, und sollte also auch nur noch dafür verwendet werden. Bei Linken anderer Länder, bei der Verwendung etwa von "peuple" oder "pueblo", ist zu hinterfragen, inwiefern die Inanspruchnahme dieser Begriffe zur Überdeckung analytischer Unschärfen dient. Allerdings ist unbedingt zu vermeiden, auch dabei ungeprüft die völkische Bedeutung zu implizieren (16). Dorothee Piermont weist mit Recht darauf hin, daß solches Vorgehen den Vorwurf eines Germanozentrismus von links rechtfertigen würde (17).

Staat

Jw. führt in seiner Argumentation Lenins unkritisches Verhältnis zum "Selbstbestimmungsrecht der Nationen" darauf zurück, daß bürgerliches Recht, bürgerliche Demokratie, bürgerliche Warenproduktion sein Denken dominiere. Lenins Bild von "Sozialismus" unterscheide sich demnach kaum von der Vorstellung eines konsequenter verwirklichten bürgerlichen Staatswesens. Lenin gerät bei jw. auf diese Weise beinahe zum frühbürgerlichen Revolutionär Rußlands. Insbesondere Lenins juristisches Verständnis begründe, daß er die nationalen Fragen in Rechtstitel gefaßt habe. Der Fehler in jw.'s Argumentation liegt m.E. darin, daß er zu oberflächlich oder falsch in die Diskussion von Lenins Revolutionstheorie einsteigt.

Für jw. ist insbesondere das folgende Lenin-Zitat Beweis für seine Sichtweise: "Somit wird in der ersten Phase der kommunistischen Gesellschaft (die gewöhnlich Sozialismus genannt wird) das ‚bürgerliche Recht` nicht vollständig abgeschafft, sondern nur zum Teil, nur entsprechend der bereits erreichten ökonomischen Umwälzung, das heißt lediglich in Bezug auf die Produktionsmittel. Das ‚bürgerliche Recht` sieht in ihnen das Privateigentum einzelner Individuen. Der Sozialismus macht sie zum Gemeineigentum. Insofern - und nur insofern - fällt das bürgerliche Recht fort. Es bleibt jedoch in seinem anderen Teil bestehen, es bleibt als Regulator (Ordner) bei der Verteilung der Produkte und der Arbeit unter die Mitglieder der Gesellschaft. ..." (18) Das Zitat belegt aber gerade, daß Lenin die "Gleichheitsgrundsätze" des bürgerlichen Rechts als Kommunist durchaus der Kritik unterzog. Lenin dokumentiert lediglich seine Einschätzung, daß im Sozialismus als einer Übergangsgesellschaft Wesenselemente bürgerlicher Staatlichkeit in die Strukturen der "Diktatur des Proletariats" eingehen werden. Welche Elemente das seien, könne, betont er in "Staat und Revolution", immer

nur vom Standort der revolutionären Erhebung aus konkret bestimmt werden. Wenn jw. weiter zitiert, Lenin erkläre "Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen" zum sozialistischen Prinzip, dann muß dies vor dem Hintergrund der russischen Gesellschaft von 1917 betrachtet werden. Das muß die Formel nicht akzeptabel machen - den eindeutig reaktionären Charakter, den sie aus unserer aktuellen Sicht in sich trägt, hatte sie damals aber jedenfalls nicht.

Seine Bestimmungen übernahm Lenin übrigens - wie in "Staat und Revolution" dokumentiert ist (19), unmittelbar von Marx - jener schrieb in der "Kritik des Gothaer Programms": "Womit wir es hier zu tun haben, ist eine kommunistische Gesellschaft, nicht wie sie sich auf ihrer eigenen Grundlage entwickelt hat, sondern umgekehrt, wie sie eben aus der kapitalistischen Gesellschaft hervorgeht, also in jeder Beziehung, ökonomisch, sittlich, geistig, noch behaftet ist mit den Muttermalen der alten Gesellschaft, aus deren Schoß sie herkommt. Demgemäß erhält der einzelne Produzent - nach den Abzügen - exakt zurück, was er ihr gibt. Was er ihr gegeben hat, ist sein individuelles Arbeitsquantum. ... Es herrscht hier offenbar dasselbe Prinzip, das den Warenaustausch regelt, soweit er Austausch Gleichwertiger ist. ... Das gleiche Recht ist hier daher immer noch - dem Prinzip nach - das bürgerliche Recht, obgleich Prinzip und Praxis sich nicht mehr in den Haaren liegen, ... die Gleichheit besteht darin, daß an gleichem Maßstab, der Arbeit, gemessen wird. ... Dies gleiche Recht ist ungleiches Recht für gleiche Arbeit. Es erkennt keine Klassenunterschiede an, weil jeder nur Arbeiter ist wie der andre; aber es erkennt stillschweigend die ungleiche individuelle Begabung und daher Leistungsfähigkeit als natürliche Privilegien an. Es ist daher ein Recht der Ungleichheit, seinem Inhalt nach, wie alles Recht. Das Recht kann seiner Natur nach nur in Anwendung von gleichem Maßstab bestehen; aber die ungleichen Individuen ... sind nur an gleichem Maßstabe meßbar, soweit man sie unter einen gleichen Gesichtspunkt bringt, sie nur von einer bestimmten Seite faßt, z.B. im gegebenen Fall sie nur als Arbeiter betrachtet und weiter nichts an ihnen sieht, von allem andern absieht." (20) Marx leistet hier sowohl eine Kritik der Prinzipien rechtlicher - und das heißt: staatlicher - Homogenisierung im Kapitalismus, als er auch der Problematik Rechnung trägt, daß sozialistische Revolutionen zwar die Voraussetzung zur Überwindung solch inhumaner Zustände schaffen können, daß sie diese Überwindung aber nicht auf einen Schlag bewirken.

Ähnlich wie beim bürgerlichen Recht sieht's bei der Frage nach Demokratie aus: Auch hier wäre es eine Verfälschung, zu behaupten, Lenin sehe "Demokratie" als kommunistisches Prinzip. Zwar fordert Lenin, den Kampf um "Demokratismus" zum Kampffeld zu machen, und er sieht schon in der frühen sozialistischen Staatlichkeit wesentliche innere Widersprüche demokratischer Prinzipien aufgehoben. Dabei mag Lenin bürgerlich-demokratische Verhältnisse aus den begrenzten Erfahrungen allzu naiv beurteilt haben. Lenin sah aber durch "Demokratie" den Gewaltcharakter eines Staates keinesfalls aufgehoben: "Die Demokratie ist eine Staatsform, eine der Spielarten des Staates. Folglich ist sie, wie jeder Staat, eine organisierte, systematische Gewaltanwendung gegenüber Menschen." (21) Und jeder Staat, der auf "Recht" und "Demokratie" beruht - auch der sozialistische! - schafft und reproduziert nach Lenin unterdrückende Verhältnisse: "Solange es einen Staat gibt, gibt es keine Freiheit. Wenn es Freiheit geben wird, wird es keinen Staat geben." (S. 397)

Lenin betrachtete also - wie Marx und Engels - Sozialismus als Übergangsgesellschaft, in der durch den Sturz des konkreten bürgerlichen Staates und wesentlicher kapitalistischer Strukturmomente die Voraussetzungen geschaffen wären, Warengesellschaft und staatliche Unterdrückung zu beseitigen, bzw. ihr Absterben zu ermöglichen. jw.'s Kritiken greifen im wesentlichen daneben, wenn sie Lenin mangelnde Kritikfähigkeit gegen bürgerliche Gesellschaftsstrukturen unterstellen - jw. hätte stattdessen letztlich dieses Revolutionsmodell in Frage zu stellen.

Daß aber aus der Haltung Lenins zu Staat, Demokratie und Recht zwingend oder schlüssig auch die Übernahme des bürgerlichen Begriffs von "Nation" folgern müsse - wie jw. zu erkennen glaubt - ist einfach nicht wahr. Der bürgerliche Staat bringt den völkischen Nationalbegriff hervor, weil seine Homogenisierungspraxis "leer" ist. Die angebliche Gleichheit aller Menschen stimmt mit der Klassenwirklichkeit nicht überein, und soll daher auf metaphysischem Wege hergestellt werden. Das Denken in Widersprüchen wird durch metaphysisches Denken ersetzt, um die bestehenden Widersprüche zu überdecken. Der Gewaltcharakter des bürgerlichen Staates soll unsichtbar werden, um ihn zu legitimieren, um ihm allgemeine Gefolgschaft "des Volks" zu sichern.

Sozialistische Staatlichkeit kann "sozialistisch" nur genannt werden, insoweit sie der Überwindung bürgerliche Verhältnisse dient, sie bewirkt. Das Gewaltverhältnis, das dabei hergestellt wird, wird gerade bei Lenin aber

nicht überspielt, sondern ständig hervorgehoben. Eine wesentliche Grundlage für die Degeneration des "vernünftigen" sozialistischen Staatswesens zur metaphysischen "Nation" entfällt dadurch!

Das heißt natürlich nicht, daß die Notwendigkeit zur Homogenisierung, die nach Marx/Engels und Lenin auch sozialistischer Staatlichkeit innewohnt, keine schwerwiegenden Probleme schaffen würde. Die "Diktatur des Proletariats" existiert nach Lenins Bestimmungen nur dann, wenn die Staatsmacht die Massenunterstützung der realen unterdrückten Klasse(n) besitzt, und wenn diese Massenunterstützung zum anderen die Entwicklung in Richtung Kommunismus vorantreibt. Jede Abweichung vom Ideal führt - auf die eine oder andere Weise - zur Beeinträchtigung des Konzepts. Doch nochmals: Das Konzept als solches trägt - im Gegensatz zu bürgerlicher Staatstheorie - nicht die Idealisierung von Wirklichkeit in sich, Staatlichkeit ideologisch ihres Gewaltcharakters zu entheben.

Die praktischen Probleme, eine Massenunterstützung für sozialistische Ziele herzustellen, dürften weit mehr dazu beigetragen haben, daß die sozialistische Staatlichkeit auch der Sowjetunion in quasi nationalistischen Konzepten endete. Tatsächlich trägt der durch Stalin organisierte "Sowjetpatriotismus", der sich auf Marx und Lenin berief, alle Elemente nationalistischer Homogenisierung. Darauf verweisen nicht zuletzt die antisemitischen Kampagnen gegen "Kosmopolitismus". Alle beseitigten Parteigegner wurden nicht als Andersdenkende definiert, deren anderes Denken Produkt innerer Widersprüche wäre, sondern sie wurden zu bösen Agenten und Spionen, zu äußeren Feinden umdefiniert, die beseitigt werden "mußten", um einen "gesunden" Zustand wiederherzustellen.

Befreiung von jeder Unterdrückung

Lenins Staats- und Revolutionstheorie sollte durch die obigen Ausführungen nicht etwa als aktuelles Programm und als unangreifbar dagestellt werden. Es ist eine entscheidende Schwäche der aus leninistischen Tradition stammenden Linken, sich noch heute im Wesentlichen auf einem überkommenen theoretischen Stand der 20er Jahre zu stützen. Es ist nur Zeichen des erbärmlichen Zustands der gesamten Linken, wenn daraus stammende Ableitungen die Wirklichkeit auch heute noch oft adäquater erklären, als "brandaktuelle" Konzepte. Die Analyse und Aktualisierung historischer Revolutionsstrategien kann sich aber nicht darauf beschränken, die Kritik der bürgerlichen Gesellschaft zu führen, und so zu tun, als habe es gerade und nur daran entscheidend gemangelt.

Die Forderung, der eigenen Politikentwicklung heute Lenins "Selbstbestimmungsrecht der Nationen" zugrundezulegen, sollte aber tatsächlich, wie jw. in seinem Beitrag forderte, bei Linken "Abwehr" hervorrufen. Die Postulierung eines allgemeinen "Rechts" verhindert nicht nur auf realpolitischer Ebene den Widerstand gegenüber den außenpolitischen Vorgehensweisen und kommenden Offensiven des 4. Reiches. Sie versperrt, indem Formeln übernommen werden, statt Argumentationen auszuloten, die notwendige theoretische Debatte um antinationaler Politik gerade in Deutschland.

Das heißt nicht, daß Linke zum bloßen Kommentatorentum verurteilt würden, wo Minderheiten aus sozialer oder kultureller Unterdrückung zu ihrem Schutz Autonomie oder Eigenstaatlichkeit einfordern. Insofern enthält Lenins Bestimmung von der Notwendigkeit, die Lostrennung einer "unterdrückten" von der "Unterdrückernation" zu befürworten, einen auch heute noch richtigen Kern (was ja auch jw. nicht bestritten hat). Die Solidarität sollte aber immer der Befreiung von jener Unterdrückung gelten, und nie den nationalistischen Komponenten solcher Auseinandersetzungen. Schon gar keinen Grund hat die Linke, in Auseinandersetzungen Partei zu ergreifen, in denen sich einfach nur nationalistische Bewegungen auf barbarische Weise gegenseitig bekriegen.

Be, Gruppe K Hamburg

Anmerkungen:

1) In: "Europas Landkarte wird geändert", S. 7 f., Zitat S. 8.

2) ND, 7./8. 9. 1991.

3) Vgl. "Dokumentation. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker ist unteilbar. Aus einer Rede Gregor Gysis vor dem Bundestag am 4. September".

4) In: Lenin, Ausgewählte Werke, Band 1, Berlin/DDR 1979, S. 681 ff.

5) Vgl. "Über das Selbstbestimmungsrecht der Nationen", a.a.O., S. 685 f.

6) Vgl. "Über das Selbstbestimmungsrecht der Nationen", a.a.O., S. 688.

7) Vgl. "Über das Selbstbestimmungsrecht der Nationen", a.a.O., S. 684.

8) Vgl. "Über das Selbstbestimmungsrecht der Nationen", a.a.O., S. 685.

9) "Initiative Sozialistisches Forum", "

Furchtbare Antisemiten - ehrbare Antizionisten. Thesen über die linksdeutsche Ideologie, Israel und den Klassenkampf am falschen Objekt", S. 43, in: ISF, "Kritik & Krise", Nr. 4/5, Sommer 1991, unter dem Themenschwerpunkt "Logik des Antisemitismus", S. 37 - 51.

10) ISF, a.a.O., S. 43.

11) Jw., a.a.O., S. 14.

12) J.W. Stalin, "Marxismus und Nationale Frage", 1913, In: Stalin, Werke Band 2, S. 272.

13) Vgl. "Duden. Deutsches Universal Wörterbuch A-Z", Mannheim/Wien/Zürich 1989, S. 1683.

14) Vgl. "Duden. Das Herkunftswörterbuch. Eine Etymologie der deutschen Sprache", Mannheim 1963, 746 f.

15) Vgl. AK 334, S. 14, bei Lenin in: "Die sozialistische Revolution und das Selbstbestimmungsrecht der Völker" in: Lenin, Ausgewählte Werke, Band 2, a.a.O..

16) Denkbar wäre vielleicht, bei Übersetzungen das Wort "Plebs" zu verwenden, wenn "unteres Volk" impliziert ist. "Plebs" vom römischen "

Plebejer" liegt eine ähnliche Wortgeschichte wie "Volk" zugrunde, und es ist ein in die deutsche Sprache eingeführter Begriff, ohne aber "völkisch" zu implizieren.

17) Vgl. die Argumentation Dorothee Piermonts in: "Befreit sich die Radikale Linke vom Internationalismus?", in: "Radikale Linke Rundbrief"

2, April/Mai 1991.

18) Lenin, "Staat und Revolution", in: Lenin, Ausgewählte Werke, Band 2, a.a.O., S. 396.

19) Vgl. Lenin, "Staat und Revolution", a.a.O., S. 394 ff.

20) Karl Marx, "Kritik des Gothaer Programms", Frankfurt a.M. 1969. Daß Marx ein ähnliches Revolutionsmodell wie Lenin formuliert, ist natürlich keinerlei Beweis für dessen Richtigkeit. Gegen jw.'s Kritik den Klassiker Marx zu Hilfe zu rufen wäre also ein dummes Ansinnen. Wenn hier dennoch die Wurzeln von Lenins Denken bei Marx deutlich werden sollen, dann weil zwar nicht jw., aber die "Initiative Sozialistisches

Forum" (ISF) aus Freiburg regelmäßig den bösen Lenin vom guten Marx abzutrennen sucht. In Lenin, dem im Kern "sozialdemokratischen Aktivisten", und der durch ihn begründeten "bolschewistischen Antike" liegt demnach die Quelle aller Übel für eine BRD-Linken, die durch theoretische Akzeptanz staatlicher Homogenisierungspraktiken versaut wurde. Marx dagegen wird der ISF-eigenen Spielart Kritischer Theorie eingemeindet (Zitate vgl. ISF a.a.O.).

21) Lenin, Staat und Revolution, a.a.O., S. 401.

37. Linker Antisemitismus. Chronologie und Dokutation einer Wiesbadener Kontroverse

Chronologie und Dokumentation einer Wiesbadener Kontroverse

Rubrik: Antisemitismus/Wiedergutmachung; Westdeutsche Linke allgemein; Israel / Palästina · CD-Datei: daten/aksuche/ak335/17.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:335:17

Auch in Wiesbaden führten die Kontroversen im Zusammenhang mit dem Krieg am Golf zu Erfahrungen in Sachen Antisemitismus innerhalb einer sich als "linksradikal" begreifenden Szene.

Auftakt

Bereits Formulierungsversuche für Flugblätter der "Initiative gegen den Golfkrieg" (einem lockeren Bündnis von Gruppen und Personen: AKU, Projekt Libertär, Autonome ...) führten zu hitzigen und extrem kontroversen Diskussionen, sobald die Rolle Israels zur Sprache kam: Einander gegenüber standen eine als selbstverständlich angesehene Bestätigung des Existenzrechts des israelischen Staates und eine prinzipielle Ablehnung dieses "kolonialistischen Siedlerstaates", einhergehend mit dem erklärten Wunsch nach dessen Zerstörung. Vermittelnde Zwischenpositionen versuchten die Ablehnung Israels mit einer prinzipiellen Staatsablehnung zu begründen, sie forderten das "Recht" ein, "auch Israel kritisieren zu dürfen", übten aber auch Kritik am nationalistischen Charakter der palästinensischen Befreiungsbewegung. Die Kritik an Israel machte sich fest an seiner Politik gegenüber den Palästinensern, an der Entstehungsgeschichte und an seiner Funktion als "Speerspitze" oder "Brük- kenkopf" des Imperialismus im arabischen Raum.

Die Gegner dieser Positionen forderten, auch Israel als einen bürgerlich-kapitalistischen Staat zu begreifen und ihm keine Sonderfunktionen zuzuschreiben, die Geschichte Israels kennenzulernen und sich einen Begriff von aktuellen Varianten des Antisemitismus zu machen.

Ab diesem Zeitpunkt eskalierten die Auseinandersetzungen: Der Vorwurf des Antisemitismus stand im Raum, von der anderen Seite wurde die Unterstützung des Imperialismus vorgehalten. Die reale Rolle Israels im Golfkrieg, nämlich die einer nicht-kriegführenden aber dennoch angegriffenen Partei, ging völlig unter: Israel war Kombattant!

Zur weiteren Klärung innerhalb der Wiesbadener Szene wurde ein interner Diskussionstermin anberaumt.

1. Akt

In der Zeitung "Dichtung & Wahrheit" Nr.5/Februar (einem Mainzer Szenemagazin mit 4.500 Expl. Auflage und kostenloser Verteilung im Raum Mainz/Wiesbaden) veröffentlicht das Intifada-Komitee einen grundsätzlichen Israel-Artikel.

Nach Ausführungen über die Vorgeschichte des Staates Israel, deren Wiedergabe den Lesern an dieser Stelle erspart werden soll, erreicht der Text seinen traurigen Höhepunkt dort, wo dessen Autoren sich als antiimperialistisches Bewilligungsamt für die Anerkennung von Anträgen auf Staatsgründung aufspielen und darlegen, weshalb ihres Erachtens die Juden nicht über die Vorraussetzungen zur ordentlichen "Anerkennung als Volk oder Nation" verfügten:

1. Den Juden fehlt die Kultur: "Real dagegen ist, daß sich in den Ghettos, in denen wie erwähnt 75% des Judentums zusammengepfercht war, elende Gebräuche und Strukturen zum Überleben entwickelt hatten, von denen die zionistische Bewegung behauptete, das wäre jüdische Kultur." Als kulturlose Barbaren verfügen sie natürlich auch über keine verbindende Religion und haben lediglich "religiöse Gepflogenheiten."

2. Die Juden hatten keine gemeinsame Sprache: Was wohl ein weiterer Beweis für die Kulturlosigkeit und Ungeeignetheit zur Volk- und Nationen-Bildung sein soll. Die konsequente Forderung nach unverzüglicher Auflösung der Schweiz, der Vereinigten Staaten, diverser arabischer und afrikanischer Staaten usw. wegen erwiesener Mehrsprachigkeit bleibt leider aus.

3. Über "ein Territorium, auf dem die Menschen schon geraume Zeit leben" verfügen die Juden auch nicht. Die Konsequenz aus der Nichterfüllung der vorgeblichen Kriterien zur völkerrechtlich einwandfreien

Nationenbildung: "daß die 'jüdische Nation', abgesehen von der mythologischen Komponente, künstlich geschaffen wurde. (...) Das Ziel des Zionismus war nie das Wohlergehen der jüdischen Menschen und schon gar nicht das der Palästinenserinnen und Palästinenser, sondern immer nur der Staat."

Wie das Volk eben so denkt: Nationalstaaten zeichnen sich aus durch den gemeinsamen Volkswillen, die Gemeinsamkeit in Sprache, Kultur und Boden. Daß genau diese aber immer "künstliche" Produkte sind, und eben nicht verwurzelt in der Mutterscholle, erdverbunden und althergebracht, lehrt der Blick in jedes Geschichtsbuch: Staaten sind Ergebnisse von langen, blutigen Auseinandersetzungen, Kämpfen zwischen rivalisierenden Klassen und Gruppen.

Und genau dies soll für den jüdischen Staat eben nicht gelten: Nach völkischer Lesart ist er eben keiner, weil er a) künstlich, b) kulturlos und c) auf Kosten der Palästinenser existiert.

Die Logik der Abschaffung ist implizit: Ein künstliches Gebilde Israel hat keine Existenzberechtigung, umso mehr das erdverbundene, das kämpfende, das freiheitsliebende, eben das tümelnde Volk der Palästinenser.

2. Akt

Mit dem Artikel des Intifada-Komitees im Hinterkopf und zwei ausliegenden Papieren (einer thesenartigen Bekräftigung des selbstverständlichen Rechtes der Juden, als Staat Israel existieren zu dürfen und einer Sammlung von antizionistischen Gedichten Erich Frieds) begab sich die Wiesbadener Szene in die große Schlammschlacht: Ca. 60 Personen (Autonome, Antiimperialisten, Libertäre, Kommunisten etc.) versuchten in einer wohlweislich nicht-öffentlichen Diskussion Klärungen herbeizuführen. Und die kamen auch: Teile der Szene erlebten ihr Coming-Out. Israel wurde mehrfach als faschistoid (fast schon eine vermittelnde Position) oder gleich als faschistisch bezeichnet (eine absurde Differenzierung meint, nicht Israel sei gemeint, sondern die israelische Politik), israelische Besatzungspolitik wurde zum "Völkermord" umdefiniert, zustimmendes Verständnis für die palästinensische Begeisterung an irakischen SCUD-Raketen auf Israel wurde kundgetan, die Existenz von Antisemitismus im heutigen Deutschland strikt und pauschal bestritten, auf die persönliche Bekanntschaft mit anti-zionistischen Juden wurde verwiesen (mein bester Freund ist ein ...).

Fragende Positionen, die sich an der Geschichte des Judentums und Israels zu orientieren versuchten (besondere Verantwortung usw.), wurden z.T. niedergebrüllt.

Die "Israel-Befürworter", "Philo-Semiten" oder was auch immer sie sein mögen, versuchten zum einen anhand des "Dichtung & Wahrheit"-Artikels, die Strukturen eines sich antizionistisch nennenden Antisemitismus aufzuzeigen und zum anderen, klare Abgrenzungen gegenüber als antisemitisch erkannten Haltungen (und den entsprechenden Trägern dieser Haltungen) herbeizuführen.

Während die Abgrenzung durchaus begriffen - und sicher zum Teil auch positiv verbucht - wurde, wurde die Kritik am inkriminierten Artikel von der Mehrheit der Anwesenden in keinem Fall nachvollzogen, im Gegenteil dieser mit Vehemenz verteidigt.

Nach einiger Zeit der "Debatte" verließ die Pro-Israel-Partei gemeinsam mit einigen Entsetzten (entsetzt von der israelfeindlichen Wütigkeit der anti-zionistischen Kämpfer) den Ort des Geschehens.

Pause

Die Pause entspricht einer Denk- und Diskussionspause; d.h. es wurde weder weiter gedacht noch weiter diskutiert. Zwar wurde der benannte "Dichtung & Wahrheit"-Artikel in der Folgeausgabe der Zeitung in mehreren Beiträgen auseinandergenommen und als eindeutig antisemitisch entlarvt, dafür, so schien es, war die Kontroverse mit Ende des Golfkriegs beendet: Die Szene kehrte zum politischen Alltag zurück, eine Aufarbeitung möglicherweise gewonnener Erkenntnisse war nicht vorgesehen, politische Abgrenzungen wurden schon gleich überhaupt nicht vorgenommen.

3. Akt: Kampf dem Zionismus

Im August gehen die Mainz-Wiesbadener Anti-Zionisten (das Intifada-Komitee) wieder in die Vollen: Zum traditionellen Friedenshearing der Stadt Wiesbaden, diesmal unter dem Thema "Die Bedeutung Deutschlands für Israel und die arabische Welt" schlagen sie eine Demonstration vor. Ausgehend vom Hearing, das sie als "Abklatsch des Golfkrieges - Friedenspropaganda von Bush und Konsorten" und als "Forum der

Gewinnerseite" begreifen, versuchen sie sich an einer inhaltlichen Begründung ihres Aktionsvorschlags: Vergleichsweise geschickt, im Gegensatz zu ihrem großen Israel-Analyse-Artikel, machen sie sich immerhin die Mühe, Israel auch im Kontext des Nationalsozialismus wahrzunehmen und die Vernichtung des europäischen Judentums wenigstens zur Kenntnis zu nehmen. Nichtsdestotrotz dringt das antizionistische Gemüt immer wieder durch: Schon in der Anlage des Demonstrationsvorschlags wurde die Infamie offensichtlich: Als Ausgangspunkt wurde die ehemalige Synagoge vorgeschlagen (Symbol Opfer), von dort zum Headquarter der US- Army (Symbol Täter) und dann zum Rathaus mit seinem Friedenshearing (Symbol Kriegsgewinnler und Mörder). Die Logik der Infamie (bzw. die Logik des antijüdischen Ressentiments) läßt nur eine Linie zu: Die Judenvernichtung des Nationalsozialismus ist zu instrumentalisieren zur Kritik an den US-Mördern, die die im Rathaus tagenden Kriegsgewinnler auch noch finanziell und militärisch unterstützen. (Es sei an die beliebte Demonstrationsparole "USA-SA-SS" erinnert, die, ebenso wie die Wiesbadener Komiteeler, die tatsächliche Befreiung der überlebenden Juden durch Truppen u.a. der US- Army negiert.)

Aus der Erkenntnis heraus, "daß sich jede politische Linke in der BRD in Verantwortung der deutschen Geschichte begreifen muß, besonders aus dem deutschen Faschismus mit seiner bis dahin nicht für möglich gehaltenen Vernichtungsorganisation und Tötungsmaschinerie" (so zit. nach dem Original; sw.), folgern sie u.a.: "daß der Zionismus als politische Kraft unter den Juden durch Verfolgung und Vernichtung verstärkt wurde. Dies meint nicht, daß im Faschismus der Ursprung des Zionismus liegt, dieser ist als Teil des imperialistischen Systems älter." Wird das Nationalstaatsbewußtsein der Juden (der Zionismus) freundlicherweise nicht bei ihren Schlächtern (den Faschisten) verortet, so muß der Geburtsort zumindest ein "imperialistisches System" sein, also ein ominöses Gebilde, das man sich so recht nicht erklären kann.

In ihrem ausgeprägtem Eifer, die besondere Vernichtungswürdigkeit Israels zum Ausdruck zu bringen, verlegen sich die Kämpfer für die palästinensische Freiheit diesmal auf die Denunziation derer, "die in ihrem bürgerlich-humanistischen Denken (...), Israel als jüdischen Staat verteidigen." Denn diese würden darüber hinweggehen, daß

- "die gesellschaftliche Auseinandersetzung über den Faschismus nicht stattgefunden hat";

- "hier kein Boden geschaffen wurde, um die in alle Welt verjagten Opfer des Faschismus aufzunehmen" (wohl vor dem Hintergrund der pervers-romantischen Vorstellung, die überlebenden Juden seien im Land der Mörder unterzubringen?);

- "eben nicht die Verantwortlichen des deutschen Faschismus bestraft wurden - bestraft wurden und werden bis heute viel mehr z.B. die PalästinenserInnen" (was in seiner Unsinnigkeit zwar kaum noch zu übertreffen ist, aber dennoch zum Repertoire des Anti-Zionismus gehört ...);

- "Israel so auch nicht nur Zufluchtsort für Juden wurde, sondern auch Teil des imperialistischen Gesamtsystems."

Womit all die Israel-Verteidiger entlarvt wären als humanistische Trottel, die in ihrem "Schuld-und Verantwortungsdenken" zu Frieden und Aussöhnung aufrufen würden und damit ihren Beitrag zu den oben benannten Widrigkeiten, einschließlich des Ignorierens des "imperialistischen Gesamtsystems" leisten.

Auf Grundlage dieses wohlerwogenen Aktionsvorschlages lud unser Komitee "interessierte Menschen und Gruppen ein, diese Vorschläge (die Demonstration mit der benannten Route; sw.) mit uns zu diskutieren und ihre Ideen und Vorschläge einzubringen." Doch bevor von diesem erbaulichen Treffen berichtet wird, erfolgt der 4. Akt mit einem weiteren wegweisenden Schriftstück:

4. Akt: Der ideologische Background - weitere Ausflüge ins Völkische

Wohl deshalb, weil ihnen die Ausführungen des Intifada-Komitees etwas dünn erschienen, hat die Kommunistische Hilfe (kurz KH) Wiesbaden mit einem eigenen Papier noch etwas nachgelegt: An dem Aktionsvorschlag streicht sie den Anlaufpunkt Rathaus, versucht sich dafür aber in einer "Begründung für die linke Diskussion".

Ihren Einstieg wählt die KH mit der Denunziation eines Wiesbadener Autoren ("Verfolgung und Widerstand in Wiesbaden"), dem sie seine "aus der Auseinandersetzung mit der Judenverfolgung erwachsene Parteinahme

mit dem Staat Israel" vorhält, um nachzuschieben, daß er heute für den Verein "Aktives Jüdisches Museum" (der "deutlich proisraelisch" sein soll) federführend tätig sei.

Daß dies kein Lapsus ist, wird umgehend belegt: "Das diesjährige Friedenshearing befestigt den Argumentationsstrang, im Hinblick auf die Judenverfolgung eine vielfältige Unterstützung und Freundschaft mit dem Staate Israel zu pflegen. Der Golfkrieg wird dabei nocheinmal direkt und indirekt gerechtfertigt." Wer sich also um die Erforschung der jüdischen Geschichte bemüht (wie der besagte Verein), wer "im Hinblick auf die Judenverfolgung" Unterstützung und Freundschaft mit Israel pflegt, rechtfertigt den Golfkrieg, ist also Kriegstreiber.

Nach diesem furiosen Auftakt schlägt die KH ein Demonstrationsmotto vor: "Kein Vergessen und keine Beschönigung der deutschen Verbrechen an Juden - Trotzdem: Solidarität mit dem Kampf der Palästinenser gegen den Militärstaat Israel und seine Verbündeten".

Nach vollmundiger Bereitschaft, deutsche Verbrechen an Juden nicht vergessen und beschönigen zu wollen, solidarisieren sie sich sogleich mit dem Kampf gegen die Opfer dieser Verbrechen. Da Juden nun einmal in Israel leben und dies in Staatsform auch so wünschen, heißt der Kampf diesem Staat auch Kampf den Juden.

"Im Golfkrieg mußte eine schwache Linke gegen die raffinierte Propaganda mit der schutzlosen israelischen Bevölkerung ..." Die unbestreitbare Tatsache, daß es in einem Krieg, an dem sich Israel nicht beteiligt hat, israelische (jüdische) Opfer gegeben hat, scheint für die Autoren unerträglich zu sein: Jüdische Opfer des Krieges dürfen nicht sein, weil Juden ja Kombattanten sind, egal ob sie sich beteiligen oder nicht.

Aber immerhin: "Die Geschichte des Judentums verdient eine Aneignung." Im gönnerhaften Herrenmenschenjargon wollen sie zwar den Staat der Juden bekämpfen, sich aber wenigstens die Geschichte seiner Bewohner aneignen. Das geschieht dann auch konsequent in der Verherrlichung der Nicht-Nationalstaatlichkeit des Judentums (mit "einem neuen Begriff von Nation und Volk"), ein "Traditionsstrang", den der Zionismus "abzuschneiden" versucht; und nicht, wie Laien vielleicht denken könnten, einige Jahrhunderte der Judenverfolgung und -vernichtung, Pogrome und Faschismus.

Weil's aber gar so geschmiert durch die antisemitischen Stereotypen geht, wird dann gleich noch draufgesattelt: "Im arabischen Raum (...) wurde geäußert, daß die europäische Unterstützung für das Existenzrecht eines israelischen Staates, die sich auf die NS-Verfolgung (eine nette Beschreibung für die Ermordung von 5-6 Millionen Menschen; sw.) stützt, der Export eines deutschen und europäischen Problems in den arabischen Raum ist." Und das hat natürlich Konsequenzen: "... so ist daraus doch der Gedanke zu entnehmen, daß eine historische Begründung für die Ansiedlung und Aufnahme von Juden in bestimmte Territorien am ehesten in Deutschland gegeben wäre: Eine deutsche Gesellschaft, die die Judenverfolgung hinter sich läßt (!!!; sw.), hätte 6 Millionen Plätze für Juden aufzubieten. Auch im Vatikan wären noch einige Plätze freizumachen." Jeder Kommentar zu dieser geopolitischen Deportationslogik ist überflüssig; bleibt nur noch die Frage, ob als Transportmittel wieder Güterzüge in Betracht gezogen werden.

"Der Wiesbadener Israel-Bruderschaft (eine jüdische Verschwörung?; sw.), die mit schneller Lippe die Judenverfolgung bemüht (anstatt wie die KH Juden über die Länder zu verteilen; sw.), setzt die Linke einen eigenen Versuch entgegen, sich in der Welt zurechtzufinden." Eigen ist der Versuch, nur neu nicht ...

Was in der theoretischen Begründung ausgeführt wurde, wird in der vorgeschlagenen Aktionspraxis natürlich nicht zurückgenommen: Positiv wird auf eine Sprühaktion gegen eine Ausstellung "Bücher aus Israel" in der Mainzer Stadtbücherei verwiesen. Diese Sprühparolen, die auch im Demonstrationszug zu tragen seien, bestehen nebeneinander aus drei logischen Reihungen:

- Die erste Reihe besteht aus Negativbegriffen, beginnend mit "Kapitalismus, Imperialismus" über "Faschismus, Antisemitismus, Rassismus, Zionismus" und endend mit "Israelische Kulturpropaganda in Stadtbücherei". Könnte das Wort "israelische" noch durch "jüdische" ersetzt werden, ungeahnte Bündnismöglichkeiten wären denkbar.

- Die zweite Reihung benutzt positive Reizwörter, beginnend mit "Volksaufstand in Palästina, Internationale Solidarität", findet ihre Klimax schon im Mittelfeld mit der "Kauft nicht bei Juden"-Parole in Neu-Links-Deutsch "Boykott Israels - Waren - Kibuzzim - Strände", um dann über den "Täglichen Widerstand" zum "Bewaffneten

Kampf" und zur "Revolution" zu kommen. Juden werden verstehen, was in diesem Zusammenhang mit Revolution gemeint ist.

- Eine dritte Reihe versucht sich in in Positiv-Werten als Ausdruck der Utopie: "Befreiung", "Selbstbestimmung, Kollektivität, Volkseigentum" und "Proletar. Kultur" (im Gegensatz zur nichtproletarischen degenerierten jüdischen?; sw.), um mit "Befreiungsreligion" und "Befreite Völker als internationale Gemeinschaft" seinen kurios völkischen Abschluß zu finden.

Die Fortsetzung des antisemitischen Diskurses im KH-Papier sei hier erspart; eine Mischung aus vermeintlich taktischen Versuchen, das eigentliche Anliegen unkenntlich zu machen und Widerwärtigkeiten im gehabten Stile findet in folgendem Gestammel endlich sein Ende: "Gutenfalls entschlüsseln ihre Schritte (einer linken Politik; sw.) gegen die Stiefeltritte des Imperialismus die Realität der vielen, die in den Hamsterrädern des Überlebens hier strampeln, und setzen Punkte, daß im Wehren dagegen Menschen mehr bei sich selbst sind als im Ertragen. Aussicht auf kurzfristige Auflösung können wir nicht bieten." Was ein Glück aber auch ...

5. Akt und Schluß

Der befürchtete "antisemitische Volkslauf" aus Anlaß des städtischen Friedenshearings fand nicht statt; das Demonstrationsprojekt wurde wegen unzureichender Resonanz zu Grabe getragen. Das Vorbereitungstreffen dazu endete in einer Spaltung. Die Fraktion der "Israel-Befürworter" konnte Schmeicheleien wie "Kriegshetzer", "Zionist", "Rassist" und den Vorwurf der "Verblendung" einheimsen. Die hard-core-Gemeinde des antizionistischen Kampfes zog ab, als sie feststellen mußte, daß zumindest einige der Anwesenden ihr Projekt prinzipiell ablehnten und einige andere sich doch die Mühe machen wollten, über Sinn und Inhalt derartiger Aktivitäten zu diskutieren. Doch blieb auch diese Diskussion weitgehend unerfreulich und von Unverständnis gegenüber den Anforderungen an einen Antifaschismus geprägt, der sich auch Symptomen eines strukturellen Antisemitismus innerhalb einer selbsternannten Linken annimmt. Die Idee, eine Demonstration möglicherweise von einer Giftgas-Firma aus beginnen zu lassen und das Friedenshearing überhaupt nicht einzubeziehen, also den ganzen antizionistischen Ansatz zum Teufel zu jagen, wurde dann doch wieder mit der folgenden stilvollen Äußerung quittiert: "Wir haben doch so oft bei den Mördern demonstriert, warum sollen wir nicht auch einmal bei den Opfern demonstrieren."

So fand auch dieser Abend ein würdiges Ende.

Fazit

- Wiesbadener Debatten innerhalb einer "radikalen" Linken sind keine lokalen Besonderheiten; sie spiegeln Diskussion wieder, die auch anderswo anzutreffen sind (siehe die Auseinandersetzungen um das Freiburger Radio Dreyeckland), die aber üblicherweise im Sinne einer Solidarität der Verfolgten unter die Decke gekehrt werden.

- Das permanente Schweigen zu antisemitischen Verlautbarungen (unter dem Mantel des "Anti-Zionismus") und volksverwurzelten Politikansätzen ist das Ergebnis eines völlig auf den Hund gekommenen Antifaschismus, der sich nur noch im "Glatzen-Jagen" und "Nazis-Vertreiben", nicht aber in der Kritik des Ideologischen (des Falschen) begreifen kann. Das fatale Nichtverhalten zur geistigen Neu-Konstituierung des Deutschen Reichs ist eine logische Folge.

- Die Unfähigkeit (oder auch Unwilligkeit), einen strukturellen Antisemitismus zu erkennen, der ständige Wunsch, längst diskreditierte Erklärungsmuster und Begriffe "neu besetzen zu wollen", hat dazu geführt, daß im linken Diskurs praktisch alles erlaubt zu sein scheint: Diskussionen über den Unterschied zwischen dem "raffenden" und dem "schaffenden Kapital", die besondere Kritik am nicht produzierenden Kapital (Zirkulationssphäre: Banken, Spekulanten, Makler, sogar die "Zinsknechtschaft"), die Ablehnung des "unverdienten" und "nicht gerechtfertigten" Profits führt direkt zur Kritik des "parasitären Wuchers" und des "Schmarotzertums." (Ohne daß die "Besetzer" dieser Begriffe überhaupt einen Begriff davon haben, was sie damit sagen und in welchem historischen Zusammenhang sie sich bewegen.)

- Daß Israel in diesem Kontext für alle negativen Projektionen herhalten muß (kein Volk, keine Kultur, Imperialisten, Völkermörder, Faschisten), während auf das palästinensische Volk die gesamte linksradikale Volksverbundenheit projiziert wird (Befreiung, ein Volk wird siegen, gewachsene Kultur, Heimaterde), kann kaum noch verwundern.

- Eine der fatalsten Erfahrungen ist, daß selbst einmal gewonnene Erkenntnisse über die geistige Verfaßtheit von Teilen der linksradikalen Szene nicht zu den geringsten Konsequenzen führen: Kein einziges der oben zitierten Papiere ist von den Verfassern je kritisiert oder gar zurückgezogen worden, keine einzige Gruppe/Organisation hat es je für nötig befunden, sich von irgendeiner Erklärung zu distanzieren und die antisemitischen Grundmuster als solche zu denunzieren. Die Verfasser gelten unverändert als solide Zeitgenossen der linksradikalen Szenerie.

sw.

PS: Alle hier zitierten Schriftstücke liegen vor; sie sind kein Produkt eines zionistischen Verfolgungswahns sondern reale Dokumente ihrer Zeit. sw.

38. Die Stunde der Trotzkisten. Ein Abriß der Geschichte und des aktuellen Agierens dieses Teils der Linken

Rubrik: Trotzkismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak335/trotzki.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:335:trotzki

Die dramatischen Ereignisse in Osteuropa 1989/90 haben einem Teil der linken Bewegung zu neuer Bedeutung verholfen, der zuvor von den anderen Linken eher belächelt wurde - den sogenannten Trotzkisten. Während andere Linke den "realen Sozialismus" in den Ostblockstaaten oder in China bzw. Albanien entweder verteidigt oder schlichtweg ignoriert haben, streiten sich Gruppen aus einer trotzkistischen Tradition bereits seit Jahrzehnten über die Frage, welche Natur diese Gesellschaftssysteme haben bzw. hatten. Nach dem Zusammenbruch der osteuropäischen Regimes ist es nun wohl auch für andere, sich als MarxistInnen verstehende Menschen nicht mehr mög- lich, diese Diskussion als "akademisch" oder gar als "Sektenkram" abzutun. Vielmehr gilt es, die theoretischen Debatten und die jeweils aus bestimmten Einschätzungen resultierende Politik nachzuvollziehen und daraus zu lernen.

SozialistInnen, die Sympathien für den "sozialistischen Aufbau" in der DDR bzw. in einem anderen "sozialistischen" Land hatten (oder sogar selbst als "Täter" beteiligt waren wie der Großteil der PDS), finden sich heute in einer ähnlichen Lage wieder wie Leon Trotzki nach seiner Verbannung aus der Sowjetunion durch Stalin im Jahre 1929 (1). Allein, isoliert sowohl von seinem bisherigen Wirkungsfeld als auch von der Arbeiterklasse im Westen, mit dem völligen Scheitern des eigenen revolutionären Projekts konfrontiert, galt es, die entstandene Situation zu analysieren und daraus eine neue Strategie zu entwickeln. Es spricht für Trotzki, daß er in einer solchen Situation niemals erwog, seine revolutionäre Identität oder seine marxistische Grundeinstellung aufzugeben - wie das in ähnlicher Lage viele DKP- und PDS-"Erneuerer" und ehemalige Maoisten getan haben. Der Weg hätte ihm durchaus offengestanden: Die Bourgeoisie schätzt geistreiche Renegaten und läßt sich das auch etwas kosten, stellen solche "Zeitzeugen" doch den lebendigen Beweis für die Sinnlosigkeit der Revolte gegen das kapitalistische Herrschaftssystem dar. Trotzki wählte einen anderen Weg, den des Neuaufbaus einer revolutionären Alternative von unten. Dieser Weg war sogar noch schwieriger als Trotzki ursprünglich erwartet hatte und führte über scheinbar endlose Fehleinschätzungen, Spaltungen und Sackgassen, ohne daß bis heute ein greifbarer Erfolg sichtbar ist. Dennoch bleibt es sein historisches Verdienst - wie sich gerade nach dem unrühmlichen Ende des Stalinismus zeigt - die moralische Glaubwürdigkeit des Marxismus gerettet zu haben. Menschen, die auch heute noch nicht einsehen mögen, daß der Kapitalismus das beste aller Systeme ist, sollten daher sehr genau untersuchen, welche Erfahrungen Trotzki und seine nicht sehr zahlreichen Anhänger auf ihrem steinigen Weg gemacht haben.

Die Grundthese Trotzkis, die von der großen Mehrheit seiner Anhänger bis heute nicht in Frage gestellt wird, ist die Theorie vom "degenerierten Arbeiterstaat" Sowjetunion. Demnach stellt die SU auch noch nach der Machtergreifung Stalins ein Land mit einer nicht-kapitalistischen Ökonomie dar, was gegenüber dem Kapitalismus einen Fortschritt darstelle. Die Arbeiterklasse sei lediglich durch die "Bürokratie", die jedoch keine neue Klasse sondern nur eine "Schicht" darstelle, politisch entmachtet worden (2). Daraus folgt für Trotzki, daß es Pflicht jedes Revolutionärs sei, die Sowjetunion gegen die Gefahr einer kapitalistischen Restauration zu verteidigen und gleichzeitig für eine Wiederherstellung der Arbeitermacht einzutreten. War Trotzki ursprünglich noch der Meinung, daß die Wiederherstellung des sozialistischen Charakters der KPDSU auf dem Reformwege möglich sei, änderte er später unter dem Eindruck der Machtergreifung der Nazis, die er vor allem auf das Versagen der KPD und der KOMINTERN zurückführte, seine Meinung und hielt nun eine "politische" Revolution für erforderlich. Um seine Konstruktion einer zwischen Kapitalismus und Sozialismus schwebenden Übergangsgesellschaft mit dem Marxismus in Einklang zu bringen, postulierte Trotzki, daß dieser Zustand extrem instabil sei und sich nicht lange auf des Messers Schneide halten könne. Gleichzeitig war er von der Überzeugung beseelt, daß die Revolution im Westen unmittelbar bevorstehe, und die Sonderentwicklung der Sowjetunion gewissermaßen Bestandteil der Wirrungen der Übergangsperiode sei. Bei Beginn des Zweiten Weltkrieges ging er soweit zu sagen, daß, wenn die Revolution nicht unmittelbar nach seinem Ende komme, "bliebe nichts anderes übrig als offen zu erklären, daß das sozialistische Programm ... zu nichts anderem als einer Utopie geführt hat." (3)

Die "kritisch solidarische" Haltung Trotzkis zur Sowjetunion wurde bereits zu seinen Lebzeiten von einigen seiner Anhänger in Frage gestellt. Shachtman, ein führender amerikanischer Trotzkist, entwickelte 1940 die Theorie, daß in der Sowjetunion ein neuer Typ von Ausbeutergesellschaft entstanden sei, der "bürokratische Kollektivismus", der sogar noch schlimmer als der Kapitalismus sei. Die Trennung von der Shachtman-Fraktion wird bis heute von fast allen Trotzkisten als wichtige Abgrenzung gegenüber "kleinbürgerlichen Ideologen" gesehen (4), stellt aber gleichzeitig den Beginn einer Serie von Spaltungen und Dogmatisierungen bestimmter Wahrheiten dar, der die trotzkistische Bewegung fortan prägte. Auch wenn einige Anhänger Shachtmans selber später tatsächlich bis ins ultrarechte Lager abdrifteten, ist seine Theorie wohl dennoch nur eine erste frühe Reaktion auf die Widersprüche der trotzkistischen Arbeiterstaat-These. Daß die Herrschaft der Bürokratie in der Sowjetunion keineswegs nur ein vorübergehendes Intermezzo darstellte, sondern im Gegenteil Stalin seine Macht immer mehr stabilisierte, wurde spätestens nach dem Zweiten Weltkrieg klar, als in Osteuropa unter dem Schutz der Sowjetarmee Regimes entstanden, die dem sowjetischen Vorbild zum Verwechseln ähnlich waren. Waren diese Länder nun auf einmal sozialistisch, was bedeuten würde, daß der Kapitalismus von oben, ohne Revolution abgeschafft werden könnte? (5) Überhaupt trat nach 1945 fast keine der Prophezeiungen Trotzkis ein: So konnten die stalinistischen Parteien, denen er den Niedergang prophezeit hatte, trotz ihrer widersprüchlichen Haltung während der Zeit des Hitler-Stalin Paktes, von ihrer Teilnahme am antifaschistischen Widerstand profitieren und verzeichneten einen enormen Mitgliederzuwachs. Auch stürzten die kapitalistischen Ökonomien keinesfalls in ihre finale Krise, sondern konnten sich nach einer gewissen Phase revolutionärer Unruhe wieder stabilisieren.

All dies stürzte die trotzkistischen Parteien in eine tiefe Krise, die in die Mutter aller Spaltungen mündete. Anfangs hatten die Trotzkisten noch versucht, die ökonomischen und politischen Gemeinsamkeiten zwischen der Sowjetunion und den entstehenden Satellitenstaaten einfach zu leugnen und erklärten, daß "die Natur der Ökonomie und des Staates in diesen Ländern bürgerlich bleibt". (6) Dieser Widerstand brach zusammen, als Tito seinen Abfall von Stalin erklärte, und die Machtübernahme Titos wurde nun nachträglich zur sozialistischen Revolution erklärt. Die Konsequenz lag nahe, daß die Revolution generell auch unter Führung stalinistischer oder sozialdemokratischer Parteien durchgeführt werden konnte und die Trotzkisten deswegen versuchen sollten, die revolutionären Tendenzen in diesen Parteien zu fördern. An dieser von Pablo, dem Sekretär der IV. Internationale, vertretenen Auffassung entzündete sich ein heftiger Streit, der dazu führte, daß 1953 große Teile der amerikanischen, britischen und französischen Sektion ein eigenes "Komitee der IV. Internationale" (im folgenden nur "Komitee" genannt) gründeten. Beide Fraktionen erklärten sich gegenseitig für ausgeschlossen und begannen eine eigene Internationale aufzubauen. Eine dritte relativ kleine Gruppe um Cliff in England nahm die Ereignisse in Osteuropa zum Anlaß, um grundsätzlich mit der Arbeiterstaat-Theorie zu brechen und entwickelte eine eigene "Staatskapitalismus"-Theorie. Die nächste Spaltungsrunde ließ nicht lange auf sich warten: Mit dem Sieg der Kubanischen Revolution 1959 ergab sich nun natürlich die Frage, ob damit nun ein weiterer "degenerierter Arbeiterstaat" entstanden sei. Die bedeutendste Gruppe des "Komitees", die amerikanische SWP, sagte ja und schloß sich auf dieser Basis 1963 wieder mit dem Internationalen Sekretariat zum "Vereinigten Sekretariat" zusammen. (Das Internationale Sekretariat hatte sich inzwischen von seinem vorherigen Anführer Pablo getrennt, weil der den wahren Sozialismus nun in der Algerischen Revolution verwirklicht sah und sogar als Regierungsberater fungierte.) Bei der Wiedervereinigung gingen aber Cannons britische (Healy) und französische (Lambert) Verbündete verloren, die in der kubanischen Frage anderer Meinung waren und die Anti-Pablo-Internationale fortführten, bis sie sich 1971 untereinander zerstritten. Im folgenden entwickelte sich eine kaum überschaubare und oft nicht nachvollziehbare Serie von weiteren Spaltungen (und gelegentlich auch Fusionen), aus der die heutige Vielzahl von trotzkistischen Splittergruppen entstand, von denen jede behauptet, nun die letztlich gültige Erklärung gefunden zu haben. Die wichtigsten dieser konkurrierenden Gruppen und Grüppchen sind (7):

Das Internationale Sekretariat der IV. Internationale

Dieses stellt den nach der Wiedervereinigung von 1963 entstandenen trotzkistischen Mainstream dar und besitzt mit seinem Sekretär Ernest Mandel einen international angesehenen Theoretiker. Allerdings hat sich die amerikanische SWP inzwischen wieder abgespalten, da sie den Sozialismus in Reinform nun in Kuba verwirklicht sieht. In Deutschland ist das "Sekretariat" repräsentiert durch die INPREKORR-Strömung (8) innerhalb der VSP (hervorgegangen aus KPD und GIM) und durch die Gruppe Revolutionärer Sozialisten (GRS) in der ehemaligen DDR. Diese Internationale setzt im allgemeinen auf Arbeit innerhalb zentristischer Parteien, bzw. auf die Gründung solcher durch Vereinigung mit anderen Linken. Die Problematik einer solchen

Herangehensweise zeigt sich sowohl innerhalb der VSP als auch bei den internationalen Kongressen: Oft sind Einigungen nur durch schwammige diplomatische Formeln möglich, und die Durchsetzung einer gemeinsamen Strategie ist oft vollkommen unmöglich.

Das Internationale Komitee der IV. Internationale

Dieses stellt den übrig gebliebenen Rest der Abspaltung von 1953 dar, nachdem die amerikanische SWP zum "Sekretariat" zurückgekehrt ist und sich die Lambertisten und andere Gruppen abgespalten hatten. In Deutschland ist es durch den Bund Sozialistischer Arbeiter (BSA) (9) vertreten. Im Unterschied zum "Sekretariat" sehen sie den Stalinismus als "durch und durch konterrevolutionär" an (10). In der praktischen Politik isoliert sich der BSA oft selbst, da andere Linke entweder als "Revisionisten" oder als "kleinbürgerliche Demokraten" eingeschätzt werden.

Die Internationalen Sozialisten

Diese aus der "Staatskapitalismus"-Abspaltung von 1950 entstandene Strömung, die in Deutschland durch die Sozialistische Arbeitergruppe (SAG) (11) repräsentiert wird, hat einige trotzkistische Grundannahmen wie die Arbeiterstaat-Theorie aufgegeben und kann daher nur mit Einschränkung als trotzkistisch angesehen werden. Sie sah die "nationalen Befreiungsbewegungen" in China, Albanien, Vietnam, Nicaragua und Kuba zwar immer als unterstützenswert an, bestritt aber, daß dabei Sozialismus herauskommen könne und sieht sich heute durch die Ereignisse bestätigt. Sie konnte allerdings nur in ihrem Ursprungsland England eine größere Partei (die SWP mit ca. 6.000 Mitgliedern) aufbauen, während sie in anderen Ländern nur durch oft sehr kleine Propagandagruppen vertreten ist. Die deutsche SAG, die neulich durch ihren gescheiterten Versuch, eine Antifa- Demo in Dresden zu organisieren, Aufsehen erregte, legt schon seit längerem neben theoretischer Auseinandersetzung mit bürgerlicher Ideologie ihren Schwerpunkt auf Antifaarbeit.

Die Bewegung für eine revolutionär kommunistische Internationale

In diesem internationalen Zusammenhang haben sich verschiedene Gruppen zusammengeschlossen, die von Land zu Land (unter anderem Großbritannien, Deutschland, Spanien, Peru, Österreich) eine unterschiedliche Geschichte haben. Sie distanzieren sich sowohl von der Tradition des "Sekretariats" wie von der des "Komitees", bleiben jedoch weiter bei der Arbeiterstaat-These (12). In Deutschland existiert die "Gruppe Arbeitermacht" (13), die innerhalb der PDS versucht, eine "revolutionär kommunistische Plattform" aufzubauen. Dabei brachten ihr Parolen wie "Freiheit für Pohl und Langnitschke - PDS-Mitglieder wehrt euch gegen den Kapitulationskurs eurer Führung!" allerdings wenig Sympathien ein.

Internationale Sozialistische Arbeiterorganisation (14)

Diese nach ihrem bedeutendsten Theoretiker auch "Lambertisten" genannte Strömung spaltete sich 1971 vom "Komitee" ab. Sie behauptet, in Frankreich innerhalb der Sozialistischen Partei 10.000 Anhänger zu haben. In Deutschland arbeitet die ISA innerhalb der SPD, wobei sie weitgehend auf Kritik an der SPD- und Gewerkschaftsführung verzichtet. Von ihr ging unter anderem die Initiative zu den "Arbeitskreisen für Arbeitnehmerpolitik" aus.

Militant

Diese Strömung spaltete sich 1964 vom "Sekretariat" ab und stellt im gewissen Maße den konsequentesten Ausdruck der Idee dar, daß der Kapitalismus auch unter Führung nicht-revolutionärer Parteien abgeschafft werden kann. Sie setzt auf die Umwandlung der sozialdemokratischen Parteien auf der Grundlage eines sozialistischen Programms, verzichtet dabei aber keinesfalls auf Kritik an der vorherrschenden Politik. In England ist die Militant-Gruppe innerhalb der Labour-Party relativ stark, in Deutschland gruppiert sie sich um die Zeitschrift "VORAN" (15). Innerhalb der JUSOS stellen die VORAN-Leute an vielen Orten den aktivsten und radikalsten Flügel, was letzten Endes auch der Glaubwürdigkeit der JUSO-Organisation als ganzes nutzt. In mehreren Ländern gibt es allerdings die Tendenz, daß die Militant-Leute ausgeschlossen werden, sobald sie zu stark werden.

Internationale

Kommunistische Liga (Spartakisten)

Diese Abspaltung vom "Komitee" ist eine international straff organisierte und zentral geleitete Kaderorganisation. In Deutschland war sie früher durch die Trotzkistische Liga Deutschlands (TLD) vertreten, die jetzt zur Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands (16) umfirmiert ist. Die TLD war bei anderen Linken meist verhaßt, da sie es zum Schwerpunkt ihrer Politik machte, auf Veranstaltungen anderer Gruppen zu "intervenieren". Sie betrachten die osteuropäischen Staaten "von Anfang an als Arbeiterstaaten, die durch eine stalinistisch bürokratische Herrschaft deformiert waren". Diese Analyse führte in der Praxis zu einer prosowjetischen Politik ("Stoppt die Konterrevolution der Solidarnosc!" 1981), teilweise in Aktionseinheit mit der DKP und um die Jahreswende 89/90 mit der SED/PDS (der die Spartakisten allerdings dann Verrat wegen ihrer Zustimmung zur Wiedervereinigung vorwarfen). Ihre Wahlbeteiligung bei den Volkskammerwahlen brachten ihnen mit 0.02% der Stimmen eine Blamage ein.

Arbeiterinternationale

Organisiert von der britischen Workers Revolutionary Party (17), einer Abspaltung vom "Komitee". Aktivitäten in Deutschland sind nicht bekannt.

Die Organisation Internationaler Kommunisten (18)

Diese Gruppe spaltete sich in den 40er Jahren von den orthodoxen Trotzkisten ab. Ursprünglich eine sehr kleine Gruppe, besitzt sie heute in Frankreich mit "Lutte Ouvriere" eine der wenigen tatsächlich unter ArbeiterInnen verankerten Gruppen. Sie ist die einzige relevante Gruppe, die bei der ursprünglichen trotzkistischen Position nach dem zweiten Weltkrieg geblieben ist, nach der zwar die Sowjetunion ein "Arbeiterstaat" ist, dagegen die osteuropäischen Länder weiterhin kapitalistisch sind. In der praktischen Politik sind sie militant linksradikal und waren deswegen in Frankreich zeitweise verboten. Ob sie auch in Deutschland aktiv sind, ist mir nicht bekannt.

Bolschewik-Fraktion (18)

Eine nur in Südamerika vertretene Abspaltung von der IV. Internationale, nach ihrem Führer Moreno auch "Morenisten" genannt. Sie fielen auf durch ihre scharfe Ablehnung der Sandinisten, die zur Ausweisung ihrer Brigade "Simon Bolivar" aus Nicaragua führte.

Linkswende (19)

Diese Gruppe steht mit der britischen Revolutionary Communist Party (RCP) und ihrer Zeitschrift "Living Marxism" in Verbindung. Sowohl die englische wie die deutsche Gruppe begrüßen den Fall des "Stalinismus", den sie als weder kapitalistisch noch sozialistisch betrachten. In ihrer praktischen Politik beschränkt sich die LINKSWENDE weitgehend auf die Verbreitung ihrer theoretischen Analysen, wobei sie vor allem die "Mythen" der westdeutschen Linken, zu denen sie etwa die Kollektivschuldthese rechnet, kritisiert.

Internationale Bolschewistische Tendenz (20)

Dieser Internationale hat sich die "Gruppe Spartakus" angeschlossen. Dabei handelt es sich um eine kleine Abspaltung der TLD, die deren prosowjetische Kurs und das "undemokratische und unterdrückende interne Leben" nicht mitmachen wollte. In ihren Flugblättern kritisieren sie vor allem SPD, PDS, VSP und VL wegen ihres Reformismus.

Maulwurf (21)

Dabei handelt es sich um eine Gruppe, die sich von der GIM-Jugendorganisation "Roter Maulwurf" abgespalten hat, weil die ihnen nicht revolutionär genug war. Diese Gruppe tritt hauptsächlich in autonomen Kreisen auf und versucht gemeinsam mit der Revolutionär Kommunistischen Liga (RKL) (22) in Österreich und einer Gruppe in Sri Lanka eine neue Internationale aufzubauen. Sie sehen die Ereignisse im Osten als "Konterrevolution".

Possadisten

Diese Strömung um den argentinischen Trotzkistenführer Possada ist eigentlich nur erwähnenswert, weil die wirren Theorien ihres Gurus ("Die UFOs kommen von außerirdischen kommunistischen Zivilisationen") oft in der sowjetischen Propaganda benutzt wurden, um den Trotzkismus an sich lächerlich zu machen.

Edeltrotzkismus

Viele Intellektuelle, die sich vom Trotzkismus als Idee angezogen fühlten, zogen aus dem Desaster der trotzkistischen Gruppen die Konsequenz, daß die Zeit noch nicht reif sei für differenzierte Theorien à la Trotzki. Die Errichtung von "Arbeiterstaaten" in Osteuropa nach dem Zweiten Weltkrieg schien aus ihrer Sicht zu beweisen, daß der Stalinismus im Grunde ja doch progressiv sei. Sie zogen sich daher auf einen reinen Beobachterstandpunkt zurück und verfolgten künftig die Aktionen der Sowjetunion und ihrer Verbündeten mit kritischer Sympathie. Zu dieser Sparte kann man etwa den Trotzki-Biographen Isaac Deutscher rechnen. Auch in der Zeitschrift KONKRET findet sich immer wieder eine ähnliche Argumentation.

Wie man sieht, gibt es doch erhebliche Unterschiede zwischen den Gruppen, die viele andere Linke einfach in einen Topf schmeißen. Die Spanne reicht von der linksradikalen Rhetorik des "Maulwurf" bis zur Selbstverleugnung ("Arbeitnehmer(!)politik") der ISA, von der betont sachlichen Argumentation der LINKSWENDE bis zu den Arbeiter-wehrt-euch- Parolen der Spartakisten. Auch die Erscheinungen, die gewöhnlich mit dem Begriff Trotzkismus in Verbindung gebracht werden, sind immer nur für einige Gruppen typisch.

Sektierertum

Viele der oben genannten Gruppen haben zweifellos einen sektiererischen Charakter, den man festmachen kann an Erscheinungen wie:

- Personenkult um den jeweiligen (natürlich männlichen) Führer

- dogmatisches Nichtzurkenntnisnehmen von Widersprüchen zwischen Theorie und Realität

- internes bürokratisches Regime

- Verteufelung aller anderen linken Gruppen als "linker Flügel der Bourgeoise".

Der Vorwurf vom "typisch trotzkistischen Sektierertum" kommt jedoch oft von Linken, die sich selbst - wenn überhaupt - nur auf der Grundlage ihrer gemeinsamen Ratlosigkeit organisiert haben. Der Anspruch trotzkistischer Gruppen, die Welt auf marxistischer Grundlage zu begreifen und wenn nötig sich mit anderen darüber zu streiten, ist nach Meinung des Autors für sich genommen positiv. Die Alternative dazu ist nach den Ereignissen von 89/90 nur, den Marxismus ganz oder teilweise aufzugeben, ein Weg den wohl die meisten dieser Linken gehen werden.

Entrismus

Unter Entrismus versteht man die zeitweilige Arbeit einer revolutionären Organisation innerhalb einer größeren reformistischen Partei mit dem Ziel, Leute "herauszubrechen". Diese Praxis geht zurück auf einen Vorschlag Trotzkis, der an die damalige französische Sektion gerichtet war. Später haben trotzkistische Gruppen diese Politik sehr zum Ärger sozialdemokratischer Parteiführungen immer wieder mit unterschiedlichem Erfolg praktiziert. Beispiele für Entrismus dürfte etwa die Politik der GRUPPE ARBEITERMACHT in der PDS oder die der ISA in der SPD sein. Die Politik der MILITANT/VORAN-Leute ist kein Entrismus im eigentlichen Sinn, da das Ziel ja die Umwandlung sozialdemokratischer in sozialistische Organisationen ist.

Aufbau einer Internationale

Es ist schon viel gelästert worden über die Praxis trotzkistischer Minigrüppchen, trotz weitgehender Erfolglosigkeit im eigenen Land eine "Internationale" aufzubauen. Obwohl es natürlich ein bißchen absurd ist, wenn eine Internationale in jedem Land nur zehn Mitglieder hat, ist die internationale Organisationsform meiner Meinung nach dennoch ein positives Moment trotzkistischer Politik. (23) Die immer weitergehende Vernetzung der Weltwirtschaft, die Tendenz, daß Kapitalisten versuchen, die ArbeiterInnen in verschiedenen Ländern gegeneinander auszuspielen und nicht zuletzt die praktisch erwiesene Unmöglichkeit, Sozialismus in einem Land aufzubauen, macht internationale Koordination und Organisation fast zwingend. Auch der Zwang, Positionen zu bestimmten zentralen Fragen international zu vereinheitlichen, ist positiv, da er durch nationale Besonderheiten bedingte Fehleinschätzungen verhindert.

Arbeitertümelei

Eine zentrale Aussage des Marxismus ist es, daß ein neues gerechteres Gesellschaftssystem nur von der Arbeiterklasse erkämpft werden kann. Eine andere Frage ist es, ob das für eine revolutionäre Organisation bedeutet, daß sie unter allen Umständen und in jeder Situation sich auf die Arbeiterklasse konzentrieren muß. Schon Trotzki beklagte sich immer wieder über die Studenten unter seinen Anhängern, die "zu viel mit sich selbst" und "zu wenig mit der Arbeiterbewegung" beschäftigt seien, ohne den Widerspruch auflösen zu können, daß er mit seinen Theorien hauptsächlich unter Intellektuellen Anklang fand. Mehrere trotzkistische Gruppen versuchen ihren mangelnden Erfolg bei den ArbeiterInnen durch Arbeitertümelei zu verdecken, die sich unter anderem daran äußert, daß

- ein Bild vom blue-collar-Worker aus dem 19. Jahrhundert propagiert wird,

- "Arbeiterparteien" ohne reale Verankerung gegründet werden,

- Energie vor Betriebstoren verpulvert wird, selbst wenn dort überhaupt keine Kämpfe stattfinden.

Nach Meinung des Autors ist es jedoch im Prinzip trotzdem ein positives Moment, daß sich trotzkistische Gruppen überhaupt noch bemühen, in Betrieben Politik zu machen, statt nur in Bewegungen mitzuschwimmen, wie das viele andere Linke tun.

Fatalismus

Andere Linke kritisieren oft den "Voluntarismus" der Trotzkisten, der sich darin äußert, daß von Arbeiterrevolutionen phantasiert wird, obwohl weit und breit keine Bewegung zu erkennen ist. In der Tat ist die Tendenz dazu bereits bei Trotzki angelegt, der davon überzeugt war, daß der Kapitalismus sich nach dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr erholen könnte und deswegen die Revolution unausweichlich sei. Dieser Fatalismus ist auch eine Quelle des Sendungsbewußtseins der zahlreichen Splittergruppen. Denn, da die Revolution ja unvermeidlich ist, kann laut Trotzki selbst die kleinste Gruppe zum Keim einer revolutionären Massenpartei werden. (24) Diese Auffassung führt dann teilweise zu regelrechten Verschwörungstheorien, die erklären sollen, warum die Revolution nun doch nicht geklappt hat. Ein rationalerer Umgang mit dem Phänomen der relativen Stabilität des Kapitalismus findet sich etwa in den Arbeiten Ernest Mandels oder in der Rüstungskapitalismus-Theorie der Internationalen Sozialisten. (25)

Auftreten in der DDR

Zum Testfeld trotzkistischer Politik wurde die DDR nach der Maueröffnung. Da sich praktisch alle Gruppen nicht zu Unrecht durch den Zusammenbruch des Stalinismus bestätigt sahen, gingen sie mit hoher Motivation daran, dort ihre Thesen zu verbreiten und Mitglieder zu rekrutieren. Hemmungen, daß sie die Linken in der DDR bevormunden würden, bestanden kaum, da fast alle die deutsche Spaltung als eine Spaltung der Arbeiterklasse ansahen. (26) Auf Grund ihrer unterschiedlichen Sicht der Natur des Stalinismus traten sie jedoch sehr unterschiedlich auf. Trotzkistische Gruppen, die der Arbeiterstaat-Theorie anhängen, wie die IV. Internationale oder die Spartakisten (27), erwarteten, daß die ArbeiterInnen nach dem Fall der stalinistischen Bürokratie nun für den wahren Sozialismus eintreten würden. (Typisch ist hier der Satz aus der SOZ, der Zeitung der VSP) vom November 1989, daß "die Kapitalisten sich noch wundern werden, wie wenig Stimmen bürgerliche Parteien in der DDR bekommen werden". (28)) Andere, die die DDR nicht für einen "Arbeiterstaat" hielten, waren da skeptischer: Die SAG sah die Ereignisse als bloße "demokratische Revolution", und die Gruppe LINKSWENDE trat sogar für die Wiedervereinigung ein. Unterm Strich sieht die Bilanz für alle eher mager aus: Die VSP wird sich vielleicht mit der GRS und den Resten der VL vereinigen; SAG und BSA konnten kleine Gruppen in einigen Städten aufbauen; andere Gruppen wie Spartakist haben die meisten ihrer anfangs gewonnenen Mitglieder inzwischen wieder verloren.

Die aufgeführten Beispiele dürften zeigen, daß die Probleme, mit denen sich TrotzkistInnen herumschlagen, keineswegs so weltfremd und akademisch sind, wie viele meinen. Auf jeden Fall lohnt es sich auch für andere Linke, aus den Erfahrungen und selbst aus den Irrwegen der trotzkistischen Bewegung zu lernen. (29) Ob die trotzkistischen Gruppen selbst aus ihrem Sektendasein ausbrechen können und zu einer Alternative für eine größere Anzahl von sich als SozialistInnen verstehenden Menschen werden können, wird davon abhängen, inwieweit sie bereit sind, mit einigen offensichtlichen Fehlern Trotzkis zu brechen und sich mit anderen Strömungen konstruktiv auseinanderzusetzen.

anw

Anmerkungen:

1) Die wohl beste und materialreichste Darstellung der späten Lebensjahre Trotzkis findet sich in Isaacs Deutschers Biographie Trotzki III - Der verstoßene Prophet, Verlag W. Kohlhammer (1972)

2) Noch im Jahre 1939 schrieb er: "Würden wir uns nicht in eine lächerliche Position bringen, wenn wir der bonapartistischen Oligarchy die Bezeichnung "Klasse" anhängen würden wenige Jahre oder vielleicht sogar wenige Monate vor ihrem ruhmlosen Untergang?" zitiert in (28) Seite 21

3) zitiert in (1) Seite 432

4) Cannon: "Der Kampf für eine proletarische Partei"

5) Im gewissen Maße war das Problem bereits noch zu Lebzeiten Trotzkis aufgetreten, als Stalin nach dem Nichtangriffspakt mit Hitlerdeutschland Ostpolen besetzen ließ und dort die polnischen Großgrundbesitzer enteignet wurden. Trotzki sah dieses Ereignis als Beleg, daß die Bürokratie trotz ihrer generell schädlichen Rolle in gewissen Situationen aus eigenem Interesse gezwungen sei, die Sache des Sozialismus voranzutreiben.

6) Ernest Mandel 1946 zitiert in (28) Seite 31

7) Falls mir in dieser Aufzählung Fehler unterlaufen sind, ist das nicht auf Böswilligkeit zurückzuführen, sondern darauf, daß mehrere Gruppen trotz Aufforderung kein Material zur Verfügung gestellt haben. An dieser Stelle vielen Dank an alle Gruppen, die mir kostenlos ihre Broschüren und zum Teil auch Bücher zur Verfügung gestellt haben, sowie an Knut für seine zahlreichen nützlichen Tips und Argumente.

8) INPREKOR c/o SOZ-Verlag Aquinostr. 7-11 Köln und GRS c/o B.Krüger postlagernd PA34 Boxhagenerstr. 111 O-1034 Berlin

9) BSA Neue Arbeiterpresse Alfredstr. 71 4300 Essen 1

10) "Diese Pufferstaaten waren nicht einfach nur ein Zugeständnis an das militärische Sicherheitsbedürfnis der Sowjetunion; vielmehr war die Bourgeoisie in diesen Ländern durch ihre Zusammenarbeit mit den Nazis derart diskreditiert, daß nur die Stalinisten (die Arbeiterklasse) in Schach halten konnten, indem sie selbst die Macht übernahmen. Die stalinistischen Regimes, die so errichtet wurden, waren nicht das Ergebnis einer sozialistischen Revolution, sondern dienten dazu, eine solche zu verhindern." (Programm des BSA)

11) SAG, Wolfgangstr. 81, 6000 Frankfurt 1

12) Gruppe Arbeitermacht Postlagerkarte 130934 E 1000 Berlin 120

13) "Die Entstehung der DDR - und aller anderen degenerierten Arbeiterstaaten Osteuropas - war jedoch nicht das Ergebnis einer siegreichen Revolution der Arbeiter, sondern ein unter dem Feuerschutz der Sowjetarmee durchgeführter bürokratischer Akt ... Sogar jetzt noch, nach Jahrzehnten stalinistischer Diktatur, sehen wir in der UdSSR, daß die russischen Arbeiter vehement gegen die geplante Einführung der Marktwirtschaft Front machen" (Arbeitermacht 11, Nov. 1990)

14) ISA, Verlag Wolfgang Pröge Ullrich-Zell- Str.6, 5000 Köln 60

15) VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1

16) Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands, Avantgarde Verlag, Postfach 51 06 55, 1000 Berlin 51

17) WRP, PO BOX 735, London SW8 1YB

18) Adresse unbekannt

19) LINKSWENDE, Postfach 600843, 6000 Frankfurt 60

20) Gruppe Spartakus, Postfach 210 254, D- 1000 Berlin 21

21) Die Gruppe Maulwurf hat nichts mehr mit einer gleichnamigen Jugendgruppe der VSP in Hannover zu tun.

22) Revolutionär Kommunistische Liga, PF 325, 1060 Wien

23) Neben den Trotzkisten sind seit der Auflösung der KOMINTERN nur noch die Gruppen, die sich an den Arbeiten von Rosa Luxemburg und dem italienischen Links-Kommunisten Bordiga orientieren, international organisiert.

24) ".. im Laufe der kommenden zehn Jahre wird das Programm der Vierten Internationale die Anhängerschaft von Millionen gewinnen, und diese revolutionären Millionen werden den Himmel und die Erde stürmen können." Zitiert in (1) Seite 295

25) Harman, C.: "Explaining the crisis" Bookmarks 1987

26) Lediglich die VSP hielt sich zurück und versuchte stattdessen, mit der Leitung der Vereinigten Linken zu kooperieren. Aber selbst dort war diese Vorgehensweise umstritten. So gründete die IV. Internationale an der VSP vorbei die Gruppe revolutionärer Sozialisten (GRS)

27) "Die Internationale Kommunistische Liga war die einzige Organisation, die mit allen Kräften gegen die kapitalistische Wiedervereinigung Deutschlands ... kämpfte" (Spartakist Nr. 86., S.21)

28) SOZ aktuell November 1989

29) Einen Überblick gibt z.B.: Callinicos, A.: "Trozkyism", Open University Press (1990)

39. Zum Begriff "Zivilgesellschaft"

Gramsci original: La società civile`

Rubrik: Theorie · CD-Datei: daten/aksuche/ak335/05.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:335:05

"Von Zivilgesellschaftlern und Antiimperialisten" würde das Gespräch mit Herman L. Gremliza handeln, versprach die Ankündigung auf der ak-Titelseite. Den meisten LeserInnen wird die Sensation entgangen sein: die Wortschöpfung "Zivilgesellschaftler" ist eine Weltneuheit und steht exklusiv im ak! Allerdings nur in der Überschrift; wer oder was damit gemeint sein könnte, wird im Dunkel gelassen. Dafür kann Gremliza nichts. Seine beiden Interviewer benutzen nur zweimal das Wort "Zivilität". Sie benutzen es in Anführungszeichen (beim zweiten Mal vergessen, aber wohl mitgedacht) und zur Abgrenzung von den ehemals linken Golfkriegsbefürwortern, deren Bekenntnis lautete: "Für die Zivilität (den Imperialismus) - gegen die Barbarei (Saddam)!"

Man könnte den kleinen Etikettenschwindel auf sich beruhen lassen, wenn nicht - wie ich befürchte - der ak damit eine gewisse Rufschädigung erleiden würde. Immerhin beteiligen sich an der Debatte um die "Zivilgesellschaft" auch Menschen ("Zivilgesellschaftler?"), die mit Pohrt, Hartung u.ä. Verteidigern der "Zivilität" zu Recht nicht in einen Topf geworfen werden möchten. Hr., einer der beiden Gremliza-Befrager, hat schon in ak 332 sein Desinteresse an dieser Debatte demonstriert. Mit Georg Fülberths sehr lesenswertem Artikel "Zivilgesellschaft als Nationalreligion" (Konkret 5/91) scheint für ihn der Fall erledigt: "Georg Fülberth hat ... zum einen auf die Nähe der Zivilgesellschaftsdebatte zur Gramsci-Debatte verwiesen, womit ein weiteres, im PDS-Umfeld befindliches zivilgesellschaftliches Potential umrissen wäre. Zum anderen verweist er darauf, daß ‚Zivilgesellschaft` eher etwas ‚für feine Leute in feinen Ländern` sei." Die Gramsci-Debatte ein "im PDS-Umfeld befindliches zivilgesellschaftliches Potential" - was will uns der Autor damit sagen? Verdreht wie diese Formulierung ist auch die sich anschließende Interpretation von Fülberths Satz mit den "feinen Leuten"; im Original eine polemische Anknüpfung an Sabine Kebirs Aussage, "daß in Ländern, in denen soziale Spannungen aufgrund der Weltmarktverhältnisse immer größer werden, die Voraussetzungen für zivilgesellschaftliche Entwicklungen eigentlich nicht gegeben sind" (Interview in "Sozialismus" 2/91). Fülberth: "Diese wären also eher etwas für feine Leute in feinen Ländern. So sehen es offensichtlich auch Kebirs Interviewer", nämlich die "Sozialismus"-Redakteure Bischoff und Detje, von denen sich der "Konkret"-Autor gerade abgrenzt. Fülberth geht es vor allem um die Verächtlichmachung des "unsäglichen Geredes" über die Zivilgesellschaft, "das in den letzten beiden Jahren in der Bundesrepublik losgebrochen ist". Die inflationäre Verwendung der von Gramsci benutzten Begriffe "Hegemonie" und "Zivilgesellschaft", "Modewörtern des linken Marktes", kann nicht verdecken, "daß das Werk des italienischen Kommunisten häufig nur eine Legitimation eigener aktueller Absichten der jeweiligen Verwerter(innen) darstellt". Immerhin hält Fülberth es für möglich, daß die Leute, die Gramscis Schriften "als Steinbruch benutzen" (Peter Glotz), eines Tages ihr revolutionäres Wunder erleben: "Die gängige Mehrheits-Interpretation des Begriffs ‚società civile` (die Hr. gedankenlos übernimmt; Anm. Js.) stellt einen ungedeckten Wechsel dar, der beim Versuch seiner Einlösung leicht platzen kann". In der Sache selbst legt Fülberth sich aus gutem Grunde nicht fest: "Die auf Locke zurückgehende Tradition verhält sich zur ‚Civil Society` affirmativ, die marxistische bezeichnet mit der ‚bürgerlichen Gesellschaft` den zentralen Ort der Unterdrückung, die Stellung, welche Gramscis ‚società civile` hier einnimmt, läßt sich beim gegenwärtigen Stand seiner Erforschung offensichtlich noch nicht bestimmen".

Andere haben da weniger Skrupel: "Wer sich in politischer Absicht auf ihn (Gramsci) beruft und das Wort ‚società civile` im Munde herumwälzt, muß ihn keineswegs gelesen haben", hat Fülberth beobachtet. Gleiches scheint auch für diejenigen zu gelten, die den Begriff "Zivilgesellschaft" in entgegengesetzter Absicht - als Schimpfwort - "im Munde herumwälzen". Eine Auseinandersetzung um die "Zivilgesellschaft", eine offene Debatte im Sinne eines kollektiven Lernprozesses hat im ak noch gar nicht begonnen, und schon melden sich die Bescheidwisser und verkünden ihr Urteil. Weshalb diese Hektik? Das Bedürfnis ehemaliger Linker nach Aussöhnung mit Kapitalismus und deutschem Gemeinwesen hat sich auch früher schon seine Modewörter geschaffen. "Ökologie" hieß der Kampfbegriff gegen den Marxismus Anfang der achtziger Jahre. Das war und ist kein Grund, dieses unschuldige Wort für die politischen Verfehlungen seiner ständigen Benutzer haftbar zu machen.

Js.

Gramsci original: La società civile`

"Es ist nun möglich, zwei große ‚Ebenen` von Überbauten festzulegen, jene die man ‚Zivilgesellschaft` nennen kann, d.h. die Gesamtheit von Organismen, die gemeinhin ‚privat` genannt werden, und jene der ‚politischen Gesellschaft oder des Staates`. Die erstgenannte Ebene entspricht der ‚hegemonialen` Funktion, die die herrschende Gruppe über die ganze Gesellschaft ausübt, und die andere der Funktion der ‚direkten Herrschaft` oder des Kommandos, welche sich im Staat und in der ‚juristischen` Regierung ausdrückt. Diese Funktionen sind in präziser Weise organisierender und verbindender Natur. Die Intellektuellen sind die ‚Kommis` der herrschenden Gruppe zur Ausübung der subalternen Funktionen der gesellschaftlichen Hegemonie und der politischen Regierung."

"Die Schule als positive Erziehungsfunktion und die Gerichte als repressive Erziehungsfunktion sind die bedeutendsten staatlichen Aktivitäten in dem Sinne, daß das Ziel in der Realität noch eine Vielzahl anderer, sogenannter privater Initiativen und Aktivitäten anstreben, die den Apparat der politischen und kulturellen Hegemonie der herrschenden Klassen formen."

"Zwischen der ökonomischen Basis und dem Staat mit seiner Gesetzgebung und seinem Staatsapparat steht die ‚Zivilgesellschaft`."

"Die Presse ist der dynamischste Teil dieser ideologischen Basis, aber nicht der einzige: Alles, was direkt oder indirekt die öffentliche Meinung beeinflußt oder beeinflussen kann, gehört ihr an: die Bibliotheken, die Schulen, die Zirkel und Clubs verschiedener Art bis hin zur Architektur, zur Anlage der Straßen und der Straßennamen."

Zu den unterschiedlichen Bedingungen der russischen Revolution und der Revolution in den kapitalistischen Ländern des Westens schrieb Gramsci:

"Im Osten war der Staat alles, die Zivilgesellschaft steckte in ihren Anfängen, und ihre Konturen waren fließend. Im Westen herrschte zwischen Staat und Zivilgesellschaft ein ausgewogenes Verhältnis, und, erzitterte der Staat, so entdeckte man sofort die kräftige Struktur der Zivilgesellschaft. Der Staat war lediglich ein vorgeschobener Schützengraben, hinter dem eine robuste Kette von Befestigungswerken und Kasematten lag ..."

"Im konkreten Leben sind politische und Zivilgesellschaft ein und dieselbe Sache."

(zitiert nach Sabine Kebir: Gramscis Zivilgesellschaft. Hamburg (VSA) 1991; Antonio Gramsci: Zu Politik, Geschichte und Kultur. Leipzig (Reclam) 1980.)

40. Die Rote Kapelle (Teil 1) Kundschafter im Auftrag der Roten Armee

Kundschafter im Auftrage der Roten Armee

Rubrik: Antifaschistischer Kampf; Geschichte der Kommunisten · CD-Datei: daten/aksuche/ak335/21.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:335:21

Die Rote Kapelle, eine der wichtigsten Nachrichtenorganisationen des Geheimdienstes der Roten Armee während des 2. Weltkrieges, wurde 1938 ins Leben gerufen in der Überzeugung, daß der deutsche Faschismus früher oder später einen Krieg gegen die Völker Europas beginnen würde. "Den Namen Rote Kapelle", so sagt Leopold Trepper, der "Grand Chef" des Nachrichtennetzes, in seiner Autobiographie, "gab uns die Gestapo. Wir haben ihn als Ehrennamen übernommen. Denn Rot steht für das Blut, daß unserer Mitkämpfer geopfert haben." Unter Trepper arbeiteten Gruppen in Frankreich, Belgien und Holland, mit ihm kämpften Frauen und Männer, die bereit waren, Folter und Tod auf sich zu nehmen, alles dem Menschen Mögliche zu tun, um dem mörderischen Faschismus ein Ende zu setzen. Die meisten von ihnen bezahlten diesen Einsatz an der "vordersten, geheimen Frontlinie des Widerstandskampfes" (Trepper) mit dem Tod nach Folter und Gestapohaft, mit Deportation und KZ.

Von diesen Menschen, ihrer Arbeit, ihren Motiven, ihren Qualen, ihrer Tapferkeit, ihrem Unbeirrtsein handelt dieser Artikel. (1)

Die deutsche Gruppe der Roten Kapelle, bekannt auch als Schulze-Boysen/Harnack-Organisation, entstand und arbeitete völlig unabhängig und selbständig; sie war mit Treppers Netz nur lose verbunden. Die Schulze-Boysen/Harnack-Organisation wird Gegenstand eines Artikels im nächsten AK sein.

Leopold Trepper

Die Geschichte der Roten Kapelle ist auch die Geschichte von Leopold Trepper, und die Lebensgeschichte dieses Revolutionärs ist auch die zwar herausragende, aber nicht untypische eines Kommunisten in Mitteleuropa, Jude zudem, geboren zu Beginn des 20. Jahrhunderts.

Aufgewachsen in Nowy Targ, einer galizischen Kleinstadt, bis zum Ende des 1. Weltkrieges österreichischer, danach polnischer Jude, trat Trepper als Jugendlicher in die linkszionistische Jugendbewegung Haschomer Hazair ein, zog mit seiner Familie 1921 nach Dombrowna in Oberschlesien, nahm 1923 am Generalstreik Krakauer Arbeiter teil, schlug sich mit der Polizei herum, kam auf die Schwarze Liste und verließ Polen 1924 in Richtung Palästina. 1925 trat er dort in die kommunistische Partei ein und engagierte sich in der Ischud (Einheit), in der Juden und Araber gemeinsam organisiert waren. Hier traf er zusammen mit Sophie Posnanska, Hillel Katz, Leo Großvogel, später alle KämpferInnen der Roten Kapelle, hier lernte er seine spätere Frau Luba Brodje kennen. Mehrfach wegen seiner kommunistischen Aktivitäten verhaftet, wurde Trepper Ende 1929 vom britischen Gouverneur (Palästina war britisches Mandatsgebiet) ausgewiesen und landete in Marseille.

Zwei Wochen später war er bereits in Paris und arbeitete in der jüdischen Sektion der M.O.E. (main-d'oeuvre étrangère), einer Organisation ausländischer Kommunisten in Frankreich, gab eine kommunistische Zeitung für die jüdischen ImmigrantInnen heraus. Luba Brodje, ebenfalls als KP-Genossin sehr aktiv, bekam ihren ersten Sohn. Dann wird ein guter Freund wegen Spionage für die Sowjetunion verhaftet, und Trepper selbst hält es für sicherer zu verschwinden. "Im Frühjahr 1932 fuhr ich also in die Hauptstadt der UdSSR", zum Studium an die Maschlewski-Universität, die "Kommunistische Universität für die nationalen Minderheiten des Westens". (L.T.) Ein wenig später nahm auch seine Frau dort das Studium auf.

Trepper und seine Frau wurden Zeugen des zunehmenden Personenkults um Stalin, des sich ständig steigenden Terrors des NKWD, Freunde wurden verhaftet, die Schauprozesse begannen. "Ich habe Erinnerungen an diese finstere Zeit, die ich nie mehr loswerde. In dem Universitätsgebäude, in dem wir untergebracht waren, wohnten Genossen aus der ganzen Welt. Bis drei Uhr nachts blieben wir wach, denn genau um diese Stunde durchbohrten Scheinwerfer die Dunkelheit und fegten über die Fassaden. ‚Da sind sie! Da sind sie!' Sobald dieser Ruf erscholl, lief eine Welle der Unruhe durch die Stuben. Halb wahnsinnig vor Angst beobachteten wir verstohlen, wo die Wagen des NKWD hielten. ‚Es ist nicht für uns, sie fahren ans

andere Ende!' mit einem flauen Gefühl der Erleichterung konnten wir für diesmal in Schlaf sinken ..." (L.T.) Das ZK der palästinensischen kommunistischen Partei wurde fast vollständig liquidiert.

Nach Abschluß seines Studiums arbeitete Trepper als Redakteur bei der jüdischen Ausgabe der Prawda. 1936 traf er zum erstenmal mit General Bersin, dem Chef des Geheimdienstes der Roten Armee, zusammen, besprach bei dem zweiten Treffen 1937 bereits konkret den Aufbau eines antifaschistischen Nachrichtennetzes in Westeuropa und traf hierzu im Frühjahr 1938 in Brüssel ein.

Zu seinen Motiven, diese Aufgabe zu übernehmen, schreibt Leopold Trepper in seiner Autobiographie: "Ich wurde Kommunist, weil ich Jude bin ... Meiner Meinung nach konnte nur eine sozialistische Gesellschaft mit Rassismus und Antisemitismus Schluß machen und dafür sorgen, daß die jüdische Kultur sich frei entfaltete ... Als Jude und Kommunist war ich also doppelt (vom Hitlerfaschismus, Anm. AK) betroffen."

"Trepper und seine alte Garde waren keine Berufsspione, das darf man nicht vergessen, sie gleichen in keiner Weise den Supermännern der Spionageromane ... Hätte man Trepper und seinen Leuten gesagt, sie seien Spione, so hätten sie diese Bezeichnung schroff zurückgewiesen; sie hielten sich für Revolutionäre ... Ein gerade Weg führt Trepper von den Aufständen in Dombrowa über die politische Tätigkeit in Palästina bis zu seiner Arbeit für den Geheimdienst. Für ihn ist es der gleiche Kampf, nur an verschiedenen Fronten." (G.P.)

Die Vorbereitungen

Während auch General Bersin Ende 1938 ein Opfer des stalinschen Terrors wird, beginnt Leopold Trepper in Brüssel zur Tarnung und zur Finanzierung der Organisation mit dem Aufbau der Firma "The Foreign Excellent Trench-Coat", eine Import-Export-Firma für Regenmäntel. Geleitet wurde diese Firma von Leo Großvogel, Freund und Genosse Treppers aus den Tagen in Palästina, der, als Trepper ihm die Aufgabe auseinandersetzte, seine gesicherte Existenz und auch seine bisherige politische Arbeit aufgab und sich und sein Leben "als Partisan in der vordersten Linie" einsetzte. Direktor wurde Jules Jasper, der belgischer Konsul in verschiedenen Ländern gewesen war, Buchhalter Nazarin Drailly, wie Jasper ein Freund von Großvogel. Das Unternehmen florierte bald, man gründete Zweigniederlassungen in den skandinavischen Ländern und handelte mit vielen Staaten.

Die äußeren Bedingungen waren geschaffen; und Moskau schickte die Funker: Michail Makarow und Viktor Sukulow, beide sowjetische Offiziere, beide ausgestattet mit uruguayischen Pässen als Carlos Alamo und Vincent Sierra. Als am 10. Mai 1940 die deutsche Luftwaffe Brüssel bombardierte, ging der erste Funkspruch an die Zentrale. Um ein Funkgerät vor dem Einmarsch der Deutschen aus dem belgischen Seebad Knokke herauszuholen, fahren Trepper und Großvogel mit einem Beamten der bulgarischen Botschaft nach Knokke, offiziell allerdings, um Schmuck und andere Wertsachen zu retten. Diese erfolgreiche Reise - die inzwischen einmarschierten Deutschen gewähren dem Angehörigen des verbündeten Bulgarien jede Unterstützung - bringt die beiden auf die Idee, sich mit Hilfe eben dieses bulgarischen Botschaftsangehörigen das Vorgehen der Wehrmacht anzusehen. Sie sind zehn Tage in Belgien unterwegs, Trepper schickt anschließend einen ausführlichen Bericht an die Zentrale. Kurz darauf erfolgt eine ebensolche Inspektionsreise in das einige Tage zuvor besetzte Paris.

Seit Sommer 1940 wird die Pariser Gruppe aufgebaut. Hillel Katz, auch der ein Freund und Genosse aus Palästina, auch er selbstverständlich sofort bereit, sich einzureihen, gewinnt seinen Freund Alfred Corbin. In Brüssel wird die Firma Simexco unter Leitung von Vincent Sierra (Deckname Kent) und in Paris die Simex mit Alfred Corbin als Direktor gegründet. Hauptgeschäftspartner beider Firmen ist die Organisation Todt.

Suzanne Cointe, Kommunistin und alte Freundin von Hillel Katz, wird als Mitarbeiterin für die Simex gewonnen. Sie kennt die wahre Funktion, während die Beschäftigten oder Teilhaber sonst weder in Brüssel noch in Paris wissen, bei was für einer Unternehmung sie arbeiten oder beteiligt sind.

"Das Hauptziel der beiden Gesellschaften ist es zwar, als Deckmantel und zur Finanzierung des Netzes zu dienen, aber wir merken sehr bald, daß sie uns ermöglichen, in die deutschen offiziellen Dienststellen in einer Weise einzudringen, die wir uns nicht hätten träumen lassen. Bald erhalten die wichtigsten Mitarbeiter von Simex und Simexco aufgrund der geschäftlichen Beziehungen zur Organisation Todt (verantwortlich für alle Bau- und Befestigungsarbeiten der Wehrmacht, Anm. AK) Ausweise - Passierscheine -, die ihnen alle Türen öffnen. Die Geschäftsverbindungen mit den deutschen Offizieren nehmen zu.

Bei guten Mahlzeiten mit reichlich Getränken reden die Nazibonzen gern ... und zuviel. Wir lächeln zustimmend mit dem Glas in der Hand, lauschen aufmerksam und merken uns ihre Informationen. Was wir auf diese Weise erfahren, ist beträchtlich ..." (L.T.)

Über das "Unternehmen Barbarossa", also den geplanten Überfall auf die Sowjetunion, meldet Trepper zweimal an die Zentrale, einmal informiert durch den deutschen Ingenieur Ludwig Kainz von der Organisation Todt, beim zweitenmal durch SS-Führer, die mit Trepper auf die bevorstehende Niederlage der SU anstoßen. Durch zahlreiche Verbindungen von Jules Jasper nach Vichy ist Moskau außerdem über alle Hintergründe der Politik von Petain unterrichtet. Über die KP Frankreichs und deren Verbindungen mit Widerstandsorganisationen kommen die Kenntnisse über die Verschiebung der deutschen Truppen und über die Kriegsproduktion.

Wassilij und Anna Maximowitsch, Käthe Voelkner

Alle drei verfügten über ausgezeichnete Verbindungen zu den Nazis und alle drei nutzten sie für die Sowjetunion. Sie wußten, was diese Entscheidung und dieser Weg eines Tages für sie bedeuten würde. Baron Wassilij Maximowitsch war vor der russischen Revolution nach Frankreich geflohen, wurde nach dem Einmarsch der Deutschen in Belgien zusammen mit deutschen Antifaschisten interniert. Er erlebte, wie die französischen Wachmannschaften ihre Gefangenen an die Gestapo auslieferten und eine deutsche Kommission unter Oberst Hans Kuprian nach Le Vernet kam, um Arbeiter für das Reich zu rekrutieren. Maximowitsch dolmetscht für Kuprian, diesem tut der Baron leid, er sorgt für seine Rückkehr nach Paris und schafft ihm die besten Verbindungen zum deutschen Generalstab im Hotel Majestic.

Margarete Hoffmann-Schultz, Kuprians Sekretärin, verliebt sich in den Baron und liefert ihm unbedenklich jede Information, auch als sie später bei dem deutschen Botschafter Abetz arbeitet. Nach Kuprians Ansicht kann der Baron und Weißrusse Maximowitsch nur ein entschlossener Antikommunist sein; der jedoch stellt sich der Roten Armee zur Verfügung.

Baronin Anna Maximowitsch, die Schwester, ist Psychiaterin und leitet eine Klinik in einem großzügig angelegten Landhaus in Billeron. Gerne erholen sich in ländlicher Umgebung und bei fachlicher Betreuung durch Anna die Sekretärinnen und weiblichen Angestellten der Wehrmacht.

Käthe Voelkner war Maximowitsch aufgefallen. Er schickt sie zu Anna nach Billeron, die herausfinden soll, ob Käthe Voelkner zur Mitarbeit zu gewinnen ist. Und sie, die Sekretärin des Amts Sauckel, stimmt sofort zu. Von da an erhielt Trepper direkte Informationen über den Arbeitseinsatz von "Fremdarbeitern" im Dritten Reich.

Zu den Motiven der Maximowitschs, als Anhänger des zaristischen Rußlands für die Rote Armee zu spionieren, befragte Gilles Perrault einen Bekannten von Anna und Wassilij, Dr. Darquier, Bruder des "Generalkommissars für jüdische Angelegenheiten" in der Regierung Petain, einen unfreiwilligen Informanten der beiden und damit der Roten Armee. ",Für die Geschwister Maximowitsch', erzählt Darquier, ‚brachte der Angriff auf die Sowjetunion die entscheidende Wendung. Sie blieben zwar Zaristen, aber sie wurden zu fanatischen Deutschenhassern; in dem Augenblick, wo das heilige Rußland angegriffen wurde, mußten alle seine Kinder das Land verteidigen - so einfach war das ...'" (G.P.)

Käthe Voelkner ist deutsche Staatsangehörige. In Danzig geboren, aufgewachsen in einem sozialistischen Elternhaus, zieht sie als akrobatische Tänzerin mit ihrem Freund, Johann Podsialdo, und ihren beiden Kindern durch Europa, 1934 auch durch die Sowjetunion. 1936 reist die Familie in Frankreich ein, versteckt sich während des "dr^ole de guerre" (wörtlich: komischer Krieg, abfällige, in Frankreich gebräuchliche Kennzeichnung der Tatsache, daß Frankreich den Deutschen zwar den Krieg erklärte, Kampfhandlungen jedoch tunlichst vermied), um einer Internierung zu entgehen. Nach der deutschen Besetzung von Paris werden Käthe und ihr Lebensgefährte bei der Besatzungsmacht beschäftigt und als äußerst vertrauenswürdig eingeschätzt.

Mira und Hersch Sokol

Mira Sokol, aufgewachsen im Ghetto von Wilna, promovierte Sozialwissenschaftlerin, heiratet in Brüssel Hersch Sokol, geboren in Bialystock, der seinen Beruf als Arzt in Belgien nicht ausüben darf, weil er Ausländer ist. Beide beantragen zweimal vergeblich bei der sowjetischen Botschaft ihre Übersiedlung in die Sowjetunion; beide sind Mitglied der belgischen KP und werden wegen verbotener politischer Betätigung 1938

ausgewiesen. Sie gehen nach Frankreich und beantragen zum dritten Mal ein Rücksiedlungsgesuch bei der sowjetischen Botschaft in Vichy, als die Deutschen Frankreich besetzen. Diesmal geht es um Leben und Tod. Als Kommunisten und Juden machen sich die beiden keinerlei Illusionen über das, was sie erwartet. Trepper, der dringend Funker sucht, wird von dem Botschafter in Vichy auf die Sokols aufmerksam gemacht. Mira und Hersch sind sofort mit Treppers Vorschlag einverstanden und werden von Fernand Pauriol, Funker der französischen KP, ausgebildet.

Isidor Springer, David Kamy, Sophie Posnanska, Germaine Schneider, Sarah Goldberg, Auguste Sesee, Johann Wenzel

Alle gehören zum belgischen Netz, das von Viktor Sukulow ("Kent"), dem Offizier der Roten Armee, geleitet wird, seitdem sich Trepper in Paris befindet. David Kamy, neben Alamo, dem zweiten Offizier der Roten Armee, Funker in Brüssel, Mitglied der französischen KP und Spanienkämpfer, kommt über Hillel Katz zur Organisation. Sophie Posnanska ist die Verschlüsselungsexpertin der belgischen Gruppe und hat mit Trepper bereits in Palästina zusammengearbeitet. Germaine Schneider, Agentin der Komintern, betätigt sich als Kurier zwischen Belgien und Deutschland. Sie schleust die Informationen von Schulze-Boysen und Harnack nach Brüssel, von wo aus sie per Funk nach Moskau gehen. Durch Isidor Springer, Mitglied der belgischen KP und ebenfalls Spanienkämpfer, erhält das belgische Netz ab 1940 Informationen über Rüstungstechnik und -werke. Sarah Goldberg (Lilly), Mitglied einer belgischen kommunistischen Widerstandsgruppe, wird zur Ersatzfunkerin ausgebildet, um für den Fall von Verhaftungen ebenso wie Auguste Sesee, Belgier und Funker von Beruf, einspringen zu können. Johann Wenzel, KPD-Mitglied aus Hamburg, von Trepper als "Veteran der Untergrundtätigkeit" bezeichnet, bildete Alamo, Kamy und Posnanska als Funker aus und wurde von der belgischen Gruppe liebevoll als "Professor" bezeichnet.

Das Ende der Rue des Atrébates 101

Trepper und die Frauen und Männer, die mit ihm zusammenarbeiteten, um Informationen für die Sowjetunion zu beschaffen und dorthin weiterzuleiten, wußten, daß sie auf Abruf lebten und deutschen Folterern und ihren Folterkammern nicht entgehen würden. Früher oder später würde der Funkverkehr von und nach Moskau aufgedeckt und sie würden gefunden werden.

Das begann am 26. Juni 1941. Fünf Tage nach dem Überfall auf die Sowjetunion fing die Abwehr in Ostpreußen den Funkspruch des Senders PTX auf. Es dauerte noch bis September 1941, bis die Deutschen herausgefunden hatten, daß die vielen nicht zu entschlüsselnden Funksprüche für Moskau bestimmt waren.

Auf einer Sondersitzung verfügt Hitler, daß unter der Leitung des Reichssicherheitshauptamtes (Heydrich) die Abwehr, die Funkabwehr, der Geheimdienst und die Gestapo zusammenarbeiten sollen, um das sowjetische Spionagenetz zu finden und zu zerschlagen. In der Nacht vom 12. zum 13. Dezember 1941 dringt die Abwehr in die Rue des Atrébates Nr. 101 in Brüssel ein.

Sie verhaften Rita Arnould, die Mieterin des Hauses und eine Freundin von Isidor Springer, jedoch nicht eingeweiht, Sophie Posnanska und David Kamy. Am 13.12. gegen Mittag kommt Alamo, der in der Rue des Atrébates mit Trepper verabredet ist, und wird festgenommen. Dann erscheint Trepper, wird ebenfalls festgehalten, jedoch aufs schnellste und freundlichste wieder hinauskomplimentiert, nachdem er seinen Spezialausweis von der Organisation Todt herausgeholt hat. Trepper warnt sofort die anderen Mitglieder des Brüsseler Netzes, sorgt dafür, daß Kent und seine Frau Margarete Barcza sich nach Marseille absetzen und Isidor Springer (und kurz darauf Germaine Schneider) nach Lyon gehen, das wie Marseille im unbesetzten Teil Frankreichs liegt.

Während Trepper alles tut, um seine Leute zu schützen, tun die Verhafteten noch mehr. Sie schweigen, widerstehen der Folter. Als Sophie Posnanska fürchtet, nicht mehr schweigen zu können, begeht sie Selbstmord, um niemanden zu verraten. "Alamo und Kamy werden in das Fort Breendonck überstellt, wo sie dauernden Mißhandlungen ausgesetzt sind. Mit unbeugsamem Mut schweigen sie hartnäckig. Sie verraten keinen einzigen Namen ..." (L.T.) Rita Arnould wird, obwohl Jüdin, von der Abwehr zunächst sehr freundlich behandelt. Sie zeigt sich kooperativ. Durch sie erfolgt der Hinweis auf das Buch, das den Code für die Funksprüche aus der Rue des Atrébates enthält.

Endgültig zerstört wird das belgische und auch das niederländische Netz durch einen Fehler der Zentrale, die gegen Treppers Willen als neuen Leiter in Belgien den Hauptmann der Roten Armee, Jefremow, einsetzt, der seit 1939 in Brüssel lebt. Jefremow geht aus Mangel an Erfahrung blindlings in die erste Falle, die ihm gestellt wird. Einmal verhaftet, zeigt er sich durchaus kooperativ und wird nach einigen Tagen mit der Legende, sein Paß hätte überprüft werden müssen, wieder entlassen. Er arbeitet weiter, nun aber in direktem Auftrag der Gestapo, die auch die Funksprüche nach Moskau diktiert. Durch Jefremow werden über 30 Menschen verhaftet, unter ihnen Johann Wenzel und Anton Winterink, der Leiter des Netzes in Amsterdam. Auch Wenzel und Winterink funken nun im Auftrag der Gestapo; das "Funkspiel" mit Moskau hat begonnen. Als es Johann Wenzel später gelingt, seinen Wächter niederzuschlagen und zu fliehen, übernimmt der Wärter den Funkkontakt. Die spezifische Handschrift Wenzels beherrscht er mittlerweile perfekt.

Treppers nicht nachlassende Warnungen werden von der Zentrale nicht ernst genommen. Die Informationen sind gut. Sie kommen pünktlich und sie sind richtig.

Die Zerschlagung des französischen Netzes

Um den Kampf gegen die Rote Kapelle zu intensivieren, wird im Herbst 1942 das Sonderkommando Rote Kapelle gegründet, unter der Leitung von Karl Giering und der Oberaufsicht von Gestapochef Heinrich Müller. Anfang Oktober beginnt das Sonderkommando, in der Rue des Saussaies Nr. 11 zu arbeiten.

Ohne Zutun des Sonderkommandos sind Mira und Hersch Sokol verhaftet worden. Sie werden schrecklich gefoltert, verraten jedoch weder den Code noch ihre Zugehörigkeit zur Roten Kapelle. Doch Abraham Raichmann, langjähriges Kominternmitglied und "Paßexperte" der Brüsseler Gruppe, erklärt sich zur Zusammenarbeit bereit, als er nach schrecklichen Folterungen, die er übersteht, erfährt, daß das belgische Netz durch den Verrat von Jefremow fest in der Hand der Gestapo ist. Er sucht zwar in Paris vergeblich den Kontakt zu Trepper, es gelingt ihm jedoch, Kent und Margarete Barcza in Marseille aufzufinden. Und Kent, einmal in der Hand des Sonderkommandos, redet, "ohne daß die Gestapo ihn zu zwingen braucht" (L.T.).

Verhaftet werden die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Simex, unter ihnen Suzanne Cointe und Alfred Corbin, verhaftet werden auch ihre Familienmitglieder, so der Bruder, die Frau und die Tochter von Corbin, verhaftet werden Anna und Wassilij Maximowitsch und Käthe Voelkner, die als Informanten über den entschlüsselten Code eindeutig festgestellt werden konnten.

Hillel Katz, Leo Großvogel und Trepper warnen die noch nicht vom Sonderkommando ergriffenen Mitglieder der Organisation und planen die Flucht. Trepper wird verhaftet, weil er vorher noch einen Zahnarzttermin wahrnimmt, Hillel Katz findet das Sonderkommando bei einem Besuch bei seiner Frau und seiner gerade geborenen Tochter im Krankenhaus. Auch Leo Großvogel möchte seine Familie nochmals sehen und geht direkt in die Falle des Sonderkommandos.

Während sich das Sonderkommando bemüht, Trepper zu bewegen, mit ihnen zusammenzuarbeiten, er sich zum Schein darauf einläßt und später entfliehen kann, werden alle anderen unvorstellbar gefoltert und fast alle hingerichtet, teils mit, teils ohne Gerichtsverhandlung.

Zum Tode verurteilt, enthauptet, erhängt, erschossen

Trepper: "Seit meiner Ankunft in Westeuropa im Herbst 1973 war es bei der Niederschrift meiner Lebenserinnerungen mein Hauptanliegen, herauszufinden, was aus meinen Kameraden bei der Roten Kapelle geworden ist. Bei diesen Nachforschungen bin ich denselben Weg gegangen wie mein Freund Gilles Perrault, dem es gelungen ist, das Schicksal vieler meiner Gefährten aufzuklären. Er hat als erster herausgefunden, welche Rolle die finstere Festung Breendonck in Belgien gespielt hat, wo - neben vielen anderen - Hersch und Mira Sokol eingekerkert waren. 27 Mitglieder der Roten Kapelle sind durch das Gestapo-Gefängnis von Breendonck gegangen ... Nach meinen gründlichen Nachforschungen, die noch nicht beendet sind, wurden im Zusammenhang mit der Roten Kapelle in Frankreich, Belgien, Holland und Deutschland insgesamt 217 Menschen verhaftet. Davon wurden hingerichtet, während der Voruntersuchung ermordet, begingen Selbstmord oder starben im KZ: 143 Menschen, 74 Betroffene überlebten den Krieg, 65 Verfolgte entgingen der Verhaftung durch die Gestapo ..."

Suzanne Cointe: verhaftet am 19.11.1942 in Paris, im März 1943 zum Tode verurteilt, enthauptet im Juli 1943 in Plötzensee.

Alfred Corbin: verhaftet am 19.11.1942 in Paris, wird von einem aus Berlin eingeflogenen Spezialisten bis zur Bewußtlosigkeit gefoltert. Alfred Corbin schweigt, wird am 8.3.1943 zum Tode verurteilt, am 28.7.1943 in Plötzensee enthauptet. Marie Corbin, seine Frau, stirbt in Ravensbrück. Robert Corbin, der Bruder, überlebt Mauthausen. Die Tochter Denise Corbin wird im Mai 1943 aus der Haft entlassen.

Wassilij Maximowitsch: verhaftet am 16.12.1942, schrecklich gefoltert durch den Experten des Sonderkommandos; Ort und Datum der Hinrichtung unbekannt.

Anna Maximowitsch: verhaftet am 16.12.1942, wie ihr Bruder gemartert; Ort und Datum der Hinrichtung ebenfalls unbekannt.

Käthe Voelkner: verhaftet am 31.1.1943 in Paris, am 15.3.1943 zum Tode verurteilt, enthauptet im Juli 1943 in Plötzensee. Ihr Schicksal teilt ihr Lebensgefährte Johann Podsialdo.

Mira Sokol: verhaftet am 9.6.1942 in Maisons-Laffitte bei Paris, eingekerkert in Breendonck, im April 1943 nach Deutschland überführt; infolge der Folterungen gestorben.

Hersch Sokol: verhaftet am 9.6.1942 in Maisons-Laffitte bei Paris, eingekerkert in Breendonck, ermordet bei einer Folterung. Um diese Todesart zu vertuschen, wurde er von den Deutschen auf dem Begräbnisplatz Tir National in Brüssel mit der Bemerkung "erschossen" begraben.

Zu dem Martyrium von Hersch und Mira Sokol in Breendonck schreibt Gilles Perrault: "Dazu die Folterungen. Sie finden in einem Raum statt, zu dem man durch einen langen, engen, dunklen Gang geführt wird. Der Raum hat kein Fenster und er wird nie gelüftet. Ein Geruch von Fäulnis und verbranntem Fleisch läßt einen schwindlig werden. Ein Tisch, ein Hocker, ein dickes, über eine an der Decke befestigte Rolle laufendes Seil, ein mit allen Polizeistationen in Brüssel verbundenes Telefon. Dorthin wird Mira gebracht." Sie wird bis zur Bewußtlosigkeit geschlagen, an dem Seil hängend, bis nur noch ihre Zehen den Boden berühren. Der Lagerkommandant verläßt beim zweitenmal "mit seinem wilden, auf Häftlinge dressierten Hund den Raum." Mira und Hersch befinden sich in dem "Bunker der Gefolterten", dessen Wände nicht ganz bis zur Decke reichen, so daß sie sich etwas zurufen können. Hersch Sokol ist oft unter denen, die zur Folterung geholt werden. Er fällt in Agonie. "Noch einmal schleppt man ihn in die Folterkammer, hängt ihn an der Decke auf, und der Lagerkommandant hetzt seinen Hund auf den Unglücklichen. Er stirbt."

Isidor Springer: verhaftet am 19.12.1942 in Lyon, Selbstmord am 24.12.1942 im Pariser Gefängnis Fresnes.

David Kamy: verhaftet am 13.12.1941 in der Rue des Atrébates in Brüssel, eingekerkert in Breendonck, am 18.2.1943 zum Tode verurteilt, erschossen in Breendonck.

Germaine Schneider: verhaftet am 31.1.1943 in Paris, im März 1943 zum Tode verurteilt, als Schweizerin begnadigt, in Berlin-Moabit bis 30.11.1944; gestorben in einem Züricher Krankenhaus im November 1945.

Sarah Goldberg: verhaftet am 4.6.1943 (jedoch nicht im Zusammenhang mit der Roten Kapelle), am 4.8.1943 nach Auschwitz deportiert, hat am Todesmarsch teilgenommen und überlebt.

Auguste Sesee: verhaftet am 28.8.1942 in Brüssel, im April 1943 in Breendonck zum Tode verurteilt, erschossen im Januar 1944 in Berlin.

Johann Wenzel: im Juni 1942 verhaftet, flieht im Januar 1943, wird von den Nazis nicht wieder aufgefunden. 1943 aus der Lubjanka entlassen (laut Perrault), muß er also in die Sowjetunion gelangt sein, beschloß (wiederum laut Perrault) seine Tage in der DDR.

Makarow, Michael (Alamo): verhaftet am 13.12.1941 in Brüssel, eingekerkert in Breendonck, im März 1943 zum Tode verurteilt. Im April 1943 nach Berlin überführt, wo sich seine Spur verliert.

Hillel Katz: verhaftet am 2.12.1942, schwer gefoltert. Trepper versucht, ihn zu retten, indem er Giering vom Sonderkommando einredet, daß Hillel Katz unbedingt für den von Giering gewünschten Kontakt zur KP benötigt würde. Die Rettung gelingt auch zeitweilig; im November 1943 verschwindet die Spur von Hillel Katz.

Leo Großvogel: verhaftet am 16.12.1942 in Brüssel, von Trepper zum Schutz in das große Spiel einbezogen; im Mai 1944 zum Tode verurteilt, Ort der Hinrichtung unbekannt.

Rita Arnould, die Mieterin des Hauses in der Rue des Atrébates: verhaftet am 13.12.1941, inhaftiert in Berlin-Moabit, im April 1943 zum Tode verurteilt, am 20.8.1943 in Plötzensee hingerichtet.

Anton Winterink: verhaftet am 16.9.1942 in Amsterdam. Seit dem 18.11.1942 in Breendonck, erschossen am 6.7.1944.

Jefremow und Viktor Sukulow, alias Kent, die mit dem Sonderkommando zusammenarbeiteten, überlebten. Kent ging nach dem Krieg in die Sowjetunion, zusammen mit dem zweiten Leiter des Sonderkommandos, Pannwitz, der Kent bestätigen sollte, daß er nicht verraten habe, was Kent dadurch vergelten wollte, daß er den vielfachen Mörder Pannwitz als einen wahren Freund der UdSSR darstellte. Die Rechnung ging nicht auf. Nach Jahren jedoch wurden beide entlassen, Kent nach Leningrad, Pannwitz in die BRD.

Und nochmals Leopold Trepper

Trepper selbst, von dem Sonderkommando als Grand Chef bezeichnet, wird nicht gefoltert, sondern bevorzugt behandelt, weil ohne ihn das von Heinrich Müller (Gestapo-Müller) geplante große Funkspiel mit der Zentrale in Moskau trotz Kents Bereitwilligkeit nicht gelingen würde, geht zum Schein darauf ein, kann die Zentrale jedoch warnen und flieht am 13. September 1943. Am 23. November 1944 landet das erste Flugzeug aus der Sowjetunion in Paris. Als es wieder startet, ist Trepper auf dem Flug nach Moskau. Dort angekommen, wird er herzlich begrüßt, seine Familie ist jedoch nicht benachrichtigt. Als Trepper deutlich und mehrfach den Wunsch äußert, die Fehler und Versäumnisse der Zentrale zu besprechen, findet er sich in der Lubjanka wieder, und das für die nächsten zehn Jahre. Am 23. Mai 1954 wird Trepper voll rehabilitiert entlassen und geht im Herbst 1957 mit seiner Familie nach Warschau, wird Opfer der antisemitischen Kampagne 1968 unter Gomulka; seine Kinder emigrieren nach Israel. Trepper selbst stellt 1970 den ersten Ausreiseantrag für sich und Luba. Luba reist im April 1972 ab. Damit Leopold Trepper Polen verlassen kann, ist eine große weltweite Kampagne nötig und Treppers Entschluß, in einen unbefristeten Hungerstreik zu treten. Im Herbst 1973 wird die Ausreisegenehmigung erteilt. Leopold Trepper ist am 19. Januar 1982 in Jerusalem gestorben.

Gilles Perrault schreibt zum Schluß seines Buches zu Trepper: "Das Bild, das wir behalten wollen, ist ein Foto vom 11. April 1965, zehn Jahre nach seiner Rehabilitierung, 20 Jahre nach seiner Rückkehr nach Moskau. Von überallher gekommene Delegationen feiern den 20. Jahrestag der Befreiung von Auschwitz. Der polnische Ministerpräsident ist anwesend, und auch der sowjetische General, der 1945 die Tore des Lagers öffnen ließ, ist gekommen. Vor ihm Leila Domb (Trepper, Anm. AK), der Vorsitzende des Kulturverbandes der polnischen Juden. Er steht auf, er spricht zu den 80.000 Menschen, die vor der Tribüne versammelt sind. Durch ihn sprechen alle Toten der Roten Kapelle zu den Toten von Auschwitz und zu den Lebenden in der ganzen Welt: der Deutsche Adam Kuckhoff, der Franzose Pauriol, die Belgierin Suzanne Spaak, der Holländer Kruyt, die Amerikanerin Mildred Harnack, alle, die den Mut hatten zu schweigen und die anderen, die geredet haben, die Gehenkten, die Erschossenen, die Enthaupteten. Er spricht. Es ist gut, daß sie durch ihn sprechen, nicht, weil er ihr Chef, sondern weil er vor allem derjenige war, der den höchsten Preis bezahlen mußte, der von seinen eigenen Leuten verwundet wurde, während die anderen dem Feind in die Hände fielen. Er spricht. Es ist gut, daß seine Worte über Auschwitz hallen, wo das Unsagbare geschah, wo man ein Volk ausrottete; denn sie haben gekämpft, um das zu verhindern, dafür sind sie gestorben, die Mitglieder der Roten Kapelle, Menschen der verschiedensten Länder, Rassen, Religionen, Menschen der verschiedensten politischen Überzeugung - das hat sie im Kampf und für immer geeint. Er spricht. Es ist gut, daß sich hier an diesem Ort, an dem so viele Frauen, Kinder und hilflose Greise zur Schlachtbank geführt wurden, so viele Menschen, denen man die Mittel zum Kampf verweigert hatte - ja, es ist gut, daß sich hier die Stimme des Juden erhebt, der dem Nationalsozialismus sicher die schwersten Schläge zugefügt hat."

B/Westberlin

P.S.: In diesem Artikel wollte ich die Menschen der Roten Kapelle darstellen, dabei sind die großen Leistungen als Spionageorganisation ein bißchen auf der Strecke geblieben. Auch habe ich nicht das große Spiel dargelegt, daß Trepper in seiner Autobiographie so anschaulich darstellt. Nicht umsonst heißt diese Niederschrift im Französischen: "Le grand jeu". Und es fehlt auch die Chronik, was aus den Mördern der Gestapo und des Sonderkommandos wurde. Das sei hier kurz nachgetragen. Sie sind angesehen und mit Rente versorgt im Bett gestorben.

Weh tut mir, daß ich nicht alle Menschen, die für die Ziele der Roten Kapelle lebten, arbeiteten, Unsägliches litten und starben, im Rahmen dieses Artikels beschreiben konnte, und auch nicht diejenigen, die in die Fänge der Nazis gerieten, weil sie mit Frauen und Männern der Roten Kapelle verwandt, verheiratet oder befreundet waren, und die ihre Menschenwürde gegen die Barbarei wahrten.

So kann ich also nur empfehlen, die Bücher von Perrault und Trepper selbst zu lesen.

Quellen:

1) Als Quelle für den Kampf in Belgien, Frankreich und Holland dienten das Buch von Gilles Perrault: Auf den Spuren der Roten Kapelle (Europa-Verlag Wien-Zürich 1990), im Artikel gekennzeichnet als G.P., und die Autobiographie von Leopold Trepper: Die Wahrheit (Kindler Verlag GmbH, 1975, hier L.T.)

41. Faschismus als ästhetisches Problem. Zum Film "Architektur des Unterganges"

Autor: Hartmut Konopka · Rubrik: Geschichte des Faschismus; Kultur; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak335/fapro.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:335:fapro

In Nürnberg, Stadt der ehemaligen Reichsparteitage, stehen noch die Ruinen der von Albert Speer geplanten "Tempelstadt der Bewegung". Entstehen sollten die größte Halle der Welt, die größte Manöver-Arena und das größte Stadion mit 405.000 Plätzen.

Eine Ausstellung, Titel "Faszination und Gewalt", gerade mal vier Monate im Jahr geöffnet, ist das einzige, das die von SPD und Grünen regierte Stadt zu einem bewußten historischen und politischen Umgang mit dem Reichsparteitagsgelände beiträgt. (1)

Zur diesjährigen Ausstellungseröffnung wurde der 1989 produzierte Dokumentarfilm "Architektur des Untergangs" des schwedischen Regisseurs Peter Cohen gezeigt. Zur Premiere gab es eine Podiumsdiskussion, bei der auch der Regisseur sowie Hans-Ernst Mittig, Professor für Kunstgeschichte aus Berlin, anwesend waren. Die folgende Filmkritik klärt, weshalb der in allen bürgerlichen Zeitungen gelobte Film, der übrigens eine Woche lang in Nürnberg täglich ausverkauft war, beim verantwortlichen Pädagogischen Institut der Stadt Nürnberg heftig umstritten war.

Später hat er gesagt: "In jener Stunde begann es!"

"Als 15-jähriger hat Hitler ein entscheidendes Opernerlebnis. Im Linzer Landestheater sieht er Wagners Oper "Rienzi" und ist zutiefst erschüttert. Später hat er gesagt: "In jener Stunde begann es!"

Mit diesem Opernerlebnis verstärken sich im Leben Hitlers drei Fixpunkte, die ihn von nun an nicht mehr loslassen werden: Die Fixierung auf die Heimatstadt Linz, die auf die Antike und die auf Wagner.

"Wer den Nationalsozialismus verstehen will, muß Wagner kennen", hat Hitler erklärt. In Wagner glaubte Hitler sein Ideal zu sehen: schaffender Künstler und Politiker in einer Person. Aus Requisiten des Wagnerschen Denkens, seinem Antisemitismus und Kult des nordischen Erbes, seinem Mythos vom reinen Blut wuchs Hitlers Weltbild hervor. Bei Wagner findet er die Vorstellung von der Kunst als Fundament einer neuen Zivilisation. Dem Künstlerfürsten, der aufgestiegen aus dem Volk, Leben und Kunst vereinen soll, um dem "neuen Staat" den Weg zu bereiten.

Das ästhetische Verständnis Hitlers als Ursprung des deutschen Faschismus - mit solchen Aussagen hat Peter Cohen in seinem zweistündigen Dokumentarfilm "Architektur des Untergangs" die NS- Zeit neu interpretiert. Unter Einsatz von einigem bisher unbekannten Bildmaterial und der Montage mit Zitaten von Hitler und anderen aus der Parteiführung wird im Film eine Logik entwickelt, nach der die in der Geschichte der Menschheit einmaligen Verbrechen des Nazi-Regimes abgeleitet werden aus dem Schönheitsbedürfnis seiner geistigen Führer. Politik als eine Form angewandter Kunst, Euthanasie und Judenvernichtung als Programm zur Wiedergewinnung der Schönheit, Krieg als dramatisch bewegender Akt der Reinigung und der Untergang als höchste Form des Erhabenen, als heroische Herausforderung.

"Die Massenmorde waren die letzte Konsequenz der menschengestalterischen Ambitionen Hitlers. Die Kosmetik des nationalsozialistischen Schönheitskults fand schließlich ihren Weg in die Gaskammern. Das Morden war eine biologische Mission, ein heiliger, dem reinen Blut dargebrachter Tribut. Die Todesfabriken waren anthropologische ‚Reinigungsanstalten`, das Instrument zur "Verschönerung der Welt".

Regisseur Peter Cohen verkündete nach der Nürnberger Filmpremiere, daß er mit seinem Film "Architektur des Untergangs" in erster Linie Diskussionen anstoßen wolle. Und das gelingt ihm offensichtlich, wie die anschließende Diskussion bewies, die von begeistertem Zuspruch bis zu fundamentaler Ablehnung ging. Einer der radikalsten Kritiker war Hans-Ernst Mittig, Professor für Kunstgeschichte an der Pädagogischen Hochschule Berlin:

"Ich muß die Grundaussage des Films, nach der ein irregeleitetes Reinheits- und Schönheitsstreben die zentrale Triebfeder der Aktivitäten des NS-Regimes bis hin zum Völkermord gewesen sei, für falsch erklären. Nach der umfangreichen historischen Forschung - und übrigens auch längst nach kunsthistorischen

begleitenden Erkenntnissen - war ein zentrales Bestreben des NS-Regimes Machterwerb, Machterweiterung, Erwerb von Lebensraum, Herrschaftssicherung in den besetzten Gebieten, und davon kann man auch den Völkermord keineswegs trennen. Der Völkermord ist nicht nur auf Rassenwahn und noch viel weniger auf bloß ästhetisierenden Schönheitsdrang zurückzuführen, sondern ist zum großen Teil auch verursacht durch ein kriegswirtschaftliches und Machtkalkül." (2)

Mittig warf dem Film Verharmlosung und Entlastung der wirklich Schuldigen vor. Demgegenüber verteidigte Regisseur Peter Cohen seinen Film mit dem Hinweis auf die begrenzten Möglichkeiten des Mediums Film und auf die schon ausgiebig geleisteten Arbeiten auf anderen Gebieten der Faschismusforschung. Er wehrte sich dagegen, mit "Architektur des Untergangs" eine monokausale Erklärung des deutschen Faschismus zu liefern.

Natürlich ist dem Regisseur abzunehmen, daß er mit seinem Dokumentarfilm den Nationalsozialismus nicht allein mit dem kleinbürgerlichen Schönheitsdenken eines Adolf Hitler begründen möchte. Allerdings ist völlig unverständlich, wieso in einem zweistündigen Opus nicht Platz für eine grundsätzliche Klärung sein soll. Der Film schließt mit der Aussage:

"Den Nationalsozialismus mit traditionellen politischen Begriffen einzukreisen, ist deshalb so schwierig, weil starke Antriebskräfte jenseits dessen lagen, was man gewöhnlich als Politik bezeichnet. Diese Antriebskräfte waren in hohem Grad ästhetisch. Sie zielten darauf ab, die Welt mit Gewalt zu verschönern. Von den ersten Morden an Geisteskranken bis hin zum Massenmord an den Juden fehlen wirkliche politische Motive. Dunkles Gedankengut, bizarre politische Ideen, die gewissermaßen im Unterholz der europäischen Kultur wucherten, kamen mit Hitler plötzlich ans Tageslicht." Damit ist klar: Der Film "Architektur des Untergangs" unterstützt die bürgerliche Geschichtsauffassung, nach der der Faschismus ein Faszinosum ist, in dem ein Geisteskranker irgendwie an die Macht kam und die Gutgläubigkeit der braven Deutschen ausnutzte. In dieser Auffassung haben politische und ökonomische Aspekte natürlich keinen Platz.

Entscheidend für die Beurteilung einer jeden Veröffentlichung ist halt nicht die Absicht eines Autors, sondern die Wirkung. Und Peter Cohen setzt alles daran, seine These auch filmisch stringent zu beweisen. Im Film gibt es keine Brüche oder Verfremdungseffekte, die zum Widerspruch oder zur Reflexion zwingen, die ganzen zwei Stunden sind unterlegt mit Wagner-Musik und dazu die suggestive Stimme des Bruno Ganz, der alle Texte spricht.

Schade, denn das Thema ist eigentlich zu wichtig, um auf diese Weise bearbeitet zu werden. Denn die Nazis betrachteten die Machtergreifung von 1933 auch als eine "Kulturrevolution", mit der ein nationalistisch-rassistisches Ideal "deutscher Kunst" durchgesetzt werden sollte. Der deutsche Faschismus und sein Verständnis von Ästhetik - mit diesem Film bleibt das Thema leider weiterhin unterbelichtet.

Hartmut Konopka

Anmerkungen:

(1) ausführlich bei E. Dietzfelbinger, Der Umgang der Stadt Nürnberg mit dem früheren Reichsparteitagsgelände, Pädagogisches Institut der Stadt Nürnberg 1990.

(2) Interview mit Hans-Ernst Mittig von Radio Z Nürnberg, gesendet am 3.7.91.

42. Was Gramsci noch nicht wissen konnte

Rubrik: PDS · CD-Datei: daten/aksuche/ak335/06.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:335:06

Der Kampf der Klassen um politische und kulturelle Hegemonie hat einen neuen Austragungsort gefunden. Die Bedeutung der Straßennamen für das Alltagsbewußtsein der Menschen hatte schon Antonio Gramsci erkannt. Die PDS, die sich in ihrem Parteiprogramm auch auf den italienischen Kommunisten beruft, hat seine Erkenntnis in einem wichtigen Punkt aktualisiert. Unter der Überschrift "P-DS paßt SPD-OB nicht" berichtet die "Frankfurter Rundschau" (27.9.91):

"POTSDAM, 26. September (dpa). Der Potsdamer Oberbürgermeister Horst Gramlich (SPD) hat die Vergabe von Kraftfahrzeugkennzeichen ‚P-DS` mit nachfolgenden Ziffern verboten. Eine entsprechende Anweisung an die Zulassungsstellen werde er nicht zurücknehmen, sagte Gramlich im Hauptausschuß des Potsdamer Magistrats.

Die Weisung war erlassen worden, nachdem der Kreisvorstand der Potsdamer PDS in der Landeshauptstadt mit dem Autokennzeichen ‚P-DS 1` gesichtet worden war. Die Partei wolle jetzt gerichtlich gegen die Verfügung vorgehen, sagte der PDS-Landesvorsitzende Harald Petzold."

43. Genug der Arroganz. - Betr.: Eine Gesellschaft im Umbruch (AK 334)

Rubrik: Leserbriefe · CD-Datei: daten/aksuche/ak335/40.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:335:40

Ist die DDR nun Afrika oder nicht?

Betr.: ak 334, "Eine Gesellschaft im Umbruch", S.15

Der Artikel verspricht in seinem Vorspann eine "Annäherung an diese Gesellschaft im Umbruch". Herausgekommen ist leider nur hinlänglich Bekanntes (Stichwort: Banken in Containern, Westschlitten ...) und das Erstaunen über die ach so anderen (linken) Ossis. Diese Erfahrungen sollen jeder/m zugestanden sein und daß sie nun im Jahre 1 nach der Wende wieder im ak präsentiert werden, ist nicht das Ärgerlichste dabei. Ärgerlich ist die unterschwellig - und wahrscheinlich gar nicht beabsichtigte - vorhandene Arroganz dieses Artikels. Und zwar einfach deshalb, weil interessanterweise jede/R Linke diese Art von Arroganz aufs Schärfste kritisieren würde, ginge es um die Linken z.B. in Afrika. Arrogant finde ich den Stil, in dem auf einer inhaltlich dünnen Basis Einschätzungen abgegeben werden. Es werden Behauptungen aufgestellt, deren Hintergrund überhaupt nicht deutlich wird: Da ist von westlichen Kategorisierungen die Rede, mit denen mensch die "FNL-Phänomene" nicht erfassen könne. Auf welche Kategorien bezieht sich die AutorIn? Woher nimmt die AutorIn die Einschätzung, daß "sich abgrenzen, Positionen beziehen und diese gegen andere vertreten" in der DDR-Linken out ist? Sie läßt die LeserInnenschaft darüber im Dunkeln. Vielleicht gibt es Fakten, Erfahrungen dazu, aber sie werden nicht benannt. Würden sie benannt, könnte mensch sich auch vernünftig damit auseinandersetzen. Zum Beispiel mit dem positiven Bezug auf den Parlamentarismus, den es laut Artikel bei den Linken in der DDR (oder zumindest in Rostock) gibt. Um das beurteilen zu können, müßte mensch eben schon wissen, an welchen Fragen dieser positive Bezug existiert. Diese pauschale Art und Weise, in der in diesem Artikel Einschätzungen abgegeben werden, drückt letztlich eine ziemlich arrogante Haltung der DDR-Linken gegenüber aus. Wenn es ernst gemeint ist, daß mensch sich wünscht und hofft, daß sich dort Widerstand gegen die neokolonialistische Politik der Alt- BRD regt, dann sollte mensch den dortigen Linken gegenüber und der eigenen Politik mit ihnen auch dieselbe Genauigkeit der Berichterstattung zugestehen, wie sie auch allen anderen Ländern zugestanden wird. Aber "die FNL sind (...) nicht Afrika, sondern Teil des eigenen Landes." Ist es deshalb so einfach, pauschalisierte Einschätzungen über die DDR-Linken abzugeben, ohne eine genauere Analyse ihrer Politik und der Formen zu versuchen, die über das bloße Beschreiben hinausgeht? Die eigene - westliche - Ohnmacht der Linken kann doch wohl nicht damit kompensiert werden, daß mensch auf die ebenso ohnmächtigen Linken in der DDR verweist.

Li.

Genug der Arroganz

Betr.: "Eine Gesellschaft im Umbruch - zum Beispiel Rostock", ak 334

Eigentlich hat mensch es schon lange satt, sich über westliche Arroganz bzgl. östlich angeschlossener Gebiete und Menschen aufzuregen. Wenn dies scheinbar aber auch in linken Zeitungen nach dem Motto: einmal kurz rübergeschaut - Urteil steht fest (wahrscheinlich lebenslänglich - ach nein, "mal sehen, wie sich die Lage in zwei bis drei Jahren darstellt, wenn der Schock des Umbruchs abgeklungen ist ...") mit zum Stil gehört, fehlt dann womöglich doch "jede Idee, Kraft, Kampfmoral und Utopie, dem irgendetwas entgegenzusetzen", aber vielleicht wäre doch anstelle solch ungemein interessanter Aussagen wie etwa, daß die SED nicht "für emanzipatorisch-demokratische Verhältnisse" stand, eine Auseinandersetzung mit den Ursachen für die nicht vorhandene Ausschöpfung möglicher Widerstandspotentiale (bis auf "Naivität" und fehlendes Differenzierungsvermögen der Ex-DDRlerInnen) aufschlußreicher gewesen.

Im übrigen könnte es durchaus sein, daß nicht restlos alle Verhaltens- und Herangehensweisen (z.B. an Diskussionen, sich eben nicht nur "ab(zu)grenzen, Positionen (zu) beziehen und diese gegen andere (zu) vertreten", sondern aus verschiedenen Standpunkten zusammen vielleicht etwas qualitativ Besseres zu produzieren) Resultat 40jähriger Geschichte sind, sondern etwas mit (typisch östlichen) Umbruchserfahrungen zu tun haben.

Falls dieser Artikel allerdings als Versuch einer Provokation an die Ost-LeserInnen gedacht war, sich doch endlich "auch mit diesen Erscheinungsformen der FNL undogmatisch auseinanderzusetzen (und vielleicht gar keine eigene Politikansätze zu überdenken)", so ist er wohl etwas daneben geraten.

az. Rostock

Radikal Neues in Deutschland?

Betr.: "Neues Deutschland - alte Ziele", ak 334

Ein Jahr nach dem Anschluß der DDR an die BRD, was für die Kritiker dieser "Vereinigung" mit der Vokabel vom "Vierten Reich" schlagwortartig zusammengefaßt wurde, wird immer deutlicher, welchen qualitativen Einschnitt dieses Ereignis nicht nur für viele Menschen in diesem Gesamtdeutschland bedeutet, sondern vor allem für die Bevölkerung Ost- und Südosteuropas. Mensch fühlt sich in diesen Tagen zurückversetzt in die Zeit "zwischen den Weltkriegen", und eine solche Analogie resultiert nicht aus der Unfähigkeit von linken Kritikern die "neuen Realitäten" zu begreifen, sondern aus den faktischen Ereignissen dieser Tage. Um nur einige Schlaglichter zu nennen: Die konstituierende Sitzung des Parlaments der Neu-BRD findet im Berliner Reichstag statt; Berlin wird (wieder) zur Hauptstadt des "neuen Deutschland" erklärt; Rassismus und Ausländerfeindlichkeit erreichen bisher nicht für möglich gehaltene Ausmaße, zum ersten Mal seit 1945 wird in Deutschland laut davon gesprochen, daß "eine Stadt ausländerfrei" ist; die Überreste zweier preußischer Militaristen-Könige werden mit den staatlichen Weihen von Regierung und Militär in Potsdam bestattet usw. Nicht nur zum letztgenannten Ereignis fallen da selbst einen Historiker wie Sebastian Haffner der "Tag von Potsdam" und das Jahr "1933" ein. In außenpolitischen Bereichen möchte ich auf die von hr. gestellte Frage, "sehe ich nur Gespenster oder bereitet sich die deutsche Politik zunehmend darauf vor, ihre verlorenen Kriegsziele im internationalen Gewande von Rechtsansprüchen und Einmischung in Osteuropa wahrzunehmen?", antworten: Nein, hr., du siehst keine Gespenster. Vielmehr zeichnet sich vor unseren Augen eine Neuauflage deutscher Imperialpolitik ab. Die, um mit Reinhard Opitz zu sprechen, Europastrategien des deutschen Kapitals der Jahre 1900 bis 1945 finden heute ihre modifizierte Weiterentwicklung in der deutschen Ost- und Südosteuropapolitik. Die Zeichen der Zeit sind nur schwer mißzuverstehen! "Die Geschichte wiederholt sich nicht", schreiben Alexander und Margarete Mitscherlich, "und doch verwirklicht sich in ihr ein Wiederholungszwang. Zu durchbrechen ist er nur, wo historische Ereignisse eine Bewußtseinsveränderung hervorrufen." (Die Unfähigkeit zu trauern, S. 64) Und von einer Bewußtseinsveränderung in positiven Sinne ist wenig zu spüren, leider.

R., Amberg

Stellungnahme der "Autonomen KommunistInnen"

Betr.: "Freiheit für Mielke", ak 333

Uns hat es gefreut, daß ihr das heiße Eisen Solidarität mit ehemaligen Funktionären und Funktionärinnen der SED angepackt habt.

Über einige Details in eurem Artikel ließe sich streiten.

Was uns aber sehr erstaunt, ja sogar ärgert, ist die Aussage "Die Linke verhält sich zur Aufarbeitung der deutschen Vergangenheit durch die bundesdeutsche Strafjustiz überhaupt nicht."

Gerade weil es größtenteils stimmt, verwundert es uns doch sehr, daß ihr mit keinem Wort das Diskussionspapier der "Autonomen KommunistInnen" erwähnt, das sich unter der Überschrift "Solidarität statt Staatsschutzhetze" mit den angegriffenen Gefangenen der Metropolenguerilla und mit DDR-FunktionärInnen, die von der bürgerlichen Justiz angegriffen werden, solidarisiert hatte.

Der Nichtabdruck dieses Papiers in der Autonomen Zeitung "Interim" führte schließlich zu einer wochenlangen Diskussion in ihren Spalten.

In der Mainummer der Berliner Monatszeitung "Prowo" war ein Interview abgedruckt mit Menschen von den "Autonomen KommunistInnen", in dem sie ihren Standpunkt präzisieren. Sollte Euch all das entgangen sein? Oder wie ist Euer vollständiges Verschweigen dieser Initiative zu erklären?

Wir schicken Euch das Diskussionspapier, das ihr wenigstens in Auszügen abdrucken könntet und das "Prowo"-Interview mit.

Die von Euch angestrebte Öffnung des "ak" auch für Positionen aus dem autonomen/antiimperialistischen Spektrum bekäme mehr Glaubwürdigkeit, wenn ihr politische Diskussionen aus diesem Spektrum auch aufgreifen würdet.

Mit roten Grüßen

"Autonome KommunistInnen"

44. Ralf und Knud

Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen · CD-Datei: daten/aksuche/ak335/rk.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:335:rk

In ak 334 berichteten wir über Ralf und Knud, die - ohne daß es Beweise gäbe - wegen Mordversuch im Knast sitzen. Ihnen wird vorgeworfen, sie hätten Betonplatten auf Eisenbahnschienen gelegt, in der Absicht, einen Zug zum Entgleisen zu bringen. Die Staatsanwaltschaft sowie die Ermittlungsrichterin haben in den letzten Wochen ihrer eh' schon skandalösen "Beweisführung" noch eins draufgesetzt: Ein Zeuge, der nach Wochen von der Polizei aufgetrieben worden war, wurde verhört, ohne daß die VerteidigerInnen hinzugezogen wurden. Begründung: Man habe sie vergessen. Ebensowenig wurden Informationen über den Zeugen preisgegeben. Seine angeblichen Aussagen scheinen sich im Rahmen dessen zu bewegen, was wir in diesem Verfahren dauernd schon vorgesetzt bekommen.

Weiterhin werden Versuche gemacht, das Schweigen um dieses Verfahren zu durchbrechen. So fand in Hamburg ein demonstrativer Umzug statt, bei dem der politischen Polizei ein "Konstrukt" vor die Tür geworfen wurde.

Mittlerweile sind die beiden angeklagt und haben eine neue Adresse:

R. Gauger, K. Andresen. Landgericht Itzehoe, Strafkammer, Breitenburgerstraße 68, 2210 Itzehoe.

Direkter Kontakt läßt sich herstellen über: Info-Büro Ralf und Knud, Rote Flora, Schulterblatt, 2 HH 36, Freitags 16 bis 18 Uhr.

Knastkundgebungen in Itzehoe am 20.10., 3.11., 17.11.

45. Aufgeblättert - Broschürenvorstellungen

Rubrik: Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak335/36.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:335:36

Ausländer- und Flüchtlingspolitik

Ein Schwerpunkt der parlamentarischen Tätigkeit der PDS/Linke Liste ist die Kritik der von der Bundesregierung (mit tätiger Hilfe der SPD) betriebenen Ausländer- und Flüchtlingspolitik. In einer von der Bundestagsfraktion der PDS/Linke Liste herausgegebenen Broschüre werden die Antworten der Bundesregierung auf die Kleinen Anfragen der Fraktion (zu: Abschiebungen von Flüchtlingen aus der BRD; Observierung "ausländischer" Jugendlicher) sowie die einschlägigen Beschlußvorlagen der Innenministerkonferenz dokumentiert. Eingeleitet wird die Publikation mit einem Aufsatz von Ulla Jelpke und Dieter Liehmann, in dem das Flüchtlingsproblem als Teil der globalen Krise und die Reaktion der Industriestaaten, die Flüchtlingspolitik der EG-Staaten und die Ausländer- und Asylpolitik in Deutschland dargelegt werden. Im zweiten Teil dieser Arbeit werden die Ursachen von Rassismus und Ausländerfeindlichkeit erörtert und Anforderungen an eine linke Ausländer- und Flüchtlingspolitik formuliert.

PDS/Linke Liste im Bundestag: Ausländer- und Flüchtlingspolitik. 48 S., kostenloser Bezug über: PDS/Linke Liste im Bundestag, Büro Ulla Jelpke MdB, Bundeshaus - Bonn-Center, 5300 Bonn 1.

Kurdistan

Vedat Aydin, seit seiner Jugend in kurdischen und gesellschaftspolitischen Bewegungen aktiv, Gründer der Arbeitspartei des Volkes wurde am 5. Juli 91 von türkischer Zivilpolizei verhaftet, zwei Tage später wurde sein Leichnam entdeckt, mit schweren Folterspuren und von Kugeln durchsiebt. 80.000 Menschen nahmen an seiner Beerdigung in Diyarbakir teil. Bei einem Polizeiüberfall auf den Trauerzug wurden mindestens sieben Menschen getötet, an die tausend verletzt und weitere tausend verschleppt. - Ende Juli 91 hielt sich eine Medico-Delegation in Diyarbakir auf, um die Morde zu untersuchen. Die Ergebnisse dieser Reise - zahlreiche Zeugenaussagen und Berichte, Darstellungen zum türkischen Staatsterror und zur erstarkenden Massenbewegung - liegen nun als Broschüre in der Reihe medico report vor.

Die Ermordung Vedat Aydins und andere Terrorakte türkischer Staatsorgane in Kurdistan. Bericht einer medico-Delegationsreise nach Diyarbakir (medico report 16). 64 S., 5 DM. Bezug über medico international, Obermainanlage 7, 6000 Frankfurt 1.

Dritte Welt

Neben der Berichterstattung über die bekannteren Befreiungsbewegungen informiert das Monatsmagazin Dritte Welt auch ständig über jene Regionen, die (konjunkturell bedingt) dem linken Blick entglitten sind. Die neueste Ausgabe des Magazins enthält Berichte über die brasilianische und die mexikanische Linke, den Parteitag der KP Vietnam, Indien im Griff des IWF und über das anstehende UN-Referendum über die Unabhängigkeit der Westsahara.

Dritte Welt, H. 10/1991. 40 S., Einzelheft. 4.50 DM.

Ureinwohner

Die diesjährige Sitzung der UN-Arbeitsgruppe für indigene Völker in Genf nahm die Zeitschrift für bedrohte Völker - Pogrom zum Anlaß, beispielhaft über die Lage der Ureinwohner in verschiedenen Teilen der Welt zu informieren. Dargestellt wird u.a. die Lage der Bevölkerung auf der von Papua-Neuguinea blockierten Pazifik-Insel Bougainville, den Kampf der Quebec-Crees um ihren Lebensraum in Kanada, die Annexion der Wohngebiete der Bergvölker von Bangladesch.

Pogrom, Nr. 161 (Sept./Okt. 91). 68 S., Einzelheft 6 DM.

Kolonialismus

Zum 500. Mal jährt sich 1992 jenes Ereignis, das in unseren Geschichtsbüchern als "Entdeckung Amerikas" bezeichnet wird. Unter dem Motto "Begegnung zweier Welten" bereiten die Nachfahren und Nutznießer der 500 Jahre währenden Beherrschung der sog. Dritten Welt eine große Kampagne vor. Eine Gesamtschau der "Kontinuitäten kolonialistischer Politik" an ausgewählten Beispielen hat die Informationsstelle Lateinamerika in

ihrer Zeitschrift vorgelegt. In rund dreißig Beiträgen werden zahlreiche Aspekte des historischen wie des fortwirkenden Kolonialismus erörtert: von der Eroberung per Gewalt und Religion über die Ausplünderung der Länder bis zur kolonialen und aktuellen Bevölkerungspolitik.

ila. Zeitschrift der Informationsstelle Lateinamerika, H. 148 (Sept. 91). 96 S., 5 DM.

Antisemitismus in der DDR

Neben allen anderen Übeln, so ist von interessierter Seite zu hören, war in der ehem. DDR auch der Antisemitismus besonders übel. Eine von der Tribüne - Zeitschrift zum Verständnis des Judentums gemeinsam mit einer universitären Einrichtung durchgeführte Repräsentativumfrage unter Jugendlichen in Jena stützt diese Behauptung aber gerade nicht. Ebenso interessant wie das Ergebnis sind die Details der Untersuchung, die in Heft 118 (Sommer 91) der Tribüne dokumentiert ist. - Zu der mit der Frage nach dem Verhältnis von DDR-Bevölkerung und Juden indirekt zusammenhängenden Problematik der (Nicht-)Beziehungen des DDR- Staats zu Israel hat die an der Humboldt-Universität lehrende Hebraistin und Arabistin Angelika Timm die bisher fundierteste und umfassendste Analyse vorgelegt. Diese Arbeit ist publiziert in Heft 119 (Herbst 91) der Tribüne.

Tribüne - Zeitschrift zum Verständnis des Judentums. Jeweils rd. 240 S., Einzelheft 10 DM.

Linksintellektuelle

Die linke Intelligenz zählte "traditionell" zum engeren Umfeld der radikalen Linken, zu deren Unterstützern und zeitweiligen Bündnispartnern. Eine erste nachhaltige Störung dieses Verhältnisses gab es im "Deutschen Herbst". Möglicherweise nicht allein eine Störung, sondern eine prinzipielle Umorientierung hat sich in den Beiträgen deutscher Linksintellektueller zum Zweiten Golfkrieg - Enzensberger markiert hier nur den höchsten Grad der Verkommenheit - angedeutet. Die beiden jüngsten Ausgaben der vom Bund demokratischer Wissenschaftler herausgegebenen Zeitschrift Forum Wissenschaft enthalten eine Vielzahl von Darstellungen und Diskussionsbeiträgen zur politischen Position und den Entwicklungstendenzen der linken Intelligenz - verfaßt von linken Intelligenzlern.

Forum Wissenschaft, H. 2/91 und 3/91. Einzelheft 7 DM.

Spezial

Der sich informiert dünkende Linke wundert sich, hält er die Zeitschrift Spezial - links und radikal mit der Angabe "Nr. 80" in der Hand. Spezial? Nie gehört. Ein Blick ins Blattinnere klärt auf: Bisher war Spezial (lt. Spezial) "Hannovers politisches Blatt". Mit der Nr. 80 - "Acht Jahre Provinz sind genug" - wurde der Entschluß realisiert, bundesweit ins Linksblattgetümmel einzutauchen. Immerhin mutig, in den Zeiten scheinbar allseitigen Niedergangs durch (Provinz-)Grenzsprengung voranzustürmen. Es stürmen mit in dieser Nummer u.a. Jürgen Kuczynski (bekannt), Thomas Ebermann (auch bekannt), Bernd Schulz (ehem. KB).

Spezial, Nr. 80 (Sept./Okt. 91). 40 S., Einzelheft 5 DM.

Politische Ökonomie

Der Aneignung der (Marxschen) Kritik der politischen Ökonomie sind die Gruppierungen der radikalen Linken - soweit sie sich nicht als reine Theoriezirkel verstanden - im letzten Jahrzehnt aus dem Weg gegangen, und es spricht nichts dafür, daß sich dies so bald wesentlich ändern wird. Der Autor Res Strehle versucht dieser Misere entgegenzuwirken, indem er in einem schmalen Band zur Einführung in die politische Ökonomie einfach, aber nicht simplifizierend die zentralen Kategorien der Marxschen Kritik der politischen Ökonomie darstellt, erörtert und auf die Entwicklungen der heutigen Gesellschaft anwendet.

Res Strehle: Kapital und Krise - Einführung in die politische Ökonomie. Berlin, Göttingen (Schwarze Risse, Rote Straße) 1991. 186 S., 18 DM.

46. "Auf sehr hohem Niveau stabilisiert" 100-Tage-Bilanz der Grünen

Rubrik: Grüne (und Vorläufer) · CD-Datei: daten/aksuche/ak335/07.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:335:07

Was zeichnet einen "guten Politiker" aus? U.a. sicherlich die Fähigkeit, sich auf Kosten der persönlichen Eitelkeit "in den Dienst der Sache" zu stellen. Was das angeht, haben die Grünen einen der Besten zu ihrem Vorstandssprecher gemacht: Ludger Volmer, den Überraschungssieger des Parteitages von Neumünster. Nach 100 Tagen im Amt hat Volmer, der immer noch furchtbar gern ein Linker genannt werden möchte, jetzt eine rundum positive Bilanz der Grünen vorgelegt: "Im Gegensatz zu allen Befürchtungen habe sich die Partei ‚auf sehr hohem Niveau stabilisiert`". Drei Tage nach der Entscheidung des grünen Länderrats für die Einführung von Einwanderungsquoten ist das ein erstaunliches Urteil aus dem Munde eines der in der Abstimmung Unterlegenen. Volmers Bereitschaft, den "symbolischen Fußtritt" (Vera Gaserow in der "taz", 17.9.) gegen ImmigrantInnen zu akzeptieren, mögen andere Selbstverleugnung nennen. Den Bundesvorstandssprecher ficht das nicht an: ",Von Zerstrittenheit bei den Grünen ist nichts mehr zu merken`: Es gebe politische Dispute um den besten Weg zur Lösung aktueller Probleme. Der innere Zustand der Grünen sei jedoch viel besser als der bei CDU/CSU und SPD." (Zitate nach "Frankfurter Rundschau", 19.9.91).

47. "Der Spiegel" als Anwalt des kleinen Mannes

Rubrik: Medien; Antirassismus, Antinationalismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak335/12.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:335:12

1989, 27 Jahre nach Erscheinen von Hans Magnus Enzensbergers mittlerweile klassischem Essay-Band "Einzelheiten I. Bewußtseinsindustrie" brachte der Rotbuch-Verlag ein unscheinbares Büchlein zum gleichen Thema heraus: "Meinungsführer" von Claus Koch. Untersucht werden "die Intelligenzblätter der Deutschen": "FAZ", "Zeit", "Spiegel" und "taz". Welches Gewicht der hierin veröffentlichten Meinung zukommt, ist natürlich nicht quantifizierbar. "Ob die Intelligenzpresse die öffentlichen Meinungen führt und prägt oder ob sie nur Meinungsmilieus vertritt und für sie die von den elektronischen Medien vorgesetzten Aktualitäten vertieft und nacharbeitet", will Koch nicht beantworten. Die konstant hohe Auflage der Intelligenzblätter (die "taz" ausgenommen) signalisiert immerhin ein massenhaftes Bedürfnis: "Wenn der politische Meinungskampf schon im Ernst nicht stattfindet, soll er doch gut simuliert werden, und das ist hauptsächlich Aufgabe der Intelligenzpresse." Gemessen an diesem Anspruch hat "Der Spiegel", dessen Beiträge zur "Asyldebatte" hier genauer untersucht werden sollen, in den vergangenen Wochen kraß versagt. Das Blatt, das laut Koch "die ständige Angst der mittleren und der Kleinintelligenz vor dem sozialen Abstieg schürt und sie zugleich, in Zynismus einseifend, stillstellt", hat die von Regierung und sozialdemokratischer "Opposition" inzwischen wiedergefundene rassistische "Gemeinsamkeit der Demokraten" nur vorweggenommen.

Die Titelseite vom 9. September gibt einen Vorgeschmack auf die Story: "Flüchtlinge, Aussiedler, Asylanten. Ansturm der Armen", darunter ein überfülltes schwarzrotgoldenes Schiff auf dem Trockenen; weitere Tausende ameisenartiger Strichmenschen versuchen, an Bord zu gehen, obwohl oben schon welche von ihnen abstürzen. Wer nicht wahrhaben will, daß dieses Boot voll ist, macht sich lächerlich. Die Botschaft erreicht auch Leute, die den "Spiegel" noch nie aufgeschlagen haben; etwa jene randalierenden Skinheads, die drei Wochen später an gleicher Stelle abgebildet sind, zur Illustration der Titelgeschichte "Gewalt gegen Fremde. HASS".

Den LeserInnen des "Spiegel" wird natürlich auch Differenzierteres geboten, etwa der Vorspann: "Der Zuzug von Asylbewerbern und illegalen Einwanderern erreicht neue Rekorde, in Deutschland entsteht massiver Fremdenhaß". Rassismus als irgendwie logische Folge wachsender Zahlen Asylsuchender - dieser Zusammenhang wird nicht direkt behauptet, er wird suggeriert. Abenteuerliche Zahlen sollen belegen, daß alles nur noch schlimmer werden kann: "1,5 Millionen osteuropäischer Zigeuner", "10 Millionen Russen" und "2,3 Millionen junge Türken" wollen an unserem Wohlstand teilhaben.

Ein besonderer Kniff der "Spiegel"-Schreiber ist die Verwendung von Politikerzitaten. Ordnungsgemäß in Ausführungszeichen darf Stimmung gemacht werden. Die Redakteure beschränken sich an solchen Stellen auf Kommentare wie "durchaus diskutabel" - zu dem Vorschlag von Rupert Scholz (CDU), Asylverfahren gleich an der Grenze durchzuführen; ",mit anschließender sofortiger Abschiebung' bei einem Negativbescheid". "Ein durchaus einleuchtendes Modell" ist den "Spiegel"-Leuten die von dem saarländischen Innenminister Läpple angeregte Einführung von Einwandererquoten, bei denen "nur solche Flüchtlinge berücksichtigt werden, die keinen Asylantrag gestellt haben." Eine trickreiche Regelung gegen die "vielen Einwanderungswilligen", die sich "an die Fiktion klammern, politisch verfolgt zu sein". Nie würde der "Spiegel" von "Scheinasylanten" sprechen; seine Umschreibungen diskriminieren wortreicher: "Wohlstandssucher aus den Armenvierteln der Welt, ... die sich jeden Monat fälschlich als politisch Verfolgte ausgeben und sich so den Eintritt in die Republik erschwindeln". Auch die übrigen an den Stammtischen durchgekauten Gaunereien "der Elenden und der Glücksritter aus aller Herren Länder" finden im "Spiegel" Erwähnung: die "Scheinehen" und die mehrfach kassierte Sozialhilfe. Um die "häufige Beteiligung von Asylbewerbern am Drogenhandel" zu belegen, muß eine Zahl her: "Sie stellen in Hamburg 12,8 Prozent der Tatverdächtigen bei Rauschgiftdelikten". Daß diese Zahl mehr über die Verdächtiger - die deutsche Polizei - als über die Verdächtigten aussagen könnte, kommt den "Spiegel"-Redakteuren nicht in den Sinn. Letztlich ist es ihnen gar nicht so wichtig, ob ImmigrantInnen kriminell tätig werden oder nicht. Habgierig sind sie alle und drängen in die Großstädte, "weil sie dort weit eher als in der Provinz Geld verdienen können - sei es als Putzhilfe, sei es als Heroindealer".

Pogrome? Augen zu und durch!

Auch die Vertreibung der AusländerInnen aus Hoyerswerda und die Welle der rassistischen Gewalttaten haben die Hamburger Schreibtischtäter nicht über ihr stimmungmachendes Geschmiere erschrecken lassen.

Die Titelgeschichte "HASS" (Nr. 40, 30.9.91) handelt die "rechtsradikalen Rabauken" kurz und knapp auf zwei Seiten ab. Eigentliches Thema ist das "wachsende Unbehagen über das Ausmaß und die Geschwindigkeit des Ausländerzuzugs". Die eigenwillige Kriminalitätsstatistik wird weitergeführt: "Der Anteil der Ausländer an den Tatverdächtigen ist seit 1984 von 16,6 auf 22,6 Prozent emporgeschnellt". Daß die weitaus meisten der von AusländerInnen begangenen Delikte - genannt werden "Taschendiebstähle", "Urkundenfälschung", "Falschgelddelikte" und "schwerer Ladendiebstahl" - wenig geeignet sind, den Bürger in Angst und Schrecken zu versetzen, versuchen die Redakteure durch bombastische Zahlen auszugleichen: "69,8 Prozent der Delikte", "55,6 Prozent", "54,4 Prozent", "46,9 Prozent".

Auch die folgenden Seiten variieren nur Themen der Story vom "Ansturm der Armen". Der Redaktion ist aufgefallen, daß "mittlerweile ein völlig anderer Typus von Immigranten ein(reist) als einst in den sechziger Jahren ... Während damals Gastarbeiter kamen, reisen heute mehr und mehr Gastarbeitslose, Glücksritter und Gestrandete ein." Kein Wunder, daß solche Exoten mit ihrer undeutschen Mentalität "mancherlei Aggressionen wecken" - "zumal unter sozial Schwachen". Zu deren Anwalt macht sich der "Spiegel" und erhebt Klage gegen Bonn: "Während die Regierungen der Nachbarländer aktiv werden, wenn auch mit teils fragwürdigen Methoden, haben Bonns Politiker im Volk lange Zeit den Eindruck beharrlicher Untätigkeit erweckt".

Wie wir wissen, hatte die Klage inzwischen Erfolg. Die Anfang Oktober von CDU/CSU, FDP und SPD ausgehandelte Übereinkunft gegen das Asylrecht darf der "Spiegel" als Ergebnis auch seiner eigenen monatelangen Bemühungen verbuchen.

Js.